Montag, 26. August 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 197 - 35.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28 00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Rheinische CDU: In dieser Woche wird der Krefelder Bürgermeister Pützhofen seine Kandidatur für den Vorsitz anmelden. Damit kommt es am 17. Oktober auf dem Parteitag in Düsseldorf zu einer Kampfabstimmung. Auch der derzeitige Amtsinhaber Worms will wieder antreten. (S. 8)

Tiefstand: Die Zahl der Selbständigen in der „DDR" ist 1984 vor allem im Handwerks- und Dienstleistungsbereich weiter zurückgegangen, meldete das Berliner Informationsbüro West. Mit 176 300 habe sie ihren bisher tiefsten Stand erreicht. Vor 30 Jahren habe es noch knapp 1,6 Millionen Selbständige gegeben. (S. 4)

Medien: Ihr einstiges Zeitungs-Imperium hat die SPD zwar fast auf Null herabgewirtschaftet, sich dafür aber mit Orts- und Stadtteilzeitungen ein neues, auflagenstärkeres aufgebaut. (S. 4)

Apartheid: Schwere Ausschreitungen gab es in Frankfurt bei einer von den Grünen organisierten Demonstration gegen die Apartheid-Politik in Südafrika. Zahlreiche Gebäude und Autos wurden beschädigt. (S. 6)

Südliches Afrika: Angesichts des Bürgerkriegs und der Trockenheit in Moçambique hat eine Massenflucht der Bevölkerung in die Nachbarländer eingesetzt. (S. 5)

Rücktritt: Nach wochenlangen innerparteilichen Streitigkeiten hat der griechische Oppositionsführer Mitsotakis den Vorsitz der konservativen Partei „Neue Demokratie" niedergelegt. Er will sich für den Posten jedoch erneut zur Wahl stellen und auf diese Weise die um seine Person entstandene Kontroverse lösen. (S. 8)

Uganda: Die neue Militärregierung will heute in Kenia Friedensverhandlungen mit der größten ugandische Rebellenorganisation, der Nationalen Widerstandsarmee, aufnehmen. Der CDU-Abgeordnete Hüsch forderte in einem WELT-Gespräch die Bundesregierung auf, die neuen Machthaber in Kampala moralisch und materiell zu unterstützen. (S. 4)

Gegenmaßnahme: Etwa die Hälfte des sowjetischen Personals der US-Botschaft in Moskau soll durch Amerikaner ersetzt werden, meldet die „Washington Post". Der Plan steht offenbar im Zusammenhang mit dem Skandal um den Einsatz chemischer Substanzen zur Überwachung von amerikanischen Diplomaten.

Golfkrieg: Die irakische Luftwaffe hat erneut den wichtigen iranischen Ölterminal Kharg bombardiert. Zweck des Angriffs war die Störung von Reparaturarbeiten an dem Mitte August schwer beschädigten Verladehafen.

Was ist los mit den Deutschen?

Sind Angst, Mißmut und Unzufriedenheit Merkmale, in denen sich die Deutschen von ihren Nachbarn unterscheiden? Diese Fragen beantwortet der amerikanische Historiker und Politikwissenschaftler Walter Laqueur in einer Deutschland-Analyse, deren wichtigste Teile die WELT in einem Vorabdruck veröffentlicht. Der zweite Teil der Serie trägt den Titel: „Mit BAföG-Schub und schaumigem Idealismus ins lärmige Chaos der Ratlosigkeit". Seite 7

WIRTSCHAFT

Export: Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte wird nach Ansicht der Spitzenverbände der Wirtschaft durch die Abschwächung des Dollarkurses nicht gefährdet. Übers Jahr rechnet man mit einer Zunahme der Exporte um acht bis neun Prozent. (S. 9)

Saudi-Arabien: Als Folge der stark rückläufigen Öleinnahmen wird für 1985 ein Rekorddefizit der Leistungsbilanz in Höhe von 20 Milliarden Dollar erwartet. Es wird nur noch von dem der USA übertroffen. (S. 10)

Konjunktur: Die Weltwirtschaftslage wird seit dem Frühjahr 1985 schlechter eingeschätzt. Vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München befragte Experten aus 50 Ländern stufen die Lage insgesamt als nur noch knapp befriedigend ein. Auch die Aussichten für die nächsten sechs bis zwölf Monate werden von den Experten nur noch vorsichtig optimistisch beurteilt. (S. 9)

Protektionismus: Nach Besuchen in Japan, Südkorea und Taiwan kündigte der Führer der Republikaner im US-Senat, Dole, Maßnahmen zur Beschränkung amerikanischer Importe bis zum 15. Oktober an, falls die Administration bis dahin keine akzeptable Handelspolitik vorweise. (S. 9)

KULTUR

Awaren: So gut wie nichts war in der Bundesrepublik bislang von awarischer Kunst bekannt. Diese Wissenslücke will jetzt die Ausstellung „Awaren in Europa – Schätze eines asiatischen Reitervolkes 6.–8. Jahrhundert" im Frankfurter Karmeliterkloster schließen. (S. 15)

Biennale: Mit dem spanischen Beitrag „Die verlorenen Paradiese" von Basilio Martin Patino werden heute in Venedig die 42. Filmfestspiele eröffnet. Eingebettet in ein reichhaltiges Rahmenprogramm, gehen 24 Filme aus 20 Ländern in das Rennen um den Goldenen Löwen. (S. 15)

SPORT

Golf: Bernhard Langer hat in Garlstedt zum dritten Mal die Internationale Deutsche Meisterschaft gewonnen. Der Profi aus Anhausen benötigte 183 (61+60+62) Schläge. (S. 13)

Radsport: Bei der Bahnrad-Weltmeisterschaft im italienischen Bassano del Grappa schied der Verfolgungsvierer der Bundesrepuklik überraschend bereits in der Qualifikation aus.(S. 14)

AUS ALLER WELT

Pest: In Libyen sind nach ägyptischen Angaben Fälle von Pest aufgetreten. In der Grenzregion wurden Quarantäne-Stationen für aus dem Nachbarland heimkehrende ägyptische Gastarbeiter eingerichtet.

Flugzeugunglück: Die US-Firma Pratt and Whitney hat alle Fluggesellschaften, die ihre Düsentriebwerke vom Typ JT 80 benutzen, aufgefordert, die Aggregate zu überprüfen. Eine Explosion in einem solchen Triebwerk hatte offenbar das Flugzeugunglück von Manchester verursacht. (S. 16)

Wetter: Bewölkungszunahme, teilweise Regen. Bis 23 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Konsequenz aus Spionagefall: Hellenbroich wird gehen müssen

Bundesregierung bemüht sich in Ost-Berlin um Gespräch mit Tiedge / Verbündete sind besorgt

ms./gba. Bonn

Im schweren Verratsfall Tiedge standen gestern zwei Entwicklungen im Mittelpunkt:

1. Noch in dieser Woche will die Bundesregierung erste personelle Konsequenzen ziehen. In Bonn hieß es, es sei mit der Ablösung des erst Anfang August ernannten Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND), Heribert Hellenbroich, zu rechnen, der den in die „DDR" übergelaufenen Regierungsdirektor Tiedge trotz dessen Alkoholismus und Überschuldung auf dem Posten in der Spionageabwehr des Verfassungsschutzes belassen habe. Hellenbroich war vor seiner Berufung zum BND-Präsidenten Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln. Abgelöst werden soll auch der jetzige Vizepräsident des Verfassungsschutzes, Pelny, der diese Entscheidung Hellenbroichs unterstützt habe;

2. Staatssekretär Rehlinger vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen hat nach WELT-Informationen schon am Freitag über Rechtsanwalt Vogel in Ost-Berlin versucht, mit Tiedge ein Gespräch unter vier Augen zu führen. Er erinnerte daran, daß die Bundesrepublik einen solchen Kontakt 1982 mit dem geflohenen „DDR"-Oberstleutnant Rauschenbach der „DDR" ermöglicht habe. Rauschenbach war daraufhin in die „DDR" zurückgekehrt. Ost-Berlin hat Rehlinger erklärt, Tiedge wolle nicht mit ihm sprechen. Er habe geantwortet, daß er die „Schnauze voll hat". Dennoch war Bonn übers Wochenende weiterhin darum bemüht, mit Tiedge ins Gespräch zu kommen.

Das Ausmaß des Verratsfalles hat Generalbundesanwalt Rebmann aufgezeichnet. Rebmann: „Das ist einer der schlimmsten Fälle von Landesverrat seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Jetzt kennt der nachrichtendienstliche Gegner all unsere Methoden, Stärken und Schwächen. Er weiß vor allem auch, wieviel wir über ihn wissen. Tiedge kennt auch die Namen unserer Doppelagenten." Allerdings sei der Bundesnachrichtendienst davon nicht betroffen.

SEITE 2:
Der größtmögliche Schaden
SEITE 3:
Weitere Berichte

Bundesinnenminister Zimmermann sagte gegenüber „Bild", dringend nötig seien nun eine „Umgruppierung der Spionageabwehr und die Entwicklung neuer operativer Fahndungsmethoden". Zimmermann: „Was wir brauchen, ist eine neue Konzeption der östlichen Spionageabwehr."

Zu den politischen Auswirkungen des Spionagefalls äußerten sich die Bundesminister Windelen und Schäuble gegenüber der WELT. Windelen sprach von einer „klimatischen" Beeinträchtigung der Beziehungen, aber „man sollte die Folgen nicht auf Bereiche übertragen, die damit nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehen". Die laufenden Verhandlungen mit der „DDR" zum Beispiel über ein Kulturabkommen unter Einbeziehung Berlins würden ungeachtet der Spionagefälle „erfolgsorientiert" weitergeführt.

Zu dem Spionagefall selbst sagte Windelen: „Es ist ein Schock, wenn man feststellt, daß selbst diese Bereiche unserer Spionagebekämpfung unterwandert sind, wobei es ja von den äußeren Rahmenbedingungen unvorstellbar ist, daß dies gegenseitig sein könnte. Die andere Seite versteht es, ihre Geheimnisträger abzuschirmen. Jeder, der über ein noch so geringfügiges Herrschaftswissen verfügt, lebt in Ghettos, ist für normale Kontakte nicht zugänglich."

Schäuble erklärte: „Die Lage in Deutschland ist nicht normal, und sie wird nicht normal sein, solange Deutschland geteilt ist. Wir haben ja

● Fortsetzung Seite 5



Heribert Hellenbroich, Chef des Bundesnachrichtendienstes seit dem 1. August: Ich habe mir nichts vorzuwerfen. FOTO: AP

Steigt Paris noch in „Jäger 90" ein?

Mitterrand macht neuen Vorschlag / Treffen mit Bundeskanzler Kohl in Begrançon

GÜNTHER BADING, Bonn

Frankreich wird sich vielleicht doch an der Entwicklung eines Kampfflugzeuges für die 90er Jahre beteiligen, zu der sich bisher Italien, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland zusammengetan haben. Bei seinem Treffen mit Bundeskanzler Helmut Kohl machte der französische Staatspräsident François Mitterrand am Wochenende überraschend den Vorschlag, die unterschiedlichen Vorstellungen vom „Jäger 90" dadurch zu überwinden, daß man „nach dem Muster des Airbus" verschiedene Modelle eines europäischen Serien-Kampfflugzeuges baut.

Die Meinungsverschiedenheiten über den „Jäger 90" führten dazu, daß Frankreich die Erklärungsfrist für oder gegen eine Beteiligung am 15. August ohne klare Antwort verstreichen ließ. Briten und Deutsche wollen ein schweres, die Franzosen aber ein leichtes Kampfflugzeug herstellen. Die Bundesregierung erwartet jetzt eine schriftliche Fixierung der französischen Vorstellungen von einem Serien-Kampfflugzeug, dessen Grundmodell für jedes beteiligte Land verändert werden kann.

Weitere Schwerpunkte der Unterredung, zu der Mitterrand den Bundeskanzler auf seinen Sommersitz im südfranzösischen Begrançon eingeladen hatte, waren:

- die Ost-West-Beziehungen mit Blick auf das amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen im November und den bevorstehenden Besuch des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow in Paris im Oktober;
- die Weiterführung der institutionellen Zusammenarbeit der EG auf der Grundlage der Mailänder Beschlüsse und die Vorbereitung des EG-Gipfels am 2. und 3. Dezember in Luxemburg, der den Weg zu einer Europäischen Union ebnen soll;
- die Sicherheitspolitik; dabei ging es um konkrete Zusammenarbeit, etwa um das für 1987 geplante erste gemeinsame Manöver mit der neuen Schnellen Eingreiftruppe Frankreichs sowie die erst in Umrissen erkennbare Bereitschaft der Franzosen, deutschen Interessen in der Planung ihrer Nuklearstrategie breiteren Raum zu widmen;
- Abstimmung der nächsten Konferenz über technologische Zusammenarbeit (Eureka) am 5. und 6. November in Hannover. Kohl sprach dabei auch das SDI-Projekt an und verwies darauf, daß französische Staatsfirmen sich als erste in Europa an dem US-Projekt beteiligt hätten. SDI und Eureka dürften sich nicht ausschließen, sondern müßten sich ergänzen.

Kohl und Mitterrand vereinbarten die Einrichtung einer technisch besonders geschützten direkten Telefonleitung zwischen dem Bonner Kanzleramt und dem Elysée-Palast in Paris.

Seite 2: Freundschaft

Rheinland-Pfalz verzichtet auf Klage gegen § 218

DW. Mainz

Die rheinland-pfälzische CDU-Landesregierung wird voraussichtlich auf eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen die sogenannte Abtreibung auf Krankenschein verzichten. Darauf deuten Äußerungen des Mainzer Ministerpräsidenten Bernhard Vogel (CDU) hin, der erklärt hatte, mehr Schutz für das ungeborene Leben könne nicht allein mit einer Klage, sondern „auch auf anderen Wegen" erreicht werden.

Der Regierungschef hat offenbar ein alternatives Konzept vorbereitet, das er in den Bundesrat einbringen will. Danach soll verhindert werden, daß werdende Mütter in soziale Notlagen geraten. Gleichzeitig will sich Vogel für strengere Kriterien bei der Feststellung einer sozialen Indikation bei Abtreibungen einsetzen.

Von Überlegungen der Landesregierung, die Rechtmäßigkeit des in der Reichsversicherungsverordnung verankerten Schwangerschaftsabbruchs auf Krankenschein in Karlsruhe prüfen lassen, hatte der Ministerpräsident erstmals Ende Juni berichtet. Das Mainzer Kabinett vertagte eine Entscheidung dann nach Beratungen am 2. Juli auf die Zeit nach der parlamentarischen Sommerpause, nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) kurz zuvor eine Normenkontrollklage des Bundeslandes angekündigt hatte.

Gegen einen Gang nach Karlsruhe hatte sich erheblicher Widerstand im Kabinett und in der CDU-Mehrheitsfraktion im Landtag geregt. Ähnliche Bedenken gegen eine Klage hatte es auch in der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages gegeben. Die bayerische Landesregierung hatte hingegen Vogel Unterstützung signalisiert, aber von einer eigenen Klage abgesehen.

DER KOMMENTAR

Weg oder Ausweg

ENNO v. LOEWENSTERN

Bernhard Vogels Umschwenken darf eigentlich nicht überraschen. Die FDP hatte sich des Wahl-Knüllers im Namen der Liberalität, die sie meinen, mit Freuden angenommen. Die anderen Länderregierungen der Union hielten sich nachdrücklich abseits, die Bundestags-Fraktion auch, einige der prominentesten Parteifreundinnen warnten – man versteht, daß Vogel sich der Rückendeckung seiner Partei oder jedenfalls ihres Mitgefangenseins versichern will.

Wie das Thema dann im Bundesrat gewaschen werden wird, ohne jemandes Pelz zu feuchten, läßt sich absehen. Auf jeden Fall wird es bei der Notlagen-Indikation bleiben, von der Erzbischof Saier (Freiburg) sagt: „Die Praxis hat sich weitgehend zu einer verfassungswidrigen Fristenregelung entwickelt". Diese Praxis stand ohnehin nicht zur Debatte. Es ging nur darum, ob ein unerwünschtes Kind eine Krankheit ist und seine Abtreibung mit den Beiträgen derjenigen finanziert werden darf, die die Vernichtung menschlichen Lebens aus Gewissensgründen ablehnen.

Dagegen kann eingewendet werden, daß die Abtreibung andernfalls mit Steuergeldern derjenigen finanziert werden wird, die sie ablehnen – über die Sozialbehörden. Jedoch ist das nicht ganz so einfach. In dem Thema steckte schon Brisanz, auch wenn Kritiker nur vage anzudeuten wagten, daß ein Verbot der Abtreibung auf Krankenschein „sich als erster Schritt zu weiterem Zurücknehmen des Paragraph 218" erweisen könnte (die saarländische Sozialministerin Brunhilde Peter, SPD).

Denn wenn eine wirkliche Notlage vorliegt, dann muß die Sozialhilfe eingreifen – nur eben: wenn die Prüfung ergibt, daß die Antragstellerin keineswegs auf Sozialhilfe angewiesen ist, wo ist dann die Notlage?

Was der Union um so peinlicher ist. Sie weiß, daß der Kirchensprecher Prälat Bocklet nur zu recht hat mit dem Hinweis, daß mittlerweile in einem der reichsten Länder der Welt von 900 000 jährlich im Mutterleib heranwachsenden Kindern 300 000 abgetrieben werden – aus „Not". Sie wünschte, daß etwas dagegen geschähe, aber tunlichst so, daß man ihr keinen Vorwurf und keinen Wählerstimmenentzug anhängen kann. Sie glaubt nicht, daß sittliche Führungskraft vom Wähler honoriert wird. Und daß deren Fehlen mehr Stimmen kosten kann als selbst die (scheinbar) unpopulärste Entscheidung. Es ist bemerkenswert, in was für eine Ecke die Union sich da treiben ließ und wie sie nicht um den richtigen Weg, sondern um den Ausweg ringt.

Jugoslawiens Arbeiter begehren auf

Klagen über zu hohe Funktionärsgehälter häufen sich / Wilder Streik im Bergbau

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Ein wilder Streik im Bergbaukombinat „Trepca" im Kosovo-Gebiet hat die politische Führung Jugoslawiens und der autonomen Provinz Kosovo aufgeschreckt. Die Bergwerke von Trepca sind die wichtigsten Blei- und Zinkproduzenten Europas und haben für Jugoslawien zentrale wirtschaftliche und strategische Bedeutung. Da die Trepca-Minen sich dazu noch im unruhigen jugoslawischen Grenzgebiet zu Albanien befinden und die Bevölkerung ebenso wie die Arbeitskräfte zu einem Teil aus Albanern – und nicht nur aus Serben oder anderen Südslawen – besteht, hat der Trepca-Streik im Hinblick auf die verschiedenen Nationalitäten auch politische Brisanz.

So stellte das Provinzkomitee der KP für Kosovo auf einer Sitzung fest, es sei nicht ausgeschlossen, daß der „Feind" (in diesem Falle: der albanische Nationalismus) seine Finger im Spiel gehabt habe. Die meisten Forderungen der Trepca-Bergleute wurden von der KP des Kosovo als „unannehmbar" und „nicht der Selbstverwaltung entsprechend" klassifiziert. In den Gesprächen zwischen Arbeitern und Werksleitung hätte es von seiten der Streikenden irreale Forderungen gegeben.

Zugleich räumte die Parteiführung ein, daß die Einkommensverhältnisse der Arbeiter schlecht seien, daß der Beruf des Bergmanns von seiten einiger führender Funktionäre „ungenügend respektiert" werde. Es habe auch Ungerechtigkeiten bei der Verteilung der Arbeit und der Zuweisung der Arbeitsplätze gegeben.

In jenem Teil des Bergbau-Kombinats – es handelt sich um die Erzaufbereitung –, in dem der Streik ausbrach, hätten sich die Selbstverwaltungsorgane ebenso wie die Parteifunktionäre seit längerer Zeit passiv verhalten. Man müsse, so fordert die KP, in Zukunft auf das ideologisch-politische Bewußtsein der Arbeiter einwirken und eine „Differenzierung" vornehmen, um damit „allen möglichen Feinden die Tätigkeit unmöglich zu machen".

Der Trepca-Streik ist nur eine unter mehreren Arbeitsniederlegungen, zu denen es neuerdings in Jugoslawien wegen der schlechten Wirtschaftslage gekommen ist. Auch in der slowenischen Fabrik „Veriga" in Nordjugoslawien kam es zu heftigen Diskussionen zwischen Arbeiterschaft und Leitung: Die Arbeiter beschwerten sich über zu geringe eigene Löhne und eine demgegenüber sehr hohe Bezahlung der hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre.

Zwar haben hundert Arbeiter der Fabrik ihre ursprüngliche Drohung, aus der Gewerkschaft austreten zu wollen, inzwischen zurückgenommen. Auf einer Arbeiterversammlung aber erklärten die Beschäftigten nochmals, daß die Funktionärsgehälter überhöht seien und daher überprüft werden müßten.

Weizsäckers Plädoyer für die Nation

DW. Stuttgart

Mit einem Bekenntnis zur Nation hat Bundespräsident Richard von Weizsäcker gestern den 16. Welthistoriker-Kongreß in Stuttgart eröffnet. Trotz ihrer schwierigen Geschichte sei auch für die Deutschen „die Nation ein unentbehrliches Fundament des menschlichen und politischen Gemeinwesens", sagte der Bundespräsident vor etwa 1500 Wissenschaftlern. Ungeachtet aller Auswüchse sei daran zu erinnern, daß die europäischen Nationen entstanden seien in Gedanken an „Humanität und Rechtsstaat, an Gerechtigkeit und Freiheit, an Menschenrechte schlechthin". Die internationale Zusammenarbeit zur Überwindung der Grenzen könne nur von Nationen geleistet werden.

Ein „geklärtes, ruhiges nationales Selbstbewußtsein bleibt für uns selbst und für unsere Nachbarn von großer Bedeutung", betonte von Weizsäcker. Es könne zum Erreichen „unseres wichtigsten politischen Ziels" behilflich sein, „nie eine Lage entstehen zu lassen, in der wir zwischen Frieden und Freiheit wählen müßten". Dabei falle den Historikern eine prägende Rolle zu. Ihre Aufgabe sei „der Kampf gegen Vergessen und Legende".

Zwar könnten Historiker den Politikern ihre Verantwortung nicht abnehmen, aber durch ihren Umgang mit den Fakten der Vergangenheit und „dem Anderssein des anderen können sie uns ein großes Beispiel geben". Historiker, die differenzieren und sich um intellektuelle Redlichkeit bemühen müßten, könnten Maßstäbe des Mißtrauens wie der Zuversicht vermitteln: Mißtrauen gegen Utopien, von denen „schon so viele in der Geschichte gescheitert sind"; Zuversicht in die Offenheit der Geschichte, die „immer wieder die Chance zu neuen Entwicklungen bietet".

Auf die Folgen der nationalsozialistischen Vergangenheit und des Zweiten Weltkriegs wies der Präsident des Verbands der Historiker Deutschlands, Professor Christian Meier (München), hin. Er sprach über den „Verlust der nationalen Einheit" und die großen Schwierigkeiten der Deutschen, „mit der eigenen Geschichte ins Reine zu kommen".

An der rund einwöchigen Veranstaltung, die vom Präsidenten des Internationalen Komitees der Geschichtswissenschaftler, dem polnischen Professor Aleksander Gieysztor, geleitet wird, nehmen Wissenschaftler aus 58 Nationen teil, darunter erstmals auch eine Delegation der Volksrepublik China. Die Kongresse des Weltverbands der Historiker finden alle fünf Jahre statt. In Deutschland trafen sich die Historiker zuletzt 1908 in Berlin. Zu den Themen des diesjährigen Forums zählen unter anderem der Widerstand gegen den Faschismus und Minderheiten in der Geschichte.

Israel: Terrorakte werden von Jordanien aus gesteuert

Jüdische Extremisten machen Regierung verantwortlich

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Die auffallende Zunahme von Terrorangriffen in Israel und im Westjordanland hat bei der Regierung große Besorgnis ausgelöst. Regierungschef Peres setzte dieses Thema als ersten Punkt auf die Tagesordnung der gestrigen wöchentlichen Sitzung des Kabinetts, während das Militär ein totales Ausgehverbot über die beiden Städte Tulkarm und Djenin verhängte, wo zuletzt zwei Zivilisten ermordet worden waren.

Die erste israelische Stellungnahme zu der Terrorbilanz kam von der extremistischen Organisation „Gush Emunim" (Block der Getreuen): Sie erklärte, die Regierung trage die Verantwortung für die Attentate, weil sie durch mangelnde Tatkraft „ein Klima geschaffen habe", daß solchen Aktionen zuträglich sei. „Gush Emunim" wies darauf hin, daß trotz der angekündigten neuen Deportationspolitik noch kein einziger verdächtiger Terrorist tatsächlich deportiert worden ist.

Die israelischen Sicherheitsbehörden sind der Ansicht, daß die Terrorakte zentral gesteuert wurden, und zwar von Jordanien aus, wo der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in letzter Zeit verstärkt die Möglichkeit gegeben werde, Stützpunkte zu errichten.

Der ehemalige Gouverneur im Westjordanland, Generalmajor Benjamin Ben-Eliezer, meinte, die Zunahme der Attentate sei nur mit „einer ideologischen Schwächung der PLO" zu erklären. Nachdem sie aus Libanon vertrieben und gegen ihren Willen in einen politischen Dialog gedrängt worden sei, der sich unter jordanischer Führung vollzieht, sei die PLO jetzt bemüht, von diesem Zustand abzulenken und ihre Existenz zu rechtfertigen, indem sie in den besetzten Gebieten Terroranschläge verübe.

Als wirksamstes Mittel zur Verhütung weiterer Attentate schlug Ben-Eliezer vor, auch ohne gerichtliches Urteil jeden Tatverdächtigen abzuschieben, sobald die israelischen Behörden von seiner Schuld überzeugt seien.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Let my people go!

Von Carl Gustaf Ströhm

Wenn von den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion die Rede ist, steht jenseits aller blumigen Worte das Schicksal der Rußlanddeutschen im Raum. Viele von ihnen bemühen sich seit Jahren und Jahrzehnten, auf dem Wege über die Familienzusammenführung in die Bundesrepublik zu gelangen. Viele andere würden gerne nach Deutschland kommen, wenn sie nur eine Möglichkeit dazu hätten.

Doch sie können sich noch nicht einmal frei von Furcht vor Repressalien zu ihrem Wunsch nach Ausreise bekennen. Es ist nicht jedermanns Sache, sich demonstrierend von den Milizposten vor der deutschen Botschaft in Moskau erwischen zu lassen – und dann womöglich zusätzliche Schikanen in Kauf nehmen zu müssen, ohne daß das Ziel, die Ausreise, näherrückt. Jene Politiker der Bundesrepublik, die mit den Sowjets verhandeln, sollten diese Menschen keinen Augenblick lang vergessen.

Was den sowjetischen Juden trotz des besseren Zusammenhalts ihres Volkes und der stärkeren Unterstützung von außen bereits so schwerfällt – für die Rußlanddeutschen ist das Problem noch größer. Die Gesellschaft für Menschenrechte hat nun zwei Zahlen veröffentlicht. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres ist der Zustrom der Rußlanddeutschen in die Bundesrepublik weitgehend versiegt – 262 kamen. Ihnen stehen 100 000 nicht erledigte Anträge auf Familienzusammenführung entgegen. Die Lage hat sich also unter der neuen Sowjetführung offenbar nicht verbessert, sondern weiter verschlechtert.

Alle schönen offizellen Redensarten über die so normalen und so guten Beziehungen müssen wie Hohn klingen angesichts des Schicksals dieser Menschen, die in das Land ihrer Sprache und ihrer Angehörigen ausreisen wollen und nicht dürfen. „Let my people go!" gilt auch für einen Teil unseres Volkes. *Und haben die Sowjets nicht* im eben wieder zu seinem *zehnten Jahrestag* gefeierten Helsinki-Abkommen das Recht *auf Freizügigkeit* bestätigt?

Gewehre im Anschlag

Von Rolf Görtz

Während libysche Lastwagen Tausende von tunesischen Gastarbeitern an der gemeinsamen, wenn auch umstrittenen Grenze absetzen und während im Gegenzug dreihundert Libyer, darunter dreißig „Volksdiplomaten", aus Tunesien nach Libyen abgeschoben werden, rücken auf beiden Seiten die Truppen auf. Libyer und Tunesier liegen sich – Gewehr im Anschlag – gegenüber; Tripolis spricht von „militärischen Maßnahmen", die unter Umständen „notwendig" seien.

Besonnene Tunesier, die den Wüstensohn auf der anderen Seite kennen, glauben dennoch nicht, daß Khadhafi es ernst meint mit seinen Drohungen. Wahrscheinlich will er mit den Massen-Ausweisungen die sozialen Unruhen nicht nur in Tunesien, sondern auch in den ebenfalls betroffenen Mauretanien und Ägypten schüren. (Außerdem hat er in der Tat eigene wirtschaftliche Schwierigkeiten.)

In Tunesien setzt Khadhafi auf die innenpolitischen Spannungen um die Nachfolge Bourguibas. Der von Bourguiba eingesetzte Ministerpräsident Mohamed Mzali soll ihm als Staatschef folgen und der gemäßigte Raschid Sfar dann die Regierung übernehmen. Das würde die Fortsetzung des prowestlichen Kurses bedeuten. Soziale Unruhen sind in Tunesien jedoch immer möglich, und dabei, so rechnet Khadhafi, könnte sich die von ihm unterstützte radikale islamische Linke der Schlüsselstellungen bemächtigen. Fraglich ist, wie die USA auf eine solche Entwicklung reagieren würden.

Äußerungen des französischen Botschafters in Libyen lassen darauf schließen, daß auch Paris die jetzigen Drohungen Khadafis nicht als aktuelle Kriegsgefahr interpretiert. Denn der Libyer hätte dabei im Maghreb keinerlei Unterstützung. Weder ließe Algerien eine Stärkung des Rivalen zu, noch würde sein Verbündeter, König Hassan von Marokko, eine solche Entwicklung hinnehmen; er bot bereits seine Vermittlung an.

Bleibt die Entwicklung in Tunesien selbst: Sie scheint bis zum Tode des zweiundachtzigjährigen, kranken Bourguiba kontinuierlich verlaufen zu können. Kommt es danach zu ernsthaften Unruhen, dann kann sich der revolutionäre Wüstensohn zu einem Abenteuer verleitet fühlen. Bis dahin bleibt es beim Psycho-Terror.

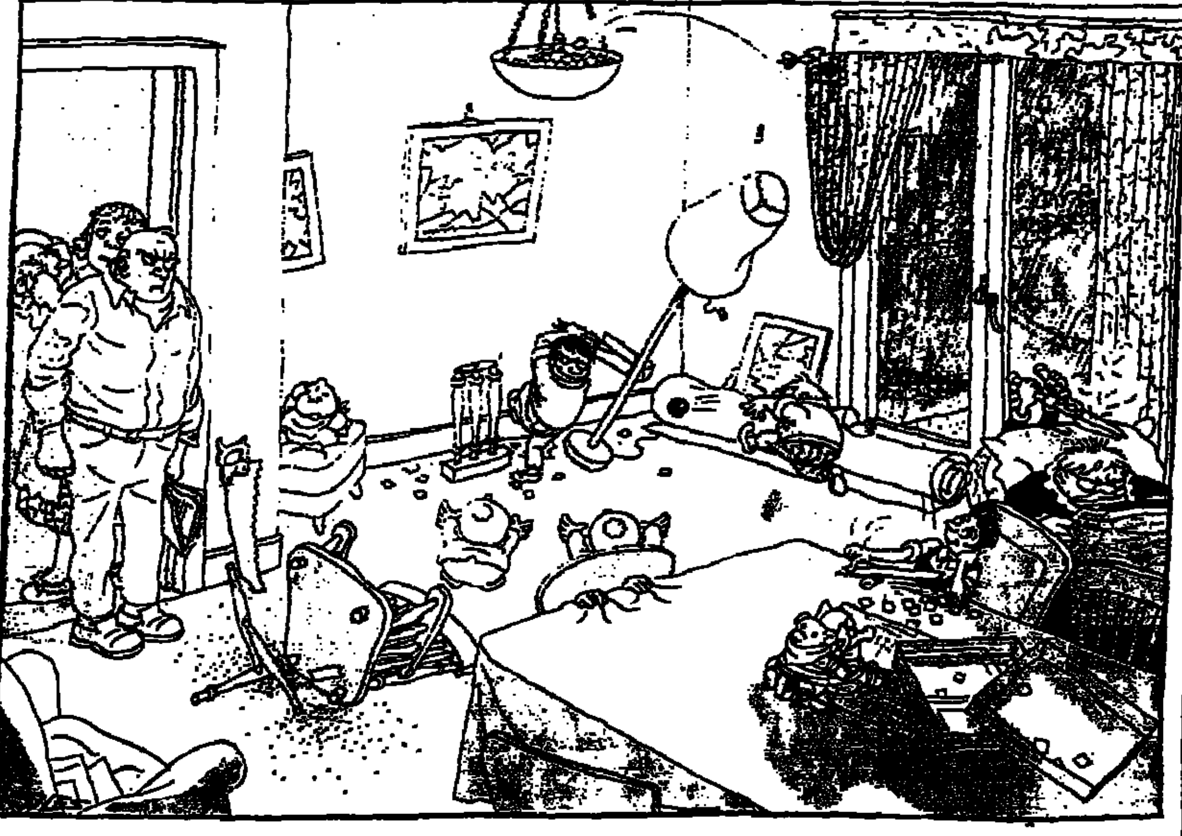
Freundschaft

Von Günther Bading

Bundeskanzler Helmut Kohl muß künftig nur noch einen Telefonhörer abheben, um direkt mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand sprechen zu können. Man mag es als simple Nutzung technischen Fortschritts im Zeitalter der totalen Kommunikation werten, was die beiden da am Rande ihres Gesprächs im südfranzösischen Bregançon über die Direktleitung vereinbart haben. Aber es ist etwas mehr, denn bisher gab es ja schon die unmittelbaren Fernschreibverbindungen zwischen dem Bundeskanzleramt und dem Elysée-Palast. Mitterrand und Kohl wollen jederzeit den direkten Kontakt herstellen können. Notfalls auch ohne Dolmetscher, denn bei aller Unzulänglichkeit seiner englischen Sprachkenntnisse versteht der Kanzler ganz passabel Französisch.

Die Sieben-Stunden-Unterredung zunächst auf der Festung Bregançon, einem der Sommersitze des Staatspräsidenten, und später auf Port Cros ließ vom Atmosphärischen her nichts zu wünschen übrig. Das Zusammensein ähnelte in seinen äußeren Begleiterscheinungen – etwa dem einstündigen Fußmarsch zum Fort du Moulin – mehr dem Treffen zweier Freunde als dem intensiven Arbeitsbesuch, um den es sich in Wahrheit gehandelt hat. Neben der üblichen Tour d'horizon bemühten sich Mitterrand und Kohl offenbar erfolgreich, in all jenen Punkten Klarheit zu schaffen, die im deutsch-französischen Verhältnis derzeit Sorge mchen.

Ob bei der Vereinbarkeit von SDI und Eureka, der militärischen Zusammenarbeit, der Berücksichtigung der speziellen Interessen unseres geteilten Landes in der Fortentwicklung der französischen Nuklearstrategie – die beiden Staatsmänner konnten nach ihrer Unterredung von einem „intensiven gegenseitigen Verstehen" ausgehen, wie es Regierungssprecher Ost formulierte. Und selbst zur verfahrenen Situation um den Jäger 90 wußte Mitterrand seinem Duzfreund Kohl einen Vorschlag zu machen, der neue Hoffnung auf Gemeinsamkeit aufkeimen läßt. Der Erfolg von Bregançon liegt nicht allein im Atmosphärischen: François und Helmut meinen es ernst mit einem einigen Europa.



„Sie langweilen sich eben bei dem schlechten Wetter ein wenig!" GILES/SUNDAY EXPRESS

Der größtmögliche Schaden

Von Manfred Schell

Diejenigen, die in Bonn, Köln und in München Verantwortung für den Schutz von Menschenleben, im weitesten Sinne Verantwortung für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland tragen, *müssen jetzt die* Nerven behalten – so schockierend, ja empörend *und unfaßbar zugleich die Begleitumstände des schweren Verratsfalles* Tiedge *auch sind* und so berechtigt Forderungen nach personellen Konsequenzen gestellt werden. Auch eine Krise, und um eine solche handelt es sich, muß geordnet bewältigt werden.

Die Bundesregierung, und hier ist zunächst Innenminister Zimmermann gefordert, hat sich in der Not für ein Vorgehen entschieden, das nach Lage der Dinge nicht anders sein kann: Oberstes Gebot ist es, Menschen, die in der „DDR" für unsere Spionageabwehr garbeitet haben, zu retten, ehe sie der Verräter Tiedge ans Messer liefert. Nach vorliegenden Informationen soll dies in Einzelfällen gelungen sein. Ob allerdings die Warnungen rechtzeitig überall hin ergangen sind, wird erst in wenigen Tagen bekannt sein.

Der Vertrauensverlust jedenfalls ist total. Wer ist noch bereit, unter hohem Risiko für einen Dienst zu arbeiten, der sich so fahrlässig verhält? Die besorgten Anfragen der Regierung in Washington deuten an, welche Dimensionen der Fall Tiedge hat.

An zweiter Stelle steht das, was Politiker und Beamte jetzt „Schadensbegrenzung" nennen. Einher geht Ratlosigkeit, wie diese überhaupt möglich sein soll. Tiedge, darüber besteht Klarheit, kennt alle Details: Klar- und Decknamen von Personen, Fahndungsmethoden, wie sie in jahrelanger Arbeit ausgeklügelt worden sind. Er weiß auch, weil er wie die Spinne im Netz saß, wem die Spionageabwehr auf den Fersen war. Die bislang unbeantwortete Frage, ob der Regierungsdirektor seit langem Agent der anderen Seite war oder ob er aus einer Kurzschlußhandlung heraus die Fronten gewechselt hat, ist in diesem Zusammenhang weniger wichtig. Seit 1979 jedenfalls gab es keinen herausgehobenen Erfolg mehr gegen „DDR"-Spione.

Zufall? Wohl kaum. Jedenfalls muß vom größtmöglichen Schaden ausgegangen werden. Und dazu gehört die Unterstellung, daß Tiedge ein langjähriger Verräter ist, daß er Agenten wie die Sekretärinnen Lüneburg und Richter gewarnt hat. Jeder Versuch, den Schaden durch Mutmaßungen und Interpretationen minimieren zu wollen, verbietet sich.

Bundeskanzler Kohl wird kontinuierlich über die Ermittlungen unterrichtet. Die Parlamentarische Kontrollkommission und das Bundeskabinett werden am Dienstag über die Fakten informiert. Dann ist es Zeit, auch an personelle Konsequenzen zu denken.

Muß Zimmermann gehen? Bislang gibt es keinen Anlaß, ihn dazu aufzufordern. Auch die Sozialdemokraten halten sich mit Vorwürfen zurück. Tiedge ist seit neunzehn Jahren in „sensitiven Bereichen" tätig, aber erst vor wenigen Jahren zum „Problemfall" geworden. Ex-Verfassungsschutzpräsident Hellenbroich (CDU) – seit einem knappen Monat Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND) – hat den Minister darüber nicht unterrichtet. Hellenbroich hat das „Risiko" Tiedge auf seine Kappe genommen, und sein Vizepräsident Pelny (SPD) hat dieses Vorgehen für richtig gehalten. Hellenbroich hat erklärt, er habe sich nichts vorzuwerfen.

Diese Erklärung Hellenbroichs aber, der für seine Handlungsweise gewiß Gründe gehabt hat, verliert [illegible] Bedeutung. Niemandem kann plausibel gemacht werden, wieso der Alkoholiker Tiedge, hochverschuldet, mit einem durch und durch chaotischen Lebenswandel, auf seinem brisanten Posten belassen wurde. Er war so verschuldet, daß selbst die Hundesteuer gepfändet, das Telefon gekappt werden mußte.



Das tut der Republik weh: Zimmermann FOTO: POLY-PRESS

Hellenbroich hat das Risiko gescheut, Tiedge abzulösen, weil er befürchtete, der Mann werde sich das Leben nehmen oder in die Fänge gegnerischer Geheimdienste geraten. Statt dessen hat er versucht, ihn zu „stabilisieren". Eine menschliche Geste, die sich nicht ausgezahlt hat und die, wie sich jetzt herausstellt, zu einem Kunstfehler mit verheerenden Folgen geworden ist. Hellenbroich und Pelny werden gehen müssen. Die Entscheidung liegt beim Kanzler.

Jeder, der es mit unserem Staat gut meint, sollte jetzt der Versuchung widerstehen, gegen unsere Geheimdienste zu Felde zu ziehen. Allein die Tatsache, daß die „DDR" parallel zu ihrer „Kooperationsbereitschaft" auf politischem Sektor in Vorzimmer von Ministern Agentinnen einschleust – auch der Fall Guillaume ist noch präsent –, belegt die Notwendigkeit einer effizienten Abwehr.

Die Politiker hauptsächlich sind aber auch über den Tag hinaus gefordert. Sie müssen den Diensten alle rechtsstaatlich abgesicherten Handlungsmöglichkeiten geben. Nicht nur eine persönliche Fehlentscheidung, auch übertriebener Datenschutz, das wird sich noch am Fall Lüneburg zeigen, kann schlimme Folgen haben.

Die Geheimdienste müssen von dem Stigma der Halb-Illegalität, der Unseriosität, der Schnüffelei, befreit werden, auch wenn der Fall Tiedge alte Vorurteile zu bestätigen scheint. Erst wenn dies geschieht, werden die Geheimdienste frei von solchen kaputten Typen wie Tiedge bleiben und attraktiv für die besten Köpfe werden. Wenn der jüngste schwere Verratsfall unter Kontrolle gebracht ist, wenn die Konsequenzen gezogen sind, dann muß darüber nachgedacht werden.

IM GESPRÄCH Hartwig Kelm

Gräben zuschütten

Von Gernot Facius

Die Hessen hatten am Wochenende doppelten Grund zum Feiern. Zum zweihundertsten Mal flimmerte der „Blaue Bock", das ARD-Markenzeichen des Senders am Frankfurter Dornbusch, über die Bildschirme. Und dessen Rundfunkrat wählte – aus den eigenen Reihen – einen neuen Intendanten.

Professor Hartwig Kelm, der am 5. April nächsten Jahres in die Chefetage einziehen wird, paßt so gar nicht in das Bild vom Äppelwoi-Sender. Das Bild stimmt ohnehin nicht, denn die „Blaue Bock"-Folklore kaschierte, daß in der 2200-Mann-Anstalt knallharte Politik, rote und rot-grüne, gemacht wurde.

Kelms Wahl darf mit der Friedrich Nowottnys zum WDR-Chef verglichen werden. Der Journalist Nowottny soll dem größten ARD-Haus Farbe geben und den Parteienfilz dort eindämmen. Auch von dem Wissenschaftler und derzeitigen Präsidenten der Frankfurter Universität, parteipolitisch wie Nowottny nicht gebunden, gleichwohl der Union nahestehend, wird erwartet, daß er Verkrustungen aufgebricht und politische Einseitigkeiten beendet.

Als sich Kelm, 1933 im thüringischen Schmalkalden geboren und Chemiker von Profession, vor seiner Wahl zum Uni-Präsidenten 1979 einer Kandidatenanhörung stellte, flogen Eier. Solche Anzeichen der Ablehnung hat der Intendant Kelm nicht zu befürchten. Dennoch schlägt ihm Widerstand entgegen. Der Redakteursausschuß des Senders hatte öffentlich vor seiner Wahl gewarnt und sich für den NDR-Justitiar Klaus Berg eingesetzt. Berg kommt aus der Schule des bisherigen Intendanten Wolfgang Lehr, der die Gremien mit eigenwilligen Personalentscheidungen verschreckt hatte: Unter anderem berief er den GEW-Schulrat Glänzel zum – glücklosen – Fernsehdirektor.

Von den achtzehn anwesenden Mitgliedern des Rundfunkrates stimmten elf für Kelm, sechs für

Zum Intendanten des Hessischen Rundfunks gewählt: Kelm FOTO: DPA

Berg, der, vom SPD- und Gewerkschaftsflügel unterstützt, in die Bresche sprang, als sich Lehr der Hoffnungslosigkeit einer zweiten Kandidatur bewußt wurde. Der neue Mann, der sich auch an amerikanischen Universitäten umgesehen hat, kann auf mancherlei Erfolge in Frankfurt verweisen: Ihm gelang es, Gräben, die sich zwischen Bevölkerung und Universität aufgetan hatten, zuzuschütten. Er öffnete die Hochschule wieder der Kulturpolitik und der Wirtschaft. Wird ihm auch eine Öffnung des HR in Richtung auf mehr Meinungs-Pluralismus gelingen?

Der gewählte Intendant sieht sich einer eigenartigen Situation konfrontiert. Hessen ist so etwas wie eine medienpolitische Insel in der Bundesrepublik. Privater Rundfunk und privates Fernsehen scheitern dort völlig am Nein der rot-grünen Landtagsmehrheit: die „neuen Medien" sollen dem Monopolisten HR zugeschanzt werden. Für einen Liberalen wie Kelm eigentlich eine abstruse Lage. Wie er sich dazu verhalten wird, dürfte zu einer der interessantesten medienpolitischen Fragen der Zukunft werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Flucht Tiedges beherrschte am Wochenende die Presse:

DIARIO 16

Diese Welle von Spionen hat eine objektive Grundlage, nämlich daß Deutschland immer noch eine Nation ist, wenn auch gespalten in zwei Staaten. Die Spione der einen oder anderen Seite handeln in dem Bewußtsein, daß sie nicht für einen ausländischen, souveränen, feindlichen Staat arbeiten, sondern für ihre eigene politische Partei. **(Madrid)**

RHEINISCHE POST

Der Begriff „Schadensbegrenzung" umschreibt unterkühlt, was hektisch unternommen werden muß, um die Folgen einer Katastrophe im Sicherheitsbereich der Bundesrepublik abzumildern. Aber noch weiß ja niemand, aus wie vielen Mosaiksteinen sich der (angeblich) größte Spionageskandal im Nachkriegsdeutschland zusammensetzen wird. Immerhin scheint mit dem Überwechseln des Verfassungsschützers Tiedge nach Ost-Berlin geklärt, weshalb den Sicherheitsbehörden hierzulande seit mindestens zwei Jahren keine Enttarnung von bedeutenden DDR-Agenten mehr gelingt. **(Düsseldorf)**

SÜDWEST PRESSE

Der Mann war amtsbekannt als labile Figur. Wer hat ihn auf seinem Posten belassen und warum? Gab es Gründe dafür? Mit diesen Fragen greift die Affäre auch hinüber auf den Pullacher Bundesnachrichtendienst. Sein Chef, Heribert Hellenbroich, war bis vor ganz kurzer Zeit Chef des Kölner Bundesamts für Verfassungsschutz. Wie sehr wird er durch den Fall Tiedge beschädigt? **(Ulm)**

Lübecker Nachrichten

Geradezu abenteuerlich mutet es an, wenn seit mindestens zwei Jahren bekannt ist, daß der hohe Geheimnisträger dem Alkohol verfallen ist und Schulden macht: Grund genug für einen weniger bedeutenden Staatsbediensteten nicht nur im Sicherheitsbereich, gemaßregelt und im äußersten Fall entlassen zu werden.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Wie viele Jahre Zuchthaus für bisher unentdeckte West-Agenten bringt Tiedge der Ostberliner Staatssicherheit als Gastgeschenk mit? **(Heidelberg)**

LE FIGARO

Ein vollkommenes Scheitern der westdeutschen Gegenspionage? Ohne Zweifel ... Der gegen die Glaubwürdigkeit Bonns geführte Schlag ist international. **(Paris)**

Basler Zeitung

Deutsche Spionageabwehr am Ende ... Es ist im Grunde unerheblich, ob Tiedge Methoden, Namen und andere Geheimnisse erst bei seinem Übertritt oder schon vorher verraten hat. Alles, erst recht die Kontaktleute bundesdeutscher Sicherheitsbehörden in der DDR und sonstwo im Warschauer Pakt, ist nun was im Branchenjargon „verbrannt" genannt wird.

Welche Sanktionen Südafrika von den USA drohen

Reagan schweigt bisher – und hat allen Grund dazu / Von Fritz Wirth

Fünf Tage weilte der Reverend Jerry Falwell, Führer der „moralischen Mehrheit" in den USA, in Südafrika und fühlte sich dann befugt, in der neu entbrannten Südafrika-Debatte in den Vereinigten Staaten das große Wort zu führen. Eine seiner ersten unpassenden Vokabeln war das Wort „Schwindler", das er dem Friedensnobelpreisträger Bischof Tutu anhängte. Das Wort ist weder ihm noch der ganzen Diskussion gut bekommen. Falwell sah es an diesem Wochenende ein und zog es zurück.

Falwell hat mit seiner Kampagne Südafrika zu einem beherrschenden Thema gemacht. Der Stil, in dem es geschah, und die Qualität seiner Argumente haben Erinnerungen an die Tugend des Schweigens geweckt, die auch Predigern zuweilen gut ansteht. Falwell hat mit seiner Kampagne jenen, denen er zur Seite stehen wollte, mehr geschadet als genutzt. Er hat der Glaubwürdigkeit der Politik des „konstruktiven Engagements" Schaden zugefügt. Dabei könnte die Reagan-Administration gutwillige und sachlich orientierte Interpreten ihrer Südafrikapolitik gut gebrauchen. Denn es haben sich Mißverständnisse eingeschlichen.

Dazu gehört die in der letzten Woche mit großen Schlagzeilen verkaufte Meldung, Präsident Reagan habe sich entschieden, gegen den vom Kongreß zu erwartenden Sanktionsbeschluß ein Veto einzulegen.

Tatsache ist, daß Reagan aus seiner Abneigung gegen Wirtschaftssanktionen, die die Schwarzen härter träfen als die weiße Minderheit in Südafrika, niemals einen Hehl gemacht hat. Dennoch hat er bis zur Stunde nicht entschieden, wie er sich gegenüber einem Kongreßbeschluß in der Sanktionsfrage verhalten soll. Es gibt nämlich keine Notwendigkeit dazu, solange der Senat noch nicht darüber abgestimmt hat – und das wird erst in drei Wochen geschehen. Sich jetzt in dieser Frage öffentlich festzulegen, wäre auch aus taktischen Gründen unklug.

Washington erwartet mit wachsender Ungeduld innerhalb der nächsten Wochen von der südafrikanischen Regierung Aktionen und konkrete Äußerungen, die eine durchgreifende Reform der Rassenpolitik einleiten. Es wäre erstaunlich, wenn das Weiße Haus in dieser Phase durch die frühzeitige Ankündigung eines Präsidenten-Vetos gegen Sanktionen Signale in Richtung Pretoria aussenden würde, die den Druck, den das State Department zur Stunde auf die südafrikanische Regierung ausübt, entschärfen würden.

Doch selbst wenn dieser Sanktionsbeschluß des Kongresses in etwa drei Wochen auf dem Tisch des Präsidenten landen wird, wie mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, ist es notwendig, Verwirrungen über die Qualität dieser Maßnahmen aufzuhellen, die mit „Wirtschaftssanktionen" bisher als zu dramatisch und mit „Desinvestition" schlicht falsch etikettiert worden sind.

Tatsächlich sieht dieser Sanktionsbeschluß, der am 1. August nur von 48 von 182 republikanischen Abgeordneten des Repräsentantenhauses abgelehnt worden ist, vor: 1. Ein Importverbot von Krügerrand in die USA, 2. Verbot des Exports von Computern an südafrikanische Regierungsbehörden und Streitkräfte, 3. Verbot des Exports von Nuklear-Technologie an Südafrika und 4. Verbot amerikanischer Bankanleihen an die südafrikanische Regierung.

Das sind kaum Maßnahmen, die geeignet sind, die südafrikanische Wirtschaft lahmzulegen. Es ist darüber hinaus unwahrscheinlich, daß sie Arbeitsplätze der Schwarzen und Mischlinge gefährden. Einen solchen Effekt könnte von diesen vier Maßnahmen am ehesten das Verbot von Bankanleihen haben. Der Gesetzentwurf betont jedoch, daß es sich dabei um Anleihen an Regierungsstellen, nicht aber an Firmen handelt; Unternehmen hätten weiterhin ungehinderten Zugang zu US-Finanzmärkten. Mit anderen Worten: Der Gesetzentwurf, den das Repräsentantenhaus am 1. August verabschiedete, verdient eher das Prädikat eines Warnschusses als das von Wirtschaftssanktionen.

Wer jedoch auf hundertprozentigen Sanktionen und auf totalem Desinvestment besteht, muß wissen, daß er damit auch das sogenannte „Sullivan-Prinzip" zu Fall bringt, mit dem sich amerikanische Firmen in Südafrika zur Schaffung gleicher Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmer verpflichten und beträchtliche Summen für die Ausbildung und die Unterkunft der Schwarzen ausgeben. Das ist eine Art praktizierten „konstruktiven Engagements", das Erfolge vorweisen kann im Kampf gegen die Apartheid.

Alle diese Tatsachen und Nuancierungen drohen jedoch im Wortgewitter der Polemiken unterzugehen. Die amerikanische Südafrikapolitik verdient bessere Interpreten als einen Jerry Falwell oder einen Jesse Jackson, die aggressiv verallgemeinern.

Spionage mit zwei Gesichtern: der vom Alkohol abhängige Verfassungsschützer und die Sekretärin mit neuer Identität

Am Anfang des Spionage-Lebens steht eine neue Identität

Von WERNER KAHL

Die Lebenserinnerungen der „DDR"-Spionin könnten durchaus Anlaß einer Verwechslung sein, handelte es sich nicht bereits um die zehnte Auflage, die jetzt in den Buchhandlungen der „DDR" ausliegt: „Sonjas Report", der Verkaufsschlager, läßt in diesen Tagen Schaufenstergucker an den Fall der verschwundenen Bonner Ministersekretärin „Sonja Lüneburg" denken.

Die Bestseller-Autorin Ruth Werner, die während des Krieges vom Sowjetgeheimdienst den Decknamen „Sonja" erhielt, ist die Tochter des Berliner Wirtschaftstheoretikers Professor René Kuczynski. Seitdem die Professorentochter für den militärischen Nachrichtendienst des Kreml in der „Roten Kapelle" tätig war, hat sich jedoch im Aufbau von Agenten einiges verändert. Tarnte die „Sonja" der dreißiger und vierziger Jahre ihre Spionageaufträge noch als Hausmütterchen und Ehefrau unverdächtiger Männer, so mußten die östlichen Geheimdienste seitdem für die Einschleusung von V-Damen in die Vorzimmer der Macht neue Methoden entwickeln.

Nach dem Übertritt des hohen Verfassungsschützers Hans-Joachim Tiedge in die „DDR", der für die Abwehr der Agenten aus eben diesem Staat zuständig war, geht es der Spionageabwehr im Bonner Agententheater jetzt wie dem Autor bei der Entwicklung eines neuen Stückes. Zwar sind Inhalt („Identitätswechsel" mit Namenswäsche) und Hauptakteure nunmehr weitgehend bekannt. Doch welche Beziehungen zwischen den handelnden Personen bestehen, ist noch zu untersuchen. Vor allem ist die Frage offen, wie die übrigen Rollen des Agententhrillers besetzt sind.

Zugleich wird jedoch zunehmend deutlich, daß die Legende der Ministersekretärin „Sonja Lüneburg" löchrig wie Schweizer Käse war und bei einigermaßen sorgfältiger Sicherheitsüberprüfung hätte durchschaut werden müssen. So primitiv praktizierte der Ostberliner Geheimdienst die „Namenswäsche":

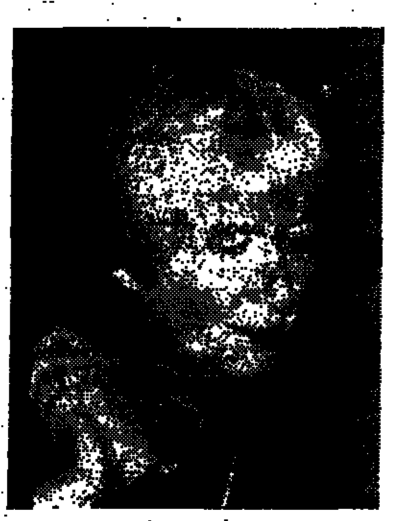
Die Friseurmeisterin Sonja Silvia Goesch zog im Jahre 1949 aus der elterlichen Wohnung Schonensche Straße 37, einer Seitenstraße des Stadtbezirks Pankow im Sowjetsektor Berlins, nach West-Berlin. Dort erhielt die 25jährige „zwecks Eheschließung" die heißbegehrte Zuzugsgenehmigung für den Bezirk Wilmersdorf (britischer Sektor).

Den Ehemann Alfred Lüneburg, Jahrgang 1919, zeichnete eine für damalige Verhältnisse selten makellose politische Weste aus. Denn der Speditionskaufmann aus der Pariser Straße 60 war weder Mitglied der NSDAP gewesen, noch hatte er sonst irgendeine Funktion im Dritten Reich ausgeübt. Nicht einmal eine Uniform hatte er getragen. Ein Herzleiden hatte ihn davor bewahrt.

War es auch das Herz, das die Belastungen der Ehe nicht vertrug? Jedenfalls wurde 1951 nach nur einjähriger Partnerschaft die Ehe geschieden. Sonja Lüneburg, geborene Goesch, arbeitete anschließend im eigenen Friseursalon in West-Berlin bis sie in finanzielle Schwierigkeiten geriet und offenbar exmittiert wurde. Daraufhin kehrte die Friseuse nach Ost-Berlin zurück. Ex-Ehemann Lüneburg hatte bereits nach der Scheidung die Stadt verlassen. In Bad Neuenahr fand er in der damaligen Kirchstraße 16 (heute Willibrordusstraße) Wohnung und eine neue Lebensgefährtin. Anfang der sechziger Jahre zog es ihn solo wieder nach Berlin. Endgültig habe er aber Bad Neuenahr erst 1964/65 verlassen, erinnerte sich die Tochter seiner einstigen Lebensgefährtin im Gespräch mit der WELT. In Berlin-Wilmersdorf starb Lüneburg 1978 im Alter von 59 Jahren.

Das Datum seiner Rückkehr hat für die Spurensuche der Spionageabwehr heute besondere Bedeutung. Denn in diesem Zeitraum dürften die Vorbereitungen für den Identitätswechsel der Ostberliner Perspektivagentin, die den Alias-Namen „Sonja Lüneburg" erhielt, getroffen worden sein. Die für die Ausspähung und Unterwanderung demokratischer Parteien und Massenorganisationen verantwortliche Ostberliner Geheimdienstabteilung hatte die Doppelgängerin für den Einsatz bei FDP-Politikern vorgesehen.

Weil eine Friseuse in der Bundeshauptstadt bestenfalls nur Gelegen-



Seit 1966 heißt diese Frau Sonja Lüneburg FOTO: DPA

heit erhalten hätte, vor Staatsempfängen Damen hoher Politiker beim Ondulieren auszuhorchen, stellte der Staatssicherheitsdienst in seiner Werkstatt für die Agentin ein total gefälschtes Berliner Reifezeugnis aus dem Jahre 1943 her.

Einer Friseuse mit Abitur wollten denn auch weder William Borm – der erste erfolgreiche Einsatz der falschen Sonja – noch die weiteren Arbeitgeber Hermann Flach (verstorbener FDP-Generalsekretär) und Martin Bangemann, bei dem sie zunächst im Generalsekretariat, später im Büro des Europa-Politikers und schließlich im Vorzimmer des Bundeswirtschaftsministers arbeitete, die Tür weisen.

Der Identitätswechsel fand nach den jetzt vorliegenden Untersuchungen nicht erst in Colmar (Frankreich) statt, sondern wurde bereits 1966 in West-Berlin vorgenommen. Der Staatssicherheitsdienst täuschte beim Westberliner Einwohnermeldeamt die Abmeldung der echten Sonja Lüneburg nach dem elsässischen Colmar vor. Mit der polizeilichen Bestätigung des Wohnortwechsels konnte die Spionin in Colmar auftauchen und die „Rückkehr" in die Bundesrepublik Deutschland antreten. Nach Zwischenstationen in Hamburg und Frankfurt erreichte „Sonja Lüneburg" planmäßig den Einstieg in die Vorzimmer der Macht, fast gleichzeitig mit dem eingeschleusten Ehepaar Guillaume, bei dem der „DDR"-Geheimdienst erwartete, daß es auch ohne „Namenswäsche" ans Ziel kommen würde.

Einen der interessantesten Fälle, der bei dem vom Verfassungsschutz in den siebziger Jahren erarbeiteten Rasterfahndung „Aktion Anmeldung" entdeckt wurde, schilderte jetzt zum erstenmal Hans Josef Horchem, ehemaliger Präsident des Hamburger Verfassungsschutzes („Die lautlose Macht", Verlag Das Beste, 1985).

Nach Horchems Angaben erfaßte der Verfassungsschutz 1974 beim Einwohnermeldeamt Freiburg ein Ehepaar, das sich dort 1964 unter dem Namen Heinz Hans und Carola Elisabeth Krause angemeldet hatte. Die Eheleute behaupteten, sie seien aus Buenos Aires zurückgekehrt. Mit neuen Bundespersonalausweisen der Freiburger Stadtverwaltung zogen sie nach München. Im September 1965 wechselten sie erneut den Wohnsitz und meldeten sich in Bensberg bei Köln an. Dort meldeten sie sich am 19. Dezember 1969 nach Barcelona ab. Sie wollten dort ein Reisebüro eröffnen, sagten sie beim Abschied. In Wirklichkeit wurden sie wegen einer Panne in die „DDR" zurückgerufen.

Bei diesem Paar handelte es sich um den Berliner Heinz Hans Krause und die aus Lommatzsch bei Meißen stammende Carola Elisabeth Petzold. Der echte Krause war 1957 aus England, Frau Petzold 1961 aus der Bundesrepublik in die „DDR" zurückgekehrt. Die Abwehr wußte damals noch nicht, daß Krauses zu den mehrfach ausgewechselten Führungsleuten des Luftwaffenspions Oberstleutnant Norbert Moser gehörten.

Während Guillaume ohne Namenswäsche zum persönlichen Referenten Willy Brandts aufstieg, wählte der Staatssicherheitsdienst für den Atomspion Karl-Heinz Stöber alias Heinz Dieter Pichotka die Legende eines in Finnland aufgewachsenen und ebenfalls in die „DDR" zurückgekehrten Pichotka aus. Ein nicht unerhebliches Merkmal enttarnte den in Bonn residierenden Physiker: Der echte Pichotka hatte in seiner Jugend einen Wasserkopf ...

Als die Spionageabwehr des Verfassungsschutzes im vergangenen Jahr in mehreren Städten des Erftkreises im Großraum Köln unter strenger Geheimhaltung die Melderegister in Frage kommender Personen auswerten wollte, stoppte der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD) die „Aktion Anmeldung" nach einem entsprechenden Hinweis durch den Landesdatenschutzbeauftragten Heinrich Weyer. Die Verwaltungschefs der Städte und Gemeinden waren vom Verfassungsschutz davon unterrichtet worden, daß es sich um ein neues „Früherkennungsprogramm" der Abwehr handele. Die Amtshilfe müsse, so wurde betont, wegen der erforderlichen besonderen Geheimhaltung ohne Beteiligung der Mitarbeiter der örtlichen Meldeämter erfolgen.

Die Verfassungsschützer hatten gute Gründe: Es war mehrfach östlichen Geheimdiensten gelungen, in Polizeiämtern und Einwohnermeldeämtern V-Leute als „Schleusenwärter" für Namens- und Identitätswäsche einzubauen.







Zwei Indizien, wo die Alarmglocken hätten klingeln müssen: die Alkoholabhängigkeit Tiedges und die hohen Schulden auf seinem Haus. FOTOS: SVEN SIMON/DPA

Er bestellte immer nur Bier und Korn

Von HORST STEIN

„Hier ist es, hier muß es sein! Da hat der Tiedge gewohnt!" Durch den stillen Kollwitzweg kommen drei Frauen auf das Haus Nummer sieben zu, die Hälse sensationslüstern gereckt, ein schönes Gruseln im verzückten Blick. Scheu schielen sie durch einen Rolladenspalt in die unaufgeräumte Küche, wo Gläser, Geschirr und Töpfe wirr durcheinanderliegen, und studieren den Schriftzug auf dem Dienstsiegel an der verschlossenen Tür: Bundeskriminalamt.

Das Haus des Regierungsdirektors Hans-Joachim Tiedge vom Bundesamt für Verfassungsschutz, der den Kölner Stadtteil Neubrück mit seinem Übertritt in die „DDR" zum Stalingrad der westdeutschen Spionageabwehr gemacht hat, ist zu einem Mekka der Sensationslüsternen geworden.

Zu Hunderten wallfahren Menschen aus Burscheid und Essen, aus Kassel oder Koblenz dorthin, um auch mal einen Blick in den Abgrund von Landesverrat zu werfen.

Was sie sehen, nährt ihre Phantasie: ein Flachdach-Bungalow, dessen schäbige Abgewohntheit sich deutlich gegen die gepflegte Wohnkultur ringsum abhebt. Abblätternde Farbe, Schimmel und Moos an den einst weißen Außenmauern. Am meisten beschäftigt das angereiste Publikum, „dat de Jarten so verkommen is". Wer Birken und Koniferen kümmern läßt, der verrät auch sein Vaterland, ganz klar.

Hans Trömner, Oberst außer Diensten und Grundstücksnachbar – auf Nummer fünf – der Tiedges, läßt Journalisten von einer Leiter aus hinüberblicken. Wir sehen Berge von Müll in blauen Säcken, alte Autoreifen und eine Batterie von leeren Schnapsflaschen. Der Oberst, vom grauen, geraden Scheitel bis zur zwiegenähten Sohle erkennbar die Korrektheit in Person, hat als erster Alarm geschlagen – ein irritierter Nachbar zunächst nur, den der Lärm und die Unordnung gegenüber störten, dann aber als Staatsbürger und Militär, der sich nicht mit dem Mißverhältnis zwischen Tiedges Amt und Tiedges Lebensführung abfinden wollte.

Die Spirale von Suff und Schulden, so schien den Nachbarn, wurde mit der Zeit bedrohlich eng. „Auf so kleinem Raum, wie diese Siedlung", sagt einer, „bleibt doch nicht verborgen, wenn der Gerichtsvollzieher kommt." Und auch warum: ob es die Hundesteuer war oder die Müllabfuhr, Wasser und Strom oder die Geldstrafe wegen Trunkenheit am Steuer (2,2 Promille).

Der Tiedge-Nachbar hat sein Auto vor das eine Ende des Kollwitzweges gestellt, der Fußgängern vorbehalten ist, und reibt bedächtig die Chromleisten blank. Was der Chromputzer so nach und nach zum besten gibt, macht offenbar, daß die psychische Zerrüttung des Hans-Joachim Tiedge längst schon in eine soziale Zerrüttung übergegangen war. Die klassische Trinkerlaufbahn.

Die seriösen Nachbarn wandten sich von ihm ab, wollten nichts mehr mit dem Verfassungsschützer zu tun haben, der häufig schon am hellen Tag durch die Gegend torkelte und abends ohnehin. Ihnen taten nur die drei Töchter leid: Martina (15), Claudia (17) und Andrea (18), um die sich nach dem Unfalltod der Mutter im Juli 1982 niemand so recht kümmerte. Interventionen der Nachbarn brachten es schließlich dahin, daß die Vorgesetzten Tiedges für die Mädchen einen Mittagstisch organisierten. Im nahen „Straßburger Hof" servierte ihnen die Inhaberin Ingrid Globisch Schweinebraten mit Kartoffeln oder Königsberger Klopse und Reis.

„Tiedge hat immer nur Bier und Korn bestellt", erzählt die Wirtin des Lokals zwischen der Kirche St. Adelheid und dem Polizeirevier, aber er habe, glaubt sie, nicht viel vertragen. Der Gedanke, daß er zuvor schon an anderem Orte aufgetankt haben könnte, scheint ihr nicht gekommen zu sein.

Inzwischen wissen alle, daß sich der schwergewichtige Tiedge (1,80 m, 230 Pfund) systematisch um Kopf und Kragen geschluckt hat. Im „Club Astoria", dem Offizierscasino einer belgischen NATO-Einheit beim nahen Müngersdorfer Stadion, trank er vorzugsweise Cognac. In seiner Haupt- und Stammkneipe, dem „Merheimer Hof" schluckte er Kölsch und eiskalten Aquavit – und nicht zu knapp.

Dem Wirtsehepaar Hans und Edith Lorenz wurde der umsatzfördernde Mann so im Laufe der Jahre zu einem gern gesehenen Gast. „Er war seit 1976 in unserem Skatclub ‚Herz As'", erzählt der Wirt, „Pfennigskat, jeden Dienstagabend." Was dem Gastronomen aber auffiel: „Daß der immer rumlief wie ein Lumpensammler. Und in den letzten zwei Monaten schien er auffallend nervös."

Auch in der Merheimer Karnevalsgesellschaft „Die Große von 1823", der die Tiedges seit 1976 angehörten, war der Dicke mit der Hornbrille sehr beliebt. Er brachte es zum Senator, seine Frau, eine frühere Lehrerin, gehörte zu den Tanzmariechen. Aber die Unfähigkeit, mit dem Sprit richtig umzugehen, war auch da bald offenbar.

Adam de Haas, der Karnevalspräsident, erzählt: „Wenn bei uns im Senat eine Runde Schnaps ausgegeben wurde und es blieben zehn übrig, dann hat der die alleine ausgetrunken. Da kannte der nichts." Einmal wollte der festesfrohe Tiedge sogar für den Vorsitz der „Großen von 1823" kandidieren, doch die Mitgliederversammlung zog es, schnapseshalber, vor, einen anderen zu wählen.

Der Regierungsdirektor, zuckerkrank und an Bluthochdruck leidend, trank indes nicht nur körperlich über seine Verhältnisse – auch finanziell.

„Der hatte überall Schulden", erfährt man in den Geschäften und Lokalen der Adenauer-Siedlung, in der die Tiedges wohnten. Auf dem 1971 für 130 000 Mark gekauften Haus lasten 220 000 Mark an Hypotheken, die mit 2500 monatlich getilgt werden müssen, und bis vor kurzem würgte der Regierungsdirektor an einem 80 000-Mark-Kredit. Er hatte 1100 Mark Zechschulden, im Haus lagen unbezahlte Rechnungen über 35 000 Mark. Am Tag, an dem er sich absetzte, sollte Tiedge dem Amt einen Reisekostenvorschuß von 1500 Mark zurückerstatten. Seine regelmäßigen Besuche in der Lottoannahmestelle von Dieter Piebus vis-à-vis vom „Straßburger Hof" hatten nichts gebracht.

Hellenbroich wird gehen müssen

● Fortsetzung von Seite 1

niemals irgendwelchen Entspannungsträumereien angehangen. Wir haben immer gesagt, man muß auch das Menschenmögliche tun, um nachbarschaftliche Fragen – zum Beispiel in den Verkehrsverbindungen, in Fragen des Umweltschutzes – gemeinsam zu lösen. Aber wir machen keine Kumpanei, und wir machen uns keine Illusionen."

Beeinträchtigungen im Verhältnis zu den Verbündeten der Bundesrepublik erwartet der Kanzleramtschef im Grunde wegen des Übertrittes Tiedges nicht, eher Sorge. „Es ist ja ganz klar, daß die Verbündeten ein solch schwerer Vorgang ebenso besorgt macht, wie es uns Sorge machen würde, wenn bei unseren Verbündeten etwas Derartiges passierte." Von Belastungen der Beziehungen aber könne keine Rede sein: „Auch unsere Verbündeten wissen, daß die Sicherheitsproblematik im geteilten Deutschland sich ungleich schärfer und härter stellt als in jedem anderen Land des Bündnisses."

Die Spionagefälle der jüngsten Zeit – Schäuble wies dabei auch auf die jetzt anscheinend feststehende Agententätigkeit der verschwundenen Frauen Lüneburg und Richter hin – müßten zwar dazu führen, daß „wir auf der einen Seite die Sicherheitsbelange so gut wie irgend möglich wahrnehmen, um Schaden von der Bundesrepublik Deutschland abzuwehren. Aber gleichzeitig darf es natürlich nicht dazu führen, daß die Deutschen, die irgendwann aus der DDR zu uns gekommen sind oder noch kommen werden, dadurch diskriminiert werden".

Vorrangige Frage war gestern, ob Tiedge schon seit längerem für die „DDR" gearbeitet oder sich erst in einer emotionalen Kurzschlußhandlung „abgesetzt" hat. Die Einschätzung im Innenministerium lief darauf hinaus, daß Tiedge schon seit geraumer Zeit als „Maulwurf" tätig gewesen sei. In diesem Zusammenhang wurde ein Zeitraum von mindestens zwei Jahren genannt. Es ist auffällig, daß in den zurückliegenden Jahren dem Verfassungsschutz kein großer Erfolg mehr über die „DDR"-Spionage gelungen ist. Außerdem ist bemerkenswert, daß sich Agenten „rechtzeitig" absetzen konnten, also gewarnt worden sind. Im Verfassungsschutz wird auch die Frage geprüft, ob Tiedge Verdachtsmomente gegen mutmaßliche Agenten „kraft seines Amtes" von vornherein unterbunden hat.

Zur Flucht Tiedges hat möglicherweise die Anordnung einer neuerlichen Sicherheitsüberprüfung geführt, die der neue Verfassungsschutzpräsident Holger Pfahls zwei Wochen nach Amtsantritt am 1. August angeordnet hat.

Mit Stadtteilzeitungen macht die SPD Werbung durch die Hintertür

Geschätzte Jahres-Auflage liegt bei 30-40 Millionen Exemplaren / CDU beunruhigt

PETER PHILIPPS, Bonn

Ihr einstiges Zeitungs-Imperium, geschaffen durch die Lizenzen der Siegermächte nach dem Zweiten Weltkrieg, hat die SPD zwar fast auf Null herabgewirtschaftet, aber beinahe unbemerkt hat sich die Partei ein neues, auflagenstärkeres aufgebaut. Sie heißen „börnsener rundschau" und „Neues aus Stelle", „Gillbachblatt" und „Röslauer Kurier" – Orts- und Stadtteilzeitungen, in deren Titel der Name SPD häufig gar nicht erscheint, die aber von Untergliederungen der Partei herausgegeben werden. Und ihre jährliche Auflage summiert sich immerhin auf geschätzte 30 bis 40 Millionen Exemplare. Die CDU, auf diesem Feld bisher praktisch nicht präsent, hat nach der Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen inzwischen zur großen Aufholjagd geblasen.

Know-how aus Bonn

Im Zuge zunehmender Zeitungskonzentrationen war die Zahl der kleinen, selbständigen Lokalzeitungen in den vergangenen Jahren erheblich zurückgegangen. Das Bedürfnis vieler Bürger nach regelmäßiger Information aus dem engeren Lebensbereich aber blieb unverändert. In diese Marktlücke sind nach und nach unregelmäßig erscheinende und unaufwendig gemachte Publikationen der SPD getreten – zwar gemacht von der Organisation vor Ort, aber bei Bedarf mit Know-how der Bonner „Baracke" als Geburtshilfe. Manche erscheinen *nur einmal* im Jahr, viele vierteljährlich. Der Umfang differiert von einem Blatt, auf einfachste Art von Matrizen abgezogen, bis zu 38-seitigen Heften. Eines ist allen gemeinsam: Wie Anzeigenblätter werden sie kostenlos verteilt, von aktivierten Genossen.

Mehr unterschwellig, unauffällig, aber dafür wahrscheinlich um so wirksamer ist das Werben der SPD eingesprenkelt. Vorrangig lesen die Bürger etwas über die Silberhochzeit des Ortspolizisten, die letzte Sitzung des Gemeinderats, die sportlichen Erfolge der Mannschaft der heimischen Freiwilligen Feuerwehr und Tips zum Energiesparen. Hinzu kommen über die Gefühle wirksame Werbeaktionen wie ein jährliches Ostereier-Sammeln der Kleinen.

Die Bonner SPD-Zentrale ist sich ihres neuen Mediums wohl bewußt. Kopien jeder Zeitungs-Ausgabe werden zum Auswerten gesammelt. Aufgrund einer Studie über die Chancen von Ortsteil-Zeitungen in der Schweiz gibt man sich auch mit den bisherigen Erfolgen noch nicht zufrieden. Zu den Überlegungen für eine attraktivere Fortführung des seit Jahren schlingernden Relikts alter Parteizeitungs-Seeligkeit, des „Vorwärts", gehört jedenfalls auch das Modell, das Blatt zumindest mit Regional-Seiten zu verbessern.

Neidisch bis mißtrauisch äugt gleichzeitig die CDU, von deren ursprünglichen Parteizeitungen auch nur wenig übriggeblieben ist, zur sozialdemokratischen Konkurrenz hinüber. Spätestens seit dem SPD-Wahlerfolg in Nordrhein-Westfalen ist die Mobilisierungs-Wirkung der Klein-Zeitungen auch im Konrad-Adenauer-Haus nicht mehr im Zweifel.

In der CDU-Theoriezeitschrift „Sonde" schrieb kürzlich Bundesgeschäftsführer Peter Radunski: „Während die politischen Probleme immer komplexer und globaler werden, ist in der breiten Bevölkerung die Vorliebe für den persönlichen Bereich, Familie, Freundschaften, Nachbarschaften und Vereine gewachsen. So wird der Privatraum als der ideale Lebensraum angesehen, den es abzuschirmen gilt in Distanz zur äußeren Welt mit ihren Schwierigkeiten." Diese genau ist die Zielrichtung der SPD-Kleinzeitungen mit der großen Auflage.

Fingerspitzengefühl

Und dementsprechend folgert Radunski für die CDU, die so gut wie gar nicht über ein solches Potential verfügt: „In eine solche persönliche Disposition einzudringen, verlangt von der Politik bei der Werbung um den Wähler viel Fingerspitzengefühl und Einfühlungsvermögen. Leicht kann das große Getöse der Politik abstoßend und störend empfunden werden."

Jürgen Rosorius, seit zehn Jahren Leiter des Bildungswerkes der Karl-Arnold-Stiftung in Bonn und Vorstandsmitglied verschiedener Gremien der CDU-Rheinland, goß dies in der gleichen Zeitschrift in die präzise Forderung: „Jeder dritte Ortsverein der SPD (in NRW) gibt eine Bürgerzeitung heraus. Es muß Ziel sein, daß bis zur Jahresmitte 1986 alle CDU-Kreisverbände im Ruhrgebiet eigene Bürgerzeitungen herausgeben."

„Uganda braucht jetzt Hilfe"

Der CDU-Abgeordnete Heinz-Günther Hüsch traf mit neuen Machthabern zusammen

KLAUS JONAS, Bonn

Für eine tatkräftige Unterstützung der neuen Machthaber in Uganda durch die Bundesrepublik Deutschland setzt sich der CDU-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Heinz-Günther Hüsch, ein. Trotz der vielen Unsicherheiten, die über der künftigen politischen Lage in Uganda lägen, sei gerade im Anfangsstadium der neuen Regierung moralische und materielle Hilfe für deren positive Absichten dringend erforderlich, sagte er in einem WELT-Gespräch.

Hüsch hatte als erster westlicher Politiker seit dem Militärputsch vor einem Monat Uganda besucht und war dabei mit fast allen maßgeblichen Vertretern des Regimes sowie mit hohen Kirchenführern zusammengetroffen. Präsident Tiuto Okello, Verteidigungsminister Töko und der Putschführer und neue Oberkommandierende der Armee, Basilio Okello, hätten ihm, „und in meinen Augen glaubwürdig" versichert, daß das Militär in Uganda nicht die Macht auf Dauer anstrebe. Priorität habe vielmehr die Wiederherstellung der Sicherheit und der Demokratie im Land.

Große Gefahr

Als Ziele ihrer Politik hätten Militärrat und Zivilregierung unter anderem festgelegt:

- Aufnahme von Friedensgesprächen mit den vier Gruppen, die bislang im Untergrund gekämpft haben.
- *Eine politische Erneuerung* unter Einbeziehung aller Gruppen und Parteien des Landes, um eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden.
- Bekräftigung der Blockfreiheit und eine stärkere Orientierung zu den europäischen Ländern und vor allem zur EG. Aus diesem Grund seien der Vertrag über militärische Zusammenarbeit mit Nordkorea aufgekündigt und die rund 160 Militärberater nach Hause geschickt worden.
- *Einführung einer marktorientierten Wirtschaft.*
- Schutz für die Mitglieder der früheren Regierung Obote vor Vergeltung und Verfolgung. Sie könnten das Land verlassen oder bleiben.
- Rückkehr derjenigen, die als Ergebnis der Konflikte oder als Verfolgte Uganda verlassen mußten. Gleichzetig wird die Repatriierung der in Uganda lebenden Flüchtlinge aus anderen angestrebt.
- Personen, die im Untergrund gekämpft haben, werden aus der Haft entlassen, sobald mit ihren jeweiligen Gruppen Friedensvereinbarungen zustande gekommen sind. Diejenigen, die sich als Angehörige des Sicherheitsdienstes persönlich Straftaten zuschulden haben kommen lassen, werden verhaftet und vor ein ordentliches Gericht gestellt. Innenminister Paul Ssemogerere habe zugesichert, daß die Gefängnisse zur Inspektion geöffnet würden.

„Wie so oft, wenn sich neue positive *Entwicklungen anbahnen*, zögert die internationale Völkergemeinschaft", erklärte Hüsch. „Erhält jedoch die neue Regierung Ugandas weder im eigenen Land noch von außen die notwendige moralische und materielle Unterstützung, laufen ihre *Zielsetzungen, das Land zum inneren* Frieden, zur Sicherheit, zu Recht und Ordnung und zur Demokratie zurückzuführen, große Gefahr. Das sollten insbesondere die demokratischen Parteien Europas bedenken und deshalb ihre Regierungen dazu drängen, weniger den jetzt noch bestehenden Mangel an Sicherheit und die Zweifel in der Stabilität der Entwicklung zu sehen, als vielmehr die positiven Absichten der neuen Regierung Ugandas tatkräftig zu unterstützen."

Skepsis und Zweifel

Hüsch räumte ein, daß Skepsis gegenüber den neuen Machthabern weitverbreitet ist. Die Unterstützung durch die Bevölkerung sei zurückhaltend. „Den Ugandern fällt es schwer zu verzeihen. Zweifel werden geäußert, ob das Militär, das bislang für die Verletzung der Menschrechte verantwortlich gemacht worden war, *jetzt in der Lage ist*, die Sicherheit zu garantieren."

Bedenken bestünden auch gegen die Berufung von Paul Muwanga, den ehemaligen Stellvertreter des gestürzten Milton Obote, zum Premierminister. Seine Befähigung werde zwar nicht bestritten, man halte ihn jedoch nach wie vor mitverantwortlich für die Taten der Regierung Obote.

Über allem aber liege die Unsicherheit, ob der Marxist und frühere Weggefährte des Sozialisten Obote, Yoweri Museveni, der die größte Untergrundbewegung Ugandas, die Nationale Widerstandsarmee anführt, zum Friedensschluß bereit ist. „In seiner gut ausgebildeten Guerrillagruppe könnte er in Kürze den Marsch auf Kampala antreten, um seinen Ehrgeiz *durchzusetzen, selbst an die Spitze* des Staates zu treten. Dann muß damit gerechnet werden, daß Uganda sozialistisch/marxistisch orientiert wird", sagte Hüsch.

„DDR": Weniger Selbständige

dpa, Berlin

Die Zahl der „selbständig Erwerbstätigen" in der „DDR" ist 1984 weiter *zurückgegangen*. Mit 176 300 Selbständigen lag sie auf dem bisher tiefsten Stand, berichtete das Informationsbüro West (IWE) am Wochenende. Das IWE bezog sich dabei auf Ostberliner Angaben. Vor 30 Jahren habe es noch knapp 1,6 Millionen Selbständige gegeben. Der Rückgang habe stattgefunden, obwohl die Regierung der „DDR" ihre Gewerbepolitik gelockert und der Vermehrung privater Initiativen – vor allem im Handwerks- und Dienstleistungsbereich – staatliche Unterstützung gewährt habe.

Wie das IWE weiter erläuterte, hat der Schrumpfungsprozeß sich jedoch verlangsamt: Die Zahl der Einzelbauern und privaten Gärtner sei 1984 im Vergleich zum Vorjahr mit etwa 6000 konstant geblieben, die der privaten Handwerker sei um etwa 1000 auf 109 700 gesunken. Auch bei den privaten *Groß- und Einzelhändlern* und den freiberuflich Tätigen seien die Rückgänge auf etwa 11 600 bzw. 11 200 *geringfügig*.

Grund für die ungünstige Entwicklung der Selbständigen-Existenzen sei unter anderem die Schließung privater Betriebe aus Alters- und Krankheitsgründen, sagte das IWE. Um die Versorgung sicherzustellen, würden *heute neue Gewerbegenehmigungen* von den staatlichen Behörden im allgemeinen großzügig erteilt.

Betriebsratsarbeit ist ein Ehrenamt

AP, Kassel

Das Bundesarbeitsgericht in Kassel hat in mehreren Prozessen entschieden, daß *Betriebsratsmitglieder* ihr Amt unentgeltlich, ohne besondere Bezahlung als Ehrenamt ausüben müssen. Das Arbeitsentgelt darf allerdings auch dann nicht verringert werden, wenn die Betriebsratsmitglieder für ihre Betriebsratstätigkeit von der beruflichen Arbeit im Betrieb freigestellt werden müssen.

Betriebsratsmitglieder sollen durch die Freistellung weder persönliche Vorteile erhalten, noch Nachteile erleiden. Von der Arbeit freigestellte Betriebsratsmitglieder können nach den höchstrichterlichen Urteilen jedoch vom Arbeitgeber keine Zulagen für Nachtschicht und Sonntagsarbeit verlangen, wenn sie ihre Betriebsratstätigkeit nur in der normalen Arbeitszeit ausüben.

Das Bundesarbeitsgericht wies deshalb in letzter Instanz die Klagen von Betriebsratsmitgliedern aus Nordrhein-Westfalen ab, die weiterhin steuerfreie Zuschläge verlangten, weil sie früher in Wechselschicht tätig waren. Sie hatten dies mit der Begründung verlangt, sie sollten weiterhin wie vor ihrer Betriebsratszugehörigkeit behandelt werden. Es bestätigte vielmehr, daß die Arbeitgeber die von ihnen an das Finanzamt abzuführende Lohnsteuer vom Lohn der Arbeitnehmer einbehalten können (AZ: Bundesarbeitsgericht 6 AZR 504/83 und 520/83).

Appell an Bonn für Rußlanddeutsche

epd, Frankfurt

Die in Frankfurt ansässige Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) hat an die Bundesregierung appelliert, sich stärker für die in der Sowjetunion lebenden Deutschen und insbesondere für die Ausreisewilligen *unter ihnen einzusetzen*. Nach einem Treffen von rund 100 ausgereisten Rußlanddeutschen in Frankfurt teilte die Gesellschaft am Wochenende mit, daß in den ersten sieben Monaten 1985 nur 262 Deutsche die Sowjetunion hätten verlassen dürfen.

Eine Sprecherin der Organisation sprach von einem „erschreckenden Signal" für die Haltung der neuen sowjetischen Führung. Nach ihren Angaben gibt es bei gegenwärtig rund zwei Millionen Deutschen in der Sowjetunion „einhunderttausend vermutete beziehungsweise beim Deutschen Roten Kreuz gemeldete ungelöste Fälle von Familienzusammenführung".

Nach Erkenntnissen der IGfM befinden sich in der Sowjetunion zur Zeit 46 Deutsche aus Gewissensgründen in Haft. 24 seien wegen Ausreiseanträgen inhaftiert, 22 – zumeist Baptisten und Pfingstler – wegen ihres religiösen Bekenntnisses. Die Gesellschaft wirft den sowjetischen Behörden Repressionen gegen Deutsche vor, darunter Schauprozesse gegen Eheleute, die mit Zwangsscheidungen endeten.

Aus Ost-Berlin neue Asylanten nach Westen

F. D. Berlin

Die Berliner Senatsverwaltung für Inneres hat am Wochenende bestätigt, daß von den schwedischen Behörden zurückgewiesene Asylbewerber verschiedener Nationalitäten nach West-Berlin eingereist sind und dort Asylanträge gestellt haben. Auch in Dänemark abgewiesene Asylbewerber fänden sich derzeit in Berlin ein, hieß es im Haus von Berlins Innensenator Heinrich Lummer (CDU) weiter. Der Senat will jetzt diese Entwicklung sorgfältig weiter beobachten.

Unter den Asylbewerbern befinden sich allerdings keine Tamilen, die von der „DDR" nur mit gültigem Sichtvermerk der Bundesrepublik Deutschland nach West-Berlin gelassen werden. Die in Schweden abgewiesenen Asylbewerber – vor allem Personen aus Libanon, Iran und Irak – waren in die „DDR" zurückgekehrt und von dort über Ost-Berlin in den freien Teil der Stadt gelangt. Sie verfügen *zum größten Teil* über keine oder nur gefälschte Papiere und keinerlei Sichtvermerke.

Schweden hatte bei der Abweisung der Asylbewerber erklärt, es wolle seine humane Flüchtlingspolitik zwar fortsetzen, die „Verkehrspolitik" der „DDR" aber nicht länger tolerieren.

Diepgen: „DDR" zeigt Bewegung

F. D. Berlin

Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) sieht in den *innerdeutschen Beziehungen* Anzeichen für eine weitere „vorsichtige Bewegung". In einer Erklärung zu deutschlandpolitischen Fragen zeigte *sich Diepgen optimistisch*, daß das Kulturabkommen zwischen Bonn und Ost-Berlin in Kürze abgeschlossen werden könne. Die Bewegung, die die „DDR" hier gezeigt habe, berechtige auch zu der Hoffnung, daß in anderen Bereichen Fortschritte erzielt werden *könnten. Hier nannte der* CDU-Politiker vor allem den Umweltschutz und den Schienenverkehr von und nach Berlin.

Als „Schritte in die richtige Richtung" bezeichnete Diepgen die kürzlich vereinbarte Erneuerung von Teilen der Transitautobahn und die seit dem 15. Juli von der „*DDR*" geübte Praxis, Asylbewerber aus Sri Lanka ohne Sichtvermerke nicht mehr nach West-Berlin weiterreisen zu lassen. *Diese Regelung müsse allerdings* auf andere Nationalitäten ausgeweitet werden.

Die jüngsten Spionagefälle werden nach Auffassung Diepgens keine langfristigen Rückschläge in der Deutschlandpolitik zur Folge haben. Diepgen prophezeite allerdings eine „*kurzfristige* Klimaverschlechterung" zwischen Bonn und Ost-Berlin.

SED prüft Loyalität ihrer Mitglieder

dpa, Berlin

Funktionäre der SED sprechen derzeit mit den etwa 2,2 Millionen Mitgliedern und Kandidaten der Partei, um unter anderem deren politische Einstellung zu überprüfen und ihr *Engagement für die Politik der* Partei zu festigen. Die „vertrauensvollen individuellen Gespräche dienen der Vorbereitung der Parteiwahlen und der Stärkung der Kampfkraft der Partei", schrieb dazu das SED-Parteiorgan „Neues Deutschland".

Staats- und Parteichef Erich Honecker hatte die bis zum 11. Oktober dauernde Aktion im Juni vor dem SED-Zentralkomitee angekündigt. Eine solche Überprüfung hatte es zuletzt vor fünf Jahren gegeben. Von den damals 2,1 Millionen Mitgliedern und Kandidaten waren 3944 ausgeschlossen worden, weil sie „keine Bereitschaft zeigten, das Statut der Partei zu achten" oder „unwürdig waren, Mitglied der Partei zu sein".

Geißler fordert Roth zu Widerruf auf

rtr, Bonn

Bundesgesundheitsminister Heiner Geißler hat den stellvertretenden *SPD-Fraktionsvorsitzenden* Wolfgang Roth aufgefordert, die von dem SPD-Politiker zum österreichischen Weinskandal aufgestellten Behauptungen zu unterlassen und öffentlich zurückzunehmen. Der Sozialdemokrat hatte Geißler am Freitag vor der Presse vorgeworfen, die Aufklärung der Öffentlichkeit im Weinskandal verschleppt zu haben, um den Skandal in Rheinland-Pfalz zu vertuschen. Die Behauptungen Roths seien „ehrenrührig" und entbehrten „jeder *Grundlage*", erklärte Geißler. Roth wurde durch einen Rechtsanwalt des Unionspolitikers aufgefordert, seine Behauptungen *bis heute mittag* zurückzunehmen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Wenn es im Sport um etwas geht, kommt auch der Ostblock nach Berlin

„Stadt muß für Großveranstaltungen präsent sein" / Forderungen an den Senat

DIETER DOSE, Berlin

Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen, gelegentlich Hobby-Fußballer in Prominentenmannschaften, hat für den 28. August einen dick rot angestrichenen Termin im Kalender. Die Sportführung der Stadt, an der Spitze Landessportbund-Präsident Manfred von Richthofen, hat einen Katalog von Forderungen und Wünschen an die Landesregierung.

Gilt die alte Reichshauptstadt als europäische Kulturmetropole, so hat sie auf dem sportlichen Sektor noch einen erheblichen Nachholbedarf. „Wir planen bis in das Jahr 2000", sagt von Richthofen, Neffe des berühmten Jagdfliegers aus dem Ersten Weltkrieg, *Manfred von Richthofen*. „Wenn es dem Senat ernst ist mit seiner Willenserklärung, neben der Wirtschafts- und Kulturstadt auch die Sportstadt Berlin mit allen Konsequenzen zu fördern, müssen jetzt grundsätzlich die Weichen gestellt werden."

Um internationale Großveranstaltungen nach Berlin zu holen, fehlen in einigen Sportarten die Voraussetzungen: Bau einer Regattastrecke für Ruderer und Kanuten, vorgesehen auf der Havel; Überdachung der vorhandenen *Radrennbahn, Erweiterung* der Eissporthalle und der Bau eines Nur-Fußballstadions – so wie in Dortmund oder Bochum. „Wir hätten gute Chancen, Weltmeisterschaften im Rudern, Kanu- oder Bahnradsport nach Berlin zu holen, wenn die notwendigen *Sportanlagen vorhanden* sind", betont von Richthofen.

Visiert auch der Landessportbund eine Olympia-Bewerbung Berlins an? „*Eine Bewerbung Berlins ist derzeit* unrealistisch", sagt von Richthofen. „Aber wir wollen durch die Schaffung der Sportstätten präsent sein, um einmal als Bewerber *auftreten zu* können." Der ehemalige Hockey-Auswahlspieler weiß als Mitglied des Nationalen Olympischen Komitees *und anderer sportlicher Gremien* was machbar ist und was nicht.

Zwei Tage nach dem Gespräch mit Diepgen treffen von Richthofen und seine Mitstreiter mit dem Präsidium des Deutschen Sportbundes (DSB) *zusammen*. Das *Thema* der Brüskierung Berlins durch den Deutschen Fußball-Bund bei der Vergabe der Spielorte für die Fußball-Europameisterschaft 1988 liegt dann noch einmal auf dem Tisch.

Noch ist nicht zu übersehen, in welchem Umfang DFB-Präsident Hermann Neuberger Berlin als Sportstadt geschadet hat. „Wir wollen den Vorgang mit dem DSB-Präsidium noch einmal erörtern", erläutert von *Richthofen*. „Aber *nicht, um die* Diskussion wieder aufzuwärmen, sondern um einen Schlußstrich zu ziehen. Für die Stadt kommt es jetzt darauf an, Schaden abzuwenden und dafür zu sorgen, daß sich so etwas nicht wiederholt." Deshalb wird der Landessportbund Berlin im Herbst zusätzlich Kontakte zu den Präsidenten der großen Sportverbände aufnehmen, um die Wünsche Berlins *als Austragungsort* bedeutender internationaler Sportveranstaltungen anzumelden.

Hoffnungen, daß der Affront des Deutschen Fußball-Bundes in Sachen Fußball-Europameisterschaft den Ostblock nicht veranlaßt, Berlin zu boykottieren, gibt es. So finden 1986 die Jugend-Europameisterschaften im Schwimmen, Wasserball usw. *in Berlin statt*, einer Sportart, in der die Sowjetunion und „DDR" dominieren. Von Richthofen: „Die Zusage des Ostblocks zur *Teilnahme* liegt vor. Wir sind sehr froh über die konsequente Haltung des Deutschen Schwimm-Verbandes, die Titelkämpfe nach Berlin vergeben zu haben." Auch im Eisspeedway soll die Weltmeisterschaft 1986 in Berlin stattfinden – mit den Russen.

Daß am 23. August beim internationalen Leichtathletik-Sportfest im Berliner Olympiastadion (Istaf) die *sozialistischen Länder*, Albanien ausgenommen, vollzählig vertreten waren, wertet man als gutes Zeichen. Allerdings handelt es sich beim Istaf einmal um eins von 16 Sportfesten des „Grand Prix" des Internationalen *Leichtathletik-Verbandes*. Zum anderen, siehe die „DDR"-Beteiligung, steht es im zwischen den Sportverbänden der Bundesrepublik und der „DDR" vereinbarten Sportkalender.

Ein Exempel dafür allerdings auch, daß der Deutsche Fußball-Bund Berlin aus fadenscheinigen Gründen bei der EM 1988 ausgeklammert hat. Wenn es um was geht, kommt der Ostblock. Auch nach Berlin.

Das Istaf am Freitag in Berlin lockte auch die Russen: Stabhochsprung-Weltrekordler Sergej Bubka FOTO: NORBERT RZEPKA

FDP fürchtet faulen Kompromiß

Minister Zöpel lenkt im Streit um die A 44 überraschend ein / Tunnel statt Brücke

WILM HERLYN, Essen

Überraschend ist der *nordrhein-westfälische* Verkehrsminister Christoph Zöpel (SPD) von seinem kategorischen Nein zur Fortführung der Autobahn A 44 über den Rhein abgerückt. Die „goldene Brücke" baute ihm sein Parteifreund, der Düsseldorfer Oberstadtdirektor Gerd Högener. Dieser erinnerte sich als Verfechter der Rheinquerung eines Gutachtens, das feststellte, statt der Rheinbrücke *sei eine Untertunnelung ebensogut* – wenn auch teuerer – möglich. Noch Ende der 70er Jahre hatten die Techniker Kosten in Höhe von 1,2 Milliar*den Mark veranschlagt. Jetzt gab Hö*gener bekannt, er verfüge über Informationen, nach denen ein Tunnel dank der besseren Bautechnik heute um etwa 700 bis 800 Millionen Mark erfordern würde. Eine Brücke koste nur die Hälfte dieser Summe.

Diese Argumentation machte sich Zöpel *nun zu eigen und erklärte* bei einem Gespräch mit den Düsseldorfer Ratsherren und Abgeordneten von Bund und Land, die Regierung Rau räume im Zuge der Ostwestanbindung einem Tunnel höchste Priorität ein und werde das 700-Millio*nen-Projekt in dieser Dringlichkeits*stufe beim Bundesverkehrsministerium in Bonn anmelden. Morgen wird das Kabinett diesen Beschluß förmlich fällen und Bundesverkehrsminister Dollinger zuleiten, der schon mit seinem Weisungsrecht gegenüber *dem Land gedroht hatte*. Zöpel erklärte, diese Lösung werde die unter Naturschutz stehende Ilvericher Rheinschlinge erhalten, das sei sein Ziel gewesen.

Bis vor drei Tagen drohte an dem sturen Nein des Ministers der SPD und dem Kabinett eine tiefgehende Spaltung. Die Düsseldorfer Sozialdemokraten *ließen ihren Oberbürger*meister Klaus Bungert im Stich und marschierten Arm in Arm mit den Grünen in die Zöpel-Richtung. Doch *ließ sich Bungert, der sein Amt dem* Los verdankt, bei CDU und FDP gleich stark im Rat vertreten sind wie Grüne und SPD, durch den Umfall *seiner SPD-Ratsfraktion nicht* beirren. Auch Innenminister Schnorr reihte sich, nach anfänglichem Zögern, in die *Phalanx* der A 44-Befürworter ein. Er wirkte an einem Beschluß aller Ortsvereine im Düsseldorfer Norden mit – dort ist er direktgewählter *Landtagsabgeordneter* – der sich einmütig für den Ausbau der Autobahn aussprach und damit die Parteiführung stark unter Druck setzte. Die Bevölkerung in *den nördlichen* Stadtteilen ist von der jetzigen Situation besonders durch tägliche Staus betroffen, sie erwartet eine entscheidende Entlastung von der A 44.

Auch Wirtschaftsminister Jochimsen stellte sich gegen Zöpel, in dessen Verantwortung der Bereich Verkehr *erst nach der Landtagswahl gefallen* ist – ausgerechnet von Jochimsen. Dieser führte vor allem die Argumente der Wirtschaft an: Die IHK verwies darauf, daß Investitionsentscheidungen, die im Vertrauen auf langfristig festgelegte Infrastrukturverbesserung *getroffen* werden, durch das Nein Zöpels mit einem Schlage nichtig seien. Transport- und Verkehrsprobleme spielten bei der betrieblichen Standortentscheidung eine herausragende *Rolle. Dies ergab* eine Analyse der Kammer. Die Stadt habe ohnehin ein negatives Wanderungssaldo, der wegen der von der SPD in *jüngster Zeit durchgesetzten heftigen* Gewerbesteuererhöhung noch verstärkt worden sei.

Das bedeute auch, daß Düsseldorf in immer zunehmenderem Maße auf dem Dienstleistungsbereich angewie*sen sei. Doch gerade die wichtigsten* Segmente dabei, die Messe und der Flughafen, warteten schon seit Jahren auf die immer dringlichere Beschließung der Autobahnlücke im Düsseldorfer Norden. Die Messegesellschaft wies dabei auch auf die Konkurrenzsituation hin: alle bedeutenden Messeplätze in Deutschland hätten aus allen Richtungen mindestens einen Autobahnanschluß – nur in *Düsseldorf müsse* man bislang Stadtstraßen und die damit verbundenen Staus in Kauf nehmen.

Der Rückzieher Zöpels allerdings, so argwöhnt die FDP, sei nur lediglich Taktik. Denn der Minister verbindet sein Ja mit der Forderung, die Kosten des Tunnels dürften 700 Millionen Mark nicht überschreiten. Die Tunnellösung *aber ist bislang* aus Kostengründen von Bonn bislang strikt abgelehnt worden. Die Liberalen mit Burkhard Hirsch und Horst Ludwig Riemer nehmen dem Verkehrsminister den Sinneswandel nicht ab. Sie vermuten, Zöpel rechne insgeheim damit, daß der Tunnel an den zu hohen Kosten scheitert und er sich am Ende doch durchsetzt, den Schwarzen Peter aber an Dollinger weiterreichen kann.

Gammelei und ungeliebter Dauerlauf

F. DIEDERICHS, Berlin

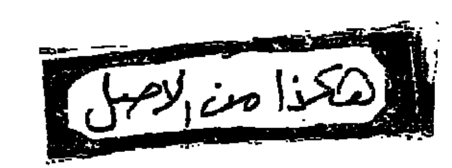
Trotz straffen militärischen Drills und umfangreicher Ausbildungsprogramme im militärischen und politischen Bereich – die jungen Rekruten, die in der „Nationalen Volksarmee" der „DDR" ihren 18monatigen Wehrdienst ableisten, klagen immer häufiger über mangelnde Beschäftigung nach der Grundausbildung an der Waffe. *Dies geht aus einer jetzt veröf*fentlichten Dokumentation des Gesamtdeutschen Institutes in Bonn hervor, die sich mit dem Aufbau und der Struktur der „Nationalen Volksarmee" und dem Alltagsleben der Soldaten befaßt.

„*Das Grundproblem* für die Wehrpflichtigen besteht darin, daß die Ausbildungszeit, um an der Waffe dienen zu können, in der Regel drei bis sechs Monate dauert. In der übrigen Dienstzeit, also etwa ein Jahr, sitzen die Soldaten mehr oder weniger herum", wird ein ehemaliger Panzersoldat der NVA zitiert. Zum Stimmungsbild in der Truppe gab der Soldat an: „Das hing *einem* bald zum Halse heraus. Die Leute hängen herum, man macht Gammeldienst, unterbrochen in gewissen Abständen durch Übungen."

Auch die Freizeit in der NVA unterliegt strengen Regelungen. So ist es den Soldaten während der 75minütigen täglichen Mittagspause strengstens untersagt, sich zum Ausruhen auf die Betten der Stube zu legen. Müde Soldaten umgehen dies jedoch: „Mancher legt sich dann unter das Bett", *beschreibt die Dokumentation* den Kasernenalltag. Auch der morgendliche Frühsport bereitet den Vorgesetzten in der NVA Kopfzerbrechen. So zitiert die Dokumentation die Ostberliner Militärzeitung „Volksarmee", die sich ausführlich mit dem Drang der jungen Soldaten zum *morgendlichen* „Verdrücken" während der 20minütigen Frühsport-Pflichtveranstaltung beschäftigt.

Als Beispiel mangelhafter Dienstauffassung dient in dem Bericht des „DDR"-Militärblattes der Gefreite Z., der sich, wie drei seiner Stubenkameraden, fast regelmäßig zur Sportstunde mit „Stuhlbeschwerden" auf die Toilette verdrücke. Fazit solcher Sportmüdigkeit: „Nur 67 Prozent der jungen Soldaten hatten die Mindestanforderung für den 3000-Meter-Lauf erfüllt", so die „Volksarmee". Zu den Absurditäten des *sozialistischen* Gesellschaftsverständnisses muß wohl auch gerechnet werden, daß die „persönliche Hygiene" der Soldaten strengsten Reglementierungen *unterworfen* ist. Pflichtgemäß sind morgens der Oberkörper mit kaltem Wasser und abends die Füße zu reinigen, so die „Innendienstvorschrift" der NVA. Unteroffizieren und Soldaten ist eine heiße Dusche lediglich einmal pro Woche gestattet. Ausnahmen gibt es nur für Küchenpersonal oder Armeeangehörige mit stark schmutzenden Arbeiten.

In den *kommenden Jahren* wird auch die NVA immer stärker auf die Einberufung von Reservisten angewiesen sein: Ähnlich wie in der Bundesrepublik hat die „DDR" mit dem Problem der geburtenschwachen Jahrgänge zu *kämpfen*. 1992 wird die seit Jahren geringste Zahl 18- bis 19jähriger für den Dienst in der NVA zur Verfügung *stehen*, meldete kürzlich die „Volksstimme", das „Organ der SED-Bezirksleitung Magdeburg".



Indiens Sikhs – Verteidigung und Widerstand wurden in Jahrhunderten zu ihrer zweiten Natur

Von GISELA BONN

Der junge Ministerpräsident der indischen Union, Rajiv Gandhi, steht vor seiner bisher schwersten innenpolitischen Krise. Sein Partner bei der Suche nach einer Lösung des Sikh-Problems, Harchand Singh Longowal, wurde ermordet. Die beiden Politiker, um eine Beendigung des blutigen Terrors im indischen Bundesland Pandschab bemüht, hatten nach intensiven Geheimverhandlungen am 24. Juli ein Abkommen unterzeichnet, das eine endgültige Befriedigung versprach. Auf dem Wege zum Gebet im Tempel seines Heimatdorfes wurde der einsichtige Führer des gemäßigten Flügels der Sikh-Partei, Akali Dal, von Sikh-Extremisten aus dem Hinterhalt erschossen.

Die vielen Gesten der Versöhnung, die Rajiv Gandhi gegenüber den Sikhs machte (Chandigarh wird alleinige Hauptstadt des Pandschab, die Landesgrenzen werden korrigiert, die Zuteilung der Wasser aus den Flüssen Ravi und Beas revidiert, die Deserteure wieder in die Armee aufgenommen), haben gewiß eine positive Resonanz bei der schweigenden Mehrheit der Gemäßigten gefunden, aber jene Extremisten kalt gelassen, die bereit sind zu sterben, um zu erreichen, worüber kein indischer Regierungschef ungestraft verhandeln könnte: „Khalistan", das „Land der Reinen", ein unabhängiger Sikh-Staat.

Bedeutet die Ermordung Longowals, daß die Einheit der indischen Union als säkularer Staat, in dem seit der Unabhängigkeit 1947 alle Rassen, Kasten und Religionsgemeinschaften einen gleichberechtigten Platz erhalten sollten, bald zerbricht? Was der erste Ministerpräsident des freien Indien, Javarhal Nehru, damals proklamierte, die alles umfassende indische Identität, das ist Herausforderung und Aufgabe für Rajiv Gandhi geblieben.

Nicht nur die nationale Einheit steht auf dem Spiel, ein unruhiger Pandschab ist auch eine Gefahr für die Sicherheit der indischen Union. An den Grenzen Pakistans und auf dem Wege nach Jammu und Kaschmir gelegen, durch dessen östliches Aksai-Chin-Gebiet die Chinesen in den fünfziger Jahren ungestört eine strategische Straße bauten, ist der Pandschab ein äußerst sensitives Gebiet, dem jeder indische Generalstabschef erhöhte Aufmerksamkeit schenken muß.

Auch für die Wirtschaft Indiens hält der Pandschab eine Schlüsselposition. Von den vorzüglich angebauten Feldern seiner Bauern kommen 75 Prozent des Getreides, das Indien zur Ernährung seiner Menschen benötigt. Der verhängnisvolle Sturm auf den Goldenen Tempel erfolgte, als die extremistischen Sikhs am 2. Juni 1984 mit einer totalen Blockade der für ganz Indien lebenswichtigen Getreidelieferungen drohten.

Für die indischen Sicherheitsbeamten stand eines immer fest: Die Terroristen trainieren sich nicht selbst, sie sammeln ihre logistischen Erfahrungen nicht bei dem Drahtzieher des Aufruhrs, Bhindranwale, der vom Goldenen Tempel aus bis zu seinem Tode am 6. Juli die Operationen der Khalsas leitete. Der bärtige religiöse Fanatiker war nicht ihr militärischer Lehrmeister. Mutmaßungen über Hintermänner führen jedoch zu nichts. Es geht darum, den zum blutigen Terror eskalierten Aufruhr einer relativ kleinen Extremistengruppe endgültig in den Griff zu bekommen.

Wer sind diese Sikhs, die Indien in Atem halten? Die bärtigen, hochgewachsenen Turbanträger werden in Europa häufig für die Inder schlechthin gehalten. In Wahrheit stellen sie nur 2,44 Prozent der gesamten indischen Bevölkerung, also etwa 16,6 Millionen. Und ihre Provinz, der Pandschab, umfaßt nur ein Sechzigstel des indischen Territoriums. Die Rolle, die sie in der Geschichte Indiens vom 16. Jahrhundert bis heute spielten, war jedoch immer dramatisch.

Sie begann mit dem Gründer der Sikh-Religion, Guru Nanak, der 1469 in einem kleinen Ort südwestlich von Lahore geboren wurde. Er lehnte die Intoleranz des Islam und die Vielgötterei des Hinduismus ab und schuf den Sikhismus, dessen Anhänger an einen einzigen Gott glauben, der Tag und Nacht in den Tempeln der Sikhs, in den Gurdwaras, angebetet wird.

Unter dem grausamen Druck der moslemischen Mogulkaiser wurden die Sikhs zu einer militanten Gemeinschaft. Der zehnte und letzte Guru der Sikhs, Gorbind Singh, gründete mit den „Punj Piyaras", den „fünf Geliebten", am 13. April 1699 die militante Bruderschaft „Khalsa", die „Reinen".

Was die Sikhs zu Kämpfern machte, ist jedoch nicht nur auf den Feuerkopf Gorbind Singh zurückzuführen. Ihre Militanz hat noch andere historische Gründe. Das tapfere Grenzvolk im Nordwesten des indischen Subkontinents hat in seiner Geschichte einen hohen Blutzoll zahlen müssen. Es waren die Sikhs, die immer wieder den anstürmenden Eroberern des Subkontinents Widerstand leisten mußten, den Griechen, den Persern, den Hunnen, den Mongolen, den Arabern und schließlich den Engländern. Verteidigung und Widerstand wurden zu ihrer zweiten Natur.

Eines jedoch wäre verhängnisvoll: den blutigen Terror, der sich seit Anfang 1982 immer wieder an dem Begriff „Khalistan" entzündet, als Identifikationsneurose der Sikhs abzutun, wiewohl der Wunsch nach Selbstbehauptung im Volk des Fünfstromlandes – des Pandschab – immer sehr stark gewesen ist. Der Vorwurf der Sikhs, sie würden wie eine ungeliebte Minderheit behandelt, steht im Raum. Kein vernünftiger Politiker aber denkt daran, die tüchtigen Sikhs und ihre Leistungen zu unterschätzen. Sie zu überschätzen wäre allerdings ebenso falsch.

Auch die jüngste Rebellion der Fanatiker konnte die Einheit Indiens nicht sprengen. Ganz abgesehen davon, daß die Masse der Sikhs, die schweigende Mehrheit der Gemäßigten, die zu den Privilegierten und Reichen innerhalb der Union gehören, das auch gar nicht will. Deshalb hatte Gopal Singh, der Gouverneur des indischen Unionsterritoriums Goa, Daman und Diu, recht, als er unlängst sagte, die Lage sei nicht hoffnungslos.

Gopal Singh gehört zu den bedeutenden Persönlichkeiten unter den gemäßigten Sikhs. Der Freund Nehrus und alte Freiheitskämpfer, dessen internationale Reputation als Staatsmann ebenso groß ist wie die als Schriftsteller, Dichter und Anwärter auf den Nobelpreis für Literatur, hat es sich in den Kopf gesetzt, zum Segen der Sikhs und der Einheit der indischen Union an einer Reintegration der abtrünnigen Turbanträger zu arbeiten. Gopal Singh versucht nicht nur den Extremisten im Land, sondern auch jenen in der englischen und amerikanischen Diaspora Vernunft zu predigen.

Die Annäherung der Standpunkte wird noch sehr viel Zeit und noch mehr: kühle Geduld und lebensgefährlichen Mut erfordern. Rajiv Gandhi, von dem Gopal Singh, wohl wissend, daß auch er auf der Todesliste der Fanatiker steht, sagt: Gott möge ihn schützen, ist willens, diese Geduld zu üben und Zugeständnisse zu machen, soweit sie nicht die Integrität und Einheit Indiens gefährden.



Wortführer der Versöhnung und Toleranz: Indiens Premier Rajiv Gandhi und der später ermordete Sikh-Führer Longowal FOTO: DPA



Ekuador: Meinungsverschiedenheit im Parlament

Erhitzte Gemüter sind in Lateinamerika keine Seltenheit. Auch in den Parlamenten geht es bisweilen hoch her. Den politischen Gegner jedoch mit einem Fausthieb zum Schweigen zu bringen, so wie es der liberale Abgeordnete Carlos Plaza bei der jüngsten Sitzung des Hohen Hauses in Quito mit seinem kommunistischen Kollegen Lenin Rosero tat, gehört selbst am Äquator nicht zum Alltag. FOTO· AP

‚Wir wollen dem Morden entkommen'

Massenflucht aus Moçambique nach Südafrika / Vormarsch der Renamo auf Maputo

M. GERMANI, Johannesburg

„Wir kommen nach Südafrika, um den Kämpfen und Morden zu entgehen. Wir glauben, hier ein besseres Leben zu finden." Das sagten moçambiquanische Flüchtlinge zum Reporter der Johannesburger „Sunday Times". Durch das von der moçambiquanischen Regierung gelegte Minenfeld an der Grenze zu Osttransvaal und dem Krügerpark sind in den letzten Monaten täglich zwischen 150 und 200 Flüchtlinge nach Südafrika gekommen. Nach dem Abschluß des Nkomati-Vertrages im März vergangenen Jahres begann ein Zustrom von monatlich rund 2000 Flüchtlingen. Ein Sprecher der katholischen Bischofskonferenz erklärte, derzeit befänden sich schätzungsweise zwischen 60 000 und 100 000 moçambiquanische Flüchtlinge im Lande.

Gleichzeitig beschuldigte die Bischofskonferenz die antikommunistische Widerstandsbewegung Renamo, schwere Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung zu verüben. Aussagen von Flüchtlingen zufolge seien jedoch im gleichen Maße die Übergriffe der Regierungssoldaten, der Krieg und die Auswirkungen der Trockenheit der letzten Jahre Gründe der Flucht. Weiße Farmer in Osttransvaal berichten von Frelimo-Soldaten, die ihre AK 47-Gewehre zum Tausch gegen Brot anboten.

Die südafrikanische Armee bestätigte, daß die Flüchtlinge verhaftet und dann wieder abgeschoben werden. Viele versuchten später jedoch, wieder den Weg nach Südafrika zu finden, trotz der grausigen Überreste vieler Toter, die im Minengürtel liegen. Zehntausende von Flüchtlingen befinden sich auch in den Nachbarländern Tansania, Malawi, Sambia, Zimbabwe und Swaziland. Andere versuchen, Botswana zu erreichen oder die südafrikanischen Heimatländer der Bophutatswana, Gazankulu und Lebowa. Dort hoffen sie, nicht ausgewiesen zu werden.

Die entgegen allen Erwartungen weiterhin erfolgreichen Rebellen in Moçambique haben in den letzten Tagen den Vorort der Hauptstadt Maputo, Liberdade, angegriffen. Offenbar ist die Frelimo-Armee der Regierung durch Mangel an Nahrungsmitteln, Kleidung und Ausrüstung den zahlenmäßig unterlegenen Rebellen gegenüber nicht mehr voll einsatzfähig. Die Renamo soll nur rund 15 000 Mann haben, von denen angeblich nur 6000 als Kämpfer ausgebildet sind. Nach Augenzeugenberichten liefert die Sowjetunion weiterhin Waffen und Rüstungsmaterial an die Regierung Machel. So seien in der Hafenstadt Beira Panzer und Geschütze entladen worden. Die Rebellen haben erneut die Eisenbahn und Pipeline zwischen Beira und Zimbabwe gesprengt. Zimbabwes Premierminister Mugabe hat mindestens 3000 Soldaten zum Schutz der Transporte sowie der für sein Land lebenswichtigen Pipeline abgestellt.

Bei dem für Oktober angesagten Besuch Präsident Samora Machels in Washington wird erwartet, daß seine Hilfegesuche im US-Kongreß widersprüchliche Reaktionen hervorrufen. Die Anhänger der Theorie des seit zwei Jahren erhofften Umschwenkens Machels ins westliche Lager zeigen sich hilfsbereit, diejenigen, die jede Unterstützung für ein streng kommunistisches Regime ablehnen, dagegen nicht.

Pretoria begrüßt die deutsche Südafrika-Politik

AP, Bonn

Der südafrikanische Botschafter in Bonn, Willem Rudolph Retief, hat das „konstruktive Engagement" der Bundesregierung in Südafrika begrüßt. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, Großbritanniens und der USA zeichneten sich aus der Sicht der südafrikanischen Regierung durch „konstruktiven Rat und aufbauende Kritik" aus, die auch von Pretoria „sehr aktiv unterstützt" würden, sagte Retief in einem Interview des Süddeutschen Rundfunks. „Ich bin davon überzeugt, daß die deutsche Regierung und sicherlich der größte Teil des deutschen Volkes kein Interesse daran haben können, daß Südafrika in ein Chaos verfällt", meinte der Diplomat in Anspielung auf die Diskussion um Sanktionen gegen den Apartheid-Staat.

Bei einer von den Grünen organisierten Demonstration gegen die Apartheid-Politik in Südafrika ist es am Samstag in Frankfurt zu schweren Ausschreitungen gekommen. Der Demonstrationszug hatte sich mit etwa 800 bis 1000 Teilnehmern vom Platz vor der Alten Oper in Richtung Paulskirche in Bewegung gesetzt. Unterwegs wuchs der Zug nach Mitteilung der Polizei auf rund 2000 Menschen an, unter denen rund 150 einen „militanten Kern" bildeten. Mitglieder dieser Gruppierung, die sich maskiert hatten und mit gewalttätigen Startbahn-Gegnern identisch gewesen sein sollen, warfen auf dem Demonstrationsweg die Scheiben von neun Bank- und Sparkassengebäuden ein.

Chinesischer Pilot will Asyl in Taiwan

dpa, Tokio/Seoul

Bei der Bruchlandung eines Bombers der chinesischen Luftwaffe in Südkorea ist nach Angaben des südkoreanischen Verteidigungsministeriums ein Mann der dreiköpfigen Besatzung und ein am Ort der Notlandung arbeitender Bauer ums Leben gekommen. Nach Angaben der südkoreanischen Nachrichtenagentur Yonhap, die sich auf Quellen im Verteidigungsministerium bezieht, hat der erheblich am Rücken verletzte 33jährige Pilot Chiao Tienyun um politisches Asyl in Taiwan nachgesucht. Der unverletzt gebliebene Funker Liu Shuyi habe dagegen den Wunsch geäußert, wieder nach China zurückkehren zu dürfen.

Während es in südkoreanischen Regierungskreisen zunächst geheißen hatte, die Besatzung der Maschine des sowjetischen Typs Iljuschin 18 habe sich offenbar aus der Volksrepublik China abgesetzt, erklärte das Verteidigunsministerium später, das chinesische Militärflugzeug sei von südkoreanischen Jägern abgefangen worden, nachdem es von Westen her in den Luftraum des Landes eingedrungen sei.

Der Geheimdienst informiert die BBC

dpa, London

Die öffentlich-rechtliche britische Rundfunk- und Fernsehanstalt BBC bleibt im Gerede. Nachdem die britische Sonntagszeitung „The Observer" schon am vergangenen Wochenende berichtet hatte, daß BBC-Personal vom britischen Geheimdienst MI 5 systematisch überprüft werde, wartete der „Observer" gestern mit neuen Enthüllungen über eine Zusammenarbeit der BBC-Chefs mit dem Geheimdienst auf.

MI 5 versorgte, so der „Observer", die Spitzen von BBC regelmäßig mit „Hintergrundmaterial" über Streiks und die angebliche Beteiligung von „subversiven Elementen" bei den Aktivitäten der Gewerkschaften.

Der Personaldirektor der BBC, Christopher Martin, hat angeordnet, daß die Überprüfungsmethoden des Personals „überdacht" werden sollen. Es solle entschieden werden, ob die durch den Geheimdienst beeinflußte Kontrolle von Journalisten beendet werden könne.

Rauschgifthandel: Stiche in ein Wespennest

Perus Präsident Alan García trifft wirksame Maßnahmen

WERNER THOMAS, Miami

Vier Wochen nach seiner Amtsübernahme hat Perus 36jähriger Präsident Alan Garcia bereits ein politisches Erdbeben entfacht. Er eröffnete einen energischen Kampf gegen Korruption und Rauschgift. Hohe Vertreter der Sicherheitskräfte sind bereits entlassen. Selten zuvor ist ein neuer lateinamerikanischer Staatschef so forsch an die Arbeit gegangen.

Der junge Sozialdemokrat will das Rauschgift, „die Geisel der Menschheit", ausrotten, ohne Rücksicht auf Verluste. Garcia: „Koste es, was es koste, falle, wer falle, Peru wird in Zukunft kein Stützpunkt mehr sein für den internationalen Rauschgifthandel." Die Branche bebt unter einer Welle von Razzien und Festnahmen. In einem nordöstlichen Dschungelgebiet, 1600 Kilometer von Lima entfernt, besetzten die von der Luftwaffe unterstützten Polizeieinheiten eines der größten Kokain-Zentren des Halbkontinentes. Innenminister Abel Salinas Izaguirre sprach von dem „bisher schwersten Schlag" gegen den Rauschgifthandel in Peru. Zu dem Gelände gehörte ein geheimer Flughafen, auf dem fünf Maschinen standen.

Die Ermittlungen erfassen auch prominente Leute der alten Belaunde-Regierung. So geriet Luis Percovich Roca ins Zwielicht, bis Ende Juli Premier- und Außenminister, als einer seiner früheren Berater mit einem Rauschgiftring in Verbindung gebracht wurde. Percovich kehrte aus Miami zurück, seinem zweiten Wohnsitz, um sich zu verteidigen. Entrüstet konterte er „diese Verleumdungen".

Die Entlassung von 37 Generalen der „Guardia Civil" und der Kriminalpolizei „Policia de Investigaciones del Peru" (PIP) hatte zwar verschiedene Gründe. Einige dieser Offiziere aber standen auch unter Verdacht, den Rauschgifthandel gedeckt und dafür Bestechungsgelder kassiert zu haben. Zur Zeit laufen Untersuchungen. Möglich, daß einige dieser geschaßten Generale im Gefängnis landen. Auch der Kommandeur der „Guardia Civil" mußte gehen, General Juan Valdivia Fuentes.

Kokain hat sich in Peru zu einem gigantischen Geschäft entwickelt. Mit dem Rauschgift werden jedes Jahr Milliarden Dollar verdient. Schätzungen zufolge bringt der Stoff heute mehr Devisen als alle legalen Exportprodukte. In Bolivien ist die Situation ähnlich. Die maoistische Guerrilla-Bewegung „Sendero Luminoso" (Leuchtender Pfad), die den Sicherheitskräften seit fünf Jahren einen erbitterten und brutalen Krieg liefert, der fast 6000 Todesopfer forderte, beteiligt sich in der Region Tingo Maria – nordöstlich von Lima – an diesem lukrativen Gewerbe. Während die an Kuba orientierte „Revolutionsbewegung Tupac Amaru" der Garcia-Regierung einen Waffenstillstand offerierte, wollen die „Senderistas" ihren Kampf nicht unterbrechen. In Tingo Maria stehen blutige Gefechte bevor.

Alan Garcia betont im Rahmen seines Feldzuges gegen das Rauschgift auch ein Thema, das in anderen lateinamerikanischen Nationen selten erwähnt wird: Der interne Konsumentenkreis wächst rapide. Kokain zerstört nicht nur junge Nordamerikaner, sondern auch die eigene Jugend.

In Zukunft soll der Rauschgiftgenuß scharf bestraft werden. Der jüngste demokratische Staatschef der Welt hat visionäre Züge. Seine „Campaña Moralización" soll ein besseres, moralisch erneuertes Peru schaffen. Eine Nation ohne Korruption, eine effiziente Nation. Er drohte auch solchen Staatsdienern mit einer Entlassung, die faul und träge sind. Sein Saubermanneifer erinnert an den guatemaltekischen General Efraín Rios Montt, der während seiner kurzen Amtszeit (März 1982 bis August 1983) ebenfalls solche Ziele verfolgte, und zwar mit einigem Erfolg.

Viele politische Beobachter in Lima äußern Skepsis. Sie glauben nicht, daß Garcia am Ende seiner fünfjährigen Amtszeit tatsächlich auf dramatische Veränderungen zurückblicken kann. Sein Elan werde rasch verfliegen. Die Probleme seien nicht zu lösen. Enrique Zileri, der Chefredakteur der einflußreichen Wochenzeitschrift „Caretas", urteilt etwas anders. „Ich würde den jungen Mann nicht unterschätzen", sagt er.

Der junge Mann weiß, daß seine Aktivitäten gut ankommen in der Öffentlichkeit. Er ist heute noch populärer als bei den Präsidentschaftswahlen im April, als er mit fast 50 Prozent der Stimmen gewann. (SAD)

Propagandaballons aus Hanoi und Moskau

Kambodscha: Vietnam verkündet Rückzugsabsichten

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Als „üblen Trick zur Täuschung der Weltöffentlichkeit" bezeichnete der Präsident der kambodschanischen Widerstandsregierung, Prinz Sihanouk, die Erklärung Hanois, bis 1990 alle Vietnamtruppen aus Kambodscha zurückzuziehen. Der Rückzugsbeschluß war von den drei indochinesischen Außenministern (Vietnam, Laos und Kambodscha) während ihres elften Treffens am 16. August in Phnom Penh sanktioniert und als Kernpunkt ihres gemeinsamen Kommuniqués dargestellt worden. Prinz Sihanouk meint, diese Rückzugserklärung gebe lediglich die Hoffnung Hanois zu erkennen, Kambodscha bis zum Ende dieser Dekade völlig vietnamisiert zu haben.

Hanoi betreibt in der Tat seit 1982 eine systematische Kolonialisierungspolitik durch die Entsendung vietnamesischer Siedler. Die Zahl der bisher angesiedelten Vietnamesen wird auf 600 000 geschätzt. Das wären knapp zehn Prozent der gesamten kombodschanischen Bevölkerung.

Bei näherem Hinsehen erweist sich die Rückzugserklärung nach Ansicht politischer Beobachter als bloßer Propagandaballon, der folgendes bewirken soll:

1. die Kompromißlosigkeit Hanois mit dem Schein von Kompromißbereitschaft zu kaschieren;
2. die Weltöffentlichkeit über die wahre Situation in Kambodscha zu täuschen, wo die Kampftätigkeit der Widerstandsgruppen keineswegs gesunken, sondern beträchtlich gestiegen ist. Das Heng-Samrin-Regime hat sich Ende Juli zu strikten Sicherheitsvorkehrungen in Phnom Penh und anderen Städten gezwungen gesehen. Auch ist die Koalitionsregierung des kambodschanischen Widerstands sehr viel stabiler, als Hanoi dies glauben machen möchte.
3. Die Weltöffentlichkeit zum Einschwenken auf die Position Vietnams zu bewegen. Vietnamesische Pressekommentare lehnen den Vorschlag der Asean-Länder ab, daß Mitglieder der kambodschanischen Widerstandsregierung sich mit Vietnam zu „indirekten Gesprächen" treffen sollten. Nach dem Vorschlag der Asean-Länder vom 8. Juli könnten beide Seiten sich in getrennten Räumen treffen und über einen Mittelsmann verhandeln.

Für Hanoi „unakzeptierbar" ist die Miteinbeziehung der ehemals Roten Khmer. Hanoi besteht auf deren Ausschaltung. Das ist insofern verständlich, als die Ex-Roten-Khmer-Guerrillas die besten Kämpfer des Widerstandes sind. Ohne sie hätte Hanoi seinen Krieg in Kambodscha längst gewonnen.

Die Rückzugserklärung für 1990 ist auch an Bedingungen geknüpft. Sollte der Rückzug „unterminiert" werden, so heißt es in dem Kommuniqué, würden Hanoi und Phnom Penh „angemessene Maßnahmen ergreifen". Im Klartext heißt das: Hanoi würde seine Truppen eben nicht abziehen und im Gegenteil neue „Freiwilligen-Verbände" nach Kambodscha schikken. Solche „Hilfe" hat sich Hanoi im vietnamesisch-kambodschanischen Freundschaftsvertrag von 1979 auf 25 Jahre hinaus als „Recht" verbriefen lassen. Die derzeitige Stärke der vietnamesischen Besatzungstruppen wird auf 160 000 bis 180 000 Mann geschätzt. Frühere Teilabzugsaktionen haben sich als bloße Rotation erwiesen.

Als Basis für neue Dialoge mit der Asean nennt Hanoi sein Fünf-Punkte-Programm vom 18. Januar dieses Jahres. Die Asean-Staaten bestehen jedoch darauf, daß Hanoi die Resolution der UNO erfülle, die den sofortigen, totalen und bedingungslosen Abzug der Vietnamesen aus Kambodscha und im Anschluß daran die Abhaltung allgemeiner Wahlen verlangt. Sie weigern sich auch, den Kambodscha-Konflikt als regionale Affäre zu behandeln.

Kambodscha-Beobachter sehen in diesem Bemühen der Vietnamesen, Kambodscha als regionales Thema aufzuwerten, eine Gleichschaltung mit den Interessen der Sowjetunion, die die Asean-Gemeinschaft schon seit Jahren drängt, sich für ihre Vorstellungen eines kollektiven Sicherheitskonzepts zu erwärmen. Jedenfalls fällt auf, daß Moskau dem elften Indochina-Kommuniqué seine „volle Unterstützung" erklärte. Die Asean-Länder aber wollen von sowjetischen Sicherheitsgarantien nichts hören. Wenn es Moskau tatsächlich um Frieden gehe, so sagt der thailändische Außenminister, Sawetsila, dann solle Moskau seine massiven Waffenlieferungen an die Vietnam-Truppen in Kambodscha einstellen.

Noch nie war der Einfluß der PLO Arafats in der gesamten arabischen Welt so gering wie heute

PETER M. RANKE, Tel Aviv

Nicht in einem Flüchtlingslager, sondern in einem grünen Villenvorort der jordanischen Hauptstadt Amman hat der Führer der Palästinensischen Befreiungsfront (PLO) Yassir Arafat eine „Residenz" erworben. Das Haus wird streng bewacht, aber Arafat hat dort in den vergangenen Tagen während des Murphy-Besuchs zahlreiche Besprechungen geführt, unter anderem mit dem jordanischen Außenminister Taher el-Masri und seinem PLO-Stabschef Abu Jihad.

Ob Arafat in Amman Hauptquartier und Heimat finden wird, ist indes noch ungewiß. Aus Ostlibanon, das unter syrischer Kontrolle steht, wurde in den vergangenen Wochen das Badr-Bataillon der „Palestine Liberation Army" (PLA) mit 600 Mann nach Jordanien ausgewiesen. Damit haben die syrischen Politiker und die schiitische Amal-Miliz praktisch ihr Ziel erreicht, die Arafat-Anhänger aus Libanon zu vertreiben. Nur in einzelnen Lagern in Westbeirut gibt es noch eine bewaffnete Arafat-Truppe von einigen hundert Mann.

Arafat, seine in Lagern untergebrachten „Kämpfer" und ihre Aktivitäten werden von den jordanischen Behörden weiterhin streng überwacht, obgleich das „westliche Kommando" von Abu Jihad in mehreren Gebäuden in Amman untergebracht ist. Bisher haben die Jordanier nicht zugelassen, daß bewaffnete Arafat-Palästinenser das Jordan-Tal betreten. Dennoch versucht Abu Jihad, die zahlreichen Besucher aus den besetzten Gebieten für neue Terrorakte zu gewinnen, vor allem auch in Israel, da sich ja Palästinenser zwischen den besetzten Gebieten und Israel frei bewegen können und nur gelegentlich kontrolliert werden.

Die Zukunft der Arafat-PLO in Jordanien hängt davon ab, ob das gute, wenn auch problematische Verhältnis zwischen König Hussein und Arafat Bestand hat. Danach sieht es nach Ansicht westlicher Diplomaten nicht aus. Der König verübelt Arafat, daß er während des Murphy-Besuchs am vergangenen Sonntag keine Zugeständnisse an den US-Unterstaatssekretär bei der Zusammensetzung der jordanisch-palästinensischen Delegation machte und weiter jede direkte Verhandlung dieser Delegation mit Israel ablehnt. Damit machte es der PLO-Chef dem König unmöglich, gegenüber Amerika als „Friedensengel" aufzutreten, was die geplanten amerikanischen Waffenlieferungen an Jordanien erleichtert hätte.

Während in den USA ehemalige Botschafter in der arabischen Welt, wie Eilts (Kairo), Neumann (Dschiddah) oder Sterner (Emirate), die Anerkennung der PLO Arafats und Verhandlungen mit ihr forderten, reagiert die israelische Diplomatie kühl. Die Koalition Peres-Shamir bleibt entschlossen, keine Verhandlungen mit der PLO zu führen, was immer die Amerikaner machen. Denn Jerusalem analysiert: Noch nie war der Einfluß der PLO Arafats in den besetzten Gebieten und in der arabischen Welt so gering wie heute.

„Der Versuch, den arabisch-israelischen Konflikt mit Hilfe der PLO zu lösen, würde dem Bemühen gleichen, das nukleare Wettrüsten durch einen Vertrag mit Jugoslawien zu beenden", schrieb das „Wall Street Journal". Nicht die PLO, sondern Syrien treffe die Entscheidung zwischen Krieg und Frieden. Tatsächlich hat der von Damaskus seit 1976 betriebene Kampf gegen Arafats Führung und die Aufspaltung der PLO nach ihrer Vertreibung aus Westbeirut durch die Israelis 1982 Arafats PLO in eine tödliche Krise gestürzt. Arafats PLO besteht praktisch nur noch aus seiner Hausmacht el-Fatah.

In Südlibanon haben die Schiiten der Amal-Miliz jede Rückkehr der Arafat-PLO blutig verhindert, in Westbeirut die Lager der Palästinenser niedergekämpft, ohne daß ein arabischer Staat wirklich einen Einspruch erhob oder sich mit den syrischen Hintermännern anlegen wollte. Die Schiiten in Südlibanon hatten jahrelang unter der PLO zu leiden, jetzt werden die Palästinenser auch als Sunniten abgelehnt. Schon der 1978 in Libyen verschwundene schiitische Imam Mussa Sadr hatte erkannt: „Der palästinensische Widerstand ist keine Revolution, er sucht nicht das Martyrium. Er ist eine Militärmaschine, die die arabische Welt terrorisiert. Mit Waffen verschafft sich Arafat Geld, mit Geld füttert er die Presse ..."

Alle arabischen Regierungen haben in den 17 Jahren, in denen Arafat die PLO führte und weder Krieg noch Frieden mit Israel machen oder gar seinen unrealistischen Traum von „Palästina" verwirklichen konnte, die gleiche Erfahrung wie Imam Mussa Sadr gemacht. Mit Geld hielten sie sich die PLO vom Hals, aber niemals rührten sie eine Hand, wenn der Amateur-Stratege die Palästinenser in furchtbare Niederlagen führte, die mehr Menschenleben kosteten als jeder arabisch-israelische Krieg.

„Wir haben nie verstanden, warum der Westen die PLO außer ihren Terroranschlägen so wichtig genommen hat", erklärte ein ägyptischer Diplomat in Kairo. „Arafat bewegt doch nichts, kein Staat wird ihm irgendeine politische Entscheidung abtreten." Der Westen scheint tatsächlich jahrelang arabische Sprüche, die für den Hausgebrauch bestimmt waren, als Realität betrachtet und unterstützt zu haben.

Die Israelis kennen die Palästinenser besser als die PLO, da sie mit ihnen zusammenarbeiten und nicht, wie die PLO-Chefs, seit Jahrzehnten nicht mehr im Lande leben. Die Stimmung in den 1967 besetzten Gebieten ist ihnen genauer bekannt als jedem westlichen Diplomaten oder Journalisten, der über die PLO-Zeitung „el-Fadschr" in Jerusalem von einer PLO-Quelle zur anderen weitergereicht wird und dann unbedarft erklärt: Alle Palästinenser sind für die PLO. Yassir Arafat, der jetzt auch von Moskau zugunsten der pro-syrischen „Rettungsfront" fallengelassen wird, urteilte in später Selbsterkenntnis gegenüber der kuwaitischen Zeitung „A-Rai el-Aam" Ende April: „Die uns konfrontierenden Probleme in unseren Beziehungen mit einigen arabischen Bruderstaaten sind viel schlimmer als unsere Probleme mit Israel." Drei Monate später stellte Kuwait die Hilfszahlungen an die Arafat-PLO ein. (SAD)

Nicaraguas Kirche führt Dialog fort

dpa, Managua

Vertreter der sandinistischen Regierung und der römisch-katholischen Kirche Nicaraguas werden nach Angaben von Kardinal Miguel Obando heute erneut zu Gesprächen über die Situation in dem krisengeschüttelten Land zusammenkommen.

Inwieweit derartige Konsultationen dazu führen können, daß die Regierung unter Daniel Ortega ihre feindliche Haltung gegenüber den Katholiken im Land abbaut, muß offen bleiben. Politische Beobachter stufen die Beziehungen zwischen der Regierung in Managua und der Kirche in dem mittelamerikanischen Staat als kühl ein. Die Kirche setzt sich für einen nationalen Dialog zwischen allen bedeutenden Gruppierungen des Landes ein, den die Sandinisten ablehnen.

Walesa kündigt „großen Kampf" an

AFP, Danzig

Die Periode der Legalität der heute verbotenen polnischen Gewerkschaft „Solidarität" stellt nach Angaben von Friedensnobelpreisträger Lech Walesa nur ein Vorspiel zu dem „großen Kampf" dar, der Polen in den kommenden Jahren erwarte. In einem Interview mit der französischen Nachrichtenagentur AFP erklärte Walesa, daß die Fortsetzung des Kampfes „ohne Feuerwerk und wenig spektakulär" sein werde.

Die Untergrund-„Solidarität" arbeite derzeit ein Wirtschafts- und Sozialprogramm aus, mit dem Ziel, die polnische Bevölkerung zu mobilisieren. Die Auseinandersetzung zwischen Regierung und „Solidarität" werde am Verhandlungstisch enden, prophezeite Walesa. Bisher lehnte das Regime Verhandlungen mit „Solidarität" ab.

Alliierte heben Vorschriften auf

F. D. Berlin

Die alliierten Schutzmächte in Berlin haben nach Beratungen mit dem Berliner Senat Rechtsvorschriften aus den Jahren 1950 und 1951 aufgehoben, die als „nicht mehr zeitgemäß" erachtet worden waren.

Aufgehoben wurden die Vorschriften, nach denen bisher über das deutsche Strafrecht hinaus unter anderem Einfuhr, Besitz und Verteilung von Schriften, die „zur Verbreitung militaristischer, faschistischer oder antidemokratischer Ideen beitragen" oder „abfällige Bemerkungen gegen die Besatzungsmächte enthalten", bestraft wurden. Ein Sprecher der Berliner Justizverwaltung betonte, durch die Aufhebung der Rechtsvorschriften entstehe kein „rechtsfreier Raum". Die deutschen Vorschriften seien, was die aufgehobenen Verordnungen betreffe, ausreichend.

Libysch-tunesischer Konflikt verschärft

AFP/AP, Paris

Im Konflikt zwischen Libyen und Tunesien, bei dem zu Beginn dieses Wochenendes nach libyschen und tunesischen Truppenkonzentrationen an der gemeinsamen Grenze eine militärische Eskalation nicht mehr ausgeschlossen wurde, haben rege diplomatische Vermittlungsversuche eingesetzt, an denen Kuwait, Frankreich und die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) beteiligt sind.

Der Konflikt war ausgebrochen, nachdem Libyen die rund eine Million Gastarbeiter vor die Wahl gestellt hatte, die libysche Staatsangehörigkeit anzunehmen oder auszureisen. Seitdem verließen 25 000 Tunesier Libyen.

Nach der libyschen Drohung hatte die tunesische Regierung ihren Botschafter in Tripolis zu Konsultationen zurückgerufen.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Im leeren Raum

„Ex-Bankier Hesselbach unter Verdacht"; WELT vom 12. August

Nachdem nun auch die SPD in die Spenden-Affäre verwickelt worden ist, erscheint es gegeben, erneut über die Frage einer Amnestie zu sprechen. Die moralische Entrüstung der SPD über die amnestiefreundliche CDU seinerzeit steht jedenfalls jetzt im leeren Raum.

Wer aber trägt die Schuld an diesem ganzen Dilemma? Das Parlament – weil es ehedem so zimperlich verfahren ist bei der Festsetzung von steuerlichen Freibeträgen für Parteispenden, obwohl es doch sonst, wenn es z. B. um die Frage der Diäten geht, nicht schüchtern ist. Es erscheint mir aber höchst unfair, zunächst die Spender durch Spenden-Waschanlagen (ein sehr passender Ausdruck) anzulocken, dann aber den Spendern den Rücken zu kehren und mit empörter Miene Steuernachforderungen zu erheben. Außer den ehrbaren Grünen kann gegen diese Auffassung wohl niemand ernstlich Widerspruch erheben, betrachtet man die Parteien und ihre Wählerschaft als Ganzes.

In allen anhängenden Untersuchungsverfahren sollten deshalb jetzt die Akten geschlossen und mit dem Aufkleber versehen werden: „Richtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet!" Damit würde viel Zeit und Arbeitskraft erspart werden, die für bessere Aufgaben verwendet werden könnten. Das dürfte auch im Sinn der so ökonomisch denkenden ehrbaren Grünen liegen.

Dr. W. Klien,
Pinneberg

Ein Vorbild

„Ein letzter Brief vor dem Ende"; WELT vom 19. August

Es war ein guter Einfall, auf der ersten Seite der WELT diesen erschütternden Brief des japanischen Passagiers des verunglückten Jumbos zu veröffentlichen. Ein Flugzeug taumelt steuerlos durch den Luftraum, und die Passagiere wissen, daß der Flug kein gutes Ende nehmen wird. Herr Taniguchi nimmt seinen Terminkalender und schreibt an seine Kinder, wie sie sich in Zukunft verhalten sollten, und zum Schluß bedankt er sich noch für sein „wirklich glückliches Leben".

Welch Beispiel für Selbstzucht und auch für Gottvertrauen! Dieser Brief ist ein Dokument jener ethisch motivierten Japaner, die Japan in der Vergangenheit groß gemacht haben. Erfreulich, daß es im heute so materialistisch gesonnenen Japan auch noch derartig besonnene Persönlichkeiten gibt.

Welcher deutsche Schulbuchverleger vermittelt diesen Brief Heranwachsenden? Vorbildliche Haltung kann nicht genug demonstriert werden!

Rolf Italiaander,
Hamburg

Massenmedium

„Klingendes Spiel"; WELT vom 15. August

Sehr geehrter Herr von Loewenstern,

mit großem Interesse habe ich Ihre Glosse gelesen, vor allem die Information, in der DDR hieße es heute, Massenmedien in der Bundesrepublik hätten damals „den bevorstehenden Einmarsch der Bundeswehr mit klingendem Spiel durch das Brandenburger Tor" angekündigt.

Die Wahrheit ist, daß ich als politischer Redakteur des damaligen „Industriekurier" in Düsseldorf dort am 2. 9. 1961 in einem Kommentar zu den politischen Konsequenzen des Mauerbaus geschrieben habe: „Eine Wiedervereinigung mit Girlanden und wehenden Fahnen und siegreichem Einzug der Bundeswehr durchs Brandenburger Tor unter klingendem Spiel – eine solche Wiedervereinigung wird es auf absehbare Zeit nicht geben. Das ist eindeutig klar geworden, als die Westmächte nach dem 13. August sich darauf beschränkten, ihre Garantien für Westberlin allein zu erneuern. Wir werden uns auf lange Zeit mit dem Nebeneinander zweier deutscher Staaten abfinden müssen ..."

Ich habe feststellen wollen, daß der Mauerbau uns zum Abschied von manchen naiven Illusionen zwingt, also gerade das Gegenteil eines „bevorstehenden Einmarsches" der Bundeswehr durchs Brandenburger Tor. Die DDR-Propaganda hat diese Formulierung bald aufgegriffen, aus dem Zusammenhang gerissen und so in ihrem Sinn völlig auf den Kopf gestellt. Immer wieder war seitdem gelegentlich von Plänen einer militärischen Aktion der Bundeswehr die Rede, einmal auch in einer Pressekonferenz von Ulbricht persönlich.

Daß heute der „Industriekurier", ein wirtschaftsnahes Blatt mit bescheidener Auflage, zum Massenmedium befördert wird, erfüllt mich am Rande mit ironischer Genugtuung.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. W. Duden,
Königswinter

Späte Einsicht

„Leserbrief: Der explosive Kern"; WELT vom 9. August

Sehr geehrte Redaktion,

der Brief des Herrn Toepfer in Hamburg verdient größte Beachtung. „Die Wiege des Nationalsozialismus stand nicht in München, sondern in Versailles" (Th. Heuss). Diese Ursachen werden übersehen, wenn wir ständig den westlichen Großmächten ihre „Appeasement-Politik" vorwerfen.

Bei allen hinlänglich bekannten Fehlern und Verbrechen Hitlers kommt man doch um die Feststellung nicht herum, daß er mit seinen außenpolitischen Aktionen nur das realisierte, was die demokratischen Regierungen in Berlin und Wien vor ihm erbeten oder auch gefordert hatten. Hier lagen die Fehler der Westmächte: das starre Festhalten an den unerträglichen Bestimmungen des Machwerks von Versailles, die eiskalte Ablehnung jeglicher Verhandlungen.

Dieses Verlangen nach einer Revision der Friedensbedingungen fand volle Zustimmung beim ganzen Volke. Was Wunder, daß Hitler bei der rücksichtslosen, aber bis München unblutigen Durchsetzung dieser Forderungen bei fast dem ganzen Volke, auch „Anti-Nazis", Beifall fand! Und ich erinnere mich genau an die Äußerungen einer englischen Zeitung, die damals schrieb, man habe ja nichts gegen die Ziele dieser Politik, allein die Methoden gefallen nicht.

Der entscheidende Fehler der „Siegermächte" war nicht die zu späte Kampfansage (Kriegserklärung) an „Hitler-Deutschland", sondern die zu späte Einsicht in die Fehler von Versailles.

O. Haefcke,
Mölln

Wort des Tages

„Das Leben ist eine lange, lange Brücke, wenn man davorsteht. Ist man hinüber, so sind es nur einige Querbäume, über die man gegangen."

Adalbert Stifter, österreichischer Autor (1805–1868)

Personalien

EHRUNG

Walter Polkehn, SPD-Bundestagsabgeordneter seit 1972 und Vorsitzender des Parteiunterbezirks Oldenburg in Oldenburg, wurde in seiner Heimatstadt posthum geehrt. Für den am 16. August 63jährig verstorbenen Politiker fand am Freitag eine Trauerfeier statt, an der neben Bundestagsvizepräsident **Heinz Westphal** der SPD-Fraktionsvorsitzende **Hans-Jochen Vogel** und der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, **Franz Möller**, teilnahm, dessen Ausschuß Polkehn viele Jahre angehört hatte.

Weil er sich besondere Verdienste um die deutsch-polnische Verständigung erworben hatte, war er von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** mit dem Verdienstkreuz I. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Bundestagspräsident **Philipp Jenninger** hatte den Orden im Mai dieses Jahres dem bereits schwerkranken Abgeordneten in seiner Wohnung in Gegenwart von **Herbert Wehner** und dem polnischen Botschafter in Bonn, **Tadeusz Olchowski**, überreicht.

AUSZEICHNUNGEN

Mit dem Goethepreis der Stadt Frankfurt am Main zeichnet Oberbürgermeister Dr. **Walter Wallmann** am Mittwoch im Plenarsaal der Frankfurter Paulskirche den Historiker Professor Dr. **Golo Mann** aus. Der Goethepreis, dotiert mit 50 000 Mark, wird alle zwei Jahre an Goethes Geburtstag verliehen. Die Laudatio auf Golo Mann hält **Joachim C. Fest**. Golo Mann erhält den Preis für sein Gesamtwerk. „Er hat mit seinem Wirken den Deutschen ihre vielfach verstellte Geschichte wieder erschlossen", heißt es zu der Preisverleihung.

*

Der Bundesvorstand des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) hat den „Journalisten-Preis des BUND" in diesem Jahr an die Redakteure des ARD-Umweltmagazins „Globus", **Alfred Thorwarth** und **Dieter Kaiser**, beide vom Westdeutschen Rundfunk und **Dieter M. Kuhr** vom Bayerischen Rundfunk verliehen. Der Preis soll am 21. September in Karlsruhe im Rahmen des baden-württembergischen Naturschutztages überreicht werden.

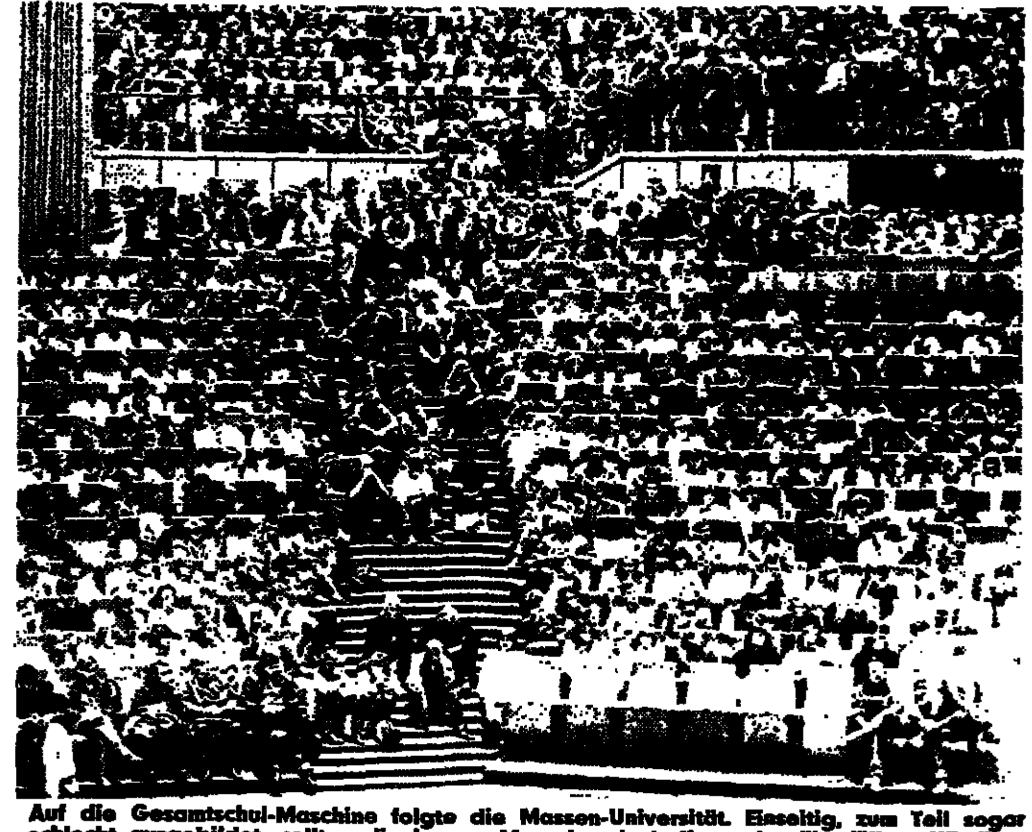


Die Bundesländer hatten das Geld, die Architekten die futuristischen Ideen: In den neuen Gesamtschulen entwickelten die Kinder Raumschiff-Syndrome. FOTO: KLAUS MEHNER

WELT-Serie (II): Was ist los mit den Deutschen?

Mit BAföG-Schub und schaumigem Idealismus ins lärmige Chaos der Ratlosigkeit

Walter Laqueur, der Professor mit Schulerfahrungen in Deutschland, mit Universitätserfahrungen in Israel, England und den Vereinigten Staaten, sieht in den Auswüchsen des überstürzt reformierten westdeutschen Bildungs-Systems eine der wesentlichen Ursachen für die grassierende Zeit-Verdrossenheit der Jugend. Es fehlt an Allgemeinbildung, wissenschaftliches Engagement ist selten geworden.



Auf die Gesamtschul-Maschine folgte die Massen-Universität. Einseitig, zum Teil sogar schlecht ausgebildet, sollten die jungen Menschen in hoffnungslos überfüllten Hörsälen akademisches Wissen erwerben. FOTO: MANFRED VOLLMER

Von WALTER LAQUEUR

Die traditionelle Universität geht auf das Konzept Wilhelm von Humboldts von vor etwa 180 Jahren zurück. Sie sollte ein Ort sein, wo die jungen Menschen nicht nur unterrichtet werden, sondern sich auch in Frieden und Freiheit der Suche nach der Wahrheit widmen konnten. Wissenschaft bildet nach Humboldt nicht nur den Geist, sondern auch den Charakter; um sie zu betreiben, bedürfe es der Allgemeinbildung, *paideia*, jenes griechisch-römischen Ideals, das mit den banalen Problemen des Alltags nichts zu schaffen hatte.

Die dringenden Fragen der Zeit konnten jedoch auf Dauer nicht ignoriert werden, und in diesem Licht gesehen war die Universität im 20. Jahrhundert altmodisch geworden. Nach den Demonstrationen und Unruhen der sechziger Jahre gab die Regierung einer Reihe durchgreifender Reformen ihren Segen, die im ganzen folgenden Jahrzehnt fortwirkten.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg hatte es unter der Schirmherrschaft der Alliierten bereits eine erste Schulmodernisierung gegeben. Durch eine seltsame Wendung der Geschichte kamen die Theorien der deutschen Schulreformer von 1910 bis 1925 auf dem Umweg über die USA in ihr Herkunftsland zurück. Im Laufe der zweiten Demokratisierungswelle der beginnenden siebziger Jahre wurde die deutsche Schule dann die freieste der Welt: ein Ort, wo Bildung ohne Streß und Anstrengung kollektiv vermittelt wurde. Dies waren jedenfalls die Erwartungen.

Das tatsächliche Resultat waren Enttäuschung und Ratlosigkeit. Weit davon entfernt, eine Stätte der Zufriedenheit zu werden, blieb die Schule (um im Berufsjargon zu sprechen) ein „multidimensionales Spannungsfeld". Die Schüler waren aggressiver und keineswegs zufriedener als zuvor, und immer mehr Lehrer dachten an einen Berufswechsel. Oft hörte man von den Erfahrungen der Junglehrer, die noch gestern in der vordersten Linie des Kampfes um „Emanzipation" – das magische Wort eines ganzen Zeitabschnitts – gestanden hatten und die nunmehr frustriert waren und manchmal seitens der Schüler physische Übergriffe zu befürchten hatten.

Die Schulverhältnisse vor der jüngsten Reformwelle waren nicht ideal gewesen, aber ein gewisses Niveau war ohne ein Übermaß an Streß gehalten worden; man konnte etwa voraussetzen, daß die Schüler einige Gedichte in ihrer Muttersprache auswendig wußten. Diese Art von Wissen gab es in den von den Reformen am meisten betroffenen Ländern (z. B. Hessen), aber auch anderswo bald nicht mehr.

Die Veränderungen, etwa der neue Typ einer einheitlichen Gesamtschule und die reformierte Oberstufe, brachten keine grundlegenden Verbesserungen. Den Kenntnisstand, den man vor fünfzehn Jahren beim Übertritt zur Universität als garantiert betrachten konnte, gab es nicht mehr. Die Rebellen der späten sechziger Jahre hatten manche ihrer Lehrer als Fachidioten bezeichnet, als Experten also, die immer mehr über immer weniger wußten. Ironischerweise führte die Schulreform zu einer frühzeitigeren Spezialisierung und somit zu einer Verstärkung dieser Tendenz. Allgemeinbildung, Fächer, die in keiner direkten Verbindung zu den Berufsplänen der Studenten standen, waren nicht länger gefragt.

Humboldts Grundgedanken bedurften zweifellos einer neuen Interpretation, aber mit dem Überbordwerfen des ganzen Konzepts einer Allgemeinbildung war nichts gewonnen. Nach Ansicht der Reformer sollten die Schulen unter der Voraussetzung arbeiten, daß Disziplin von den Schülern freiwillig (ohne Strafandrohung) geübt würde. Was aber, wenn Geduld und Toleranz nicht die erwartete Wirkung haben, wenn rohe Zerstörungswut sich ausbreitet? Es wäre großartig, wenn man sicher sein könnte, daß die Schüler selbstbewußt und kritisch sind – im Gegensatz zum Duckmäuser der typischen alten Schule, dem Petzer, der vor dem Lehrer katzbuckelt. Doch Kritik als Selbstzweck, der höchste Wert der späten sechziger Jahre, ist nutzlos, solange sie sich nicht auf einen Grundstock von Wissen und Erfahrung zu beziehen vermag.

Die Theorie einer radikalen Schulreform gründete sich auf die Fiktion der Gleichheit; bestünde aber Gleichheit zwischen Lehrern und Schülern, wäre kein Unterricht erforderlich. Im Erziehungswesen muß es Autorität geben. Vom pädagogischen Standpunkt aus ist es natürlich ratsam, sie nicht überzubetonen, aber selbst für den fortschrittlichsten Lehrer gibt es eine Grenze der Duldsamkeit.

Auch die Hochschulreformen waren von viel gutem Willen getragen. Die neuen Gesetze, das Hochschulrahmengesetz von 1976 und die entsprechenden Ländergesetze, beruhten auf der Annahme, daß die Universität demokratischer werde, sich mehr an den Realitäten des Lebens orientiere und den Charakter eines „Elfenbeinturms" verliere, sobald man den Assistenten und Studenten ein Mitspracherecht in den Belangen der Hochschule einräume. Ein paar Jahre später zeigte sich jedoch, daß der Versuch kein Erfolg war. Manche Kritiker behaupteten gar, daß die höhere Bildung durch die Reformversuche ruiniert worden sei. Die Entscheidungsbefugnis war von den Lehrstuhlinhabern auf den Fachbereich, die Gruppe, die Abteilung übergegangen, und nun hatte fast jeder bei wichtigen Entscheidungen mitzureden.

An den Wahlen nahmen trotzdem nur etwa zwanzig Prozent der Studenten teil. Ihre Sprecher repräsentierten also nur eine Minderheit. Ein demokratisches Prozedere kann verordnet werden, aber noch so viele Gesetze können eine Institution nicht zum demokratischen Funktionieren bringen: Es muß ein Konsens über die Grundlagen vorhanden sein. Auch wenn dieser Konsens existiert, bleibt die Frage nach der Kompetenz beim Fällen von Entscheidungen: Sollten Studenten beispielsweise darüber mitentscheiden, ob ein bestimmtes Fach gelehrt wird oder nicht? (An den meisten Hochschulen, so muß hinzugefügt werden, haben sie dieses Recht allerdings nicht.)

Als einziger Bereich im öffentlichen Leben wurde die Hochschule zum Experimentierfeld für Mitbestimmung. Niemand hätte daran gedacht, etwa nach solchen Gesichtspunkten in einem Krankenhaus Operationen durchzuführen oder ein Flugzeug zu steuern oder ein Ministerium zu leiten. Die Universität dagegen befand man als für derartige Experimente geeignet. Die Regierungen verhielten sich den Entwicklungen innerhalb der Universitäten gegenüber ziemlich gleichgültig. In den Ländern, die die weitreichendsten Reformen vollzogen hatten, begann der Rückzug aus exponierten pädagogischen Positionen bereits ein oder zwei Jahre nach deren Einführung.

Die wissenschaftliche Forschung geriet an der neuen („Gruppen"-)Universität an zweite Stelle. Sie war noch erwünscht, wurde aber im Vergleich zu anderen Bedürfnissen als Luxus betrachtet. Die Professoren, die anhand der neuen Bestimmungen ihren Pflichten nachkamen, mußten viel Zeit mit Ausschußsitzungen und Verwaltungsaufgaben verbringen. Ein Absinken des wissenschaftlichen Niveaus war die Folge.

Einst wurden die deutschen Universitäten in der ganzen Welt gerühmt, und man eiferte ihnen nach. Sie hatten strebsame Studenten aus aller Welt angezogen, und jeder kannte den Wert eines akademischen Grads von Heidelberg, Jena oder Göttingen. In den siebziger Jahren ähnelten dieselben Universitäten einer großen Versuchsanstalt. Es war wohl kein Zufall, daß die besonders stark politisierten Universitäten, etwa Bremen, am meisten absanken.

Der Weg zu diesen Zuständen war mit guten Vorsätzen gepflastert, der den „emanzipatorischen Reformen" zugrunde liegenden Annahme, daß Studenten jung an Jahren, aber reif im Geist seien, wißbegierig und darauf aus, sich ein Höchstmaß an Wissen in einem Minimum an Zeit anzueignen. Man vergaß dabei, daß der Lernprozeß kein reines Vergnügen ist und daß sich der durchschnittliche Student bei Spiel und allerlei Muße am wohlsten fühlt. Auch wurde nicht bedacht, daß die Universitäten Studenten aufzunehmen hatten, die erheblich schlechter vorgebildet waren als früher – eine Folge der Schulreformen. Oft waren sie nicht fähig, sich in ihrer Muttersprache richtig auszudrücken, was auch nicht mit grandiosen Ideen zu kompensieren war, etwa daß die Wissenschaft „gesellschaftsrelevant" zu gestalten sei, daß alle herkömmlichen Vorstellungen kritisch „hinterfragt" werden müßten, daß größerer Nachdruck auf die Theorie zu legen sei statt auf das bloße Sammeln zumeist unwichtiger Fakten. „Elitäre Standards" und „repressive Tests" wurden von den Sprechern der radikalen Studenten scharf angegriffen; es gab viele Klagen über die unmenschlichen Anstrengungen, die verlangt würden, und über den Streß, der dadurch verursacht werde. In extremen Fällen wurden Universitäten mit der Forderung verklagt, das Aufnahmeniveau zu senken und die Benotung zu heben.

Nach einigen Jahren kamen nicht wenige Professoren zu dem Schluß, daß ein guter Student zur Seltenheit geworden war. Nach Meinung dieser Kritiker wollten die Studenten mit möglichst wenig Aufwand Examen ablegen und einen sicheren Job ergattern, der ein halbwegs gutes Leben ermöglicht, nicht zu viel Arbeit bereiten und einen frühen Ruhestand mit angemessener Rente garantieren würde. So wurde hinter der Rauchwand der revolutionären Phrasen eine „Frührentnermentalität" entdeckt.

Schließlich mußten die Auswüchse der Reform und das Gefühl des Fehlschlags eine Gegenbewegung hervorbringen, eine Reaktion auf die Kulturrevolution. Und sie kam früher als erwartet. Anfang der achtziger Jahre waren die Theoretiker der Schul- und Universitätsreformen von der Bildfläche verschwunden, während an der Berliner Freien Universität, einem Bollwerk der Linken, 1983 ein Rektor gewählt wurde, der alles andere war als ein Kulturrevolutionär.

Alles das hatte beträchtlichen Schaden angerichtet. An Schulen und Hochschulen wurden die Anforderungen an das Elementarwissen nicht selten gesenkt. Nicht wenige Schulen wurden Schauplatz politischer Beeinflussung.

Die Gegner der Reformen behaupten, daß es kein Zufall sein könne, wenn ein Volk, das einst mit mehr Nobelpreisen ausgezeichnet wurde als jedes andere, kaum mehr unter den Preisträgern erscheine. Die Gründe dafür müssen jedoch in eine fernere Vergangenheit zurückverfolgt werden. Das Niveau der deutschen Wissenschaft litt schwer unter dem Nationalsozialismus und dem Krieg, und es konnte nicht erwartet werden, daß das Land nach 1945 als ein wissenschaftliches Weltzentrum wiedererstehen werde. Die Nobelpreisträger der siebziger Jahre jedenfalls waren aus den Schulen und Universitäten der 1930er und 1940er Jahre hervorgegangen; die Auswirkungen der Reformen von 1970 werden sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zeigen. Da die Probleme erkannt wurden, ist die Rückkehr zur wissenschaftlichen Forschung, sogar zur elitären, nur eine Frage der Zeit. Die Freidemokraten haben sich 1984 als erste dieses Problemfelds angenommen.

Wie aber steht es mit den Errungenschaften der kulturellen Revolution? Viele der größten kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen der Vergangenheit waren das Werk sehr junger Menschen. Abgesehen von den Wunderkindern hat es in jeder Generation solche „Frühreifen" gegeben. Goethe hatte neben vielen Gedichten den *Werther*, Schiller *Die Räuber* geschrieben, bevor sie 25 Jahre alt waren. Das gleiche gilt für die meisten Romantiker, für Georg Büchner, der 24jährig starb, für Heinrich Heine und viele andere Schriftsteller bis hin zu Thomas Mann (der die *Buddenbrooks* mit 24 Jahren schrieb), Rilke, Hermann Hesse *(Peter Camenzind)* usw. Karl Marx war 26jährig Hauptschriftleiter der *Rheinischen Zeitung* und schrieb das Kommunistische Manifest, bevor er dreißig wurde. Einstein publizierte sein wichtigstes Werk mit 25, Werner Heisenberg mit 24 Jahren. Dies alles geschah in der „voremanzipatorischen Zeit", als „Repression" angeblich weit verbreitet war.

Es ist eine Tatsache, daß junge Menschen sich in unserer Zeit später voll entwickeln und daß das Erscheinen von Genies nicht berechenbar ist – sie sind zu jeder Zeit und in jedem Land spärlich gesät. Doch bleibt bemerkenswert, daß es zu einer Zeit der Jugendrevolte und bei so viel freigesetzter kreativer Energie schwierig ist, größere kulturelle oder wissenschaftliche Leistungen junger Menschen zu nennen, die, sagen wir, jünger als dreißig Jahre sind.

Dies also war die „Bildungskatastrophe". Sie entstand nicht nur aus einem Grund. Faktoren, die dazu beitrugen, waren das sich ausbreitende Selbstmitleid und die Bestärkung, die nicht wenige der älteren Generation, die es besser hätten wissen müssen, für Jugendliche bereithielten, die „Leistung" schon fast als soziale Schande ansahen. Unerträglicher Streß wurde wieder und wieder beschworen, als wüßte man nicht, daß Nervenzusammenbrüche, Drogenabhängigkeit und Selbstmord junger Menschen sich eher aus Langeweile und Überdruß herleiten als aus Überforderung oder Examensangst.

Dieser Gesamtüberblick wäre aber nicht vollständig, würde ich nicht hinzufügen, daß ich diese negativen Züge in der Bundesrepublik bald mehr, bald weniger ausgeprägt beobachten konnte und daß seit Mitte der siebziger Jahre bedeutende Veränderungen eingetreten sind. Der gesunde Menschenverstand ist schneller und an breiterer Front zurückgekehrt, als man erwarten konnte.

Es war eines der Ziele der Schulreform gewesen, den Schülern einen neuen Gemeinschaftsgeist zu vermitteln. Eine der Klagen, die ich in den Oberklassen am häufigsten zu hören bekam, war aber gerade das Fehlen eines solchen Geistes, einfach deswegen, weil mit der zunehmenden Spezialisierung fast jeder eine andere Fächerkombination hatte. Nicht wenige Lehrkräfte beklagten sich, daß ihre Rolle sich gänzlich darauf beschränke, Wissen zu vermitteln; es gebe ein Vakuum, was die Bildung der Persönlichkeit angehe. So scheint ein Jahrzehnt nach der emanzipatorischen Welle ein Verlangen nach Autorität, vielleicht sogar nach einer „starken Hand" zu bestehen, nicht seitens autoritärer Lehrer, sondern unter den Schülern.

Warum stirbt die Früh-Kreativität aus?

Ziel der Reformen war Abschaffung jeglicher Art von Repression und – dadurch – Freisetzen jugendlicher Kreativität. Laqueur fragt, weshalb die angeblich so repressiv erzogenen Alten laufend Höchstleistungen auf allen Gebieten hervorbrachten, die heutzutage völlig fehlen.

Goethe dichtete den „Werther" mit 24, Schiller (r.) die „Räuber" im Alter von 22.

Th. Mann schrieb die „Buddenbrooks" mit 24, Rilke (r.) den „Cornet" mit 24 Jahren.

Einstein verfaßte sein Hauptwerk mit 25, Heisenberg (r.) seines im Alter von 24 Jahren.



Morgen lesen Sie:

Das Schlagwort beschäftigt Politiker und liefert den Medien Stoff: die neue soziale Bewegung. Laqueur seziert den amorphen Begriff und reduziert die Hysterien auf Normalmaß.

Papst ruft zum Gebet für Kirche in Litauen auf

DW. Bonn

Papst Johannes Paul II. hat die Katholiken aufgerufen, für die Kirche in Litauen zu beten. Vor Pilgern in seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo erinnerte er am Sonntag daran, daß die sowjetischen Behörden ihm vor einem Jahr die Reise zur großen Festmesse anläßlich des 500. Todestages des heiligen Kasimir verwehrt hatten. Gleichzeitig verwies der Papst darauf, daß in zwei Jahren mit der 600-Jahr-Feier der Bekehrung Litauens zum Christentum „ein noch wichtigeres Datum" bevorstehe.

Erst jüngst hätten die litauischen Bischöfe ihre Gläubigen mit Bezug auf die „Taufe Litauens" zu einer dreijährigen geistlichen Einkehr aufgerufen. Nach Ansicht von Beobachtern könnten die Bemerkungen Johannes Pauls II. signalisieren, daß er an seinem Wunsch festhält, Litauen eine Pastoralvisite abzustatten.

Durch die Bekehrung zum Christentum habe sich Litauen der großen Familie der christlichen Völker Europas angeschlossen und sei trotz aller Wechselfälle seiner Geschichte in seiner Glaubenstreue unerschütterlich geblieben, sagte Johannes Paul II. Er sprach den Wunsch aus, daß „unsere Brüder in Litauen in dieser Zeit ... die tiefe Solidarität der gesamten Kirche spüren".

IG Metall macht Front gegen Gutachten Müllers

Steinkühler: Expertise muß vor dem 5. September vom Tisch

DW. Hamburg

Der Streit um eine mögliche Änderung des Arbeitskampfrechtes, der durch ein Gutachten Professor Gerhard Müllers für die Bundesregierung ausgelöst worden war, hat an Schärfe zugenommen. Der zweite Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, appellierte an die Bundesregierung, sich von den Vorschlägen des früheren Arbeitsgerichtspräsidenten zu distanzieren.

Steinkühler registrierte in dem Müller-Gutachten eine Reihe angeblich gewerkschaftsfeindlicher Forderungen. Im „Handelsblatt" nannte der Gewerkschafter beispielsweise das von Müller vorgeschlagene Verbot von Warnstreiks, „schwarze Listen" der Arbeitgeber über leistungsschwache Arbeitnehmer sowie „Zwangsschlichtung" zur Festlegung von Notdienstarbeiten bei Arbeitskämpfen. Steinkühler nannte zusammenfassend das Gutachten eine „Aufforderung zur Schaffung einer anderen Republik", die vor dem 5. September, dem Termin des Spitzengesprächs zwischen Bundesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern, „vom Tisch" müsse.

Ruhigere Töne schlug Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in der WELT am SONNTAG an: „Das Arbeitskampfrecht eignet sich nicht für Schnellschüsse", beschwichtigte der CDU-Politiker. Es sei wichtig, daß die Kontrahenten in einem Streit über Inhalt und Ziele von Arbeitsbedingungen wenigstens in den Regeln dieser Auseinandersetzungen übereinstimmten. „Sonst werden Arbeitskämpfe zu Freistilringkämpfen." An die Adresse der Gewerkschaften gerichtet betonte Blüm, daß die Tarifautonomie nicht zur Disposition stehe.

„Arbeitsrecht verkrustet"

Positiv hat die FDP-Bundestagsfraktion das Gutachten des Arbeitsrechtlers bewertet. Ihr wirtschaftspolitischer Sprecher, Otto Graf Lambsdorff, nannte die Expertise einen „wichtigen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion um das Arbeitskampfrecht".

Einen Gedanken aus dem Gutachten aufgreifend erklärte der FDP-Politiker, er halte Maßnahmen des Gesetzgebers für nötig, um die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit – und damit des Staates – bei Arbeitskämpfen wiederherzustellen. Eine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt werde nicht nur von der „viel zu hohen Steuer- und Abgabenbelastung", sondern auch von einer „viel zu starken Verkrustung" des Arbeitsrechtes belastet.

Den Widerstand der SPD gegen einen von dem Gutachten ausgelösten „Abbau von Arbeitnehmerrechten" kündigte der Bundesvorsitzende der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), Rudolf Dreßler, an. Der Bundesregierung gehe es offenkundig darum, „die Arbeitnehmerrechte zu zertrümmern", sagte Dreßler mit Blick auf die Analyse Müllers. Die in der SPD organisierte Arbeitnehmerschaft werde deshalb im Herbst die Gewerkschaften bei deren Aktionen gegen die „Politik des Sozialabbaus der Regierung" unterstützen.

Kohl formuliert Ziele

Bundeskanzler Helmut Kohl hat inzwischen die Erwartungen der Bundesregierung von dem Dreiergespräch formuliert. Er erwarte „Verpflichtendes" zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Der Kanzler denkt dabei an eine „Übereinkunft im groben Rahmen" zur Reduzierung von Überstunden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) äußerte im Gegensatz zu Kohl keine Erwartungen über den Inhalt von möglichen Übereinkünften, sondern kritisierte die Belastung des Klimas zwischen Bundesregierung und DGB im Vorfeld des Treffens. Äußerungen von Koalitions- und Kabinettsmitgliedern seien geeignet, „die Gesprächsbasis zu zerstören und das Gespräch selbst zu hintertreiben", sagte DGB-Vize Gerd Muhr im „Sender Freies Berlin".

In der Diskussion um die Aussagefähigkeit der Arbeitslosenstatistik nahm Kohl nur indirekt Stellung. Neben den vielen Arbeitsuchenden gebe es „eine wesentlich kleinere Gruppe von Leuten, die geschickt die Gesetze und Verordnungen auskurven, im Slalom durchlaufen, um mit möglichst wenig eigener Leistung möglichst viel von der Allgemeinheit zu bekommen".

Außerdem sei über die Hälfte der Arbeitslosen nicht gut qualifiziert. „Hier müssen wir weiter ansetzen", sagte Kohl in der ARD. Auf die Frage nach einer möglichen Änderung der Statistik antwortete der Kanzler nicht. Aus der CSU war angeregt worden, in der Arbeitslosenstatistik zwischen Arbeitswilligen und Arbeitsunwilligen zu unterscheiden.

Kritik aus der Partei führt zu Mitsotakis' Rücktritt

Griechenlands „Neue Demokratie" sucht einen Vorsitzenden

E. ANTONAROS, Athen

In Griechenlands größter Oppositionspartei, der liberalkonservativen „Neuen Demokratie", zeichnet sich bereits der dritte Wechsel im Parteivorsitz innerhalb von fünf Jahren ab. Konstantin Mitsotakis, der erst im August 1984 zum Parteichef gewählt worden war, hat am Wochenende die Konsequenzen aus dem seit Wochen anhaltenden Streit um seinen Führungsstil gezogen und seinen Rücktritt erklärt.

Bereits am kommenden Donnerstag soll die aus 121 Abgeordneten bestehende Fraktion der bürgerlichen Partei, die sich seit 1981 in der Opposition befindet, ihren neuen Chef wählen.

Mitsotakis, der aus dem Zentrum stammt und erst 1978 der „Neuen Demokratie" unter ihrem Gründer und damaligen Ministerpräsidenten Karamanlis beigetreten war, will aufs neue für das Amt des Parteivorsitzenden kandidieren.

In einer Presseerklärung begründete er seinen Rücktritt damit, daß aufgrund der „innerparteilichen Reibungen nach außen hin ein enttäuschendes Bild entstanden" sei, das nicht fortbestehen dürfe. Daher habe er beschlossen, die um seine Person entstandene Kontroverse „auf diesem demokratischen Wege" zu klären.

Der Streit um Mitsotakis' Führungsstil war unmittelbar nach der Wahlniederlage der „Neuen Demokratie" bei der Parlamentswahl vom 2. Juni entbrannt. Zahlreiche Gegner innerhalb der Partei hielten ihrem Chef vor, sich im Laufe des Wahlkampfes zuwenig um die Meinung der anderen Spitzenpolitiker gekümmert, eine falsche Wahlkampfstrategie entwickelt, sich übermäßig zuversichtlich gegeben und selbst seinen engsten Mitarbeitern die ungünstigen Ergebnisse der Meinungsumfragen vorenthalten zu haben. Zwei Abgeordnete verließen daraufhin aus Protest die Partei.

Stefanopoulos kandidiert

Von der massiven Kritik unbeeindruckt, suchte Mitsotakis zunächst durch die im Alleingang beschlossene Abhaltung eines Parteikongresses im November Zeit zu gewinnen. Aber gerade diese Entscheidung brachte seine Gegner auf die Barrikaden: Richtig erkannten sie, daß Mitsotakis die Kandidatenwahlen für den Parteitag so zu manipulieren beabsichtigte, daß schließlich die Parteidelegierten seiner Wahl in der Mehrheit sein würden.

In der vergangenen Woche kam es zur offenen Konfrontation zwischen Mitsotakis und seinem schärfsten Rivalen, dem früheren Innenminister und jetzigen Fraktionssprecher Konstantin Stefanopoulos, der als die Nummer zwei der Partei gilt. Während zweier Unterredungen forderte er Mitsotakis ultimativ auf, den geplanten Parteikongreß aufzuschieben und parteiinterne Beratungen darüber zuzulassen.

Hatte es zunächst so ausgesehen, als würde Mitsotakis stur bleiben, so wird sein überraschender Rücktritt von unabhängigen Beobachtern in Athen eher als ein taktisches Manöver mit dem Ziel betrachtet, seine Gegner auszuschalten.

Taktisches Manöver?

Tatsächlich befinden sich nun die meisten „Partei-Oberen" noch in den Ferien, die sie nun Hals über Kopf abbrechen müssen. Selbst Stefanopoulos mußte in der Nacht zum Sonntag eiligst nach Athen zurückkehren. Viel Zeit wird er, der wohl der einzige, zumindest bedeutsamste Gegenkandidat sein wird, nicht haben, um die zahlreichen unentschlossenen Fraktionsmitglieder für sich zu mobilisieren.

Wie die Abstimmung am Donnerstag ausgehen wird, läßt sich kaum voraussagen: Mitsotakis könnte ein erneuter Wahlsieg nur dann gelingen, wenn die einstigen Parteivorsitzenden Karamanlis, Rallis und Averoff, die jeder für sich kleinere Gruppen loyaler Abgeordneter kommandieren, sich auf seine Seite schlagen würden.

Doch viele Sympathien hat der um sein politisches Überleben kämpfende Mitsotakis eben nicht. Daher gilt die Kandidatur von Stefanopoulos, der bereits den dritten Anlauf auf das oberste Parteiamt unternimmt, als aussichtsreich.

Ob allerdings die Wahl eines neuen Parteivorsitzenden die Identitätskrise der 1974 von Karamanlis gegründeten Partei beenden wird, ist äußerst zweifelhaft.

Die einst an Wahlsiege gewöhnte Partei scheint die Niederlagen von 1981 und 1985 nicht verkraftet zu haben. Flügelkämpfe und persönliche Animositäten haben bisher die Ausarbeitung eines überzeugenden ideologischen Konzeptes verhindert.

(SAD)

Krefelds OB Pützhofen tritt gegen Worms an

Blüm will nicht CDU-Chef in Nordrhein-Westfalen werden

WILM HERLYN, Krefeld

In dieser Woche wird der Krefelder Oberbürgermeister Dieter Pützhofen seine Kandidatur für den Vorsitz der rheinischen CDU anmelden. Damit wird es eine Kampfabstimmung am 17. Oktober auf dem Parteitag in Düsseldorf geben. Denn auch Bernhard Worms, der jetzige Amtsinhaber und Chef der CDU-Landtagsfraktion, läßt keinen Zweifel daran, daß er trotz der für die CDU verheerenden Wahlniederlage am 12. Mai, die zum Teil auch ihm als Spitzenkandidat angelastet wird, wieder antreten will.

Pützhofen bat jetzt in einem Schreiben an die CDU-Mittelstandsvereinigung, ihn zu unterstützen. Der Vorsitzende in dieser Gruppe ist der Amtsvorgänger Pützhofens als Oberbürgermeister der Seidenstadt Krefeld, Hansheinz Hauser, der stellvertretender Fraktionschef der CDU/CSU im Bundestag ist.

Spätestens seit einer Woche ist sich Worms darüber im klaren, daß er mit dieser Gegenkandidatur zu rechnen hat. Die beiden Politiker erörterten am Rande des Parteitages der westfälisch-lippischen CDU in Paderborn, an dem sie als Gäste und Beobachter teilnahmen, eine Viertelstunde lang auf dem Parkplatz vor der Tagungshalle eingehend diese Frage.

Schon im Vorfeld dieser Überlegung versuchten starke Kräfte in der Partei, hinter den Kulissen auf Worms einzuwirken. Er solle sich – so die offizielle Lesart – lieber auf seine Führungsaufgabe als Oppositionschef im Düsseldorfer Landtag konzentrieren. In diesem Amt wurde er nach dem 12. Mai für weitere zwei Jahre bestätigt. Vor allem die Junge Union votierte in verschiedenen Abstimmungen schon gegen Worms.

Hoffnungsträger der Union

Das Führungsgremium des Bezirks Aachen der CDU-Nachwuchsorganisation, der JU-Bezirksvorstand Niederrhein, beschloß sogar einstimmig, Worms nahezulegen, nicht mehr für das Amt des Parteichefs zu kandidieren. Während die JU-Organisationen Aachen und Rhein-Wupper „mögliche andere Bewerber" um den Parteivorsitz aufforderten, „unverzüglich ihre Kandidatur zu erklären, sprach sich bislang allerdings nur der Niederrheiner Heimatbezirk Pützhofens einstimmig für dessen Kandidatur aus.

Pützhofen galt schon vor der Landtagswahl als Hoffnungsträger der Union. Allerdings verfehlte er den Einzug in das Parlament, weil auch in Krefeld die CDU erhebliche Stimmeneinbußen zu verzeichnen hatte und Pützhofen sich nicht auf der Landesliste hatte absichern lassen. Er ist Vorsitzender einer Gruppierung, der „Niederrhein-Konferenz", die es zwar nach dem Parteistatut gar nicht gibt, die aber dennoch über erheblichen Einfluß verfügt.

Die Macht der Niederrheiner stieg um so mehr, als sie es verstanden, nach dem 12. Mai der innerparteilichen Konkurrenz, dem „Kölner Klüngel", entscheidende Ämter in der Landtagsfraktion abzunehmen. Die Niederrhein-Konferenz war auch die erste CDU-Gruppe, die sich öffentlich für eine Verflechtung der CDU-Rheinland mit dem Schwesterverband Westfalen-Lippe einsetzte.

Vorentscheidung im Herbst

Das Amt des rheinischen Vorsitzenden wird im Frühjahr vordergründig politisch bedeutungslos. Denn es ist zu erwarten, daß auch die Rheinländer wie in der vergangenen Woche die Westfalen dem Zusammenschluß mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit zustimmen und die beiden Verbände dann einen neuen, gemeinsamen Vorstand wählen. Heißt der Sieger am 17. Oktober Pützhofen, ist aber auch nicht auszuschließen, daß dieser sich – wie der Westfale Kurt Biedenkopf – für den Vorsitz in diesem Führungsgremium interessieren wird.

Nachdem der Krefelder seinen Hut in den Ring geworfen hat, rechnen Beobachter damit, daß auch andere Politiker den Mut zur Kandidatur fassen. Dazu zählt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Voigt. Er besitzt eine starke Rückendeckung durch die CDU-Sozialausschüsse, deren Vorsitzender er im Rheinland ist.

Der evangelische Arbeitskreis der CDU dagegen sähe es gerne, wenn ihr Leiter, der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, kandidieren würde. Dieser hätte den Vorteil, wie Voigt im Landesvorstand der Rheinländer schon Sitz und Stimme zu haben, während Pützhofen diesem Gremium nicht angehört.

Arbeitsminister Blüm hat in der „WELT am Sonntag" für Klarheit gesorgt: Er wird sich nicht um das Amt des Vorsitzenden einer nordrhein-westfälischen CDU bemühen.

Der neue ARD-Vorsitzende: WELT-Gespräch mit SWF-Intendant W. Hilf

„Die Sensibilität hat zugenommen"

WELT: Herr Hilf, Sie sind der nächste ARD-Vorsitzende, und die ARD befindet sich ja wohl immer noch in einer äußerst schwierigen Situation. Mit welchen Gefühlen gehen Sie in dieses Amt?

Hilf: Mit Gelassenheit – trotz der persönlichen Belastungen, die damit verbunden sind: zum Beispiel die zahlreichen Konferenzen, die vielen Kontaktsuchen, sehr viele Repräsentationspflichten, die häufig zeitraubend und nicht immer fruchtbar sind. Ich kann gelassen bleiben, weil der Südwestfunk in der Betriebsleitung mit erfahrenen Persönlicheiten besetzt ist, so daß ich die notwendige Zeit für die ARD erübrigen kann.

WELT: Ihrem Vorgänger, Friedrich W. Räuker vom NDR, hat seine bald ablaufende Amtszeit eine bundesweite Profilierung eingebracht, u. a. auch wegen des allgemeinen Interesses an der ARD. Die ARD ist im Gespräch. Berufene wie Unberufene denken über ihre Zukunft nach. Steht das Kürzel „ARD" für „Zukunft" – oder werden Sie jetzt der Konkursverwalter?

Hilf: Also, daß ich eine strahlende Zukunft der ARD sehe, will ich hier nicht behaupten. Aber ich sehe doch eine effektive Rolle der ARD auch in der zukünftigen Medienlandschaft der Bundesrepublik.

WELT: Mit wie vielen Programmangeboten für den Bürger rechnen Sie in Zukunft? Ist der Mensch mit drei Programmen ausgelastet?

Hilf: Diese Frage läßt sich quantitativ nicht beantworten. Ich persönlich wäre mit einer Stunde Fernsehprogramm täglich gut bedient: Denn Radiohören und insbesondere Lesen halte ich für mindestens ebenso informativ und persönlich anregender.

WELT: Sie sehen nur deshalb eine Stunde fern, weil Sie nur drei Programme empfangen können. Würden Sie mehr fernsehen, wenn Sie mehr angeboten bekämen?

Hilf: Nein, in der Regel nicht. Ich unterscheide in meinem Fernsehkonsum Pflicht und Kür. Pflicht sind für mich die Sendungen meines Hauses, des Südwestfunks – weil ich diese letztlich zu verantworten habe – sowie die „Tagesschau" und andere Informationssendungen ...

WELT: ... wie zum Beispiel „Report" Baden-Baden mit Franz Alt, ein Stück Ihres Hauses?

Hilf: Natürlich gehört auch „Report" dazu, der in der Tat viele Bewertungen – und nicht nur positive – zuläßt. Kür sind für mich u. a. Sportsendungen und gute Unterhaltungsprogramme. Ganz oben in meiner Gunst steht da Hans-Joachim Kulenkampff, den ich für den besten Entertainer halte: Souverän, spritzig, spontan – der Prototyp eines exzellenten Unterhalters.

WELT: Den hat allerdings die ARD auch nötig, wenn man mal die Unterhaltungs-Anstrengungen des ZDF betrachtet.

Hilf: Also, die immer wieder behauptete Überlegenheit des ZDF in der Unterhaltung sehe ich nicht mehr. Quantitativ ist das ZDF-Unterhaltungsangebot sicherlich größer, aber qualitativ besser ist es keinesfalls. Da teile ich die Auffassung unbefangener Beobachter. Allerdings würde ich mir wünschen, daß das Unterhaltungsangebot des gesamten deutschen Fernsehens besser würde.



Übernimmt am 1. Januar 1986 das Amt des ARD-Vorsitzenden von Friedrich Wilhelm Räuker: Willibald Hilf FOTO: DPA

WELT: Glauben Sie denn, dafür in Ihrer Rolle als ARD-Vorsitzender etwas tun zu können?

Hilf: Ich hoffe es. Wobei die ARD in der Regel längere Reaktionszeiten hat als das ZDF ...

WELT: Dort ist eine zentrale Institution, drei, vier Leute entscheiden auf dem kurzen Dienstweg, hier ist die ARD mit neun Intendanten, die sich noch nicht einmal über eine Programmreform einigen konnten.

Hilf: Und ich selbst war einer, der dagegen war. Ich sehe die Nachteile des Meinungsbildungsprozesses im ARD-Verbund durchaus, und ich bestreite sie nicht. Aber ich sehe auch Vorteile. Sie liegen in der unterschiedlichen Leistungskraft der einzelnen Anstalten und der größeren Zahl der Mitarbeiter. Der Entscheidungsprozeß ist langsamer, aber möglicherweise auch ausgewogener. Und tragfähiger, wenn er beendet ist. Ich sage Ihnen das mal mit einem Bild aus der Marine. Das ZDF ist sicher ein glänzendes Traumschiff für einen Fernsehmacher, während die ARD ein Geleitzug ist ...

WELT: ... dessen Geschwindigkeit vom Kleinsten und Langsamsten bestimmt wird.

Hilf: Das ist richtig. Aber in der Summe aller Einheiten ist der Geleitzug letztlich dem Traumschiff überlegen.

WELT: Wie stehen Sie eigentlich zum Begriff „Konkurrenz"?

Hilf: Ich bin sehr dafür, Konkurrenz belebt das Geschäft ...

WELT: Warum setzen Sie sich dann nicht für mehr Konkurrenz im Fersehen ein?

Hilf: Das besorgen doch schon die Privaten. Und im übrigen können wir als ARD das nicht im Alleingang machen. Wir haben ja auch die Koordinationsverpflichtung mit dem ZDF.

WELT: Welcher Sinn steht denn noch hinter der Koordinierung?

Hilf: Vor allem der, daß man Eigenproduktionen schützt. Und das halte ich auch für vernünftig und erstrebenswert.

WELT: Dann machen Sie sich wohl auch die Forderung zu eigen, den deutschsprachigen Anteil, vor allem im unterhaltenden Bereich, zu erhöhen?

Hilf: Das öffentlich-rechtliche Fernsehen hat – im Unterschied zum privaten Fernsehen – in der Tat die Pflicht, als öffentlicher Dienstleistungsbereich die Kulturwerte des Landes, der Regionen und die Geschichte zu pflegen. Wenn wir könnten, sollten wir mehr machen als bisher. Das ist freilich nicht nur eine Frage der Finanzierung und der Kreativität. Die Privaten haben diese Verpflichtung nicht in diesem Maße. Das ist ein wichtiger Unterschied.

WELT: Inwieweit hat eigentlich das Vorhandensein privater, wenn auch noch kleiner Konkurrenz das öffentliche Fernsehen bewegt?

Hilf: Es ist gar keine Frage, daß die Sensibilität, für und an den Zuschauer zu denken, innerhalb des öffentlich-rechtlichen Rundfunks geradezu sprunghaft zugenommen hat. Fragen der Reichweiten zum Beispiel werden heute viel stärker beachtet als früher. Sie dürfen aber nicht zum alleinigen Kriterium für ein öffentlich-rechtliches System werden.

HANS-HERMANN TIEDJE

KRITIK

Zwerchfell im Gehörgang

Zum 57. Mal führt der Herr Heck **Die Pyramide** (ZDF) vor, und nicht einer aus der Millionenschar der Gebührenzahler hat gegen diese frohgemute Dümmlichkeit protestiert. „Das Publikum", das wußte schon der alte Lessing, „nimmt vorlieb."

Es nimmt vorlieb mit der lärmenden Überdrehtheit des Moderators, es nimmt vorlieb mit den infantilen Fragen, es nimmt vorlieb, denn es werden ihm jedesmal ein paar Respektspersonen beigemischt, und wenn die mitmachen, ei, warum denn nicht auch wir?

Diesmal mischten Barbara Dickmann und Ernst Huberty mit. Oh, was haben wir gelacht: Da gab's einen bescheuerten Türkenwitz, da suchte einer das Zwerchfell im Gehörgang seines rechten Ohrs, und zwischendurch kalberten alle, daß sich die Kamera bog. Deutschland, deine Sterne.

Wer's mag, der mag's. Und er wurde am Samstagabend reichlich bedient. Er konnte nach der Tagesschau wohl ins Erste umschalten, aber da sang einer wie Quasimodo, der unselige Glöckner von Notre Dame, gesungen hätte, hätte es ihm der Victor Hugo gestattet. Doch dieser hier, der Heinz Schenk, durfte: Er sang laut und gebührenpflichtig, ein Tausendsassa mit dem hohen Verdienstorden der Republik im Vertiko, ein Ordensbruder übrigens des obenangeführten Herrn Heck. Nur, der Herr Heck sang nicht. (Wenn das kein Verdienst ist!)

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Bereits vor der Ausstrahlung der ersten Folge hat das ZDF weitere Folgen der deutschen Krankenhaus-Serie **Schwarzwaldklinik** bestellt. Programmdirektor Alois Schardt fällte diese ungewöhnliche Entscheidung, nachdem er die ersten fertigen Folgen angesehen hatte. Die Serie, die jetzt auf 35 Episoden angelegt ist, läuft am 22. Oktober 1985 im ZDF-Abendprogramm an. Die Dreharbeiten für die weiteren elf Folgen werden voraussichtlich im Sommer 1986 aufgenommen. Autor Herbert Lichtenfeld habe mit den Buch-Arbeiten begonnen, erklärte der Produzent der Serie, Wolfgang Rademann. dpa

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Zum Blauen Bock
11.35 Probe aufs Exempel
Fernheilung
12.25 Gott und die Welt
13.00 heute

ARD

15.00 Fury
15.25 Jim Knopf und Lukas, der Lokomotivführer
1. Von Lummerland nach China
15.55 Wolff und Rüffel
16.00 Tagesschau
16.10 Ich war eine unübersehbare Randerscheinung
Bericht über eine „freßsüchtige" Frau
16.30 Mona
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Wochenendgeschichten
3. Noch ein Jahr und sechs Tage
Von Gerd Fuchs
Mit Peter Lohmeyer, Martin Lüttge, Barbara Fenner u. a.
Regie: Alexander v. Eschwege
21.15 Mit Konfuzius ins Jahr 2000
Ein Bericht aus Korea
Von Peter Krebs
Den Ländern des Fernen Ostens, die ein Wirtschaftswunder erlebten oder sich anschicken, eines zu erleben (wie China), ist eines gemeinsam: eine konfuzianische Vergangenheit. Die meisten Europäer halten den Konfuzianismus für eine Religion – sie wissen nicht, daß es sich um eine Morallehre handelt, die zu einer Lebenshaltung geworden ist.
22.00 Es ist angerichtet
Komische Geschichten mit Eddi Arent (11)
22.30 Tagesthemen
23.00 Rad-WM
Bahn-Wettbewerbe
23.30 Grenzenlos
Fernsehfilm von Josef Rödl
Mit Therese Affolter, Siegfried Zimmerschied, Antonia Rödl u. a.
Regie: Josef Rödl
1.15 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Die Vogelscheuche
Die verunglückte Einladung
15.30 Ferienkalender
16.05 Charlie Brown
Keine Zeit für die Liebe, Charlie Brown
16.30 Lassies Abenteuer
Auf der Spur des Jaguars (2)
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Aus der Rock-Pop-Szene
Heute mit Udo Lindenberg
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Dazwischen: heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Nebenwirkungen unbedenklich
Über Arzneimitteltests berichten Sylvia Matthies und Bernhard Ebner
20.15 Geheimagent
Englischer Spielfilm, 1936
Mit John Gielgud, Peter Lorre, Madeleine Carroll u. a.
Regie: Alfred Hitchcock
Anschließend: Ratschlag für Kinogänger
„Papa ist auf Dienstreise"
Von Emir Kusturica
21.45 heute-journal
22.05 Gewöhnliche Leiden
Im Jahre 1932 erschien der Roman „Kleiner Mann – was nun?". Er wurde umgehend zu einem der größten Bucherfolge seiner Zeit. Damals wurde nicht nur der wirtschaftlich gefährdete Verlag von Ernst Rowohlt damit saniert, sondern der Romanverfasser, Hans Fallada, wurde über Nacht zu einem wohlhabenden Mann.
22.35 Ich gehöre niemand
Argentinischer Spielfilm, 1982
Regie: Maria Luisa Bemberg
0.10 heute



SAT 1

13.30 Marco
14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
15.00 Black Beauty
Die Augen der Göttin
15.30 Musicbox
16.30 Happy Days
Die Stripperin
17.00 Mondbasis ALPHA 1
Gegen die Zeit
18.00 Westlich von Santa Fé
Die Falle
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Washington hinter verschlossenen Türen (5)
20.30 TOP – Die Wirtschaftsreportage
Jugend auf dem Lande / Internationale Börsenberichte
21.00 Galerie Buecher
Die Familie
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Diva
Französischer Spielfilm, 1980
Mit Wilhelminia Wiggins Fernandez, Frederic Andrei u. a.
Regie: Jean-Jacques Beineix
0.10 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
36. Auf der Suche nach dem Stäbchenfisch
Kompaß
3. Nah und fern
19.00 heute
19.30 Sportreport
mit „Sport am Montag" aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international
Royal Flash
Englischer Spielfilm, 1975
Mit Malcolm McDowell, Alan Bates u. a.
Regie: Richard Lester
23.20 3SAT-Spielfilm-Vorschau
23.40 3SAT-Nachrichten

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
Deutsch (39)
18.30 Der Regenbogenprinz
Der Katzentatzentanz
19.00 Aktuelle Stunde
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD

18.30 Der Regenbogenprinz
Katzentatzentanz
19.00 Eine Welt
Vergleichbares aus anderen Kulturen
1. Ein Dach über dem Kopf
19.45 Internationales TV-Kochbuch: Portugal

HESSEN

18.30 Der Regenbogenprinz
Katzentatzentanz
19.05 Ein Platz für Tiere
Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN

20.00 Tagesschau
20.15 Der große Abend: Das Schiff
Moderation: Peter Gatter
21.45 Franz-Peter-Wirth-Retrospektive (1)
Unruhige Nacht
Fernsehspiel nach einer Erzählung von Albrecht Goes
Mit Peter Lühr, Sigurd Fitzek u. a.
Regie: Franz Peter Wirth
An einem sonnigen Oktobertag im Jahre 1942 verläßt Kriegspfarrer Back schweren Herzens seinen Posten im Lazarett von Winniza. Er hat den Befehl, nach Proskurow zu reisen – als Seelsorger zur Exekution eines Deserteurs.
23.00 Franz Peter Wirth
Ein Porträt des Regisseurs von Franz Peter Steinbach
23.45 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Ben und Davis
20.15 Hans Hass (9)
Zu den Galapagosinseln
21.00 Flash Gordon
Die Rückkehr zur Erde
21.15 Rückblende
Vor 170 Jahren:
Neuruppiner Bilderbogen
21.30 Calle Serrano
Geschichten um eine Straße in Madrid
22.15 Jazz am Montagabend
18. Deutsches Jazzfestival Frankfurt
Mit Herbie Mann and the Family of Mann
23.15 Nachrichten

BAYERN

18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Was denkst du, Computer?
Über Datenbanken, Expertensysteme und Wissensingenieure
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Direktion City
Die Unvollendete
23.35 Rundschau

Flottere Gangart?

adh. – Rechtzeitig vor Beginn der Frankfurter Herbstmesse verkündeten zwei Wirtschaftsforschungsinstitute Positives: Der private Verbrauch werde im zweiten Halbjahr eine deutlich schnellere Gangart vorlegen als bisher. Die Steuerentlastung, sinkende Zinsen und die Erwartung wieder etwas steigender Realeinkommen signalisieren in der Tat etwas mehr Luft für die Bundesbürger bei der Gestaltung ihres privaten Budgets. Ob davon allerdings viel für die in Frankfurt anbietenden Konsumgüterhersteller abfällt, darf bezweifelt werden.

Denn allzu oft ist dieser größere finanzielle Spielraum bereits verplant: für die Ferienreise – die Deutschen reisten in diesem Sommer wie schon lange nicht mehr – und für das neue Auto. Der auch durch die Katalysatordiskussion ausgelöste Attentismus der Inlandskunden ist vorbei, künden die jüngsten Auftragszahlen der Automobilindustrie. Ein nach wie vor hoher Arbeitslosensockel schließt darüber hinaus viele Bürger von Konsumträumen aus.

Also lahmende Konsumgüterkonjunktur wie gehabt? Global läßt sich dies wohl nicht beantworten. Immer deutlicher fällt in einer Zeit, in der es keine „Wellen" mehr gibt, die Entwicklung von Firma zu Firma auseinander. Es wird durchaus konsumiert, aber viel differenzierter als in früheren Jahren. Als Trend auszumachen ist dabei ein Hang der Bundesbürger, sich etwas „Besonderes" ins Haus zu holen. Das bedeutet gute Geschäfte für den, der richtig liegt. Aber ein Schub für die Konsumgüterindustrie läßt sich damit nicht auslösen.

Spät-Starter

Wb. – Verschreckt vom Elend des akademischen Proletariats, entscheiden sich immer mehr Abiturienten für eine betriebliche Berufsausbildung. Mit einem zunehmenden Angebot spezifischer Ausbildungsgänge für diese Gruppe hat sich die Wirtschaft auch schon recht gut darauf eingestellt. Ganz anders die Gymnasien. Eine Untersuchung des Frankfurter Genossenschaftsverbandes, der mit seinem „Lehrstellen-Computer" handfeste Orientierungshilfen gibt, zeigt die Folgen: Unter den Fragebogen-Einsendern, die sich jetzt noch, im Sommer 1985, Rat für den Berufsanfang im September geholt haben, waren die Abiturienten überproportional vertreten. Schüler anderer Schulformen dagegen, die auch einen Berufskundeunterricht genossen haben, bereiten schon den Starttermin September 1986 vor. Für die Abiturienten bleibt da nur der gute Rat, auf eigene Faust rechtzeitig mit der Informationsarbeit anzufangen – das wäre auch ein Indiz der Selbständigkeit.

AUSSENHANDEL / Dollarabschwächung bleibt vorerst noch ohne Auswirkungen

Der Export erweist sich weiterhin als sichere Stütze der Konjunktur

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Ausfuhren laufen gut, und die Stimmung in der deutschen Exportwirtschaft ist besser als vor einem Jahr. Diese Einschätzung des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) wird vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) geteilt. Es wird nicht damit gerechnet, daß die bisherige Abschwächung des Dollarkurses die Entwicklung nachhaltig beeinflussen könnte. Wissenschaftler meinen, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte sei nicht gefährdet. Übers Jahr wird mit einer Zunahme der Exporte um acht bis neun Prozent gerechnet.

„Hochkonjunktur im Export", so kommentiert der BDI. Der Außenhandel hat sich, so das Bundeswirtschaftsministerium, auch im zweiten Quartal „als wichtige Stütze der konjunkturellen Entwicklung" erwiesen. Die Ausfuhren sind in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 13,9 Prozent auf 267,8 Milliarden Mark geklettert. Gleichzeitig zogen die Importe um 9,5 Prozent auf 235,7 Milliarden Mark an. Preisbereinigt bedeutet dies eine Zunahme der Ausfuhren um 7,5 und der Einfuhren um 2,5 Prozent.

Die leichte Abschwächung der Auftragseingänge zur Jahresmitte wird nicht als Trendwende interpretiert. Von einem generellen Rückgang der Nachfrage nach deutschen Investitionsgütern aus dem Ausland könne ohnehin nicht die Rede sein. Zwar seien die ausländischen Ordereingänge beim Maschinen- und Fahrzeugbau im zweiten Quartal leicht gesunken, dagegen hätten sie bei der elektrotechnischen Industrie noch einmal kräftig zugelegt. Bei Investitionsgütern, so der BDI, wird ein erheblicher Teil der deutschen Exportüberschüsse erwirtschaftet.

Von dem Überschuß von 32,1 Milliarden Mark im ersten Halbjahr wurden allein 9,7 Milliarden im Handel mit den USA erwirtschaftet. Denn die deutschen Lieferungen schossen um 30,7 Prozent auf 27,3 Milliarden Mark nach oben. Allerdings nahmen auch die Einfuhren aus diesem Land überproportional um 15,8 Prozent auf 17,6 Milliarden Mark zu. Nach Frankreich sind die USA inzwischen der zweitwichtigste Abnehmer deutscher Produkte im Ausland.

Der DIHT erwartet keinen raschen Kursverfall des Dollar. Hans-Jürgen Schmahl vom HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg rechnet mit Folgen für den deutschen Export, wenn eine Rezession in den Vereinigten Staaten mit einem rapiden Kursrückgang des Dollar zusammentreffen würde. Der gegenwärtige Kurs liegt überdies nur geringfügig unter dem, der im Durchschnitt des vergangenen Jahres registriert wurde.

„Auch im Amerikageschäft rangiert die Spezialität des deutschen Angebots vor den Wechselkurseffekten", analysiert der BDI. Qualitäten wie technisches Know-how, Lieferpünktlichkeit und das Anbieten ganzer Problemlösungspakete würden weiterhin die entscheidende Rolle spielen.

Der Optimismus gründet sich überdies darauf, daß auch das Geschäft mit den EG-Partnern in Schwung gekommen ist, die immerhin 47,7 Prozent der Exporte aufnehmen. Hier wurde im ersten Halbjahr eine Zunahme um 14,4 Prozent auf 129,4 Milliarden Mark registriert. Als wichtig wird vor allem bezeichnet, daß die wirtschaftliche Erholung in der EG von den Investitionen getragen wird. Dies gilt auch für die anderen europäischen Staaten. Die Lieferungen dorthin legten um 15,3 Prozent zu.

Der Anteil aller Industriestaaten am deutschen Export ist in diesem Jahr auf 81,1 Prozent geklettert; die Verkäufe in die Opec-Staaten nahmen weiter um 8,8 Prozent auf 13,2 Milliarden Mark ab. Die Lieferungen in die anderen Entwicklungsländer legten gerade noch um 4,1 Prozent auf 20,1 Milliarden zu, was hinter dem Preisanstieg zurückblieb. Je nach der Verschuldenssituation des einzelnen Landes differieren die Ergebnisse hier sehr stark. Dies gilt auch für den Osthandel, der von dem Geschäft mit den kleineren osteuropäischen Ländern, die sich aus der Kreditklemme etwas befreien konnten, und von China getragen wurde.

US-AKTIENMÄRKTE

„Fed"-Kurs wird nun klarer: Es bleibt alles beim alten

H.-A. SIEBERT, Washington

Auch der erste Wochengewinn seit der zweiten Julihälfte ändert nichts daran, daß die US-Aktienmärkte weiterhin auf der Stelle treten. Eine Fortsetzung der eingeschlafenen Hausse ist erst in Sicht, wenn steigende Aufträge und Warenpreise höhere Unternehmensgewinne versprechen. Zum Konsens der Wall Street gehört es inzwischen, daß Erfolge bei der Inflationsbekämpfung allein nicht mehr ausreichen, um ein echtes Kaufklima zu schaffen. Dazu bedarf es stärkerer Konjunktursignale.

Die Stimmung spiegelt die gedrückte Atmosphäre wider, die in der jüngsten Sitzung des Offen-Markt-Komitees des Federal Reserve System geherrscht hat. Wie in Washington durchsickerte, war man sich darin einig, daß im Juli der amerikanische Konjunkturverlauf zu optimistisch beurteilt worden ist. Als größte Enttäuschung sollen die Einbrüche im Wohnungsbau bezeichnet worden sein. Auch aus den Statistiken über die Handelsumsätze, den Autoabsatz, die Industrieproduktion, die Kapazitätsauslastung und die Beschäftigung läßt sich kein Honig saugen.

Aus der neuen Einschätzung läßt sich der Schluß ziehen, daß die US-Notenbank zu ihrer alten Position einer neutralen Geldpolitik zurückgekehrt ist. Mit teureren Krediten wird deshalb zunächst nicht gerechnet. Das heißt, die US-Zinsen bleiben so lange „weich", wie die Konjunkturflaute anhält. Besorgt über das geringe Wirtschaftstempo äußerte sich auch Gouverneur Henry Wallich auf einer „Fed"-Veranstaltung. Sonst stets auf die Inflationsgefahren verweisend, spielte er die negativen Folgen der seit Januar stark ausgeweiteten Geldmenge herunter. Laut Wallich kann man sich im Augenblick auf die üblichen Orientierungsdaten nicht verlassen.

Die Frage ist jedoch, was die US-Notenbank unternehmen wird, wenn sich der Dollarrutsch über das erwünschte Maß hinaus beschleunigt und sich die Haushaltskorrekturen als unzulänglich erweisen. Mit 2,7505 Mark lag er am Freitag am New Yorker Platz um rund 21 Prozent unter dem Februar-Hoch. Das Budgetdefizit überstieg im Juli 20 und in den ersten zehn Monaten des Finanzjahres 1985 175,5 Mrd. Dollar. Einschließlich der außerordentlichen Ausgaben gilt ein neues Rekorddefizit von mehr als 213 (1983: 208; 1984: 185) Mrd. Dollar als sicher.

Im Wochenverlauf erholte sich der Dow-Jones-Industrie-Index um magere 5,60 (Freitag: plus 0,22) auf 1318,32, der umfassende Nyse-Index um 0,57 (minus 0,08) auf 108,49 Punkte. Keinerlei Effekt hatte die lokale Sparkassenkrise in Maryland. Positiv bewertet die Börse die Übernahme der Trans World Airways durch Carl C. Icahn, der nun 50,3 Prozent der Aktien besitzt. Die Lohnkonzessionen der Gewerkschaften werden auf 250 bis 300 Mill. Dollar veranschlagt.

Zu viel Rummel um Arbed

Von JOACHIM WEBER

„Ich möchte nicht in der Haut eines Verkäufers bei Arbed Saarstahl stecken", meint der Marketing-Leiter eines Konkurrenten fast mitleidig. „Die haben doch beim Kunden nichts anderes zu tun, als stundenlang die neuesten Meldungen über ihren Laden zu erklären."

In der Tat: Seit der Öko-Sozialist Oskar Lafontaine die politische Führung des Saarlands übernommen hat, vergeht kaum noch ein Tag, an dem das Überbleibsel der einst so stolzen saarländischen Stahlindustrie (die noch in den sechziger Jahren stark genug war, die Neuansiedlung lohntreibender Arbeitsmarkt-Konkurrenten zu vereiteln) nicht unerfreuliche Schlagzeilen macht.

Der Hauptgrund solcher Negativ-Publicity ist, daß auch Lafontaine, der den Landtags-Wahlkampf im Frühjahr als vermeintlicher „Retter der Saar" gewonnen hatte, zum Hauptproblem des Landes wenig Neues einfällt. Seine wählerwirksame Ankündigung einer Verstaatlichung der Saarhütten, die ohnehin nur eine Sozialisierung der Verluste und nichts weniger als die Sanierung bringen würde, kann er sich (glücklicherweise) nicht leisten.

Angesichts einer Landeskasse, die so leer ist, daß selbst die laufenden Ausgaben schon zu einem guten Teil aus Krediten finanziert werden müssen, sucht Lafontaine sein Heil derzeit in einer Haltet-den-Dieb-Taktik. Nur der Bund, der nicht bereit sei, an der weiteren Entschuldung des Stahlunternehmens mitzuwirken, trage die Schuld daran, daß es mit der Sanierung nicht vorangehe und damit sogar der Konkurs von Arbed Saarstahl drohe, verkündet er lautstark.

Tatsächlich geht es bei der Entschuldung aber in erster Linie um Kosmetik, die vor allem darauf zielt, die Braut für einen eventuellen Freier oder auch nur Kooperationspartner attraktiv zu machen. Die Ertragslage der Stahlkocher würde sich damit um keinen Deut verbessern. Denn die 1,2 Milliarden Mark an Krediten, die zur Debatte stehen, sind von Bund und Land verbürgt und werden von beiden auch schon mit Zins und Tilgung bedient.

Lafontaine geht es freilich nicht nur um die Entschuldung von Arbed Saarstahl, sondern auch um die des Saarlands. Nach seinen Vorstellungen sollte der Bund auch jene halbe Milliarde Mark aus dem Bürgschaftsvolumen übernehmen, die auf das Land entfällt. Damit hätte das Saarland die Hände frei, die weitere halbe Milliarde Mark (publikumswirksam) auf die Beine zu stellen, die bei Arbed noch gebraucht wird, so die vordergründige Argumentation.

Tatsächlich steht dahinter aber auch die schlitzohrige Hoffnung, mit Bonns Hilfe politischen Handlungsraum zurückzugewinnen; die finanzielle Fähigkeit, wenigstens einen Teil der Wahlversprechen einzulösen. Denn glorreiche Einfälle wie der, über eine staatlich organisierte Beschäftigungsfirma (die so fatal an den Autobahnbau vergangener Zeiten erinnert) die Arbeitslosen der Stahlindustrie aufzufangen, werden auf Dauer niemanden beeindrucken.

So wird auch dem frischgebackenen Landeschef nichts anderes übrigbleiben, als jenen Weg der Saarstahlsanierung zu unterstützen, den er noch vor wenigen Monaten fast mit dem Untergang des Saarlands gleichgestellt hatte: die Ochsentour der Rationalisierung und des Personalabbaus. Damit ist zwar wenig öffentlicher Beifall zu gewinnen, doch wenn es nicht nur um das persönliche Prestige des Landesfürsten geht, gibt es keine sichtbare Alternative.

Genau hier aber liegt auch die Gefahr. Um nicht das Gesicht zu verlieren, so scheint es, würde der Meister der großen Sprüche auch den Konkurs von Saarstahl riskieren, jedenfalls dann, wenn er gute Chancen sähe, den Schwarzen Peter dafür anderen zuzuschieben. Letztlich ist schon das schädliche Schlagzeilen-Gerangel nichts als ein Spiel mit der Pleite. Und was schon bei der Vorgängerregierung teilweise galt, trifft jetzt verstärkt zu: Viel zu vieles dreht sich um persönliches Ansehen und emotionale Werte statt um die Sachprobleme der Saarhütten.

Auch für Politiker außerhalb des Regierungslagers scheint das Problem Arbed derzeit fast der einzige Bereich, der Möglichkeiten der Profilierung bietet. Alle Beteiligten sollten aber bedenken, daß der ganze Rummel letzten Endes nur einem schadet: dem gemeinsamen Sorgenkind Arbed Saarstahl mit seinen immer noch 13 000 Beschäftigen.

AUF EIN WORT



„Die wissenschaftliche Neugierde ist die Triebkraft neuer Erkenntnisse. Und diese lassen sich weder einfach planen noch steuern. Es geht vielmehr um ein waches Bewußtsein, das nicht nur in den Kategorien der Machbarkeit denkt und nicht nur von den Tücken des Objekts, sondern auch von dessen eigenem Wert und gegebenenfalls von dessen Würde spricht."

Prof. Dr. Franz Böckle, Direktor des Moraltheologischen Seminars und Rektor der Universität Bonn.
FOTO: HÖFT

Ifo: Bauherren warten noch ab

dpa/VWD, München

Abbröckelnde Immobilienpreise bewirken keinen Bauboom. Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, rechnet damit, daß potentielle Bauherren auf noch günstigere Preise warten, zumal kaum noch auf Wertsteigerungen gehofft wird. Wenn alle Sparmöglichkeiten genutzt würden, kosteten kleinere Häuser heute 200 000 DM nach 370 000 DM im Jahre 1982 (Herstellkosten ohne Grundstück für ein Eigenheim von etwa 145 Quadratmeter Wohnfläche). Dadurch könnten sich rund 15 000 zusätzliche Eigenheim-Bauherren zum Bau entschließen und die Baukrise mildern.

IFO-KONJUNKTURUMFRAGE

Experten schätzen Weltlage nur knapp befriedigend ein

dpa/VWD, München

Die Weltwirtschaftslage wird seit dem Frühjahr 1985 schlechter eingeschätzt. Die vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, im Juni befragten 500 Experten aus 50 Ländern stufen die wirtschaftliche Lage insgesamt als nur noch knapp befriedigend ein. Auch die Aussichten für die nächsten sechs bis zwölf Monate werden von den Experten nur noch vorsichtig optimistisch beurteilt. Dabei haben die Erwartungen am deutlichsten für die Industrieländer und weniger deutlich für die Schwellenländer nachgelassen.

Für die nächsten Monate, so die Einschätzung der Befragten, werden die Einfuhren in den Industrie- und Schwellenländern stärker zunehmen als die Ausfuhren. Nur in den Entwicklungsländern sei mit einer spürbaren Exportsteigerung zu rechnen.

Entgegen ihren Erwartungen zu Jahresbeginn rechnen die Experten jetzt vor allem in den Industrieländern mit Zinssenkungen. Die Preise werden in geringerem Umfang weiter steigen. Hauptprobleme in den Industrieländern seien nach wie vor Arbeitslosigkeit, Staatsdefizite und fehlende Wettbewerbsfähigkeit. Die Wettbewerbsfähigkeit werde vor allem von Frankreich, Großbritannien, Norwegen, den USA und Australien beklagt. Für die Schwellenländer stehen Auslandsschulden, Staatsdefizite und Inflation im Vordergrund.

Ausländische Investoren treffen im Durchschnitt der erfaßten Länder auf ein weiterhin günstiges Klima, das sich gegenüber der Frühjahrsbefragung jedoch in allen drei Regionen leicht abgeschwächt hat, schreibt Ifo weiter.

VEREINIGTE STAATEN

Senator Dole droht jetzt wieder mit Handelsschranken

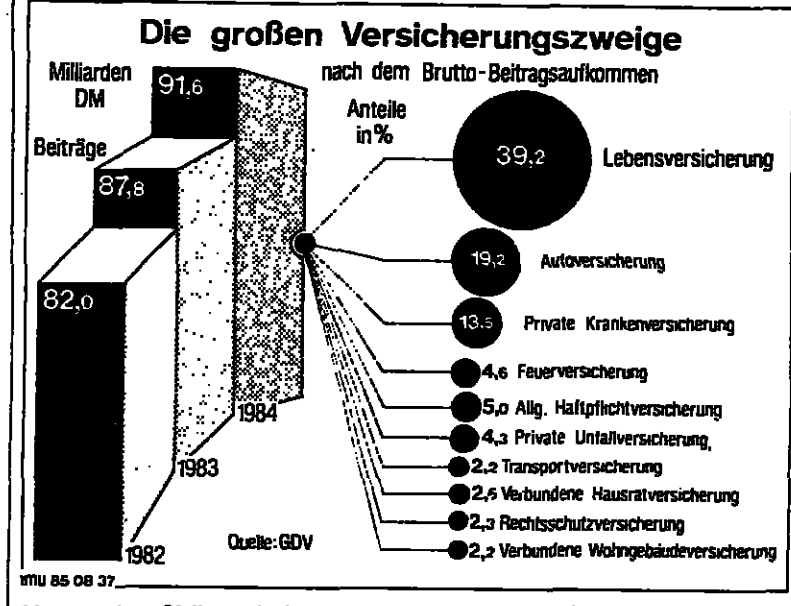
H.-A. SIEBERT, Washington

Nach Besuchen in Japan, Südkorea und Taiwan hat der republikanische Mehrheitsführer im Senat, Robert Dole, von Hongkong aus Beschränkungen amerikanischer Importe angekündigt. Zwischen dem 15. September und dem 15. Oktober werde der Kongreß Schutzmaßnahmen in irgendeiner Form beschließen, falls die Reagan-Administration bis dahin keine akzeptable Handelspolitik vorlege, erklärte er im Fernsehen. „Wir haben keine Zeit mehr", fuhr der einflußreiche Senator fort.

Dole, der sich für die nächste Präsidentschaftswahl als Kandidat bewerben will, rechnet damit, daß das gigantische Ungleichgewicht im amerikanischen Außenhandel schon bei den Zwischenwahlen im November 1986 eine dominierende Rolle spielen wird. Für den Kongreß sei es deshalb zwingend, vor allem in den asiatischen Überschußländern mit allen Mitteln die Öffnung der Märkte für US-Erzeugnisse durchzusetzen. „Für uns sind es keine protektionistischen Gesetze; für uns sind es Fairneß-Gesetze", sagte Dole. Im Handel mit Japan, Taiwan und Südkorea erreichen die amerikanischen Defizite in diesem Jahr vermutlich 50, elf und fünf Mrd. Dollar.

Wie berichtet, liegen dem Kapitol nahezu 400 Gesetzentwürfe vor; davon zielen drei auf allgemeine Importsteuern bis zu 25 Prozent des Warenwertes. Präsident Reagan möchte den „Falken" durch ausgewogenere handelspolitische Initiativen zuvorkommen. An ihnen wird zur Zeit gearbeitet. Was sich abzeichnet, ist die Festschreibung der Reziprozität bei Schlüsselprodukten. Das heißt, die USA lassen nur noch Waren herein, deren Gleichbehandlung durch das Ausland garantiert ist.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Nur wenige Risiken sind nicht versicherbar. Je höher das Risiko desto höher die Prämie. Der höchste Beitragsanteil resultiert aus Lebensversicherungsverträgen. An zweiter Stelle steht die Autoversicherung; die Krankenversicherung folgt. Die abgebildeten zehn größten Versicherungszweige (nach dem Beitragsaufkommen) umfassen insgesamt 95 Prozent des gesamten Beitragsaufkommens. QUELLE: IMU

Deutsche Steuerlast liegt im Durchschnitt

Paris (dpa/VWD) – Die Steuerlast in der Bundesrepublik war 1984 gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zwar erheblich niedriger als in Skandinavien, aber deutlich höher als in den USA oder Japan. Nach einer Übersicht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris entsprach das Steueraufkommen in der Bundesrepublik mit rund 37 Prozent des BIP (Gesamtheit der im Inland erbrachten Waren und Dienstleistungen) in etwa dem Durchschnitt der 24 Vollmitglieder der OECD. In Schweden machten die direkten und indirekten Abgaben an den Fiskus 1984 über 50 Prozent des BIP aus, in Dänemark rund 47, in Norwegen gut 46 Prozent. In Japan und den USA lag die Steuerlast 1983 (neuere Angaben lagen noch nicht vor) bei rund 28 beziehungsweise 29 Prozent des BIP.

Neues Airbus-Büro

Mexiko-Stadt (dpa) – Ein Regionalbüro des europäischen Flugzeugherstellers Airbus Industrie in Mittelamerika hat seine Arbeit in Mexiko aufgenommen. Der Vertreter von Airbus in Mexiko, Mittelamerika und der Karibik, Jean Delclaux, sagte, das europäische Unternehmen wolle von Mexiko aus den lateinamerikanischen Markt stärker betreuen. Bislang war die Airbus Industrie nur in Brasilien vertreten.

Boom bei Charterflügen

Hamburg (dpa/VWD) – Einen boomartigen Anstieg im Charterflugverkehr meldet der Hamburger Flughafen Fuhlsbüttel für die ersten sieben Monate 1985. Es wurden von Januar bis Juli 17 Prozent mehr Flugbewegungen und ein um elf Prozent höheres Fluggastaufkommen im Charterbereich registriert als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Fangunion verbindet

Bremen/Hannover (dpa/VWD) – Niedersachsen und Bremen wollen in Sachen Fangunion gemeinsam gegenüber der Bundesregierung auftreten. Dies wurde bei einem Gespräch zwischen Bremens Wirtschaftssenator Werner Lens (SPD) und der Staatssekretärin im niedersächsischen Landwirtschaftsministerium, Hedda Meseke, deutlich. Von beiden Seiten sei der Wille bekundet worden, im Interesse der Arbeitsplätze sowohl in Cuxhaven als auch in Bremerhaven und mit Blick auf die Bonner Finanzmittel eine gemeinsame Haltung zu finden, sagte ein Sprecher des Bremer Wirtschaftssenators. Das Bundeskabinett will am 17. September über mögliche Hilfen entscheiden.

Weniger tödliche Unfälle

Essen (dpa/VWD) – In der Hüttenindustrie ist die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle 1984 auf 24 gesunken. Nach Angaben der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft waren es im Vorjahr noch 44. Davon haben sich elf im Betrieb, fünf auf dem Arbeitsweg und acht im Zusammenhang mit einer Berufskrankheit ereignet. Die Zahl der meldepflichtigen Unfälle nahm um 1,6 Prozent auf 13 138 zu. Fünf Prozent mehr Stahlkocher mußten wegen einer Berufskrankheit behandelt werden.

Weintrinker zurückhaltend

München (dpa/VWD) – Die deutschen Weintrinker werden sich in Zukunft zurückhalten, weil auch im deutschen Wein Diäthylenglykol gefunden wird. Das ist laut Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, aber kein Grund zur Freude bei den Bierbrauern. Denn generell habe sich die Stimmung kontra Alkoholgenuß verstärkt. 1984 wurde zum erstenmal seit Jahren weniger Geld für Getränke ausgegeben. Nach vorläufigen Zahlen des Ifo sanken die Ausgaben um ein Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 67,8 Mrd. DM. Jeder Bundesbürger kaufte durchschnittlich 643 Liter Getränke.

Londoner Kassapreise

	23.8.85	16.8.85
Kupfer(£/t)	996,25	1020,5
Blei(£/t)	295	289
Zink(£/t)	509,5	524,5
Zinn(£/t)	9089	9089
Gold($/Unze)	333,25	337,25
Silber(p/Unze)	443	453,05
Kakao[1](£/t)	1739,5	1706,5
Kaffee[2](£/t)	1684,5	1688
Zucker(£/t)	115	117
Kautschuk(p/kg)	61	62,25
Wolle(p/kg)	425	428
Baumwolle[3](cts/lb)	56,30	56,25

[1]) Abladung Dezember; [2]) Abladung November;
[3]) A-Index-Preis Liverpool

AGRARPOLITIK

Sozialausgaben steigen in den nächsten Jahren kräftig

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Ausgaben des Bundes für die landwirtschaftliche Sozialpolitik steigen in den nächsten Jahren kräftig, und zwar von 3,75 Milliarden Mark 1985 auf 4,37 Milliarden Mark 1989. Damit machen nach dem Finanzplan der Bundesregierung die Ausgaben für die landwirtschaftliche Sozialpolitik mehr als die Hälfte der Agrarausgaben des Bundes aus. Die landwirtschaftliche Sozialversicherung sei auf erhebliche Bundeszuschüsse angewiesen, weil die Zahl der Beitragszahler im Verhältnis zu den Leistungsempfängern abgenommen hat.

Gut vier Fünftel der Zuschüsse entfallen nach dem Bericht auf die Altershilfe und die Krankenversicherung der Landwirte. Künftig betrage der Bundeszuschuß zur Altershilfe 79 (bisher 75) Prozent der Aufwendungen. Dafür seien 1986 rund 2,2 Milliarden Mark erforderlich. Für alle Betriebe sei ein einheitlicher Monatsbeitrag festgesetzt worden, kleine und mittlere Betriebe würden entsprechend ihrer Einkommenssituation einen Zuschuß erhalten. Bei der Krankenversicherung entspreche der Bundeszuschuß zur Zeit rund 90 Prozent der Leistungsausgaben. Dies mache 1986 rund 1,1 Milliarden Mark aus. Bereits in diesem Jahr sei der Zuschuß zur Unfallversicherung von 279 auf 400 Milliarden Mark angehoben worden. Die Ausgaben für die Landabgaberente würden 1986 mit 271 Millionen Mark zu Buche schlagen.

Für die übrige Agrarpolitik weist der Finanzplan bis 1989 Mittel von jährlich 2,7 Milliarden Mark aus. Davon entfallen 1,3 Milliarden auf die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur" und 635 Millionen auf die Gasölverbilligung.

FRANKFURTER MESSE / Gute Geschäfte – Steigendes Auslandsinteresse

An der Preisfront herrscht Ruhe

INGE ADHAM, Frankfurt

Sie hat ohne Zweifel gefehlt: die „Klatschmütze", die Hände hat, die sich mit einer unsichtbaren Nylonschnur bewegen lassen. In Bundesligafarben können die Fußballfans damit ihrer allwöchentlichen Begeisterung Ausdruck geben, für Länderspiele bietet sich die schwarz-rot-goldene Variante an. Wer's gediegener mag: Donald Duck und Mickymaus sind jetzt auch in Bleikristall zu haben. Auch dies sind Angebote auf der Frankfurter Herbstmesse (24. bis 28. August), die ihre Liebhaber finden. Kunst und Kitsch, Edles und Banales liegen dicht nebeneinander auf der „größten Konsumgüterschau der Welt", die wieder mehr als 70 000 internationale Einkäufer nach Frankfurt locken wird und auf der es für die gut 3500 Aussteller um Handfestes geht, um die Aufträge für die nächsten Monate.

Preise sind auf dieser Messe kein Thema, an der Preisfront herrscht überwiegend Ruhe. Befriedigende Messegeschäfte kündigten sich an den beiden ersten Tagen übrigens schon für die Aussteller aus Kunsthandwerk und Kunstgewerbe an, die oft ihr gesamtes Auftragspotential bei meist fester Kundschaft auf den beiden Konsumgütermessen in Frankfurt hereinholen und sich in Teilbereichen zum Trendsetter für andere Anbieter mausern.

Mit dem Trend ist es aber so eine Sache. Das Angebot für die Zielgruppen Jugend und für die Älteren fällt zunehmend auseinander. Eine „Geschmackswelle", wie sie in früheren Jahren mit Teak oder Mahagoni rollte, ist nicht auszumachen. Kein Wunder, daß die Anbieter rund um den „gedeckten Tisch" (Porzellan, Glas, Bestecke etc.) und „Schöner Wohnen" Unsicherheit bei den Einkäufern ausmachen. Aber: Geld und der Wille zum Einkauf sind da, konstatieren besonders die Anbieter hochwertiger Ware. „Exklusives" sei gesucht.

Auffallend ist nach Bekunden von Messegesellschaft und Ausstellern auch in diesem Herbst in Frankfurt ein weiter steigendes Interesse des Auslands, das gelte sowohl für Einkäufer aus den EG-Staaten als auch für jene aus Japan, den USA und dem arabischen Raum. Amerikaner und Saudis zeigten sich übrigens besonders von hochwertigem Kristall angetan, war zu hören. Gut laufen bisher nach Ausstellerbekunden auch die vielen tausend Kleinigkeiten, die als typische Geschenkartikel Füller im Weihnachtsgeschäft sind.

In der Nachbarstadt Offenbach, wo parallel rund 450 Aussteller die neueste Lederwaren- und Taschenmode zeigen, scheinen die bescheidenen Hoffnungen der bisher auf der Schattenseite der Konjunktur liegenden Branche aufzugehen.

SAUDI ARABIEN / Sparmaßnahmen greifen nicht

Schlechte Leistungsbilanz

AFP, London

Saudi-Arabiens Erdöleinnahmen schrumpfen ganz erheblich. Konsequenz wird in diesem Jahr ein Rekorddefizit der Leistungsbilanz in Höhe von 20 Mrd. Dollar sein. Hinter den Vereinigten Staaten wäre es das höchste Defizit eines Landes in der Welt. Dies wird in einer jetzt veröffentlichten Studie der britischen Großbank „National Westminster Bank" (Natwest) versichert.

Riad hatte 1983 ein Defizit von 18,4 Mrd. und 1984 von 12,5 Mrd. Dollar ausgewiesen; nach einem Rekordüberschuß von 40 Mrd. Dollar in 1980. Die Natwest unterstreicht, daß sich die Entwicklung trotz der strikten Sparmaßnahmen der Regierung verschlechtert. Sie erwartet, daß die saudischen Guthaben im Ausland zur Defizitdeckung herangezogen werden. Diese hatten 1981/82 den Rekordstand von 150 Mrd. Dollar erreicht, gingen nach offiziellen Angaben aber auf 126 Mrd. Dollar zurück. Die britische Großbank schätzt den Bestand jetzt auf 100 Mrd. Dollar.

Die Währungsreserven des Landes (Gold und Devisen) schwächten in den letzten Jahren nur geringfügig ab. Sie betrugen Ende Mai nach offiziellen Angaben 27,9 Mrd. Dollar, was einer Einfuhrdeckung von 9,2 Monaten entspricht. Die Reserven liegen damit wesentlich höher als in den meisten Ländern der Welt, in denen sie nur die Importe von 4,3 Monaten decken. Die Natwest bezweifelt, daß Riad weitere Defizite dieser Größenordnung zulassen wird und erwartet stärkere Importbeschränkungen. Das Wirtschaftswachstum des Landes dürfte mittelfristig gering bleiben, wird andererseits angegeben. Die für 1985 vorgesehene Reduzierung der Anzahl der ausländischen Gastarbeiter um 600 000 und die verminderte Hilfe für andere arabische Länder wird sich für Riad beim Abbau der Defizite günstig auswirken.

Die notwendige Reduzierung der Guthaben im Ausland zur Defizitdeckung wird zu weiteren starken Einnahmerückgängen führen. Nachjährlich zwölf Mrd. Anfang der achtziger Jahre betrugen sie gegenwärtig nur noch rund acht Mrd. Dollar. Nur eine sehr deutliche Verbesserung der Rohölnachfrage und der Erdölpreise wären in der Lage, das Wirtschaftswachstum wieder anzukurbeln und die Budget- und Zahlungsbilanzzwänge zu mildern. Gegenwärtig sei eine solche Entwicklung jedoch nicht zu erwarten.

Saudi-Arabien wird 1985 trotz der Sparmaßnahmen auch erneut ein Defizit des Staatshaushalts verzeichnen. Vorgesehen war ein ausgeglichenes Budget. Voraussetzung für die Steigerung der Einnahmen wäre eine durchschnittliche tägliche Erdölproduktion von 3,85 Mill. Barrel (156 Liter pro Barrel). Die Förderung betrug seit Jahresbeginn jedoch nur rund 3 Mill. Barrell. Sie fiel im Juni und Juli mit 2,2 Mill. Barrel auf den tiefsten Stand seit 1969. Die Erdöleinnahmen werden somit 30 Mrd. Dollar nicht übersteigen – gegenüber 43 Mrd. Dollar 1984 und über 110 Mrd. Dollar 1981.

Die Natwest erwartet einen Rückgang des Bruttosozialprodukts und eine bedeutende Beschleunigung der Inflation als Folge der starken Reduzierung der Regierungssubventionen für gewisse Lebensmittel, Strom, Erdölprodukte und Wasser.

GRIECHENLAND / Frostiges Verhältnis zwischen den Reedereien und den Sozialisten

Dauerkrise in der Handelsschiffahrt

E. ANTONAROS, Athen

Die griechische Handelsschiffahrt, *traditionell neben dem Fremdenverkehr* der wichtigste Devisenbringer für Griechenlands chronisch defizitäre Leistungsbilanz, befindet sich in einer derart schlimmen Dauerkrise, daß Athens sozialistische Regierung nach langem Zögern nunmehr erstmals bereit zu sein scheint, Maßnahmen zur Stützung des nach Hilfe rufenden Sektors zu ergreifen. Hierzu zählt unter anderem die Abschaffung von gesetzlichen Regelungen, die nach Ansicht von Schiffahrtskreisen die Krise im Laufe der letzten Jahre zusätzlich verschärft haben sollen.

Athen will handeln, weil die Entwicklung der Devisenzahlen im Schiffahrtsbereich äußerst besorgniserregend ist: *Hatten die* Devisenüberweisungen im Spitzenjahr 1980 2,4 Milliarden Dollar betragen, so gingen sie 1984 auf 1,2 Milliarden zurück. Die bisherigen Zahlen für 1985 lassen erkennen, daß im laufenden Jahr mit Einnahmen von weniger als einer Milliarde gerechnet werden muß. Dadurch wird sich das Loch in der Leistungsbilanz vergrößern.

Gesetze gegen Reeder

Diese Probleme sind nur zu einem Teil auf die internationale Schiffahrtskrise zurückzuführen. Zusätzlich verschlimmert wurde die Krise vor allem durch das regelrecht reederfeindliche Verhalten der sozialistischen Regierung Papandreous, die durch eine Reihe von Gesetzen die Schiffsbesitzer verärgerte.

Am schärfsten wurde ein Gesetz kritisiert, wonach die Besatzungen aller Schiffe mit griechischer Flagge „rotiert" werden müssen. Dadurch sollte die inzwischen hohe Arbeitslosigkeit unter den Seeleuten bekämpft werden. Diese arbeitnehmerfreundliche Regelung verursachte allerdings zusätzliche Kosten für die Reederwelt, *die daraufhin mit einem Massenexodus* aus der griechischen Flagge reagierte. Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte von 1984 gaben im Schnitt drei Schiffe aller Größenordnungen täglich die griechische Flagge ab und tauschten sie gegen Gelegenheitsflaggen ein.

Inzwischen hat sich dieser Rhythmus verlangsamt. Aber bereits im ersten Quartal von 1985 verließen nach amtlichen Angaben 91 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 1,6 Millionen BRT das griechische Schiffsregister. Ebenfalls beschweren sich die Reeder über die großzügige Art, mit der Athens Wirtschaftsplaner den Gewerkschaften der Seeleute Gehaltserhöhungen einräumen. „Unsere Betriebsausgaben stehen in keinem Verhältnis mehr zu unseren Einnahmen", meinte ein Sprecher des Reederverbandes.

Die ohnehin frostigen Beziehungen zwischen den Sozialisten und der Reederwelt wurden nach Papandreous Wahlsieg im Juni zusätzlich belastet, als der Regierungschef die Abschaffung des Ministeriums für Handelsschiffahrt und die Übertragung dieses Bereichs auf das Wirtschaftsministerium ankündigte. Daraufhin blies der bisher vorsichtig-zurückhaltende Reederverband zum Generalangriff gegen die Regierung: „Wenn das Ministerium abgeschafft wird, müssen wir uns alles neu überlegen, viele von uns würden das griechische Register verlassen", drohte der Präsident des Reederverbandes, Stathis Gourdomichalis.

Gourdomichalis wies vor allem auf die Gefahr hin, daß aufgrund „dieser Herabstufung der für uns zuständigen Behörde" zahlreiche internationale Banken zögern würden, die benötigten Kredite zu liefern. Obwohl die griechischen Reeder mit drei Milliarden Dollar bei den Banken hochverschuldet sind, brauchen sie immer neue Kredite, um ihre Schiffe durch die anhaltende Krise zu manövrieren.

Bereitschaft zum Dialog

Die unmißverständliche Warnung der Reederwelt zeigte Wirkung: Papandreou nahm sein Vorhaben zurück und ernannte daraufhin einen neuen Schiffahrtsminister, um dadurch seine Bereitschaft zur Dialogaufnahme mit der Reederwelt zu demonstrieren. Gleichzeitig erschienen in der Athener Presse bisher von Regierungsseite undementiert gebliebene Berichte, wonach die Regierung eine Verlängerung des im Oktober ablaufenden Gesetzes über die „Rotation" der Schiffsbesatzungen nicht mehr erwägen soll. Fraglich bleibt allerdings, wie die kommunistisch kontrollierten Gewerkschaften der Arbeitnehmer reagieren werden. Bereits jetzt haben sie mit einem Streik gedroht. Die Haltung der Regierung Papandreou in diesem Streitfall wird ein Test für die Glaubwürdigkeit der in letzter Zeit um das Vertrauen der Arbeitgeber und Investoren bemühten Sozialisten sein. (SAD)

CREDIT LYONNAIS / Der Staat fordert Geld zurück

Einigung ist nicht in Sicht

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der französischen Regierung ist jedes Mittel recht, um den Staatshaushalt zu entlasten. Nachdem sie bereits im letzten Jahr Staatskredite über 1,8 Mrd. Franc von der Gaz de France und über 1,5 Mrd. Franc von der ebenfalls staatlichen Pariser Flughafengesellschaft *vorzeitig zurückgefordert* hatte, ist jetzt der Credit Lyonnais, die zweitgrößte der drei verstaatlichten Großbanken, an der Reihe. Ihr Präsident Jean Deflassieux hat sich bisher aber geweigert, der Rückzahlungsforderung von Wirtschafts- und Finanzminister Beregevoy voll nachzukommen.

Zwar geht es diesmal nur um einen Betrag von 500 Mill. Franc, den sich der mit der Commerzbank assoziierte Credit Lyonnais ohne weiteres anderweitig beschaffen könnte. Aber im Unterschied zu den beiden anderen Krediten, die vom staatlichen Entwicklungs- und Ausrüstungsfonds (FDES) zu normalen Vorzugsbedingungen *bereitgestellt worden* waren, handelt es sich diesmal um ein sogenanntes Beteiligungsdarlehen des Schatzamtes, das von der früheren Regierung 1980 für 15 Jahre bei sechs Freijahren zur Verfügung gestellt wurde und den Eigenmitteln der Bank gleichgestellt ist.

Vor allem aber räumte Präsident Giscards Wirtschafts- und Finanzminister René Monory der schon damals verstaatlichten Bank außerordentlich günstige Zinskonditionen ein. Im *Rahmen* der für solche Beteiligungsdarlehen vorgesehenen Indexierung mit der Durchschnittsdividende der von inzwischen fast vollständig verstaatlichten Banken (im Verhältnis zu deren Eigenmitteln) kam man zuletzt auf einen Zinssatz von rund fünf Prozent. So niedrig wird kein anderes staatliches Beteiligungsdarlehen in Frankreich verzinst.

Der Grund für die vorzugsbehandlung soll darin bestanden haben, daß der Credit Lyonnais 1980 stärker als alle anderen Banken von Streiks betroffen war. Die beiden wichtigsten Konkurrenten, nämlich die BNP und die Societé Generale, fühlten sich aber schon damals diskriminiert. Inzwischen machen sie geltend, daß sich die Konkurrenzverhältnisse auf Grund der Anfang dieses Jahres vorgenommenen Beseitigung der Kreditkontingente verschärft hat.

Demgegenüber weist der Credit Lyonnais darauf hin, daß er mit Eigenmitteln besonders schwach ausgestattet ist. Andererseits kann er seinem *Eigentümer* Staat gegenüber nicht glatt nein sagen. Wie weit er dazu rechtlich in der Lage wäre, ist schwer zu beurteilen, da die näheren Anleihebedingungen, insbesondere die einer eventuellen vorzeitigen Rückzahlung, nicht bekannt sind.

Immerhin aber verhandelt man darüber bereits seit einigen Wochen ohne bisher erkennbares Zwischenergebnis. Zur Diskussion steht eine sich über mehrere Jahre erstreckende vorzeitige Tilgung und eine Aktualisierung der Verzinsung.

Rentenmarkt / Weiterer Zinsrückgang erwartet

Die Renditen bröckeln ab

Im Emissionsgeschäft der Banken hat die Rendite zehnjähriger Pfandbriefe mit 6,84 Prozent erstmals seit Ende 1978 die Marke von sieben Prozent unterschritten, und auch die Renditen fünfjähriger Titel sind mit 6,20 Prozent auf den damaligen Stand gerutscht, von dem aus sie bis 1981 auf knapp elf bzw. fast zwölf Prozent geklettert waren. Durch den Zinsrückgang können Hypothekenbanken Baufinanzierungen mit 100prozentiger Auszahlung bei zehnjähriger Zinsfestschreibung jetzt etwas unter 7,5 Prozent anbieten, bei fünfjähriger Bindung etwas unter sieben Prozent. Experten hoffen weiter auf einen Zinsrückgang. (cd.)

Emissionen	23.8. 85	16.8. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,88	6,01	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,13	6,29	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,90	6,05	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	6,53	6,67	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,94	6,10	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,56	5,75	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,62	6,74	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	5,74	6,10	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	6,74	6,86	7,20	8,08	8,45

Icahn hält jetzt TWA-Mehrheit

dpa/VWD, New York

Der Finanzier Carl C. Icahn und seine Investorengruppe haben ihre Beteiligung bei der US-Fluggesellschaft Trans World Airlines (TWA) auf 50,3 Prozent erhöht und sich damit die Kontrolle über Amerikas viertgrößte Fluggesellschaft gesichert. Die letzte Hürde wurde beseitigt, nachdem Icahns Rivale Frank Lorenzo, der Verwaltungsratsvorsitzende der Texas Air Corporation, sein Fusionsangebot mit Texas Air am Freitag zurückzog. In dem Übernahmekampf spielten die Gewerkschaften eine große Rolle. Icahn schloß mit dem Pilotenverband und der Flugschlossergewerkschaft Abkommen, die TWA *Lohnzugeständnisse* zusichern. Damit überzeugte er den TWA-Verwaltungsrat.

USA / Immer mehr Unternehmen kaufen ihre eigenen Aktien zurück

Levi Strauss scheut die Öffentlichkeit

dpa/VWD, New York

Die Übernahme von Unternehmen oder *Unternehmensanteilen auf* Pump scheint in den USA immer populärer zu werden. Das jüngste Beispiel dieser Taktik ist der kalifornische Jeans-Hersteller Levi Strauss and Company. Das Unternemen ist plötzlich publikumsscheu geworden und will sich – wie in den Gründerjahren – wieder in ein Familienunternehmen verwandeln. Auch der Kosmetik-Hersteller Mary Kay Cosmetics sucht nach Wegen, seine Aktien zurückzukaufen.

Beide Firmen würden sich damit einer wachsenden Zahl amerikanischer Publikumsgesellschaften anschließen, die auf dem Weg des „leveraged buyout", kurz LBO, aus dem Rampenlicht der Börse verschwinden. Im vergangenen Jahr haben dies 60 Unternehmen getan – ein Rekord – und auch im ersten Halbjahr 1985 ging es in hohem Tempo weiter. Bei einem typischen LBO kaufen die Spitzenmanager einer Publikumsgesellschaft die ausstehenden Aktien zurück. Dies geschieht gegen Aufnahme von Fremdmitteln, für die sie das Aktivvermögen der Gesellschaft als Sicherheit stellen.

Im Fall Levi Strauss muß die Käufergruppe 1,45 Mrd. Dollar (rund vier Mrd DM) hinblättern und darüber hinaus fünf Jahre lang etwa 150 Mill. Dollar Zinsen zahlen. Die Zinsen allein würden ungefähr 40 Prozent des Betriebsgewinns ausmachen. Warum belasten die Manager ein Unternehmen mit derart hohen Schulden, nur um sich in ein privat kontrolliertes *Unternehmen umzuwandeln?*

Dafür gibt es nach Auskunft von LBO-Spezialisten mehrere Gründe. Oft werden Zeitaufwand und Kosten, *die durch lästige Aktionäre und Wert*schriftenanalysten verursacht werden, als Beweggrund genannt.

Bei Levi Strauss dürfte bei der Ent*scheidung des Präsidenten Robert D.* Haas ein anderer Grund eine Rolle gespielt haben. Wegen der Flaute auf dem Jeans-Markt mußte die Firma im letzten Jahr 23 Fabriken schließen und 6 500 seiner 44 000 Mitarbeiter entlassen. Wenn Levi Strauss keine Publikumsgesellschaft wäre, sagte ein Wertpapieranalyst, wäre es möglicherweise nicht notwendig gewesen, so viele Leute auf die Straße zu setzen um die Aktionäre zufriedenzustellen.

Für andere Experten müssen LBOs rein wirtschaftlich verstanden wer*den. Denn die Transaktion* wird, wie beim Häuser- oder Wohnungskauf, gewöhnlich mit wenig Eigenmitteln aber viel Kredit abgewickelt. Bei einem gesunden Unternehmen ist dem neuen Eigentümer ein kräftiger Gewinn nahezu sicher. Und in vielen Fällen wird der Kredit durch Verkäufe von Firmenteilen schnell getilgt. So wollte der Kabelfernsehunternehmer Ted Turner den Medienkonzern CBS Inc. zum größten Teil auf Pump übernehmen. Die Schulden hätte er *dann mit dem Erlös aus* dem Verkauf von CBS-Tochtergesellschaften zurückgezahlt. Turners Plan scheiterte allerdings.

Wochenschlußkurse

New York

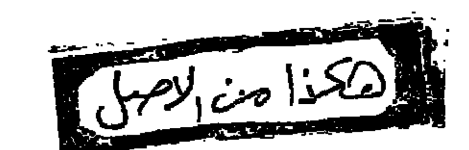
	23.8.	16.8.
Adv. Micro Dev.	27,5	28,25
Aetna Life	45	46
Alcan Aluminium	27,375	26,875
Alcoa	34,625	35,125
Allied Chemical	42	41,625
AMR Corp.	47,75	47,375
Amax	14,5	15,625
Am. Cyanamid	55,25	54,75
Am. Express	41,5	42,25
Am. Motors	3,125	3
Am. Tel. & Telegr.	21,5	20,625
Amoco Corp.	66,25	65,5
Asarco	22,75	21,875
Atlantic Richfield	59,875	58,625
Avon Products	21,875	21,375
Bally	17,875	16,875
Bk. of America	15,125	15,625
Bethlehem Steel	17,75	17,625
Black & Decker	18,625	18,5
Boeing	46,375	47
Brunswick	36	36,5
Burroughs	63,75	61,625
Caterpillar	36,125	35,625
Celanese	119,25	116,25
Chase Manhattan	56	55,625
Chrysler	36,125	35,75
Citicorp	44,75	46,25
City Investing	27,375	27,375
Clorox	39,125	38,875
Coca-Cola	71,25	71,75
Colgate	26,625	26,625
Commodore	10	9,875
Comwth. Edison	30,875	29,875
Comm. Satellite	34,375	32,25
Control Data	23,875	21,625
CPC Int.	43	42,75
Curtiss Wright	57,125	36,25
Deere	28,125	29
Delta Airlines	47,625	48,25
Digital Equipm.	99,75	99,75
Dow Chemical	35,75	35,125
Du Pont	57,25	57
Eastern Gas-Fuel	22,875	23,125
Eastman Kodak	44,125	44
Exxon	50,875	50,75
Firestone	18,5	19,625
Fluor	16,5	16
Ford	43,625	43
Foster Wheeler	13,375	13,375
Fruehauf	24,125	25,125
GAF Corp.	32,375	32,25
General Dynamics	78,5	78,75
General Electric	60,125	60,25
General Foods	77,125	76,25
General Motors	66,875	65,875
Gen. T. & E.	39,25	39
Goodrich	32,25	31,125
Goodyear Tire	28	28,375
Grace	43	43,75
Halliburton	29,25	28
Heinz	55	55
Hewlett Packard	35,75	35,625
Homestake	27,5	27
Honeywell	62,75	63,125
IBM	126,75	125,5
Int. Tel. & Tel.	32,25	31,875
Int. Harvester	8,875	9
Int. Paper	48,125	49,25
Int. North. Inc.	41,625	42
Jim Walter	35,125	34,75
Litton Industries	78,875	79,5
Lockheed Corp.	52,5	51,75
Loew's Corp.	49,75	50,25
Lone Star	26,375	26,625
Louisiana Land	31,5	32,5
LTV Corp.	8,5	8,5
Mc Dermott	24,625	25
Mc Donnel Doug.	80	79,125
Merck & Co.	117	114,75
Merrill Lynch	31,5	30,625
Mesa Petroleum	15,625	15,375
MGM (Film)	25,25	26
Minnesota M.	76,25	74,875
Mobil Oil	29,375	28,875
Monsanto	51,875	50,5
Morgan J.P.	48,375	48,625
Nat. Semiconductor	12,75	13,375
National Steel	27,875	28,5
NCR	33	32
Newmont	45,125	46
PanAm World	8,5	7,875
Pfizer	47,75	48
Phibro	39,125	40,125
Philip Morris	81,875	81,125
Philips Petroleum	12,125	12
Pittston	11,75	11,75
Polaroid	31,375	31,125
Prime Computer	17,5	17,875
Procter & Gamble	57,75	58
RCA	42,875	43,375
Revlon	46,25	44,375
Reynolds Ind.	36,5	36,625
Rockwell Int.	40,75	40,125
Rorer Group	37	33,5
Schlumberger	36,5	36,625
Sears Roebuck	33,25	35,25
Singer	35,375	35,375
Sperry Corp.	49,25	48,375
Stand. Oil Calif.	36,75	36,875
Storage Techn.	2,25	2,375
Tandy	33,5	32,875
Teledyne	247,5	247,75
Telex Corp.	40,875	39,875
Tesoro	9,625	9,75
Texaco	35,75	35,25
Texas Instrum.	94	98,25
Tosco	3,25	3,75
Trans World Corp.	38,875	39
Transamerica	28,125	28,625
Travellers	43,125	43,875
UAL	54,125	55,625
Ucal Corp.	15,375	14,5
Union Carbide	54,125	52,375
Union Oil of Calif.	28,875	28,375
US Gypsum	39,5	39,125
US Steel	30,625	28,875
United Technologies	40,125	41
Walt Disney	88,5	88
Warner Comm.	29,875	29,125
Westinghouse El.	33,875	33,625
Weyerhaeuser	28,375	27
Whittaker	24,375	24,5
Woolworth	48	47,125
Xerox	50,425	52,5
Zenith Radio	18,875	18,75
Dow Jones Index	1318,32	1312,72
Stand. & Poors	187,17	186,12

Toronto

	23.8.	16.8.
Abitibi-Price	20,75	20,75
Alcan Alu.	37,25	36,25
Bk. of Montreal	29,375	29,75
Bk. of Nova Scotia	13,5	13,75
Bell Cda Enterprises	41,625	42,375
Bluesky Oil	3,55	3,65
Bow Valley Ind.	15,875	15,375
Brenda Mines	10,5	10
Brunswick M & Sm.	15,625	15,5
Cdn. Imperial Bk.	34,75	36,125
Cdn. Pacif. Enterpr.	25,625	26,125
Cdn. Pacific Ltd.	18	18,375
Cominco	13,125	13,25
Conwest Res.	3,15	3,25
Denison Mines	13,75	14,125
Dome Petroleum	2,76	2,75
Dofasco	20,375	20,75
Falconbridge Ltd.	19,75	20,75
Great Lakes Forest	21,5	21
Gulf Canada	20	19,75
Gulfstream Res.	1,14	1,15
Hiram Walker Res.	32,75	–
Hudson Bay Mng. Sp.	7,25	7,375
Husky Oil	9,875	9,625
Imperial Oil -A-	52	51,375
Inco	19	19
Inter City Gas Ltd.	16,875	17
Interprov. Pipeline	42	42,25
Kerr Addison	15,75	16
Lac Minerals	35,375	34,875
Massey Ferguson	3,6	3,15
Moore Corp.	25,125	26
Noranda Mines	17,125	17,625
Norcen Energy Res.	15,625	15,625
Northgate Expl.	5,5	6
Northern Telecom.	50,125	49,875
Nova An Alberta 'A'	6,25	6,25
Nu West Group	0,41	0,42
Oakwood Petrol	–	7,75
Placer Development	25,125	25,625
Provigo Inc.	24,25	25
Ranger Oil	5,25	5,25
Revenue Properties	2,25	2,1
Rio Algom	23,25	24,25
Royal Bk. of Can.	30,625	31
Seagram	52,125	53,75
Shell Canada	24,75	26,5
Sherritt Gordon	8	8,375
Stelco -A-	21	21,5
TransCdn. PipeLines	25,25	25,625
Westcoast Transm.	16,875	17,875
Index: TSE 300	2770,40	2791,50

Tokio

	24.8.	16.8.
Alps.	1270	1350
Bank of Tokyo	795	793
Banyu Pharma	720	708
Bridgestone Tire	540	525
Canon	957	958
Daikin Kogyo	643	630
Daiwa House	821	848
Daiwa Sec.	915	930
Eisai	1430	1400
Fuji Bank	1600	1570
Fuji Photo	1940	2020
Fuji Radio	1720	1700
Hitachi	675	706
Honda	1390	1430
Ikegai Iron	345	344
Isetan	669	674
Ito Yokado	2780	2800
Japan Air	5970	6210
Japan Met.	349	351
Japan Syn. Rubber	370	337
Kajima	461	474
Kansai Elec.P.	1870	1870
Kao Soap	851	850
Kawasaki H	220	194
Kawasaki S	155	154
Kirin Brewery	714	700
Komatsu	553	535
Kubota Iron	375	340
Kyocera	3660	3770
Makita El.	989	968
Marui	1410	1440
Matsushita El. Ind.	1260	1320
Matsushita El. Wks.	859	865
Mitsubishi CP	633	621
Mitsubishi El.	350	359
Mitsubishi Estate	900	923
Mitsubishi Heavy I.	394	344
Mitsui Co. Ltd	422	434
Mitsukoshi	676	620
Mitsumi El	735	741
Nichicon	–	–
Nihon Cement	335	335
Nikko Sec.	796	795
Nippon El.	915	965
Nippon Kokan	154	154
Nippon Oil	845	840
Nippon St.	179	174
Nippon Yusen	314	299
Nissan Motor	639	644
Nomura Sec.	1220	1250
Olympus	966	1000
Penta-Ocean	405	430
Pioneer	1760	1810
Renown	754	780
Ricoh	829	835
Sankyo	1110	1180
Seiyu Stores	731	740
Sekisui Pref.	850	883
Sharp	800	815
Shiseido	1130	1060
Sony	3720	3700
Sumitomo Bank	1800	1820
Taisei Corp.	329	347
Taisho Marine	576	564
Takeda Chem.	900	831
Teijin	489	490
Tokyo Elec.	917	926
Tokyo Gas	225	225
Tokio Marine	880	866
Tokyo El. Power	2120	2100
Toray Ind.	524	509
Toshiba Elec.	340	347
Toto	885	841
Toyo Kogyo	415	415
Toyota Motor	1140	1160
Yamaichi	816	828
Yamanouchi	3280	3280
Yamaha	689	695
Yamazaki	860	810
Index	1015,70	1011,80



BABCOCK / Umweltschutz-Anlagen bescheren Erfolg

Konzerngewinn bleibt stabil

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Einen Konzerngewinn in Vorjahresgrößenordnung (28 Mill. DM) kündigt die Oberhausener Deutsche Babcock AG, Holding der Anlagen/Maschinenbaugruppe, ihren 18 000 Aktionären im Zwischenbericht aus den ersten zehn Monaten für 1984/85 (30. 9.) an. Offen bleibt, ob die letztjährige Ausschüttung (15,6 Mill. DM) für die nach zweijähriger Pause mit 3 DM Dividende bedienten Stammaktien – dazu 3,50 (3) DM für die Vorzugsaktien – gleichfalls auf dem alten Niveau bleiben soll.

In der Berichtszeit besserte die Gruppe ihren Auftragseingang um 4 Prozent auf 4,55 Mrd. DM mit 52 (48) Prozent Auslandsanteil und den Auftragsbestand um 11 Prozent auf 9,3 Mrd. DM. Vor allem durch „planmäßig" fortgesetzte Reduzierung der mehrjährigen Problemsparten Auslandsbau und internationaler Handel sank der Außenumsatz um 11 Prozent auf 3,49 Mrd. DM mit nur noch 51 (57) Prozent Auslandsanteil. Für die nur noch wenig auf 22 154 (22 515) weiter verringerte Mitarbeiterzahl sei die Beschäftigung bis Ende 1985 und „zum erheblichen Teil" auch darüber hinaus gesichert.

Die Holding hebt hervor, daß der Auftragseingang außerhalb der beiden Problemsparten bislang um 8 Prozent gestiegen sei, obwohl Petrochemie und Kraftwerksneubau von der Belebung der heimischen Investitionsgüterkonjunktur noch nichts spürten.

Im umwelttechnischen Geschäft sei man dank Neuaufträgen bei Rauchgasentschwefelungsanlagen nunmehr Marktführer; Erfolge habe man da auch mit neuen Produkten (Stickoxidminderung sowie Rauchgasreinigung bei Müllverbrennung). Das China-Geschäft habe mit Aussicht auf Weiteres „nun 100 Mill. DM Aufträge beschert.

Harpener bleibt fest im Aufschwung

J. G. Düsseldorf

Ein für 1985 abermals verbessertes „Gesamtergebnis" kündigt der Mischkonzern Harpener AG, Dortmund, in seinem Zwischenbericht an. Die Ergebnisse der Eigenaktivitäten wie der Beteiligungen seien zur Jahresmitte und mit aktualisierter Erwartung des Jahresrests eine Bestätigung der anhaltenden Aufschwungtendenz. Dieser positive Trend bescherte den 20 000 Aktionären für 1984 die bisherige Spitzendividende von 11 DM bescherte.

Die Investitionen sollen 1985 mit 100 Mill. DM dem hohen Vorjahreswert nahekommen. Das bisher „mit Abstand größte" Immobilienobjekt werde man für gut 60 Mill. DM im September in Bonn übernehmen. Weitere Vermietobjekte für insgesamt 40 Mill. DM seien derzeit im Bau.

Überproportional wachse der Sektor „gewerbliche Vermietung" im Umsatz der Eigenaktivitäten, der im ersten Halbjahr um 7 Prozent auf 97 Mill. DM stieg und für das volle Jahr knapp 200 Mill. DM erwarten lasse. „Weiterhin planmäßig" verlaufe der Verkauf des (unrentablen) Wohnhausbesitzes. Im ersten Halbjahr brachte er 24 Mill. DM Erlöse. Für das zweite Halbjahr wird „Vergleichbares" erwartet.

Deka: Absatzrenner sind Rentenfonds

cd. Frankfurt

Mit einem Nettoabsatz von 383 Mill. DM war der internationale Rentenfonds DekaRent der Absatzrenner der Sparkassen-Investmentgesellschaft Deka, die in der ersten Jahreshälfte Kaufzurückhaltung und Verkäufe bei Zertifikaten ihrer Aktienfonds spürte. Ihr Vermögen wuchs um 445 Mill. DM – davon stammen 377 Mill. DM aus dem Netto-Mittelzufluß und der Rest aus Kursgewinnen – auf knapp 3,6 Mrd. DM. Das beste Anlageergebnis erzielte der in deutsche Aktien investierende Dekafonds mit einem Plus von 28,5 Prozent, womit er unter 14 in etwa vergleichbaren Fonds der Branche den dritten Platz einnahm. Der in Aktien und Renten anlegende Arideka brachte es auf 17,3 Prozent Anlageerfolg, der internationale Aktienfonds DekaSpezial auf 15,4 Prozent.

Unter den Rentenfonds der Sparkassen lag DekaRent mit einem Plus von 5,2 Prozent vorn, im Branchenvergleich jedoch weit abgeschlagen. Der in deutschen Renten investierende RenditDeka erwirtschaftete 3,8 Prozent Wertzuwachs, der DekaTresor 3,4 Prozent. Die Deka beurteilt die weitere Entwicklung der Aktien- und Rentenfonds günstig, erwartet aber nicht mehr so hohe Aktienkurssteigerungen wie bisher.

PROCAD / Gründer hat sich aus einem staatlichen Forschungzentrum „abgeseilt"

Nach amerikanischem Muster

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Gert Lang-Lendorff ärgerte sich: „450 Millionen Mark kommen derzeit in Form von 40prozentigen Zuschüssen den Maschinenbauern zugute, die ein CAD/CAM-System einführen. Über 90 Prozent der dadurch induzierten Computer-Käufe von fast einer Milliarde Mark werden bei amerikanischen Anbietern getätigt."

Der Grund: Das deutsche Angebot an Systemen zur computergestützten Konstruktion und Fertigung (Computer Aided Design/Manufacturing), die sich hinter den englischen Kürzeln verbergen, ist noch recht mager. Vor allem gibt es noch kaum Anbieter kompletter Hard- und Software-Systeme.

„Anlaß genug für die Gründung einer CAD/CAM-Firma auf der Basis von deutschem Know-how", befand der vormalige Leiter des CAD/CAM-Labors im Kernforschungszentrum Karlsruhe.

Das Ergebnis solcher Überlegungen ist die ProCAD GmbH in Karlsruhe mit dem Geschäftsführer Lang-Lendorff. Das Unternehmen, das schon in diesem Jahr mit 20 Mitarbeitern sieben Millionen Mark umsetzen und 1987 bereits 23 Millionen Mark und 50 Mitarbeiter erreichen will, ist vor allem unter einem Aspekt bemerkenswert. Es paßt fantastisch in das Strickmuster amerikanischer Firmengründungen, wie sie sich auch deutsche Politiker immer wieder erträumen.

„Spin-off" nennt man in den USA jene Pionier-Unternehmen, die aus etablierten Großunternehmen oder aus Forschungseinrichtungen hervorgegangen sind – auch der ProCAD-Gründer hat sich aus einem staatlichen Forschungszentrum „abgeseilt" und in der direkten Nachbarschaft niedergelassen. Noch interessanter aber ist die Finanzierung.

Den Grundstock legten zwei Risiko-Kapital-Firmen – die Berliner Technologie-Investitions-GmbH (BMW und Banken) sowie die multinational gespeiste International Venture Capital Partners S. A. in Luxemburg – mit Anteilen von jeweils 15 Prozent an einer Million Mark Stammkapital (plus 100 Prozent Agio) sowie mit einem Venture-Capital-Kredit von einer Million Mark. Lang-Lendorff und sein Mitgeschäftsführer Hermann Bieling trugen zusammen weitere 20 Prozent bei.

Die zweite Hälfte stammt von interessierten deutschen Firmen: 25 Prozent vom Bochumer Universitäts-Spin-off, Isykon (CAD-Software), 20 Prozent von ProCADs erstem Hardware-Lieferanten PCS in München, drei Prozent von der Exapt GmbH, Aachen, die ihre Software für numerische Maschinensteuerung einbringt, und zwei Prozent von der Reutlinger T-Programm GmbH, die die Berechnungsprogramme nach der Finite-Elemente-Methode liefert.

Dank der geschickten Auswahl der Gründungs-Partner kann ProCAD von Anbeginn komplette Systeme anbieten. Sogar der Firmenname deutet auf die Kombination hin: Isykons Software-Paket „Proren" lieferte das Pro, der PCS-Spezialcomputer „Cadmus" das CAD. Und die Adresse ist eines Innovations-Unternehmens würdig: die „Technologiefabrik" in Karlsruhe.

LLOYD'S / Riesen-Verlust für das Jahr 1982 erwartet

Umweltschäden belasten

WILHELM FURLER, London

Auf die Londoner Versicherungsbörse Lloyd's kommt den Untersuchungen von Lloyd's-Mitgliedern zufolge „der höchste Versicherungsverlust in der Geschichte von Lloyd's of London" zu. Wie es in der Studie der Gruppe von Mitgliedern heißt, wird der Verlust aus dem Lloyd's-Versicherungsgeschäft für das Jahr 1982 bei 500 Mill. Pfund (1,925 Mrd. DM) liegen, so hoch wie nie zuvor. 1982 ist das letzte Versicherungsjahr, für das Lloyd's im kommenden Monat offiziell seine Ergebnisse bekanntgeben wird; diese große Zeitdifferenz ist nötig, damit alle Versicherungsansprüche und Leistungen, deren Abwicklung sich zum Teil erheblich verzögert, berücksichtigt werden können.

Bisher lauteten die offiziellen Schätzungen von Lloyd's, daß es unter Berücksichtigung der Einkünfte aus der Anlage von Prämien insgesamt zu einem Gewinn für das Versicherungsjahr 1982 in der Größenordnung von 50 Mill. Pfund kommen wird. Im Jahr zuvor hatte er 152 Mill. Pfund erreicht. Doch den Untersuchungen der Gruppe von Lloyd's-Mitgliedern zufolge, die alle Segmente des Versicherungsgeschäfts von Lloyd's unter die Lupe nahmen, wird es der weltbekannten Versicherungsbörse trotz der erheblichen Einkünfte aus Prämieninvestitionen nur gelingen, die höchsten Verluste in ihrer knapp 300jährigen Geschichte gerade eben auszugleichen.

Zu dem extrem schlechten Abschneiden hat der Untersuchung zufolge insbesondere die Zunahme der Ansprüche aus Gesundheitsschäden im Beruf und durch Umweltbelastungen geführt. Extrem hohe Versicherungsansprüche aus der amerikanischen Produkt-, Umwelt- und Gesundheitshaftung haben auch dazu geführt, daß vor rund zwei Wochen immerhin 517 Lloyd's-Mitglieder bei der jährlich durchgeführten Erhebung nicht in der Lage waren, den für die jederzeitige Zahlungsfähigkeit erforderlichen Vermögensnachweis zu erbringen. Die Lücke, die zwischen dem verfügbaren Vermögen der Mitglieder aller Lloyd's-Syndikate und den Zahlungsansprüchen an die Mitglieder klafft, liegt bei immerhin 65,5 Mill. Pfund oder gut 250 Mill. DM.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Elkem an Frankfurts Börse

Frankfurt (cd.) – Ihre Börsenzulassung in Frankfurt beantragt die Elkem a/s, einer der größten norwegischen Industriekonzerne. Das seit Mai auch an der Londoner Börse zugelassene Unternehmen ist ein bedeutender Hersteller von Silizium und Aluminium und gilt als weltweit führender Produzent von Ferrolegierungen.

Zusagen gestiegen

Frankfurt (cd.) – Eine 5,9prozentige Steigerung des Zinsüberschusses einschließlich des Einmalergebnisses auf 70,3 Mill. DM erzielte die zum Konzern der Dresdner Bank gehörende Deutsche Hypothekenbank Frankfurt-Bremen in der ersten Jahreshälfte im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit. Im Neugeschäft waren die Hypothekenzusagen mit 795 Mill. DM um 80,1 Prozent höher als vor einem Jahr; dabei wurde der Rückgang von Wohnungsneubau-Finanzierungen durch verstärkte Nachfrage nach Mitteln für Kauf, Modernisierungen und Umschuldungen kompensiert. Wegen des verminderten Kapitalbedarfs der öffentlichen Hand reduzierten sich die Kommunalkreditzusagen von 896 auf 726 Mill. DM.

IKB will Kapital

Düsseldorf (J. G.) – Die Industriekreditbank AG Deutsche Industriebank (IKB), Düsseldorf, schlägt ihrer Hauptversammlung am 16. Oktober vor, ein weiteres genehmigtes Kapital von 40 Mill. DM zu schaffen; der bisherige Betrag von 22 Mill. DM „könnte schon bald für eine Kapitalerhöhung Verwendung finden". Vorsorglich und ohne konkrete Pläne will sich der Vorstand auch die Ermächtigung zur Ausgabe von Genußscheinen bis zu 100 Mill. DM geben lassen.

99 Prozent bei Olympia

Frankfurt (VWD) – Die AEG AG, Frankfurt, hat von der Gesellschaft für Elektrowerte mbH (GFE) 48 Prozent der Olympia-Aktien übernommen. Die Gesellschafter der GFE sind Beteiligungsgesellschaften der Robert Bosch GmbH, der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Westdeutschen Landesbank Girozentrale. Mit der Übernahme hält die AEG eigenen Angaben zufolge 99 Prozent des Grundkapitals der Olympia AG in Höhe von 130 Mill. DM. Ein Prozent der Aktien wird von einer Bank gehalten.

Höherer Zinsüberschuß

Frankfurt (cd.) – Über eine Steigerung des Zinsüberschusses um 6,8 Prozent auf 42,8 Mill. DM in der ersten Jahreshälfte und eine Verbesserung des Einmalergebnisses berichtet die Pfälzische Hypothekenbank, Ludwigshafen. Bei schwacher Nachfrage nach Neubaufinanzierungen und lebhaftem Interesse an Geldern für Modernisierung, Renovierung und Umschuldungen hielten sich die Hypothekenzusagen mit 421 Mill. DM gut über dem Vorjahresniveau (414 Mill. DM), und die Kommunalkreditzusagen dieser Konzerntochter der Dresdner Bank nahmen von 588 auf 606 Mill. DM zu.

GUINNESS / Getränkeangebot wird vervollständigt

Mehrheit an Bell erworben

PETER BAUER, London

Die Übernahmeschlacht ist beendet: Die Großbrauerei Guinness hat das traditionsreiche schottische Whisky-Haus Arthur Bell and Son übernommen. Ein Guinness-Sprecher teilte am Freitag mit, daß der Gruppe jetzt 65 Prozent des Bell-Aktienkapitals – 370 Mill. Pfund (rund 1,4 Mrd. DM) – gehören. Bisher hatte Guinness etwas mehr als 13 Prozent gehalten. Durch die Übernahme entsteht nach Angaben von Fachleuten ein internationaler Getränkekonzern mit einem Gesamtumsatz von rund 1,2 Mrd. Pfund.

In den seriösen britischen Tageszeitungen und selbst in den Boulevard-Blättern mit Millionenauflage hatte sich seit Tagen ein beispielloses Anzeigen- und Werbeduell zwischen beiden Gesellschaften abgespielt. Dabei ging es um die Gunst der rund 7000 Bell-Aktionäre und letztlich um die Zukunft des schottischen Whiskyherstellers.

Bis Freitag hatte das Bell-Management klar abgeraten. Sechs der sieben Verwaltungsratmitglieder sagten in einer Großanzeige persönlich „no" zum Guinness-Kaufangebot. Bietet Guinness genug für ein so erfolgreiches Unternehmen?, lautete die Frage an die Aktionäre. Das Bell-Management antwortet natürlich mit „Nein" – bis Freitag.

Guinness will durch die Übernahme ihr eigenes Getränkeangebot, das aus zahlreichen britischen und ausländischen Biersorten besteht, vervollständigen. Das traditionsreiche Brauereiunternehmen mit seiner 226jährigen Geschichte hat in dem am 30. September 1984 abgelaufenen Geschäftsjahr rund 924 Mill. Pfund (3,57 Mrd DM) umgesetzt und vor Steuern 70,4 Mill. Pfund verdient.

Die Guinness-Gruppe hat bisher als „zweites wichtiges Bein" in Großbritannien rund 1100 meist kleinere Zeitungs- und Süßwarengeschäfte; doch verspricht man sich von dem Erwerb des großen Whiskyherstellers auch international im Getränkesektor außerordentlich gute Expansionschancen.

FUSSBALL / Amateure in der ersten Pokal-Runde zu schwach für die Bundesliga-Klubs

Die Ergebnisse

Bundesliga – Bundesliga

Kaiserslautern – Eintracht Frankfurt	3:1 (1:1)
VfL Bochum – Hamburger SV	3:2 (1:0)

Bundesliga – Zweite Liga

VfB Stuttgart – Eintracht Braunschweig	6:3 (4:1)
Hannover 96 – SC Freiburg	3:1 (1:1)
Wattenscheid – Mönchengladbach	2:5 (2:4)
Hertha BSC – Bayer Leverkusen	2:5 (0:1)

Bundesliga – Amateure

Kickers Offenbach – Bayern München	1:3 (0:1)
SV Weil – Werder Bremen	0:7 (0:4)
SpVgg Ansbach – SVW Mannheim	0:3 (0:1)
1860 Müchen – 1. FC Köln	2:4 (0:2)
VfR Bürstadt – Bayer Uerdingen	1:3 (0:2)
Altona 93 – Fortuna Düsseldorf	2:3 (2:2, 1:1) n.V.
Sportfreunde Eisbachtal – Schalke 04	1:2 (0:1)
SC Neukirchen – Borussia Dortmund	2:9 (0:2)
Göttingen 05 – 1. FC Saarbrücken	1:6 (0:2)
FV Ebingen – 1. FC Nürnberg	2:7 (0:3)

Zweite Liga – Zweite Liga

Blau-Weiß 90 Berlin – Fortuna Köln	3:0 (2:0)
Alemannia Aachen – TB Berlin	1:0 (0:0)
Stuttgarter Kickers – FC Homburg	nicht beendet

Zweite Liga – Amateure

Eintracht Trier – Karlsruher SC	3:0 (0:0)
1. FC Achternberg – VfL Osnabrück	0:2 (0:1)
Wuppertaler SV – Hessen Kassel	2:3 (1:0)
Borussia Neunkirchen – RW Oberhausen	3:2 (1:2)
Bremer SV – MSV Duisburg	1:3 (0:2)
SV Sandhausen – Union Solingen	1:0 (0:0)
FC Wangen – Darmstadt 98	2:1 (2:0)
FC St. Pauli – Arminia Bielefeld	0:0 wird verlängert

Amateure – Amateure

SpVgg Plattling – Itzehoer SV	2:0 (0:0)
VfR Langelsheim – DSC Wanne-Eickel	2:5 (1:2)
Paderborn-Neuhaus – 1. FC Köln/Am.	5:3 (3:0)
VfL Erp – SSV Ulm 46	1:2 (1:1)
FC Erbach – SC Birkenfeld	2:1 (0:1)

In der Bundesliga spielen am 31. August: Bremen – Hamburg (5:2), Leverkusen – Köln (4:4), Dortmund – Nürnberg, K'lautern – Düsseldorf (3:1), Frankfurt – Mannheim (7:2), Bochum – Uerdingen (1:0), Stuttgart – Schalke (1:0), M'gladbach – Saarbrücken.

In der Zweiten Liga spielen am 30. August: Bayreuth – Darmstadt, Homburg – Solingen. – 31. August: BW Berlin – Duisburg, Köln – Freiburg, Bielefeld – Hertha BSC, Braunschweig – Stuttgart, Oberhausen – Aachen, Karlsruhe – Wattenscheid, Kassel – Aschaffenburg. – 1. September: TB Berlin – Osnabrück.

- Im letzten Jahr verlor der Hamburger SV bei den Amateuren von Geislingen, jetzt bei den Kollegen in Bochum. Der Spott mag diesmal geringer sein. Aber: Der HSV gerät nach seinem Pokal-K.o. in der ersten Runde schon wieder in finanzielle Schwierigkeiten.
- Kein Bundesliga-Klub verlor gegen eine Mannschaft aus einer unteren Klasse. Aber einige mußten sogar gegen Amateure hart kämpfen: Köln bei München 1860, Bayern München in Offenbach, Düsseldorf (mit Verlängerung) gegen Altona, Schalke bei Eisbachtal.
- Für den Bundesliga-Absteiger Karlsruher SC geht es immer weiter bergab. Er verlor bei den Amateuren von Eintracht Trier sang- und klanglos 0:3. Auch die Zweitliga-Klubs Oberhausen, Solingen und Darmstadt schieden gegen Mannschaften aus tieferen Klassen aus.
- Klaus Allofs hat rechtzeitig vor dem Länderspiel gegen die Sowjetunion (Mittwoch in Moskau, live ab 17.00 Uhr in der ARD) seine Qualitäten als Torjäger zurückgewonnen. Beim 4:2-Sieg des 1.FC Köln über München 1860 erzielte er alle Treffer für seine Mannschaft.

Hamburger SV zu müde vom Geldverdienen in Spanien? Kaiserslauterns Präsident trieb die jungen Spieler an



Aus kurzer Entfernung machtlos gegen den fliegenden, 38 Jahre alten Wolfgang Kleff: Peter Lux, der von Eintracht Braunschweig zum Hamburger SV kam. FOTO: GABEL

M. HÄGELE, Kaiserslautern

Der Star flippte aus. „Die ganze Woche habt ihr Mist geschrieben, jetzt könnt ihr auch morgen Mist schreiben", fauchte Thomas Berthold die Frankfurter Journalisten an. Wie dem Rattenfänger von Hameln waren sie dem Spielgestalter der Eintracht hinterhergetrottet. Doch der ließ sich auf keine Diskussion ein, verschwand grußlos und mürrisch im Bus.

War es bei Berthold nur Zorn darüber, daß nach seinem herrlichen Freistoßtor und trotz einer spielerisch wie kämpferisch starken Leistung des Nationalspielers die Frankfurter Eintracht schon in Runde eins aus dem DFB-Pokal geflogen war (3:1)? Oder steckt hinter der ungewöhnlichen Reaktion des recht intelligenten Burschen mehr Brisanz?

Die Eintracht war im Vergleich zu den Schilderungen ihrer ersten Bundesliga-Auftritte nicht wiederzuerkennen. Von wegen Maurer-Truppe! Vor allem dank Berthold und dem Schweden Svensson im Mittelfeld ließen die Frankfurter den 1. FC Kaiserslautern nicht wie erwartet über den Betzenberg toben. Das Spiel der Eintracht wirkte durchdachter, war gefährlicher als die halbherzigen Angriffe der Kaiserslauterer.

Lange Zeit hatte es ausgesehen, als könnte es noch eine Verlängerung geben. Daß ihnen diese erspart wurde, hatten die Pfälzer weniger den Torschützen Brehme, Thomas Allofs und Trunk zu verdanken, sondern schon eher dem Tatendrang zweier Talente: Als Markus Schupp (19) und Tino Löchelt (20) die ängstlichen und übervorsichtigen Werner Melzer (31) und Rainer Geye (35) hatten ablösen dürfen, drückten die zwei Jungen auf das Tempo – und die Zuschauer hatten ihren Spaß daran.

Schupp setzte mit einem herrlichen Paß auf Thomas Allofs vor dem 2:1 die gesamte Frankfurter Abwehr matt (Frankfurts Trainer Weise: „Phantastisch, wie er das gemacht hat"). Tino Löchelt, ein kleiner Kerl (1,61 m) mit dicken Oberschenkeln, einem großen Kämpferherzen und erstaunlich viel Selbstbewußtsein, störte die Kreise Svenssons entscheidend.

„Ich weiß nicht, ob es mangelnde Kondition war oder Willensstärke, auf jeden Fall konnte sich Geye gegen Svensson nie durchsetzen", begründete Kaiserslauterns Trainer Hannes Bongartz die Auswechslung der Profis seiner Generation.

Hinter Schupp und Löchelt warten mit Herbert Hoos, Denni und Axel Roos noch weitere Talente im Teenageralter auf Einsätze. Ein Fingerzeig, daß da bei einigen älteren Herren langsam die Uhr abläuft. „Zu einer Mannschaft gehören 13 Leute, nicht nur elf, so steht es in der Regel", sagt Kaiserslauterns Präsident Jürgen Friedrich. Das ist wohl nichts anderes als die Umschreibung für einen Prozeß, der zur Zeit in der Truppe vom Betzenberg abläuft: Junge rein, Alte raus, dabei die Ehrgeizigen nicht verheizen und den Verdienten nicht wehtun: so stellen sich die Aufgaben für den Trainer Bongartz (33). Und weil der Mann, der den Schnitt machen und an der neuen Mannschaft basteln soll, ausgerechnet Bongartz heißt, gerade deshalb sieht Friedrich zuversichtlich, ja sogar mit Optimismus nach vorn. Nicht nur, weil er ihn geholt hat. Bongartz ist erst 33 Jahre alt, der jüngste Bundesligatrainer, und sollte deshalb auch einen besonders guten Draht zu den jungen Spielern haben.

Manchmal, so erzählt Friedrich, sitze er beim Training auf der Tribüne, schaue Bongartz beim Arbeiten zu, und plötzlich ertappe er sich bei dem Gefühl: „Geh runter und mach mit." Und weiter: „Ich habe selten in meinem Leben ein solch gutes Arbeitsklima erlebt wie in den vergangenen zwei Monaten hier."

Dieses Klima, so Friedrich, müsse jetzt noch in Erfolg umgemünzt werden. Deshalb ist der Präsident vor dem Spiel gegen Eintracht Frankfurt vor seine Mannschaft getreten und hat vor allem in Richtung der Jungen gesagt: „Ihr wißt doch gar nicht, was ihr könnt. Also, riskiert mal was."

Der Präsident, der einst den Erfolg nach Kaiserslautern gebracht hat und der diesen Versuch nun im zweiten Anlauf wieder unternimmt, hat festgestellt, wie sich in den ersten Monaten seiner Arbeit nicht nur beim 1. FC Kaiserslautern, sondern auch im Umfeld des Vereins schon manches wieder verändert hat. Friedrich: „Die Leute identifizieren sich wieder mit uns, die Zuschauer jubeln ja schon, wenn nur die Abseitsfalle klappt."

Das erinnert an die schönen alten Briegel-Zeiten, an die Tage, bevor der Qualm aus den Zigarren des Pastors Sopp und die Intrigenwirtschaft rund um diesen Präsidenten die Köpfe am Betzenberg eingenebelt, betört und gelähmt hatten.

Eine „gewisse Entfremdung" über die Italiener

sid/dpa. Frankfurt

Franz Beckenbauer reagierte zurückhaltend und sprach vorsichtig von einer „gewissen Entfremdung". Doch sein Partner Horst Köppel wurde deutlich: „Das ganze Thema hängt einem zum Halse raus. Es müssen klare Verträge her, damit die sogenannten Legionäre bei allen Spielen zur Verfügung stehen. Vor allem dann, wenn, was wahrscheinlich ist, noch weitere Spieler nach Italien oder sonstwohin wechseln. Da muß der DFB seine Lehren ziehen."

Franz Beckenbauer und Horst Köppel sind verärgert, weil sie im Länderspiel gegen die UdSSR (Mittwoch, 17 Uhr MEZ in Moskau) erneut auf zwei Spieler verzichten müssen, die für die Weltmeisterschaft und die Qualifikationsspiele fest eingeplant sind. Hans-Peter Briegel, der „Fußballer des Jahres", fehlt zum fünften Mal, Stürmer Karl-Heinz Rummenigge mußte zum vierten Mal ein Länderspiel absagen. Beide werden von ihren italienischen Arbeitgebern nicht freigegeben, obwohl ihre Verträge eine auch vom DFB abgesegnete Freigabe-Klausel enthalten.

Briegel hat sogar noch einmal in seinen Papieren nachgeblättert und festgestellt: „Garantiert ist meine Freigabe für alle Pflichtspiele und außerdem für fünf Freundschaftsspiele pro Jahr, wenn es zu keiner Terminkollision kommt." Der letzte Passus hindert ihn jetzt daran, der Einladung von Teamchef Franz Beckenbauer zu folgen. Denn in Italien finden am Mittwoch Pokalspiele statt.

Ob mit oder ohne Briegel und Rummenigge – für das Ergebnis des Testspiels in Moskau ist ihre Teilnahme sicherlich belanglos. Doch Franz Beckenbauer denkt an die Zukunft: „Es ist schließlich der letzte Test vor drei WM-Qualifikationsspielen. Selbst wenn sie nur eine Halbzeit gespielt hätten, Hauptsache, sie wären dabei gewesen."

Abgesehen von diesen beiden Problemfällen kann der Teamchef jedoch fast seine Wunschelf aufbieten. Verzichten muß er allerdings noch auf den Einsatz des schon lange verletzten Frankfurters Ralf Falkenmeyer und auf den Mönchengladbacher Verteidiger Michael Frontzeck (Handbruch). Statt dessen ist der Einsatz des Bremer Mittelfeldspielers Norbert Meier zu erwarten, der vor rund einem Jahr bei der Europameisterschaft in Frankreich unter Jupp Derwall bei der 0:1-Niederlage gegen Spanien sein letztes Länderspiel bestritten hat.

Die voraussichtliche Aufstellung: Schumacher – Herget – Berthold, Förster, Brehme – Matthäus, Littbarski, Magath, Rahn – Völler, Allofs.

Weiter im Aufgebot: Stein, Jakobs, Augenthaler, Mill, Meier, Thon.

Klubs drohen: Keine Rechtsgrundlage für kostenlose Fernseh-Kurzberichte

Von ULRICH DOST

Hohngelächter und bösen Spott, wie er im letzten Jahr gleich kübelweise über den Hamburger SV nach der Pokal-Pleite gegen Geislingen ausgeschüttet wurde, braucht der Verein jetzt nicht zu befürchten, nachdem durch das 2:3 in Bochum auch diesmal bereits in der ersten Runde Endstation war. Doch ganz so einfach kommen die Hamburger aus dieser Nummer nicht heraus, den Schaden haben sie ganz bestimmt.

Sollte es sich gerächt haben, daß die Hamburger in dieser Woche an einem Turnier in Barcelona teilnahmen und dabei innerhalb von 24 Stunden zwei Spiele bestritten? Rund 250 000 Mark kassierte der HSV für den Auftritt in Spanien. Sportlich folgte aber die Pleite in Bochum, wo die Mannschaft längst nicht so spritzig wirkte – ausgenommen sind **Felix Magath** (32) und **Wolfgang Rolff** (25) – wie beispielsweise beim Saison-Auftakt in Dortmund (1:1). Wäre im deutschen Pokal nicht mehr zu verdienen gewesen?

Nun können sich die Hamburger ja nicht selbst vors Schienbein treten und sich anklagen: Jawohl, *wirtschaftlich hat sich der Trip gelohnt*, doch die Mannschaft mußte darunter leiden. So haben sie sich in Bochum dann alle schnell bemüht, diesen Gedanken wegzuschieben. Das begann bei Trainer **Ernst Happel** (59): „Die Spieler sind Profis, sie müssen Belastungen dieser Art wegstecken können. In Barcelona sind wir doch bloß spazierengegangen." Das setzte sich bei Manager **Günter Netzer** (39) fort, der meinte: „Das eine hat mit dem anderen wirklich nichts zu tun. Der typische Beweis dafür ist doch unsere Schluß-Offensive. An der fehlenden Kraft kann es doch nicht gelegen haben." Und das setzte sich auch bei den Spielern fort. Mannschaftsführer **Ditmar Jacobs** (31): „Das ist Unsinn. Jeder, der das Spiel in Bochum gesehen hat, *wird bestätigen können, daß* wir konditionell auf der Höhe sind. Das Spiel ist aufgrund mehrerer individueller Fehler verlorengegangen, die mit dem Turnier in Barcelona überhaupt nichts zu tun haben."

Ob sich die Hamburger hier nicht in die eigene Tasche lügen? Sind individuelle Fehler nicht oft die Folge von Konzentrationsschwächen, die eintreten, wenn die Kraft nicht mehr vorhanden ist? Die Bochumer jedenfalls sahen eine Hamburger Mannschaft, die, wie es **Klaus Fischer** (35) ausdrückte, „am Ende stehend k. o. war". Der Mittelstürmer des VfL Bochum gab zwar zu, daß der Hamburger SV in den letzten Minuten „optisch überlegen" erschien, die besseren Chancen aber sein Klub besaß. Fischer: „Wenn wir zum Schluß unsere Konter besser ausgenutzt hätten, hätte es für den HSV eine schöne Packung gegeben. Sie hatten doch gar nicht mehr die Kraft, uns aufzuhalten." Daß es für den HSV nicht schlimmer kam, lag an Torwart **Uli Stein** (30), über den Happel in der anschließenden Pressekonferenz sagte: „Stein hat in der Schlußphase einige grandiose Abwehrleistungen gezeigt."

Nun müssen die Hamburger Spieler befürchten, daß die fehlenden Einnahmen aus dem Pokal durch Privatspiele gegen Dorfklubs wieder hereingeholt werden müssen. Ditmar Jacobs glaubt, daß ihnen diese Tingelei nur erspart bleiben wird, wenn Erfolge im UEFA-Pokal gelingen. Und



an Erfolge in diesem Jahr glaubt der Mannschaftsführer: „Wir sind auf einigen Posten besser besetzt. Der HSV ist stärker als im letzten Jahr. Werder Bremen wird es in der Bundesliga am nächsten Samstag zu spüren bekommen."

*

In München bekamen die Spieler des 1. FC Köln den Zorn der zumeist angetrunkenen Fans von München 1860 zu spüren. Sie drohten den Spielern sogar mit Prügel, 20 Polizisten mußten einschreiten, um Schlimmeres zu verhindern. Vorstopper **Paul Steiner** (28) wurde wüst beschimpft. Ein Polizist fragte ihn: „*Wollen* Sie Strafantrag stellen?" Steiner verneinte. Er hatte sich den Zorn der Fans zugezogen, weil er den Strafstoß, der durch **Klaus Allofs** (28) zum 3:2 führte, herausgeschunden haben soll. Selbst **Hannes Löhr** (43) gab zu: „Da war schon viel Glück für uns dabei."

In München konnten sich die Kölner beim 4:2 über den Amateur-Oberligaklub vor allem auf die Tore von Klaus Allofs und auf die starke Leistung von Torwart **Harald Schumacher** (31) verlassen. Allofs über Schumacher: „Er ist ein Teufelskerl, ihm haben wir den Sieg zu verdanken." Dabei hat es der Nationaltorwart derzeit nicht leicht. Eine Verletzung am Zeigefinger der linken Hand macht ihm sehr zu schaffen. Schumacher weiß nicht einmal, welche Art Verletzung er sich da beim Spiel gegen Borussia Dortmund eingefangen hat. Oder anders: Schumacher will gar nicht wissen, was mit dem Finger los ist, ob er gar gebrochen ist oder nur verstaucht. Zur Röntgenuntersuchung ist er jedenfalls nicht gegangen. Zu seinem Trainer Hannes Löhr hat er gesagt: „Wenn ich weiß, daß der Finger gebrochen ist, stört mich das nur." Also will er lieber gar nichts wissen und läßt sich dafür einen dikken Verband um den Finger wickeln. Kleinigkeiten wie diese können einen Profi wie Harald Schumacher doch nicht beeindrucken.

*

Erstmals wurden den Fernsehzuschauern von der ersten Runde im Pokal nur Ausschnitte gezeigt, die nicht länger als drei Minuten dauerten. Beim Streit zwischen den Fernsehanstalten ARD und ZDF, den Bundesligaklubs und dem DFB-Medienbeauftragten **Hans R. Beierlein** (51) werden allmählich schwere Geschütze aufgefahren: Es gibt offene Auseinandersetzungen, und selbst von gerichtlichen Schritten ist die Rede. Davon sprach zum Beispiel in Stuttgart Präsident **Gerhard Mayer-Vorfelder** (47) für den Fall, daß ein Team des Süddeutschen Rundfunks Szenen aus dem Spiel gegen Braunschweig übertragen würde. Der Präsident wehrte sich gegen die honorarfreien Kurz-Übertragungen: „Es gibt keine Rechtsgrundlage für diese Regelung." Der Sender ließ sich davon nicht beeindrucken und sendete.

Seit der Deutsche Fußball-Bund die Rechte für Pokal- und Länderspiele für zwei Millionen Mark an Beierlein verkaufte, liegen sich die Parteien in den Haaren. Denn die Fernsehanstalten akzeptieren den Medienexperten als Verhandlungspartner nicht. Sie wollen lieber wie bisher mit dem DFB verhandeln, weil sie die Rechte dort billiger bekamen. Am Wochenende kam die erste Belastungsprobe. ARD und ZDF griffen *zur kurzen Berichterstattung, weil dafür* keine Gebührenabgabe vertraglich festgelegt wurde.

Das Bundesinnenministerium hat diese Art der Berichterstattung bestätigt, weil das öffentliche Informationsinteresse im Grundgesetz festgeschrieben steht. Der Deutsche Sportbund (DSB) aber stellt fest: „Die drei Minuten werden von den Fernsehanstalten in Verhandlungen zwar regelmäßig genannt, sie sind jedoch vom DSB nie bestätigt worden." Der Rechtsanwalt von Beierlein, **Axel Meyer-Wölden** (45), will „rechtliche Konsequenzen" gegen die am Wochenende gesendeten Kurzberichte ergreifen. Eine Prozeßlawine droht, denn Beierlein sagte: „Wenn die Fernsehanstalten nicht mit mir verhandeln wollen, müssen die Gerichte sprechen."

Karlsruhes neues Konzept: Verjüngung statt Aufstieg

BERND WEBER, Trier

Roland Schmider, der Präsident des Zweitliga-Klubs Karlsruher SC, hat in seiner nunmehr 13jährigen Amtszeit schon viele Tiefpunkte erlebt – da stehen allein vier Abstiege aus der Bundesliga zu Buche. Wie oft seine Mannschaft im Laufe der Jahre schon verloren hat und zuweilen sogar recht deftig, dies nachzuhalten, hat Schmider längst aufgegeben. „Aber eines weiß ich genau", sagte der leidgeprüfte Präsident gestern zur WELT, „unser 0:3-Pokalausscheiden bei den Amateuren von Eintracht Trier war die mit weitem Abstand größte Blamage, die ich je erlebt habe. Sie wird weitreichende Konsequenzen haben."

Damit befindet sich Schmider auf einer Linie mit Trainer Lothar Buchmann, der seine Spieler gleich in der Kabine zusammenstauchte, „wie ich es nie zuvor getan habe". Buchmann in der Pressekonferenz nach dem Spiel: „Eigentlich müßte meine Mannschaft vollzählig versammelt hier antreten, um ihr völlig indiskutables Auftreten zu erklären."

Ein solches Spießrutenlaufen blieb den Spielern erspart, nicht aber eine laute Ansprache des Trainers auf der zweieinhalb Stunden langen Busfahrt nach Hause. Eine Ansprache, so Schmider, die in ihrer Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig gelassen hatte. Der Präsident: „*Da sind einige* Herren, die bisher vielleicht glaubten, sie könnten uns auf der Nase herumtanzen, doch ganz schön nachdenklich geworden."

Gestern morgen haben sich Schmider und Buchmann noch einmal eine Stunde lang miteinander unterhalten und dabei eine Änderung des bestehenden Konzepts „quasi beschlossen". Sah die Marschrichtung bisher nämlich so aus, daß der KSC mit seinen gestandenen Zweitliga-Spielern versuchten wollte, den direkten Wiederaufstieg in die höchste Klasse zu erreichen, so soll ab sofort verstärkt auf die Nachwuchskräfte gesetzt werden. Schmider: „Unter Einbeziehung des Risikos, daß sie erst einmal einbrechen können. Aber uns erscheint ein langfristiger Neuaufbau wichtiger. Zudem, es ist ja keineswegs ausgeschlossen, daß wir schon in dieser Saison mit unseren jungen Leuten besser vorankommen. Erstens hat uns zuletzt der 1. FC Nürnberg in dieser Hinsicht ein geradezu leuchtendes Beispiel gegeben. Und zweitens haben in Trier zumindest nach meiner Einschätzung unsere Jüngsten, nämlich Rainer Schütterle und Jürgen Schmidt, noch am engagiertesten gespielt."

Wo der Haken der ins Auge gefaßten Neuorientierung liegen könnte, ist freilich auch Schmider klar. Zwar hat der KSC die finanzielle Situation durch den Verkauf seiner Stars, die *eine Ablösesumme von insgesamt 2,5* Millionen brachten, weitgehend entspannen können, dennoch sprechen Insider davon, daß die Verschuldung immer noch bei mehr als einer Million Mark liegt. Mit dieser Last aber wird die Zukunft zu einer Zitterpartie, denn der kalkulierte Zuschauerschnitt von 10 000 im heimischen Wildparkstadion wird gewiß nur dann zu erreichen sein, wenn sich die Mannschaft in der Zweitliga-Spitzengruppe halten kann. Keine Frage, die Karlsruher müssen einen ganz schwierigen Balanceakt bewältigen. Die Gefahr abzustürzen ist nicht auszuschließen.

Die Mannschaft von Eintracht Trier hingegen wurde von den 5000 Zuschauern gefeiert wie lange nicht mehr, und besonders der zweifache Torschütze, der 23jährige Harald Kohr, stand im Mittelpunkt der Ovationen. Strahlend meinte er nach dem Abpfiff: „Allein für diesen Tag hat es sich gelohnt, daß ich bei der Eintracht geblieben bin." Zum Hintergrund dieses Satzes: Kohr hatte zu Saisonbeginn Profi-Angebote vom 1. FC Kaiserslautern und vom 1. FC Saarbrücken vorliegen, und er konnte von seinem Trainer Horst Brand nur mühsam überredet werden, wenigstens noch ein Jahr für Trier zu spielen, um mitzuhelfen, den Aufstieg zu schaffen. Weil dies das wichtigste Saisonziel ist, gestattete Brand seinen Leuten auch nur zwei Bier nach dem Triumph: „Denn bereits Donnerstag müssen wir zum Punktspiel nach Salmrohr. Und die sind doch jetzt ganz heiß auf uns ..."

TENNIS

Jubel um „Becker-Boogie"

N. WELLS, Cincinnati

Das Becker-Fieber treibt immer wieder neue Blüten. Beim Grand-Prix-Turnier in Cincinnati/Ohio, wo der 17 Jahre alte Wimbledon-Sieger binnen 102 Minuten durch ein 6:4, 7:5 über den Schweden Joakim Nystroem das Halbfinale gewann und nun im Endspiel (bei Redaktionsschluß noch nicht beendet) auf dessen an Nummer eins gesetzten schwedischen Landsmann Mats Wilander trifft, schwärmen die Fans vom „Bekker-Boogie".

Die Amerikaner erfanden die neue Wortschöpfung, als Boris nach besonders gelungenen Bällen wie schon in Wimbledon etliche Male den Arm triumphierend in die Luft stieß und die Genugtuung dabei durch Körperbewegungen und schnelle Trippelschritte unterstrich. In Verzükkung versetzte Boris Becker seine große amerikanische Fan-Gemeinde, als er nach Nystroems 5:4-Führung im zweiten Satz einen fast aussichtslos erscheinenden Ball im Hechtsprung erwischte, der Ball noch die Netzkante berührte und unerreichbar in Nystroems Feld aufsprang.

Boris Becker, der im ersten Satz beim Stande von 2:0 sein Aufschlagspiel verloren hatte, aber dennoch in 45 Minuten siegreich war, brachte der Regen wieder Punktesegen. Als die Partie nach *Nystroems 2:1-Führung* zweieinhalb Stunden unterbrochen werden mußte, wandten sich die Dinge anschließend zu seinen Gunsten. Situationen, die andere nerven, nutzt Becker, um sich aufzubauen: „Regen stoppte mich dreimal in Wimbledon, und anschließend war ich besser als vorher."

Zusammen mit Gegner Nystroem, in Cincinnati an Nummer sechs gesetzt, hatte sich Becker, die Nummer vier, in Monte Carlo auf Cincinnati und die US-Open in Flushing Meadow vorbereitet. Offenbar kamen sie dabei gut miteinander aus. In der Spielpause saßen sie einträchtig nebeneinander auf der Couch und entspannten bei Musik aus dem Walkman.

Im Viertelfinale hatte Boris Becker mit 5:7, 6:1, 6:2 über Hank Pfister triumphiert, den er schon in Wimbledon ausgeschaltet hatte. Pfister: „Boris spielt jetzt noch besser. Dieses Turnier gewinnt er mit links."

Auf Becker, der in seinen fünf Spielen des Turniers 44 Asse setzte, wartet nun im Finale nach Nystroem ein neuer Schweden-Happen. „Wilander ist der Favorit",



Der Renner der Saison: Bekker-T-Shirts. FOTO: AP

sagt Boris über den 21jährigen, der den Amerikaner Tim Wilkison fast im Spaziergang 6:2, 6:1 eliminierte. Doch der Wimbledon-Sieger, der in Paris in der zweiten Runde 1:6, 2:6, 2:6 gegen den späteren Turniersieger Wilander unterlegen war, ist dennoch zuversichtlich: „Bisher habe ich noch kein Finale verloren, das ist ein gutes Zeichen."

Kann Becker seine Siegesserie bei dem mit 375 000 Dollar dotierten Turnier in Cincinnati wahren und die 48 000 Dollar Prämie einstreichen, so bahnt sich die Parallele zu Wimbledon an. Auch eine Woche vor seinem größten Triumph hatte der 17jährige das Vorbereitungsturnier gewonnen. Und am Dienstag beginnen in New York die US-Open ...

Dort ist Becker an Nummer acht gesetzt und trifft im Eröffnungsspiel auf den Australier Peter Doohan, die Nummer 99 der Weltrangliste. Schon im Viertelfinale kann es zum Duell mit John McEnroe kommen, den der deutsche „Baby-Boomer" (Zeitungen der USA) derzeit in Amerika an Popularität überflügelt hat. „Unsere Herausforderung heißt Flushing Meadow. Die US-Open sind der nächste Gipfel, den Boris erklimmen soll", sagt Trainer Günter Bosch. „Wenn nicht in diesem Jahr, dann im nächsten oder übernächsten." Aussagen, die vor dem Wimbledon-Triumph nicht anders lauteten ...



NACHRICHTEN

Auf Platz fünf

Indianapolis (sid) – Kanada ist beim Weltpokal der Synchron-Schwimmerinnen in Indianapolis nach zwei Wettbewerben die überragende Nation. Die Kanadierinnen gewannen bereits zwei Goldmedaillen. Die deutsche Gruppe belegte mit 169,577 Punkten den fünften Rang hinter Kanada.

Sieg über Japan

Istanbul (sid) – Bei der dritten Junioren-Weltmeisterschaft im Wasserball kam die deutsche Mannschaft in ihrem sechsten Spiel zum fünften Sieg. Sie besiegte Japan mit 17:9 und führt die Gruppe B damit an.

Grubba im Halbfinale

Foshan (sid) – Als einziger europäischer Spieler hat der polnische Vize-Europameister Andrzej Grubba beim Tischtennis-Weltpokal in Foshan (China) durch ein 21:12, 21:14, 9:21 und 21:18 gegen den Amerikaner Eric Boggan das Halbfinale erreicht. Der 27jährige Grubba steht beim Bundesligaklub TTC Grenzau unter Vertrag.

Stevenson macht weiter

Havana (sid) – Der dreimalige Box-Olympiasieger Teofilo Stevenson aus Kuba will trotz seiner Niederlage bei der Spartakiade in Warschau gegen den sowjetischen Vize-Europameister Jakowlew seine Laufbahn fortsetzen. Der 33jährige Stevenson: „Ich werde mich weiterhin auf die Weltmeisterschaften 1986 in den USA vorbereiten."

Drei Titel für Bulgarien

Södertälje (sid) – Nach drei Gewichtsklassen führt Bulgarien in der Nationenwertung der Gewichtheber-Weltmeisterschaften in Södertälje (Schweden) klar vor der UdSSR und China. Mit Marinow, Terziski und Schalamanow gewannen die Bulgaren die Titel bis 52, 56 und 60 kg.

Auf Platz achtzig

Frankfurt (sid) – Mit einem weltweiten Umsatz von 2,775 Milliarden Mark und 11 200 Beschäftigten erscheint der Sportartikel-Hersteller adidas unter den einhundert größten deutschen Unternehmen an achtzigster Stelle. 1984 hat der adidas-Umsatz um 89 Millionen Mark zugenommen.

Müllers drittes Tor

Linz (sid) – Der frühere Stuttgarter Fußball-Nationalspieler Hansi Müller erzielte in der österreichischen Liga sein drittes Saisontor. Beim 1:1 (1:1) seines neuens Klubs Wacker Innsbruck beim Linzer SK gelang ihm nach drei Minuten der Führungstreffer. Müller bekam mehrmals Beifall auf offener Szene. Innsbruck ist Tabellenzweiter.

Hockey: Im WM-Finale

Vancouver (dpa) – Die deutsche Hockey-Nationalmannschaft der Junioren hat durch einen 4:3 -Erfolg über Pakistan das Finale der Junioren-Weltmeisterschaft erreicht. Gegner in Vancouver ist Holland, dessen Team die deutsche Mannschaft in der Vorrunde mit 1:0 geschlagen hatte.

Stielike vom Platz

Sion (dpa) – Der frühere deutsche Fußball-Nationalspieler Uli Stielike ist beim Schweizer Erstliga-Spiel seines Klubs Neuchâtel Xamax in Sion von Platz gestellt worden. Stielike hatte ein Foul an dem Marokkaner Bouderbala begangen. Xamax verlor in Sion mit 1:3.

Gies siegte durch K.o.

Ahlen (sid) - Mit einem K.-o.-Sieg über den dänischen EM-Teilnehmer Jan Thielemann gab der Halbweltergewichtsboxer Reiner Gies einen gelungenen Einstand bei seinem neuen Bundesliga-Verein BSK Ahlen. Gies, der aus Kaiserslautern stammt, boxte bisher für den deutschen Mannschaftsmeister CSC Frankfurt und wurde im Freundschaftskampf gegen eine mit vier Holländern verstärkte dänische Auswahl erstmals beim BSK Ahlen eingesetzt.

Bilosertschew überragte

Kobe (sid) – Zwölfkampf-Weltmeister Dimitri Bilosertschew (UdSSR) gewann am ersten Tag der Kunstturn-Wettbewerbe bei der 13. Sommer-Universade im japanischen Kobe zwei *Goldmedaillen: Eine gemeinsam* mit der UdSSR-Riege in der Mannchaftswertung, die andere im Einzelwettbewerb.

Günzburg schon in Form

Schaffhausen (sid) – Der VfL Günzburg, Aufsteiger in die Handball-Bundesliga, präsentierte sich beim internationalen Handball-Turnier in Schaffhausen in guter Form und verlor erst im Finale gegen Banyasz Tatabanya (Ungarn) mit 3:4 nach Siebenmeterwerfen. Nach der regulären Spielzeit hatte es 13:13 (8:8) gestanden.

Stranz gewann Bronze

Warschau (sid) – Steffen Stranz aus Rüsselsheim wurde beim Internationalen Judo-Turnier von Warschau Dritter in der Klasse bis 71 kg. Er besiegte den Franzosen Richard Melliol mit 10:0 Punkten. Der Österreicher Manfred Hölzler belegte Platz eins.



Auch nach einem Schlag in die Bäume nie die Übersicht verloren: Bernhard Langer. FOTO: WITTERS

GOLF / Bernhard Langer zum dritten Mal Offener Deutscher Meister

Klarer Sieg nach souveränem Spiel: „Das schönste Geburtstagsgeschenk"

GERD A. BOLZE, Bremen

Was auf seiner modeschicken Golfkleidung werbeträchtig auf Rücken und Brust für jedermann deutlich zu lesen war, das setzte Bernhard Langer auch eindrucksvoll in die Tat um: Der 28 Jahre alte Augsburger war der absolute „Boss" auf den Grüns und Spielbahnen der Golfanlage in Bremen-Garlstedt. Er gewann zum dritten Mal nach 1981 und 1982 die „Lufthansa-Offene Deutsche Meisterschaft" in der bisher überzeugendsten Weise. Für seine 183 Schläge nach beständigen Runden von 61+60+62 Schlägen bei allerdings verkürztem Par 66 (statt 74) und nur über drei statt der üblichen vier Runden kassierte er den größten Scheck über 66 600 der insgesamt 400 000 Mark Preisgelder.

Fast schon deklassiert mit sieben Schlägen Rückstand teilten sich mit je 190 Schlägen der 31 Jahre alte Südafrikaner Mark McNulty (59+65+66) als Gewinner von 1980 und der bisher unbekannte erst 22 Jahre alte Engländer Mike McLean (65+63+62) den zweiten Platz, der mit jeweils 34 700 Mark honoriert wurde.

Mit fast fehlerlosem Golf – vorgeführt mit der Präzision eines Uhrwerks und der kühlen Ruhe eines Eisberges – begeisterte der neue Meister die mit ihm über den teils morastigen Platz stapfenden Zuschauer.

„Es wurde auch höchste Zeit, daß ich nicht nur in Australien und in Amerika, sondern erstmals in dieser Saison auch wieder mal ein Turnier auf der europäischen Tour gewonnen habe. Dabei freut es mich besonders, daß es zum dritten Mal die German Open war – das schönste Geburtstagsgeschenk. Außerdem ist es besonders wichtig, daß ich in meinem Heimatland gewinne, da gerade hier die Mehrzahl meiner Sponsoren wohnt", sagte Berhard Langer, der morgen 28 Jahre alt wird.

Wie hervorragend das Spiel von Bernhard Langer war, beweisen diese Zahlen: Auf den 54 Löchern gelang ihm 17 Mal ein Birdie (ein Schlag besser als die Locheinheit) und erst am letzten Tag mußte er zweimal, am vierten und 17. Loch, jeweils ein Bogey (ein Schlag schlechter) notieren lassen.

Mit einem beachtlichen Erfolg endeten die Titelkämpfe für zwei weitere Deutsche unter den besten 75 Teilnehmern, die von den 130 Konkurrenten (130 Profis und sieben Amateure

Für Golf-Interessierte: Jack Nicklaus, einer der berühmtesten Spieler der Welt, gibt zwei Stunden Unterricht – auf einer Video-Cassette. Zu bestellen bei der „*Bild am Sonntag*-Videothek", Kaiser-Wilhelm-Str. 6, 2000 Hamburg 36 (Kosten: 150 Mark).

aus 19 Nationen) noch zur letzten Runde antreten durften. Mit der zweitbesten Runde des zweiten Tages hinter Langer kam der erst 22 Jahre alte neue deutsche Golflehrer-Meister Heinz-Peter Thül (Hubbelrath) mit 69+61+70=200 Schlägen auf den 35.-44. Rang. Sein schon 43jähriger Kollege Siegfried Vollrath (Recklinghausen) endete mit 67+69+70=206 Schlägen an 70. bis 71. Stelle in diesem Klassefeld.

„Ich bin doch nicht gekommen, um hier Mini-Golf zu spielen", äußerte Nick Faldo und reiste ab. Der zum engsten Favoritenkreis gehörende Engländer entschuldigte seinen Ärger über seine erste mißlungene Runde (72 Schläge, Platz 105 bis 114) allerdings offiziell mit Schulterbeschwerden. Der auf der US-Tour mitspielende Faldo meldete sich telefonisch aus dem Hotel ab.

Da legte Bernhard Langer eine andere Berufsauffassung an den Tag. „Ich finde es absolut in Ordnung, daß der Golfplatz stark verkürzt und auch die Meisterschaft nur über drei anstatt vier Runden ausgetragen wurde. Zwar waren für uns alle Vorbereitungen des genauen Vermessens der 18 Löcher umsonst, wir traten zu der um einen Tag verschobenen ersten Runde auf einen über Nacht auf sieben Löcher verkürzten und damit stark veränderten Platz an. Doch es ging nicht anders. Es gab zu viele nasse Stellen mitten in den Spielbahnen, in denen nach guten Abschlägen die Bälle eingedrungen und sogar verloren gewesen wären. Das ist zu unfair. Schließlich muß man auch auf einem kürzeren Platz gutes Golf spielen, wenn man vorne sein oder sogar gewinnen will."

Was war in Bremen-Garlstedt geschehen, wo schon *1971* und *1975* die „German Open" ausgetragen wurde? Wegen der lang anhaltenden Regenperiode vorher und der erneuten Schauer am Eröffnungstag war die Anlage durch eine „Seenplatte" unbespielbar geworden. Auf besseres Wetter hoffend – das dann gottlob auch eintrat –, wurden sieben der 18 Spielbahnen um insgesamt fast 1500 m verkürzt. Damit wurde Deutschlands mit 6650 Metern und Par 74 längster und auch schwerster Golfplatz – der sogar zu den besten Europas gerechnet wird – auf 5100 Meter mit nur noch Par 66 verkürzt.

„Wir sollten künftig ein ‚German-Open-Gedächtnis-Wettspiel' auf diesem verkürzten Notkurs in Erinnerung an diese schlimmen Tage ausspielen. Dabei haben wir die reichlich im Boden liegenden Drainage-Rohre extra vorher noch einmal durchpusten lassen. Doch der Grundwasserspiegel hatte sich durch den vielen Regen derart gehoben, daß alles vergebens war. Noch nie war unser Platz während der Saison derart unspielbar gewesen", erklärte Uwe Hollweg, der Vorsitzende des gastgebenden Clubs zur Vahr Bremen.

LEICHTATHLETIK / Marokkaner lief in Berlin Weltrekord über 1500 m

Nun auf einer Stufe: Der große Nurmi und Aouita

dpa/K. Bl. Berlin/Köln

Er darf sich nun mit dem Finnen Paavo Nurmi in einem Atemzug nennen, dem wohl größten Läufer aller Zeiten. Denn nach seinem Weltrekordlauf über 1500 Meter in 3:29,45 Minuten, erzielt in Berlin, gehört der Marokkaner Said Aouita zu jenen drei Athleten, die die Rekorde über 1500 Meter und 5000 Meter gleichzeitig gehalten haben: Vor Aouita gelang das im Jahre 1924 nur Paavo Nurmi und 1955 dann dem Ungarn Sandor Iharos.

3:29,45 Minuten, was bedeutet das? Es bedeutet, daß der marokkanische 5000-m-Olympiasieger von Los Angeles *fünfzehn Mal hintereinander die* 100-m-Strecke in 13,96 Sekunden durchlief. Es bedeutet, daß Aoutia damit vorerst fast an die Leistungsgrenzen im klassischen Mittelstreckenbereich gestoßen ist.

Schon vor der Saison hatte er gesagt, daß es ihm wahrscheinlich möglich sein werde, diese Distanz in 3:27,5 Minuten zu durcheilen. In Berlin sprach er davon, 3:27,0 Minuten erreichen zu können, wenn er gesund sei. Zur Zeit plagt ihn aber eine Zerrung, die sich vom rechten Oberschenkel bis in den Rücken hineinzieht. Zugezogen hat er sich das beim Training in Magglingen in der Schweiz, verschärft hat sich die Angelegenheit am letzten Mittwoch in Zürich, als er vergeblich den Meilen-Weltrekord des Engländers Steve Cram attackierte.

In Berlin hat Aouita nun den 1500-m-Weltrekord von Steve Cram (3:29,67 Minuten) gebrochen. Als diese Zeit am 16. Juli 1985 in Nizza gelaufen wurde, gehörte Aouita zu den von Cram Geschlagenen. Schließlich hat sich Aouita fast nie davor gedrückt, im direkten Duell gegen die Großen seiner Zunft auf Rekordjagd zu gehen. Das war in Oslo so, als er im Zweikampf mit dem in Südafrika geborenen Amerikaner Sydney Maree den 5000-m-Rekord auf 13:00,40 Minuten verbesserte. Das wiederholte sich in Berlin, als Aouita erneut gegen Maree antrat, der Zweiter wurde.

Dennoch hat sich Maree kürzlich darüber beschwert, Aouita würde den großen Duellen aus dem Weg gehen. Doch Aouita konterte: „Ich habe es doch gerade Sydney zu verdanken, daß ich in Oslo Weltrekord über 5000 Meter lief."

24 Jahre alt ist Aouita jetzt und 1,75 Meter groß. Er ist von Beruf Sportlehrer und Leichtathletik-Trainer und trainiert sich selber. Wie er das tut, weiß niemand so recht. Aouita analysiert zwar gerne seine Rennen in aller Öffentlichkeit, doch über sein Training verbreitet er sich nur allgemein, nennt kaum einmal Zahlen. Feststeht aber, daß der ehemalige Fußballspieler aus einem kleinen marokkanischen Ort zwischen Rabat und Casablanca über eine ungeheure Grundschnelligkeit verfügt und durchaus in der Lage sein sollte, die längste Sprintstrecke – nämlich die 400-m-Stadionrunde – bequem unter 46 Sekunden zu absolvieren.

Aouita lebt seit einigen Jahren mit seiner Frau im Hause des früheren italienischen Weltklasse-Stabhochspringer Enrico Dionisi, der ihn auf allen seinen Wettkampfreisen begleitet und gewissermaßen als Manager des Marokkaners fungiert. Aouita hat sich in der Toscana angesiedelt, um seine sportliche Karriere außerhalb des islamischen Kulturkreises vorantreiben zu können. Denn allein schon der islamische Fastenmonat Ramadan würde ein gewissenhafte Trainings- und Wettkampfplanung auf seinem hohen Niveau empfindlich stören. Aouita: „Meine Familie ist in diesen Dingen äußerst konservativ. Da würde in Marokko nichts möglich sein."

Er jagt Rekorde, denn er will partout nicht einsehen, daß diese nur den Engländern, allen voran Steve Cram, gehören sollen. Am Mittwoch wird er in Koblenz der Meilen-Bestmarke zu Leibe rücken, am Freitag in Brüssel dem Rekord über 3000 Meter. Als erster Mensch will er diese selten gelaufene Distanz unter 7:30 Minuten zurücklegen. Warum sollte es ihm nicht gelingen?

Fünf Weltrekorde möchte er in seinen Besitz bringen, als Nurmi oder Iharos unserer Zeit gelten. Fünf Weltrekorde: über 1500 m, eine englische



Tränen nach dem Weltrekord: Said Aouita. FOTO: RZEPKA

Meile, 3000 Meter, 5000 Meter und nach dem Wintertraining auch über 3000 Meter Hindernis. Der amerikanische Hindernis-Spezialist Henry Marsh, seit Jahren ein Weltklasse-Mann auf dieser Distanz, meint, Aouita habe da wohl den Mund etwas zu voll genommen. Der feingliedrige Marokkaner sei nicht robust genug, um sich bei der Hatz über feste Hindernisse und Wassergräben so eindrucksvoll in Szene zu setzen wie auf den Flachstrecken.

Aber Aouitas Optimismus scheint grenzenlos zu sein, seine Rekordfähigkeit fast auch. Für einige Tage ist er nun nach Marokko gereist, um sich von König Hassan II. ehren zu lassen. Der empfing ihn mit den Worten: „Ein weiteres Mal hat du dafür gesorgt, daß über unser Land gesprochen wird, daß alle Marokkaner stolz sein dürfen auf dich. Im Namen deiner Landsleute bringe ich dir wärmstens väterliche Glückwünsche entgegen."

Auch Junioren fehlte in Cottbus ein Siegertyp

dpa/sid, Cottbus

Was sich eine Woche zuvor schon beim Europacup der Männer und Frauen in Moskau andeutete, mußte der Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) auch bei den Junioren-Europameisterschaften in Cottbus schmerzlich registrieren: Es fehlt ein richtiger Siegertyp. Während die Juniorinnen dank der zweitplazierten Silke Harms (Stelle) mit 6,56 m im Weitsprung und Nicole Leistenscheider (Mannheim) mit 53,47 Sekunden über 400 m und der drittplazierten Stephanie Storp (Braunschweig) mit 17,45 m im Kugelstoßen an den ersten drei Tagen wenigstens drei Medaillen erreichten, gingen die Junioren leer aus. Solch ein Dilemma hat Seltenheitswert.

Am dichtesten dran am Sieg war die als Favoritin über 400 m gestartete Nicole Leistenscheider: „Ich lief auf der siebten Bahn, aber da konnte ich meine Gegnerinnen nicht kontrollieren. So mußte ich einfach zuviel riskieren, ging die ersten 200 m wohl zu schnell an, und daher fehlte mir zum Schluß die Kraft", meinte die in Kanada geborene und in Australien zur Leichtathletik gekommene Tochter eines Marathonläufers. Schneller als die Jugendmeisterin der Bundesrepublik Deutschland war nur Olga Pesnopenzewa (UdSSR) in 53,37 Sekunden.

Für eine der besten Leistungen überhaupt hatte am vorletzten Wettkampftag der Brite Roger Black gesorgt. Der 1,90 m große Athlet brachte als Empfehlung eine persönliche Bestzeit von 47,8 Sekunden über 400 m mit. Aber vor 12 500 Zuschauern stellte er sich in Superform vor und wurde in 45,36 Sekunden gestoppt. Damit rückte er in der ewigen europäischen Junioren-Bestenliste hinter Thomas Schönlebe („DDR") auf den zweiten Platz vor.

Die Stimmung unter den Zuschauern war bestens, auch die Aktiven hatten, was die sportlichen Bedingungen anbetraf, keinen Grund zur Klage. Was in der Bezirkshauptstadt der Lausitz fehlte, waren Hotelbetten für Heimtrainer, Eltern der Athleten und Fans. Wer keinen Campingwagen mitgebracht hatte, mußte täglich rund hundert Kilometer anfahren – von Dresden oder von Ost-Berlin aus.

*

Die Pechsträhne von Hindernis-Weltmeister Patriz Ilg (27) reißt nicht ab. Der Lehrer, der am letzten Mittwoch beim 5000-m-Rennen in Zürich ausgestiegen war, muß die Saison wegen einer Sprunggelenkentzündung vielleicht abbrechen. Ilg: „Drei bis vier Wochen Pause sind das mindeste, ich hoffe eigentlich nur noch auf den Weltcup-Start im Oktober in Canberra."

Gleich nach dem Rennen in Zürich reiste Ilg zu Professor Klümper nach Freiburg, um sich behandeln zu lassen. Ilg: „Ich bin zwar jetzt schmerzfrei, doch ich kann kein Risiko eingehen. Bei jeder stärkeren Belastung melden sich die Beschwerden, die ich eigentlich schon seit sechs Wochen habe. Ich wollte es nur nicht an die große Glocke hängen. Schon bei den Meisterschaften in Stuttgart hatte ich Schwierigkeiten und rettete mich gerade so über den Europacup hinweg."

Für das Internationale Sportfest in Köln (gestern) sagte Ilg seine Teilnahme ab. Eigentlich wollte er den deutschen Hindernis-Rekord (8:14,05 Minuten) attackieren.

OLYMPIA 1988

Teilung ist kein Thema

sid/dpa, Kobe

Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Juan Antonio Samaranch, hat vor der Eröffnungsfeier der Universiade in Kobe noch einmal unterstrichen, daß es keine gemeinsame Gastgeberrolle von Nord- und Südkorea für die Olympischen Spiele 1988 geben werde. „Wir haben 1981 die Spiele nach Seoul vergeben, und sie werden dort auch offiziell abgehalten. Die Spiele zu teilen stand und steht nicht zur Debatte", sagte Samaranch.

Samaranch fügte allerdings hinzu: „Wir werden prüfen, ob manche Veranstaltungen auch in anderen Städten abgehalten werden können." Zu der Frage, ob mit anderen Städten auch Orte in Nordkorea gemeint sein könnten, wollte Samaranch nicht Stellung nehmen. Er versprach aber, daß das IOC versuchen werde, Nordkorea die „besten Möglichkeiten" zu einer Teilnahme an den Olympischen Spielen zu geben. Samaranch glaubt, daß sich die politische Situation „für die olympische Bwegung derzeit positiver präsentiert als vor einem Jahr". Samaranch: „Ich glaube fest, daß in Seoul die große olympische Familie wieder vereint ist. Das IOC wird sein möglichstes tun." Der Spanier kündigte an, er werde am 8./9. Oktober mit Vertreten aus Süd- und Nordkorea zusammenkommen, um darüber zu verhandeln. Nordkorea hatte Ende Juli vorgeschlagen, die Olympischen Spiele in beiden Teilen Koreas stattfinden zu lassen. Südkorea hatte diese Idee allerdings erwartungsgemäß als „unvernünftig und unfair" zurückgewiesen.

SCHWIMMEN

Groß nur als Zuschauer

sid, Kobe

Michael Groß konnte sich als einer von 5000 Zuschauern im „Port Island Sports Center Pool" beruhigt zurücklehnen: Am ersten Tag der Schwimm-Entscheidungen bei der 13. Sommer-Universiade im japanischen Kobe blieb sein Weltrekord über 200 m Freistil (1:47,44 Minute) unangetastet. 100-m-Weltrekordhalter Matt Biondi (USA) gewann in 1:49,52 vor dem französischen Europameister Stephan Caron (1:49,78). Biondi war einer von vier amerikanischen Goldmedaillen-Gewinnern: John Moffet siegte in 1:02,88 über 100 m *Brust, Channon* Hermstadt in 4:49,84 über 400 m Lagen und die Frauenstaffel über 4 x 200 m Freistil in 8:15,14.

Eine überraschende Niederlage erlitt die favorisierte Jenna Johnson (USA) über 100 m Freistil in 56,29 Sekunden gegen die Niederländerin Conny van Bentum (55,87). Im gleichen Wettbewerb überraschte Marion Aizspors (Münster) als Vierte in 57,75. Dagegen reichte es für den Darmstädter Peter Lang bei seinem letzten internationalen Einsatz im 100-m-Brust-Finale mit 1:05,43 nur zum achten Platz. Michael Groß entschied sich für ein reduziertes Wettkampfprogramm und wird nur über 100 und 200 m Schmetterling sowie in drei Staffeln schwimmen. Er bestreitet heute die ersten beiden Wettbewerbe über 100 m Schmetterling und mit der 4 x 200-m-Freistilstaffel. Seine Staffelkollegen Thomas Fahrner (Offenbach) und Dirk Korthals (Bochum) hatten in den Einzelrennen nicht das Finale erreicht.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

GOLF

Internationale Deutsche Meisterschaft in Bremen-Garlstedt, Endstand nach drei Runden (Par 66 – 5100 m): 1. Langer (Deutschland) 183 (61+60+62) Schläge, 2. McNulty (Südafrika) 190 (59+65+66), McLean (England) 190 (65+63+62), 4. Mackenzie (England) 191 (64+63+64), 5. Walton (Irland) 192 (63+66+63), Bland (Südafrika) 192 (66+63+63, 7. Somers (Australien) 194 (194 (66+63+65), Fernandez (Argentinien) 194 (62+67+65), 9. Gonzalez (Brasilien) 195 (67+66+62), Baiocchi (Südafrika) 195 (66+67+62), Lanner (Schweden) 185 (62+69+64), Russell (USA) 195 (61+69+65), Rafferty (Nordirland) 195 (65+65+65), ... 36. Thül 195 (65+65+65), ... 70. Vollrath (beide Deutschland) 206 (67+69+70).

FUSSBALL

Endturnier der 5. WM für Junioren „unter 20" in der UdSSR, erster Spieltag: Gruppe A: Ungarn – Kolumbien 2:2, Tunesien – Bulgarien 0:2. – Gruppe B: Irland – Brasilien 1:2, Saudi-Arabien – Spanien 0:0. – Gruppe C: UdSSR – Australien 0:0, Nigeria – Kanada 2:0. – Gruppe D: England – Paraguay 2:2, China – Mexiko 1:3. – **Erste englische Division:** Arsenal – Manchester United 1:2, Aston – Queens Park 1:2, Chelsea – Birmingham 2:0, Everton – Coventry 1:1, Ipswich – Tottenham 1:0, Manchester City – Sheffield 1:3, Newcastle – Liverpool 1:0, Nottingham – Southampton 2:1, Oxford – Leicester 5:0, Watford – Bromwich 5:1, West Ham – Luton 0:1. – Tabellenspitze: 1. Manchester United 7:1 Tore/9 Punkte, 2. Sheffield 5:2/7, 3. Chelsea 4:1/7, 4. Watford 8:5/6. – **„DDR"-Oberliga**, zweiter Spieltag: Karl-Marx-Stadt – Frankfurt 1:1, Jena – Zwickau 2:0, Riesa – Erfurt 2:2, Union Berlin – Brandenburg 1:0, Aue – Dynamo Berlin 1:1, Magdeburg – Dresden 2:3, Rostock – Lok Leipzig 1:1. – Tabellenspitze: 1. Dresden 4:0, 2. *Lok Leipzig* 3:1, 3. *Jena* 3:1, 4. Dynamo Berlin 3:1.

LEICHTATHLETIK

8. Junioren-EM in Cottbus, dritter Tag, Junioren: 400 m: 1. Black (England) 45,46 Sek., ... 6. Fobbe (Deutschland) 47,08. – 5000 m: 1. Taylor (England) 14:12,45 Min., ... 10. Hardy *(Deutschland) 14:37,39. – 2000 m Hindernis:* 1. Matuschenko (UdSSR) 5:28,31, ... 5. Werner (Deutschland) 5:39,64. – Juniorinnen: 400 m: 1. Pesnopewzena (UdSSR) 53,27, 2. Leistenschneider (Deutschland) 53,47. – 800 m: 1. Sedlakova (CSSR) und Pintea (Rumänien) je 2:03,22, ... 8. Eckhardt (Deutschland). – Speer: 1. Kempter („DDR") 61,70, ... 7. Gerber (Deutschland) 50,64.

MOTOR

Formel-3000-EM, zehnter von elf Läufen in Zandvoort (Holland): 1. Danner (Deutschland) March, 2. Thackwell (Neuseeland) Ralt, 3. Streiff (Frankreich) AGS. – EM-Stand: 1. Thackwell 45 Punkte, 2. Danner 43, 3. Pirro (Italien) March 38.

RINGEN

Bundesliga, zweiter Wettkampftag, Gruppe West: Witten – Mömbris-Königshofen 36,5:1,5, Aldenhofen – Schifferstadt 15:22, Goldbach – Aschaffenburg 18,5:19. – Gruppe Süd: Wiesental – Urloffen 21,5:14,5, Freiburg-St. Georgen – Reilingen 16:21, Bad Reichenhall – Nürnberg 13:24, Aalen – Freiburg-Haslach 23,5:13,5.

SEGELN

Tornado-WM in Varberg/Schweden, Endergebnisse: 1. White/Hadcock (England) 5,7 Punkte, 2. Lange/Starken (Deutschland) 24,7, 3. van Bladel/van Bladel (Holland) 29,4. – **Starboot-EM** vor Kopenhagen: 1. Gorla/Peraboni (Italien) 36,7, 2. Hagen/Borowy (Deutschland) 49,4, 3. Fravezzi/Dalvit (Italien) 50,7, 4. Griese/Marcour 64,4, 5. Wrede/Seeberger (alle Deutschland) 65,7.

SCHIESSEN

Deutsche Meisterschaften in München-Hochbrück, olympische Schnellfeuerpistole, Einzelwertung: 1. Engel *(Diez)* 593, 2. *Weißenberger (Tiengen)* 590, 3. Eckart (Frankfurt) 590. – Standardgewehr: 1. Kustermann (München) 583 Ringe, 2. Krachel (Winnenden) 577, 3. Lind (Ödernhardt) 577.

GEWICHTHEBEN

Weltmeisterschaften in Södertälje (Schweden), zweiter Tag, Feder (bis 52 kg), Reißen: 1. Marinov (Bulgarien) 112,5 kg, 2. Lyo (Nordkorea) 110,0, 3. Golik (Polen) 110,0. – Stoßen: Marinov 140,0, 2. Zeng 135,0, 3. Wang (beide China) 135,0. – Zweikampf: 1. Marinov 252,5, 2. Zeng 242,5, 3. Piekorz (Polen) 237,5. – Bantam (bis 56 kg), Reißen: 1. Terziski (Bulgarien) 122,5, 2. Mirsojan (UdSSR) 122,5, 3. He (China) 120,0. – Stoßen: 1. Terziski 157,5, 2. Mirsojan 157,5, 3. He 150,0. – Zweikampf: Terziski 280,0, 2. Mirsojan 280,0, 3. He 270,0. – Bis 60 kg, Olympischer Zweikampf: 1. Schalamanow (Bulgarien) 322,5 (142,5 im Reißen/180,0 im Stoßen – zusätzlicher Versuch im Reißen von 143,0 kg – Weltrekord), 2. Sarkisian (UdSSR) 307,5 (137,5+170,0), 3. Letz („DDR") 292,5 (127,5+165,0). – Reißen: 1. Schalamanow 142,5, 2. Sarkisian 137,5, 3. Letz 127,5. – Stoßen: 1. Schalamanow 180,0, 2. Sarkisian 170,0, 3. Letz 165,0.

REITEN

CSIO in Prag, Preis der Nationen: 1. Deutschland 9,5 Fehlerpunkte (Schwab/Winnipeg, Müller/Baroneß, Schulze-Hesselmann/Dublin, Schmidt/Lafayette), 2. England 12, 3. Österreich 24.

GALOPP

Rennen in Iffezheim: 1. R.: Ustina (P. Gilson), 2. Prairie Art, 3. Aratinga, Sieg 44/15, 17, 16, ZW: 152, DW: 568. – 2. R.: 1. Lima (G. Bocskai), 2. Lillebonne, 3. Perou, Sieg 28/14, 19, 46, ZW: 164, DW: 2288. – 3. R.: 1. Akitos (G. Bocskai), 2. Rutherford, 3. Ligorio, Sieg 56/20, 22, 22, ZW: 424, DW: 2300.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Cincinnati, Viertelfinale: Becker (Deutschland) – Pfister (USA) 5:7, 6:1, 6:4, Nystroem – Jarryd (beide Schweden) 6:2, 6:1, Wilander – Edberg (beide Schweden) 6:3, 6:7, 6:2, Wilkison – Brown (beide USA) 6:3, 6:4. – Halbfinale: Becker – Nystroem 6:4, 7:5, Wilander – Wilkison 6:2, 6:1. – **Turnier** in Jericho/New York, Viertelfinale: Mecir (CSSR) – Curren (USA) 6:4, 6:1, Lendl (CSSR) – Taroczy (Ungarn) 6:4, 6:3, Annacone (USA) – Günthardt (Schweiz) 6:1, 6:2, Connors – Davis (beide USA) 7:5, 6:7, 6:3. – **Bundesliga**, fünfter Spieltag, Gruppe 1: Hamburg – Ravensburg 8:1, Neuss – Hannover 7:2, München – Leverkusen 5:4. – Gruppe 2: Amberg – Stuttgart 6:3, Essen – Großhesselohe 6:3, Karlsruhe-Rüppur – Bamberg 4:5.

RAD

Weltmeisterschaften in Bassano del Grappa/Italien, Sprint (Profis), Finale: 1. Nakano 2:0-Laufsieger über Matsueda (beide Japan) 10,91/11,13 für die letzten 200 m. – Finale um Platz drei: 1. Dazzan (Italien) 2:1-Laufsieger über Vernet (Frankreich) 11,12/11,20-11,46. – 4000-m-Verfolgung (Amateure), Finale: 1. Ekimow 4:40,04, 2. Umaras (beide UdSSR) 4:41,01. – Um Platz drei: 1. Günther (Deutschland) 4:37,73, 2. Woods (Australien) 4:38,21. – 5000-m-Verfolgung (Profis), Finale: 1. Oerstedt (Dänemark) 5:45,71, 2. Doyle (England) 5:57,78. – Um Platz drei: Braun (Deutschland) 5:55,04, 2. Moser (Italien) 5:57,44.

RALLYE

1000-Seen-Rallye in Finnland: 1. Salonen/Harjanne (Finnland), Peugeot 205 Turbo 4:10:35 Std., 2. Blomqvist/Cederberg (Schweden), Audi Sport Quattro, 0:48 Min. zur., 3. Alen/Kivimäki (Finnland), Lancia Rally, 3:39, 4. Toivonen/Piironen (Finnland), Lancia Rally, 11:26, 5. Grundel/Diekmann (Schweden/-Deutschland), Peugeot 205 Turbo, 11:28, 6. Eklund/Berglund (Schweden), Audi Quattro, 12:33, ... 11. Kleint/Hohenadel, VW Golf GTI, 39:00, ... 49. Aman/Meurer, Ford Escort Turbo, 1:27:02, 50. Edelhoff/-Schmerbeck (alle Deutschland), Toyota Corolla, 1:27:04 zur. – WM-Stand Fahrerwertung: 1. Salonen 128 Punkte (Weltmeister), 2. Blomqvist 75, 3. Vatanen (Finnland), Peugeot 205 Turbo, 55, 4. Röhrl (Deutschland), Audi Sport Quattro, 39, 5. Saby (Frankreich), Peugeot 205 Turbo, 23, 6. Kankkunen (Finnland), Toyota Celica Turbo, Jean Ragnotti (Frankreich), Renault 5 Maxi Turbo, je 20.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 2, 24, 28, 30, 38, 42, Zusatzzahl: 37. – **Spiel 77:** 9 0 9 6 6 8 4. – **Rennquintett:** Rennen A: 3, 13, 12. – Rennen B: 22, 23, 32. (Ohne Gewähr).

RALLYE

Timo Salonen am Ende einer langen Durststrecke

dpa, Jyväskylä

Über dem Ziel der 1000-Seen-Rallye hingen tiefe Wolken, aber für Timo Salonen schien die Sonne. „Von diesem Tag habe ich mein Leben lang geträumt", sagte der 33 Jahre alte Finne, nachdem er den WM-Lauf in seiner Heimat mit Beifahrer Seppo Harjanne auf dem Peugeot 205 Turbo gewonnen und sich damit schon vorzeitig den Weltmeister-Titel gesichert hatte.

Vom Erfolg war Salonen, der mit dicker Brille und weichem Doppelkinn eher aussieht wie ein Volksschullehrer aus der finnischen Provinz, in seiner bisherigen Rallye-Karriere nicht gerade verwöhnt worden. 1977 erhielt er von Fiat seinen ersten Werksvertrag und gewann noch im selben Jahr einen WM-Lauf in Kanada. Aber schon 1978 war für ihn kein Platz mehr im Team. Die Italiener gaben damals dem Regensburger Walter Röhrl den Vorzug. Danach wechselte Salonen zu Nissan, und obwohl er diese Jahre als „sehr frustrierend" empfand, hielt er diesem Team bis vor dieser Saison die Treue. Die Autos, die ihm die Japaner bauten, waren eigentlich nie richtig konkurrenzfähig. Salonens WM-Siege in Neuseeland (1980) und an der Elfenbeinküste (1981) mehr den Unwägbarkeiten dieser Langstrecken-Rallyes denn den Qualitäten seines Autos zuzuschreiben. „Das einzig wirkliche Erfolgserlebnis, das ich in dieser Zeit hatte", blickt er zurück, „fand immer dann statt, wenn ich einmal im Jahr nach Japan flog, um mir mein Gehalt auszahlen zu lassen."

In letzter Zeit waren deshalb auch immer öfter Zweifel an Salonens Können aufgekommen. Mangels guter Plazierungen hatte er bereits seinen Status als A-Fahrer verloren, und als ihm Peugeot vor dieser Saison einen Werksvertrag anbot, hat er, ohne den 205 Turbo auch nur ein einziges Mal gefahren zu haben, unterschrieben: „Ich wußte, daß es ein gutes Auto sein würde, und ich war glücklich, diese Chance zu erhalten."

In dieser Saison gewann Salonen bereits die WM-Läufe in Portugal, Griechenland, Neuseeland und Argentinien. Bei seinem Sieg in Finnland verwies er den schwedischen Titelverteidiger Stig Blomqvist im Audi Sport Quattro auf den zweiten Platz.

MOTORSPORT / Schon jetzt suchen die Formel-1-Fahrer neue Arbeitgeber

Marc Surer droht eine Kündigung, neue Chance für Christian Danner

dpa/DW. Zandvoort

Christian Danner war der große Sieger beim zehnten Lauf zur Formel-3000-Europameisterschaft im holländischen Zandvoort. Der Münchener gewann mit seinem March zum dritten Mal in dieser Saison und wahrte bei einem noch ausstehenden Rennen in Donington (England) alle Chancen auf den Europameisterschaftstitel. Vor dem entscheidenden Finale konnte Danner (43) bis auf zwei Punkte zu seinem Konkurrenten Mike Thackwell (Neuseeland/45) aufschließen, muß aber auch noch auf den Italiener Emanuele Pirro (38) achten, der in Zandvoort Rang fünf belegte und im Gesamtklassement fünf Zähler hinter dem Deutschen liegt.

Das Formel-3000-Rennen in Zandvoort bot Spannung von der ersten bis zur letzten Runde. Gleich nach dem Start auf nasser Fahrbahn setzte sich eine Gruppe aus vier Fahrzeugen mit Philippe Streiff (Frankreich), Thackwell, Danner und Ferte (Frankreich) vom Feld ab. Mit zunehmender Dauer der 48-Runden-Distanz trocknete der vom Regen nasse Straßenbelag mehr und mehr ab, und alle Fahrer mußten zum Reifenwechsel.

Thackwell hatte sich als einer der ersten zu einem Boxenstopp entschlossen, und zunächst schien es so, als sollte sich die Taktik des Neuseeländers auszahlen. Als auch Danner wieder mit Trockenreifen auf der Bahn war, betrug sein Rückstand 18 Sekunden. Mit einer Serie schneller Runden holte der Münchener wieder auf. Drei Runden vor Schluß gelang es ihm, seinen Konkurrenten noch zu überholen. „Das war in letzter Sekunde, sonst hätte ich auf den Titel keine Chance mehr gehabt", sagte Danner.

Vor dem Formel-1-Weltmeisterschaftslauf von Zandvoort, dessen Ergebnis bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vorlag, drehte sich das Fahrer-Karussell. Vielleicht hat auch Christian Danner die Chance, neben dem Gießener Stefan Bellof im nächsten Jahr in der höchsten und attraktivsten internationalen Automobilklasse als zweiter Deutscher zu starten. Denn bei Brabham-BMW werden wahrscheinlich beide Plätze frei. Der ehemalige Weltmeister Nelson Piquet aus Brasilien liebäugelt damit, den zu McLaren-Porsche gewechselten Finnen Keke Rosberg künftig als Spitzenfahrer bei Williams-Honda zu ersetzen. Piquet sagte zwar in Zandvoort: „Noch habe ich bei Williams nicht unterschrieben", doch eine Williams-Sprecherin lächelte dazu nur und meinte: „Wir werden in zwei Monaten dazu Stellung nehmen."

Der zweite Mann bei Brabham-BMW, der Schweizer Marc Surer wiederum, soll zum Ende dieser Saison die Kündigung erhalten. Der Grund: Der Mann aus Basel sei zwar ein guter Formel-1-Handwerker, aber für ein Spitzenteam viel zu langsam.

Zwei von fünf Spitzenfahrern der Formel 1 sind für 1986 bereits gebunden: Vize-Weltmeister Alain Prost (Frankreich) und Ex-Weltmeister Keke Rosberg (Finnland) bei McLaren-Porsche. Die beiden Italiener Michele Alboreto (Ferrari) und Elio de Angelis (Lotus) sowie der brasilianische Lotus-Fahrer Ayrton Senna kämen hingegen theoretisch noch für einen Platz bei Brabham-BMW in Frage.

Ein anderer italienischer Fahrer, Andrea de Cesaris, will heute bekanntgeben, ob er weiterhin für das französische Ligier-Team fährt. Zwischen ihm und Team-Eigner Guy Ligier ist ein heftiger Streit entbrannt. De Cesaris beschuldigt Ligier, das ihm noch ausstehende Gehalt nicht zu zahlen. Guy Ligier verteidigt sich damit, Andrea de Cesaris würde allzu viele Autos zu Schrott fahren. Ligier: „Heutzutage ist so etwas zu teuer und geht ins Geld."

Aufs Geld muß Ligier künftig mehr denn je sehen. Denn sein Motorenlieferant Renault will 1986 den Preis verdoppeln. Für acht statt wie bisher für vier Millionen Mark will der französische Staatskonzern die Motoren für zwei Ligier-Autos liefern, dazu Ingenieure, Mechaniker zur Verfügung stellen.

Ein Renault-Sprecher in Zandvoort: „Auch wenn sich das Renault-Team aus der Formel 1 verabschieden sollte, werden wir weiterhin kostendeckend Rennmotoren für unsere Vertragspartner produzieren." Zu ihnen gehört auch das englische Tyrrell-Team mit dem Gießener Stefan Bellof.

Vielleicht hat Christian Danner auch die Chance, im RAM-Formel-1-Team des verstorbenen Waiblinger Rennfahrers Manfred Winkelhock unterzukommen. Denn es deutet sich an, daß dieser Rennstall künftig mit Porsche-Motoren ausgerüstet wird.

RADSPORT / Bahn-Vierer bereits in der Qualifikation kläglich gescheitert

Bundestrainer Udo Hempel verlangte Gold, dann machte er selbst Fehler

sid, Bassano del Grappa

Die Goldträume zerplatzten wie Seifenblasen. Bei den Bahn-Radweltmeisterschaften im italienischen Bassano del Grappa erlitt der Vierer des Bundes Deutscher Radfahrer (BDR) eine sensationelle Niederlage. Noch im Vorfeld von Bundestrainer Udo Hempel unter Erfolgszwang gesetzt („Ich erwarte Gold vom Vierer"), scheiterte das deutsche Quartett bereits in der Qualifikation. In 4:29,97 unterlag es im direkten Vergleich gegen Australien und belegte im Gesamtklassement nur den 13. Platz unter 17 teilnehmenden Mannschaften. Für das Viertelfinale qualifizierten sich jedoch nur die acht zeitschnellsten Teams. Auch Australien, in Los Angeles noch überraschend Olympiasieger, scheiterte in der Qualifikation.

Verursacht wurde die Niederlage durch eine überraschende Entscheidung des Bundestrainers Udo Hempel. Er hatte kurzfristig auf den Einsatz des Berliners Roland Günther verzichtet, der tags zuvor in der 4000-m-Einzelverfolgung die Bronzemedaille gewonnen hatte. Statt dessen nominierte er den Ersatzmann Volker Kirn (Böblingen), der in der dritten Runde dem Tempo des Schrittmachers Matthias Lange (Berlin) nicht mehr folgen konnte und den Anschluß verlor. Kurz zuvor war bereits der Böblinger Gerhard Strittmatter ausgestiegen, so daß die Deutschen schon nach 2500 Metern nur noch zu dritt auf der Bahn waren.

Schon vor dem Start hatte Ersatzmann Kirn einigen Wirbel verursacht: Sein Rad wurde von der internationalen Jury nicht zugelassen, weil der Radstand innerhalb des Rahmens zu kurz war. So mußte Kirn auf einem ihm ungewohnten Rennrad antreten.

„Volker Kirn war sicherlich nicht der schlechteste. Daß ich heute nicht gefahren bin, war die Entscheidung von Udo Hempel, die ich akzeptiert habe", erklärte der zum Zuschauen verurteilte Bronzemedaillengewinner Roland Günther. Ungehalten reagierten dagegen die Funktionäre des BDR. Immerhin war der Vierer jahrzehntelang das Aushängeschild des Verbandes. Seit 1967 hatte er siebenmal eine Weltmeisterschaft gewonnen – zuletzt 1983 in Zürich. Angesichts der erfolgreichen Vergangenheit sieht sich Bundestrainer Hempel nach dem jüngsten Debakel heftigen Vorwürfen ausgesetzt. „Das war eindeutig sein Fehler. Darüber muß noch gesprochen werden, wenngleich das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist", kündigte BDR-Präsident Böhmer ein Nachspiel an.

Udo Hempel, der nach jahrelanger Tätigkeit auf Honorarbasis vor drei Wochen einen bis 1988 befristeten Vertrag als Bundestrainer erhalten hatte, war völlig deprimiert: „Ich trage dafür die Verantwortung, daraus will ich mich nicht stehlen. Doch ich war felsenfest davon überzeugt, daß wir auch ohne Roland spielend das Viertelfinale erreichen würden", verteidigte er seine Entscheidung, die die fest eingeplante Medaille kostete.

Hempel machte die internationale Jury für die Niederlage mitverantwortlich, weil sie das Rad von Kirn nicht zugelassen hatte: „Bei der Junioren-WM in Stuttgart ist unsere Mannschaft nur mit diesen Rädern gefahren, damals wurden sie nicht beanstandet. Deshalb sind wir davon ausgegangen, daß sie auch hier zulässig sind." Die anderen drei Fahrer fuhren die bereits von den Einzel-Verfolgern benutzten Räder mit den von Ex-Weltmeister Hans Lutz entwickelten neuen Super-Scheiben, von denen bereits Bronzemedaillengewinner Roland Günther behauptet: „Die Scheibenräder von Hans Lutz waren einfach super." Günther führte seinen überraschenden Erfolg im wesentlichen darauf zurück, „daß uns das optimale und derzeit wohl beste Material zur Verfügung stand".

Der Darmstädter, der seit neuestem für den Berliner Klub BRC Schüler Derby fährt, beendete in Bassano del Grappa seine Amateur-Karriere und wird ins Profilager wechseln: „Ein Wechsel steht auf jeden Fall zur Debatte. Das würde mich reizen. Sogar Peter Post soll Interesse an meiner Verpflichtung haben." Er schlägt damit den Weg ein, den auch Gregor Braun nach seinem olympischen Doppelsieg 1976 in Montreal wählte. Als Profi wurde Braun noch zweimal Weltmeister in der 5000-m-Einzelverfolgung und feierte jetzt – acht Jahre nach dem letzten Titelgewinn – ein eindrucksvolles Comeback. Der 29jährige Pfälzer hatte am Freitag die erste Medaille für die Bundesrepublik gewonnen, als er in einem begeisternden Zweikampf in der 5000-m-Verfolgung Italiens Idol Francesco Moser entzauberte und Platz drei belegte.

Galopp: Hauptversammlung der Besitzer und Züchter in Baden-Baden als Kummerkasten

MICHAEL PLAYER, Iffezheim

Seit dem letzten Freitag läuft die Große Rennwoche in Iffezheim bei Baden-Baden. Die sechs Renntage umfassende Veranstaltung ist seit 126 Jahren eine Art Gipfeltreffen des deutschen Galopp-Sports. Am Rande des konkurrenzlos attraktiven sportlichen Geschehens ist Baden-Baden aber stets auch der Schauplatz glanzvoller Feierlichkeiten und vor allem wesentlicher Tagungen, Versammlungen und Informationsveranstaltungen. Beinahe traditionell kommt dabei der Jahreshauptverammlung der Vereinigung der Rennstallbesitzer und Züchter besondere Aufmerksamkeit zu, die heute um elf Uhr im Baden-Badener Kongreßhaus stattfindet.

Ernst zu nehmende Impulse sind von der Veranstaltung in den letzten Jahren allerdings nicht mehr ausgegangen; sie ist mehr zu einer Fabulier- und Schwadronierstunde für die Mitglieder mit anschließender Besänftigung durch den Vorstand geworden. Die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage im Turf hat sie zu einer Art Kummerkasten werden lassen. Von oft überzogenem Sendungsbewußtsein beseelte Sektierer pflegen dort zuweilen auch Ideen zu entwickeln, von denen sie nicht zu wissen scheinen, daß sie in der täglichen Arbeit bereits seit 15 Jahren praktiziert werden.

Gerade auch der Galopper-Dachverband mit Walter Scheel und Generalsekretär Hans-Heinrich von Loeper an der Spitze muß sich mitunter vorkommen wie weiland Jupp Derwall, als sich nahezu eine ganze Nation von Hilfstrainern dazu aufschwang, mit weisen Ratschlägen zu assistieren. Bevorzugtes Debattierthema zur Zeit ist die kürzlich gestattete Einfuhr von im Ausland gezüchteten Jährlingshengsten, von der man sich eine Verbesserung der Zuchtbasis erhofft. Eine Angelegenheit von nur geringer praktischer Relevanz, von der sich aber eine Anzahl einheimischer Züchter in ihrer Existenz gefährdet wähnt.

Dagegen gäbe es auch wesentlich dringlichere Probleme, die von seiten der Besitzer- und Züchter-Lobby angegangen werden müßten. So leistet sich der Turf derzeit noch den unvertretbaren Luxus, die Gesetze von Angebot und Nachfrage zu ignorieren. Die Ausgestaltung des Veranstaltungskalenders etwa läßt ertragsorientierte Gesichtspunkte weitgehend vermissen. Rennen werden nicht dort veranstaltet, wo die besten Umsätze und damit Erträge für die nicht gerade auf Rosen gebetteten Ställe erwirtschaftet werden können, sondern oft da, wo lokale Egoismen von Vereinsvorständen es erzwingen.

Strukturschwache Rennvereine wie Gelsenkirchen, Dortmund und Krefeld blockieren Veranstaltungstermine, deren Vergabe nach anderen Orten wie Köln oder Düsseldorf bis zu 50 Prozent höhere Wettumsätze und Erträge bringen könnte. Von den Rennstallbesitzern erwarteten die Rennveranstalter, daß diese sich damit abfinden, wenn das Rennpreisniveau dadurch weiter absinken muß und sich an Rhein und Ruhr wieder dem Stand der frühen 60er Jahre nähert.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Gunter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klàre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Pankraz, die Sprache und die Germanisten

Bei den zur Zeit in Göttingen tagenden internationalen Germanisten herrscht Wehklagen über den „Verlust der Schrift", darüber also, daß die Leute nur noch fernsehen und immer weniger lesen. Der Trend ist in der Tat beklagenswert, Pankraz fragt sich allerdings, ob es in der Macht ausgerechnet der Germanisten liegt, hier irgend etwas mit frontaler Attacke zu ändern. Statt das Fernsehen pauschal zu verteufeln, sollte man sich lieber mit seinen besten Kräften verbünden, sollte sie ermuntern, mehr klassische Texte der nationalen Literatur in TV-Sendungen umzusetzen und dabei – fast wichtiger noch – Werktreue und historische Genauigkeit walten zu lassen.

Voraussetzung ist natürlich, daß bei den Germanisten selbst der Wille zur Werktreue und zur historischen Genauigkeit lebendig ist. Die jüngste Vergangenheit des Fachs weckte da immer wieder Zweifel, war sie doch weitgehend geprägt von einer geradezu kulturrevolutionären Verachtung der literarischen Tradition. Die Werke der Klassiker wurden entweder überhaupt nicht mehr gelehrt, oder sie wurden bei der Interpretation rabiat vermeintlichen aktuellen Bedürfnissen angepaßt, so daß kein Stein auf dem anderen blieb. Oder sie wurden, andererseits, mit strukturalistischer Wut aufs Streckbett bestimmter linguistischer Theorien gelegt, um ihnen „ewige", für alle Sprachformen gültige Gesetze zu entlocken, Gesetze, die die spezifische Qualität der Texte ins pure Nichts verdampfen ließen.

Die Entwicklung war besonders fatal, weil der Literatur, auch der großen Literatur, ohnehin ein tragischer Zug zum Veralten innewohnt. Sprache ist neben anderem ein ununterbrochener Wandlungsprozeß, und schneller noch als Wortgestalt und lexikalisch festgehaltene Wortbedeutung wandeln sich die schwer fixierbaren Stimmungsvaleurs eines Wortes oder einer Redeweise. Paul Stöcklein hat in seinem großen Buch „Wege zum späten Goethe" darauf hingewiesen, daß es oftmals gerade die zeitbedingten Stimmungsvaleurs sind, die das Verständnis eines bedeutenden Werkes der Literatur erschweren. Just das, was die Größe eines Gedichts oder eines Romans ausmacht: daß sich ihr Autor mit ungeheurer Empfindlichkeit auf die Sprachstimmung seiner Zeit einläßt, bringt ihm die Gleichgültigkeit und den Undank der Nachgeborenen ein.

Gute Germanistik müßte also in erster Linie darum bemüht sein, den vollen Stimmungsgehalt der großen Werke der Literatur in die Gegenwart herüberzuretten. Sie ist nicht so sehr „exakte" Strukturwissenschaft als ganz entschieden historische Wissenschaft und mehr noch: Sie ist in einem gewissen Bezug selber Kunst, nämlich die Kunst historischer Vergegenwärtigung, wie sie ja auch die Geschichtswissenschaft im allgemeinen leisten soll.

Während aber die großen Allgemeinhistoriker à la Gibbon oder Mommsen „nur" mit der Vergegenwärtigung des historischen Alltags und der großen politischen Ereignisse zu tun haben, muß uns der Germanist, der Literaturwissenschaftler, gewissermaßen den *Duft* einer vergangenen Epochen nahebringen, den Sprachvers, den sich die sensibelsten der damaligen Zeitgenossen auf diese Epoche machten. Der Germanist hat mithin gleich *zwei* Barrieren zu überwinden: erstens die historische Distanz, zweitens die künstlerische Überhöhung der Distanz im Werk der Zeitgenossen: Er muß aktualisieren, ohne die historische Epoche – wie das den Allgemeinhistorikern durchaus erlaubt ist, ja, von ihnen sogar erwartet wird – mit der Sprache der Gegenwart neu aufzubauen. Er muß *die* Sprache seiner *eigenen* Zeit und im selben Atemzug mit höchster Einfühlungskraft die Sprache der Vergangenheit sprechen. Er muß tanzen und gleichzeitig fotografieren.

Wie schwer das ist und wie bitter es einen ankommen kann, zeigt das oben erwähnte Stöcklein-Buch „Wege zum späten Goethe", eines der Lieblingsbücher von Pankraz, in dem mit feinster Radiernadel die Sprache der „Wahlverwandtschaften", der „Maximen und Reflexionen" und der Goetheschen Alterslyrik für den Leser von heute verständlich gemacht wird. Da findet sich gegen Ende urplötzlich mitten im analysierenden Kontext ein Seufzer der Vergeblichkeit: „Die Buchstaben beharren, der Sinn hat unvermerkt gewechselt. Nicht anders die Sätze, ihr Aufbau, ihr Ausdruck. Wenn zu den zweihundert Jahren seit Goethes Geburt noch einmal derselbe Zeitraum getreten sein wird, dann mag wohl den Lebenden Goethes Sprache so fremd geworden sein wie uns heute das Frühneuhochdeutsch ..."

Es bleibt eben dabei: Die Germanistik legt keine „ewigen" Strukturen frei, sondern sie bringt uns den Kanon unserer nationalen Literatur nahe und schwimmt damit, genau wie die Literatur und letztlich die Nation selbst, ebenfalls im Strom des Verwandelns und schließlichen Vergessens. Das Siegel der Vergänglichkeit verleiht aber auch Würde, eine Würde, die den sogenannten „exakten" Wissenschaften völlig abgeht, denn sie ist der Preis für Selbstfindung, Selbsterkenntnis und Identitätsbildung im Meer der Beliebigkeit und des immer Gleichen.

Ein „Verlust der Schrift" ist im Grunde unausweichlich, das Fernsehen kann ihn nur beschleunigen. Es könnte ihn freilich auch verzögern und so positiv zur Identitätsstiftung beitragen, indem es per Bild immer wieder von der Existenz des klassischen Literaturkanons Kenntnis gäbe. Viele dramaturgische Möglichkeiten stünden dafür zur Verfügung, und nicht jede wäre von vornherein von Übel.

Wichtig wäre vor allem, daß sich die verantwortlichen Fernsehleute wirklich für den Kanon interessierten und daß sie sowohl mit Respekt als auch mit Einfallsreichtum an die Arbeit mit ihm herangingen. Wer anders als eine Germanistik, die sich ihrer literaturgeschichtlichen und nationalen Verantwortung wieder bewußt geworden ist, könnte ihnen dabei am besten helfen?

Pankraz

Mit Wiener Charme in das Taubertal – Deutschlands Sommertheater entdeckt die Romantische Straße

Drei feine Zimmer im Hof des Schlosses

Wieviel Romantisches muß eine karge 1291-Seelen-Gemeinde wie Röttingen in Unterfranken, die sich seit 1275 „Stadt" nennen darf, an der konkurrenzscharfen Romantischen Straße denn noch aufbieten, um die Touristenbusse wenigstens ein bißchen einzuschleusen in die extra runderneuerten Mauern aus dem Mittelalter?

Da lockt sie die Wanderer mit tatsächlich 12 Sonnenuhren auf zwei Kilometern Spazierweg und mit 7 restaurierten Türmchen (von einstens 14), die keiner unbedingt braucht. Ja, sie winkt vorm barocken Rathaus sogar mit der Europa-Flagge, weil sich Röttingen 1953 ebenso spontan wie folgenlos zur ersten „Europastadt" in Bayern erklärt hat. Aber was nützt das alles, inklusive der gemütlichen Probierstuben mit dem garantiert frostschutzfreien Röttinger „Feuerstein"?

Die Stadt ist nämlich ringsum aus nächster Nähe bedroht von Ablenkungen der höheren Art: dem Riemenschneider-Altar in Creglingen, der Jakobskirche mit ihren 5500 Orgelpfeifen in Rothenburg, der Oper im Schloßhof Weikersheim, mehr als 1000 Tieren im Wildpark von Bad Mergentheim usw., lauter „musts", sogar auf japanisch, im Prospekt der Romantic Road.

Was also tun in Röttingen? Noch mehr Sonnenuhren? Ein 8. Türmchen? Es war die mittelaltersschwache Burg Brattenstein – von Geschichte heimgesucht seit fränkisch-fürstbischöflichen Gedenken über den bayrischen Schock von 1803 (der weiß-blaue Amtmann trinkt Bier!) bis zum Reichsarbeitsdienst – und zum Vertriebenenlager – es war dieser deutsche Mehrzweck-genius-loci, der auch jetzt die Anschlußidee lieferte ans zeitgemäße Kulturgefühl: Festspiele im Burghof!

Veit Relin, Prinzipal im ebenfalls benachbarten Torturmtheater von Sommerhausen, nahm sich im vorigen Jahr der Sache an – und nun: Wanderer, kommst du nach Röttingen, denkste, ein Max Reinhardt vom Taubertal habe sich der Szene bemächtigt.

Auf allen Zufahrtstraßen Plakate mit Relin als Nestroys „Muffl", der mit einem arroganten Bückling den schäbigen Zylinder zieht. Fahnen auf dem Marktplatz. Ein Schaufenster voller Theaterfotos mit der Schlagzeile „Wiener Charme im Taubertal". Und an allen Gassen Pfeile zu den „Festspielen an der Romantischen Straße".



Verspricht, ein furchtbarer Hausknecht zu sein: Veit Relin als „Muffl" in Nestroys „Früheren Verhältnissen" im Röttinger Burghof FOTO: DIE WELT

Im Burghof abends an langen Tischen bei „Feuerstein" und Brezen nicht weniger als 500 Zuschauer (fast eine halbe Einwohnerschaft). Darüber schwebend eine riesige Montgolfière mit Muffl, an die Mauer gemalt von ihm selber.

Statt des einen Salons für den reichen Holzhändler Scheitermann, der in Nestroys Posse „Frühere Verhältnisse" einmal Hausknecht gewesen ist beim vormals reichen Muffl, der ihm jetzt „ein furchtbarer Hausknecht" sein will, hat Relin gleich eine Dreizimmerwohnung an die Hofseite gebaut. Mit den kleinen Vorteilen einer freiluftbewußten Inszenierung: Im Schlafzimmer unterm Bett das volle Pot-de-chamberl zum Beispiel ist ausschüttbar. Im Vorzimmer am Kleiderständer die „Bild"-Zeitung springt noch die hintersten Reihen an mit der Schlag-Seite: „Bravo Boris!"

Überhaupt lohnt es sich, Relins Nestroy-Verarbeitung für sofortigen Publikumsverbrauch unter freiem Himmel genauer abzuhören. Und festzustellen: So eine Freiluft-Posse unterliegt gefährlichen Gesetzen. Sie verlangt Lautstärke, Vergröberung, Chiffre-Wirkung des Körpers, sie lebt von erhöhter Sprech-Lust, vom Einbeziehen der Zuschauer, von rücksichtslos aktuellen Anspielungen. Und sie darf doch von alldem nicht so viel über die Rampe zwingen, daß einer meinen könnte, es sei Klamauk. So etwas wie noble böse Laune soll erkennbar bleiben, ein freudiges, aber nicht allzu lässiges Zelebrieren von Witz.

Noch ohne verminderte Sehschärfe durch Boxbeutel sei vermerkt: Der Relin schafft's. Mit seiner Nestroy-Statur gibt er sich von den weißen „Botticelli-Locken" (sagt er) bis zum Loch im roten Socken (sieht man später) als elegant heruntergekommener Muffl, der nicht bloß aus Spaß so spaßig ist. Das heurigenselige Dauerlächeln verdeckt hier nur den bösartigen Grund. Schlägt manchmal um in einen absolut grimmigen Zug, um den ihn die Wasserspeier am Röttinger Rathaus beneiden könnten.

Das ist ein ungebrochener Herren-Muffl, vor dem der jetzige Herr wieder zum Hausknecht schrumpft. Peter Josch spielt den Scheitermann zuerst recht selbstsicher, so daß er um so tiefer abstürzt in seine früheren Verhältnisse. Und wie komisch, wenn er einen Wein, den ihm Muffl ins Gesicht schüttet, wutschnaubend, aber genüßlich abzulecken versucht, weil er weiß: Es ist Röttinger!

Sonst streng am Text bleibend, bringt Relin dennoch in den zwei Stunden einen Rundumschlag von aktuellen Personen und Pointen unter. Kohl, Strauß, Wörner, Kiechle, Schwarz-Schilling sind sehr passend dran, als hätte Nestroy sie im voraus gereizt. Muffls Bankrott ist ein „geflicktes Herstadt-Syndrom". Und unter den kreativen Ausrufen trifft „Sie Metternicher Pumuckl!" genau die Stelle, wo heute das Publikumsherz sitzt zwischen Nestroy und Ellis Kaut.

Die Josephine „aus einem so entsetzlich guten Haus" spielt Birgit Machalissa in vornehmster Ohnmacht-Nähe. Inge Toifl ist die vom Theater (natürlich in Ochsenfurt!) und aus Muffls besserer Vergangenheit kommende Köchin Peppi, die sich als Frau des Hauses aufspielt. Und Christl Seubert gibt eine Haardrechslerin, von Relin extra erfunden für mehr Leben in der größeren Wohnung.

Als Röttinger Burghof-Schluß ein Parodien-Aufwasch im Neo-Nestroy-Stil, bis an die Grenzen von Twist und Pop, mit Hilfe der Biedermeier-Damenkapelle im Seitenpavillon ein turbulenter Rausschmeißer direkt auf die Romantische Straße.

So ist Röttingen von gestern auf heut in aller Mund, als Festspielstadt, als Wein- und als Nestroys Beitrag zum Becker-Jahr. Denn schon zitieren sie im lieblichen Taubertal das gar nicht liebliche Couplet von der Brattenburg: „Ein Tennisgermane macht Weltkarriere / Noch feucht hinter d' Ohren und schon Millionär. / Die Medien jubeln, 's Finanzamt is sauer: / Erster Wohnsitz Monte Carlo (er is schlau wie ein Bauer). / Die Schul is net wichtig, nachad bleibt ma halt dumm! / Boris Becker, Bumm Bumm!"

Das ist mindestens eine Sonnenuhr wert, oder ein halbes Türmchen ...

ARMIN EICHHOLZ

Giacchino Rossini ist immer für Entdeckungen gut – „Maometto II" bei den Festspielen in Pesaro

Großzügiger Don Giovanni aus dem Morgenland

Ob er die Venezianer gegen die Muselmanen kämpfen ließ oder die Sache der Griechen gegen die Türken verteidigte, schien Giacchino Rossini gleich zu sein. Zumindest dem arglosen Zuhörer wird es nicht auf Anhieb gelingen, die Reize seines edlen Spätstils, wie er sich in „Maometto II." darstellt, gegenüber der noch stärker französisch-klassizistischen Idealen verpflichteten „Siège de Corinthe" (Belagerung von Korinth) aufzuwiegen. Noch verzwickter wird die Sache, wenn man die italienische Rückübersetzung der französischen Fassung, die für eine Zeitlang den Erfolg des Werkes besiegelte, in Betracht zieht. Darüber zu sprechen, wird die Pariser Neuinszenierung im November Anlaß geben. So wie „Maometto II." jetzt beim Rossini-Festival in Pesaro auf der Bühne erscheint, wurde er jedenfalls seit rund 150 Jahren nicht mehr gespielt.

Claudio Scimone, der diese kritische Edition erarbeitete, konnte mit Recht immer wieder auf die erstaunliche Schönheit und die abgeklärte Reife der musikalischen Bearbeitung hinweisen. Solange immer noch ein wesentlicher Teil von Rossinis Werken einer modernen Aufführung harrt, werden wir in Pesaro Jahr für Jahr Überraschungen dieser Art – wie 1984 mit der grandiosen „Voyage a Reims" – erleben können.

Rossinis „Maometto II." kam 1820 in Neapel auf die Bühne. Zu einer Zeit, in der der politische Wind recht scharf wehte und König Ferdinand bereit war, den Forderungen der Carbonari nachzugeben, weshalb er von der erregten heiligen Allianz eilends nach Laibach zitiert wurde. Nicht auszudenken, was Verdi zu solch einem Zeitpunkt auf die Bühne gebracht hätte. Der 28jährige Rossini war ja kaum wesentlich jünger als der Verdi der „Battaglia di Legnano". Doch in seinem Schaffen markiert „Maometto II." bereits den Beginn der Spätzeit.

Es ist ein düsteres, auswegloses Stück, in dem sich die Gefühle der Staatsraison beugen müssen. Anna, die Tochter des venezianischen Feldherrn, hat sich in einen unbekannten Mann verliebt, in dem sie später den Eroberer ihres Landes und den Herrn über das Leben des Vaters erkennen muß. Maometto, der Don Giovanni aus dem Morgenland, gibt sich verführerisch und großzügig. Und welche Frau könnte dem strotzenden Imponierbaß von Samuel Ramey widerstehen? Aber Anna kann es und gibt sich lieber den Tod.

Diese Szene vor dem Selbstmord hat etwas von den beklemmenden Ritualen der „Vestalin". Zumindest scheint Rossini von Spontinis „Cortez" sehr angetan gewesen zu sein. Natürlich ist diese Sterbeszene nicht die Urform aller späteren elegischen Todesgesänge. Der Wechsel von heiterer Gelassenheit zum Repetieren düsterer Stimmungen ging in Donizettis Finali voraus.

Cecilia Gasdias lyrischer Koloratursopran hat an magischer Faszination zugelegt, an fraulicher Wärme gewonnen. Die bis in die Höhen ansteigenden Pianissimobögen macht ihr vielleicht keiner nach.

Einzigartig auch die Fulminanz und Stilsicherheit der Lucia Valentini-Terrani. Chris Merritt in der Vaterrolle des Erisso bestach durch Rezitative und ein schönes Timbre.

Pier Luigi Pizzi weiß sicher nicht mehr, ob er sich in Korinth oder am Negropont befindet. Denn 1982 inszenierte er die italienische Fassung der Belagerung in Florenz, und nun kämpft er für die Venezianer. Das ist im Grunde auch egal, weil sich doch alle seine Inszenierungen gleichen. Dieses Mal hatte er ein grauschwarzes, von Säulen und einem erhöhten Umgang eingefaßtes Atrium geschaffen, dem festliche Wirkungen freilich nicht abzusprechen waren.

ADRIAN HECK

Die 42. Film-Biennale von Venedig beginnt heute

Ein deutscher Amadeus

Mit dem spanischen Beitrag „Die verlorenen Paradiese" von Basilio Martin Patino werden heute abend in Venedig die 42. Filmfestspiele eröffnet. Obwohl dieser Film auf Hölderlins „Hyperion" basiert, geht es ihm um ein aktuelles Thema, um die Enttäuschung vieler Franco-Gegner über die Demokratie.

24 Filme aus 20 Ländern – eingebettet in ein reichhaltiges Rahmenprogramm – wetteifern um den Goldenen Löwen. Die Bundesrepublik vertreten zwei Filme, die freilich beide von Ausländern, Tschechen, gedreht wurden. Der 40jährigen Slavo Luther kommt – nach dem Riesenerfolg von Milos Formans „Amadeus" – ganz ungeniert mit einem weiteren Amadeus daher, der allerdings weniger musikbesessen ist. „Vergeßt Mozart" heißt sein Psycho-Krimi mit Armin Mueller-Stahl. Die Filmbewertungsstelle hat diese Arbeit bereits mit Vorschußlorbeeren und dem Prädikat „besonders wertvoll" bedacht. Warten wir ab, ob der Fall Mozart auch ohne die göttliche Musik zieht.

Der zweite deutsche Beitrag stammt von Juray Jakubisco, der letztes Jahr in Venedig mit seiner märchenhaften Familienchronik „Die tausendjährige Biene" viel Anklang fand. Erneut hat er sich dem Märchen verschrieben. Er legt die deutsch-tschechische Koproduktion „Frau Holle" mit Giulietta Masina in der Titelrolle vor.

Erstmals sind auf der Biennale Großproduktionen mit von der Partie, die dem „Autorenfilm", dem erklärten Lieblingskind des Festspielleiters Gian Luigi Rondi, den Rang abzulaufen versuchen, etwa das Film-Epos „Legend" des Briten Ridley Scott, der einst mit „Alien" erfolgreich war.

Rondi hat in diesem Jahr die Wettbewerbsbeiträge auf zwei Filme pro Land begrenzt. Eine Situation wie beim letzten Festival von Cannes, wo knapp die Hälfte der konkurrierenden Streifen aus Amerika kam, wollte er am Lido vermeiden. So gehen die USA denn auch nur mit zwei, wenngleich äußerst starken Zugpferden an den Start: Altmeister John Huston stellt „Prizzis Honour" mit Jack Nicholson vor, und der im Londoner Exil lebende Pole Jerzy Skolimowski hat erstmals in und für Amerika gearbeitet. Sein Film „The Lightship" entstand nach der Erzählung „Das Feuerschiff" von Siegfried Lenz.

Aus Frankreich wetteifern Agnes Varda („Ohne Dach und Gesetz") und Maurice Pialat („Police"), der immerhin einen Star wie Gérard Depardieu aufzubieten hat, mit der internationalen Konkurrenz. Das Gastland Italien kann nicht – wie es wollte – mit Fellinis und Ettore Scolas neuen Arbeiten glänzen; sie wurden nicht rechtzeitig fertig. So kommt nur die zweite Garnitur zum Zuge, die allerdings mit zwei glänzenden Schauspielerinnen aufwartet: In Alberto Bevilacquas „Wunder-Frauen" steht Claudia Cardinale im Mittelpunkt, und Stefania Sandrelli ist die zauberhafte Heldin in Carlo Lizzanis „Mamma Ebe".

Überhaupt ist dieses Mal in Venedig – soviel läßt sich voraussagen – kein Mangel an guten Mimen. Zumindest was die Darstellerpreise angeht, wird die Jury unter Vorsitz ihres Präsidenten Krzysztof Zanussi die *Qual* der Wahl haben.

DORIS BLUM

Stolz awarischer Frauen: Goldene Ohrringe aus einem Grabfund



Schmuck eines Häuptlings: Goldene Gürtelschnalle FOTOS: KATALOG

Die Kunst der Awaren – Das Frankfurter Karmeliterkloster zeigt Schätze eines asiatischen Reitervolkes

Goldene Hörner als Tribut für die Ungehorsamen

Die Awaren haben uns noch gefehlt. Die Assyrer und Babylonier, die alten Ägypter und Chinesen, die Phönizier, Kelten und Etrusker, die Thraker, Skythen und die Daker haben wir in letzter Zeit ausführlich kennengelernt. Aber von den Awaren hörten wir noch nichts bislang. Allenfalls war im Geschichtsunterricht von der Bedrohung Ostroms durch dieses asiatische Reitervolk die Rede oder von kriegerischen Auseinandersetzungen der Franken mit den Awaren, die von Karl dem Großen und seinem Sohn Pippin schließlich siegreich beendet wurden. Aber von awarischer Kunst war uns so gut wie nichts bekannt. Diese Wissenslücke will jetzt die Ausstellung „Awaren in Europa – Schätze eines asiatischen Reitervolkes 6.–8. Jahrhundert" im Frankfurter Karmeliterkloster schließen.

Von einem „großen Awarenschatz", der Pippin in die Hände fiel, als er die awarische Hauptburg zwischen Theiß und Donau zerstörte, hatten wir gehört. Aber erst jetzt können wir sehen, was einzelne Fürsten der Awaren – und nicht nur diese – mit ins Grab genommen haben. Die Frankfurter Ausstellung, die zum ersten Mal außerhalb Ungarns und zum größten Teil zum ersten Mal überhaupt diese Schätze zeigt, gibt einen Begriff von dem immensen Reichtum und der Kunstfertigkeit dieses Volkes.

Als die Awaren, auf der Flucht vor den Türken, um die Mitte des 6. Jahrhunderts in Europa einfielen, verbreiteten sie Furcht und Schrecken; man hielt sie für Hunnen, was vielleicht nicht ganz verfehlt war. Ihr Name ist türkischen Ursprungs und bedeutet „die Unruhigen", aber auch „die Ungehorsamen". Ihre völkischen Wurzeln reichen nach Innerasien. Nach Siegen über die Merowinger und Gepiden schufen sie sich im Karpatenbecken und in der heutigen ungarischen Tiefebene einen Machtbereich, den die byzantinischen Kaiser nur durch jährliche Tributzahlungen eindämmen konnten.

Diese Tribute, ergänzt durch hohe Summen, die sie beim Freikauf von Kriegsgefangenen erhielten, bewirkten das „Goldene Zeitalter" des Awarenreiches. Das kann man wörtlich nehmen. Erst als dem Kaiser Herakleios 626 endlich ein entscheidender Sieg über die Awaren gelang, versiegte der Goldstrom aus Byzanz. Das schlägt sich deutlich in den Gräberfunden – und somit auch in der Frankfurter Ausstellung nieder. Fortan ist nicht mehr alles Gold, was glänzt. Es finden sich Gräber ohne Goldschmuck, Beigaben aus vergoldetem Silber oder Bronze; deutlicher wird auch der Unterschied zwischen reichen und ärmeren Gräbern.

Aber immer noch werden die Frauen mit ihrem Schmuck, die Männer mit ihren Waffen und Trinkhörnern, häufig mit ihren Pferden bestattet, die nicht weniger kostbar geschmückt und gezäumt waren. Ganze Gestüte mit 80 bis 100 Pferden, so ist zu erfahren, mußten ihre Besitzer ins Grab begleiten. Schmieden und Goldschmieden, die mit Recht in hohem Ansehen standen, gab man nicht nur Pferd und Waffen, sondern auch ihr Werkzeug mit ins Grab, wovon viele Beispiele zu sehen sind.

Insgesamt herrschen Goldarbeiten vor (neben Gläsern, Keramiken, Holz- und Elfenbeinschnitzereien). Gold schmückte alle Geräte und Waffen, die auffallend langen Schwerter, den seltenen Krummsäbel, Pferdegeschirr und Wagenbeschläge, Krüge und Kannen, sofern sie nicht ganz aus Gold sind. Goldene granulierte Ohrgehänge mit pyramidenförmigen Anhängern bilden die herausragenden Stücke des vielfältigen Frauenschmucks. Alle diese Gegenstände vermitteln in ihrem Formen- und Motivreichtum einen Eindruck von der handwerklichen Meisterschaft der awarischen Goldschmiede. Denn sie verstanden es gleichermaßen, ihre von den asiatischen Steppenvölkern mitgebrachte Kunst in Europa einzuschleusen und sie dem Niveau ihrer europäischen Nachbarn, von denen sie sich gern anregen und beeinflussen ließen, erstaunlich rasch anzugleichen.

So erlebte nicht zuletzt ein „neoskythischer" Tierstil in der awarischen Kunst eine neue Blüte; so finden wir byzantinische und germanische, hellenistische und vermutlich auch sassanidische und persisch-sarmatische Stilelemente eigenartig verarbeitet und verschmolzen. Daneben freilich trifft man auch auf zahlreiche Ausstellungsstücke, die nicht awarisch, sondern importiert, erbeutet oder geschenkt und offensichtlich byzantinischer, italischer oder fränkischer Herkunft sind.

Der bedeutendste bisher gefundene Goldschatz ist, weil in Rumänien, im Banat, entdeckt, nur in Nachbildungen zu sehen. Die 23 Goldgefäße mit Tier- und Menschendarstellungen und floraler Ornamentik im Stil deutlich dem awarischen Kunstkreis zugehörig, dienten wahrscheinlich einem Awarenfürsten als Tafelservice. Im vorigen Jahrhundert war er noch als „Attilas Schatz" berühmt. Man kannte eben die Awaren noch nicht. (Bis 4. Sept.; Nürnberg: 27. Nov. bis 17. Jan.; Katalog 18 Mark.)

EO PLUNIEN

JOURNAL

Das Bild der Stadt in 900 Jahren

DW. Braunschweig

Als Ergänzung zur niedersächischen Landesausstellung „Stadt im Wandel" (s. WELT v. 24.8.) zeigt das Städtische Museum Braunschweig im Altstadtrathaus „Braunschweig – das Bild der Stadt in 900 Jahren". Sie dokumentiert mit einer Fülle von Bildern und Dokumenten die Entwicklung der Stadt und einzelner Gebäude. Am Anfang stehen Pfennige aus dem 11. Jahrhundert, gefolgt von mittelalterlichen Buchmalereien und Wiegendrucken. Den Hauptteil bilden Gemälde, Graphiken und Pläne seit dem 17. Jahrhundert sowie Photographien aus neuerer Zeit. Der zweibändige Katalog, der im ersten Band die Stadtgeschichte darstellt und im zweiten ein reiches Bildmaterial ausbreitet, kostet 38 Mark. Die Ausstellung ist bis zum 24. November zu sehen.

Erfolg eines jungen Hobby-Archäologen

dpa, Seligenstadt

Ein elfjähriger Junge hat zur Entdeckung von acht fränkischen Gräbern aus dem 6. und 7. Jahrhundert in Seligenstadt-Klein-Welzheim (Hessen) beigetragen, weil er regelmäßig Tiefbauarbeiten beobachtet hatte und alle Funde aus der Baugrube dem Amt für Denkmalspflege meldete. Neben Grabbeigaben wie Schmuck, Lanzenspitzen und Küchengeräten gehört dazu eine 1300 Jahre alte ostgotische Münze.

Methodius in der tschechischen Kirche

rst. München

Zum 1100. Todestag des Slawenapostels Methodius erschien bei der Freien Gesellschaft zur Förderung der Freundschaft mit den Völkern der Tschechoslowakei in München die Arbeit von Jaroslav Kusý, „Ein Brückenbauer zwischen Ost und West". Kusý beschreibt das Werk der Slawenapostel Kyrill und Methodius und geht dabei auch auf die gegenwärtige Lage der Kirche in der Tschechoslowakei ein. Die Studie kann bei der Gesellschaft (8000 München 19, Postfach 190 334) angefordert werden.

Solidarność mit Video im Untergrund

J. G. G. Köln

Die „Solidarność" im Untergrund hat einen Verlag gegründet, mit dem sie jetzt in den polnischen Video-Kassettenmarkt einsteigt. In der Serie Zeitgeschichte ist der Film „Das Verhör" des jungen Autors und Regisseurs Ryszard Bugajski besonders gefragt. Obwohl der zweistündige Film von Andrzej Wajda als „künstlerisch herausragend" beurteilt wurde, gab ihn die Zensur nicht frei und nahm ihn unter Verschluß. Der Streifen schildert die Brutalität des Sicherheitsdienstes UB in den fünfziger Jahren. Das „Solidarność"-Video-Unternehmen bietet auch einen Film über das Begräbnis von Kaplan Popieluszko an.

Liedermacher bieten „Rock und Poesie"

brk. Berlin

Mit „Rock und Poesie" treten am 30. und 31. August Bernard Lavilliers und Sapho sowie Jacques Higelin und Marc Seburg in Berlin auf. Zu den prominenten Teilnehmern zählen außerdem Konstantin Wecker, Georg Danzer, Reinhard Fendrich, Stephan Sulke sowie Barbara Thalheim und Gerhard Schöne aus der „DDR", der bisher vor allem in Kirchenkreisen gesungen hat.

„Mysteriöser“ Fehler schreckte Techniker auf

Rollte britische Unglücksmaschine schon defekt an den Start?

DW. Manchester

Einen schweren Verdacht äußerte gestern die Londoner „Sunday Times“. Angeblich wies das explodierte Triebwerk der Boeing 737 schon am Tag zuvor einen Fehler auf. Die mit der Untersuchung der Flugzeugkatastrophe von Manchester betrauten Fachleute gingen jedenfalls, so das Blatt, diesem Verdacht nach. Es soll sich dabei um einen „mysteriöser“ Fehler gehandelt haben, der auf dem Flug von Athen nach Manchester am Abend zuvor aufgetreten sei.

Sechs Ingenieure hätten das Triebwerk der Maschine, die am nächsten Morgen mit 131 Passagieren und sechs Besatzungsmitgliedern an den Start rollte und explodierte, wobei 54 Menschen den Tod fanden, im Laufe der Nacht geprüft.

Wie das Blatt weiter berichtet, habe die Feuerwehr nicht über genügend Schaum zum Löschen verfügt. Zwar hätten die Wehren die Flammen an der Backbord-Tragfläche, dem Heckteil sowie die brennenden Benzinlachen um das Flugzeug herum zunächst sehr schnell löschen und dadurch den Beginn der Evakuierung der Passagiere ermöglicht, doch sei das Feuer zweimal wieder aufgeflammt.

Die Beamten hätten mit Handlöschern gekämpft, um weitere Menschen zu retten. Verstärkungsmannschaften seien erst fünf Minuten später gekommen. Danach habe es weitere zehn Minuten gedauert, bis die Flammen endgültig gelöscht gewesen seien, schrieb die „Sunday Times“.

Überlebende des schweren Unglücks von Manchester beklagten sich in Interviews über fehlende Aufforderung zum Verlassen der brennenden Maschine. Der Pilot habe die Passagiere im Gegenteil über Lautsprecher angewiesen, in ihren Sitzen zu bleiben. Die spätere Aufforderung, die brennende Maschine zu verlassen sei nicht zu hören gewesen.

Unterdessen hat die US-Firma Pratt and Whitney alle Unternehmen, die ihre Triebwerke vom Typ JT8-D verwenden, aufgefordert, besonders die Brennkammern der Aggregate zu untersuchen. Ein Sprecher des Unternehmens, der bei den Untersuchungen in Manchester beteiligt ist, betonte, daß „die Brenner verantwortlich“ für das Unglück gewesen seien.

Die Pratt and Whitney-Zentrale in East Hartford (US-Bundesstaat Connecticut) teilte mit, daß sich ihrer Ansicht nach in einer der Brennkammern des Triebwerkes eine Explosion ereignet hat, in denen Treibstoff mit Luft vermischt wird. Ob die Explosion auf Konstruktionsmängel, fehlerhafte Wartung oder andere Ursachen zurückzuführen ist, konnte die Firma noch nicht sagen.

Von den 83 Überlebenden der Katastrophe befanden sich gestern noch zwölf im Krankenhaus. Fünf von ihnen lagen immer noch auf der Intensivstation. Der Zustand von zwei Patienten gilt nach wie vor als „äußerst kritisch“.

Für die Opfer des am 12. August abgestürzten Jumbo-Jets der Japan Airlines (JAL) wird eine Unfallversicherungs-Gesamtsumme von mindestens 75,9 Millionen Mark ausbezahlt. Das ist die bisher höchste bei einem einzigen Unfall in Japan anfallende Summe. Die japanische „Marine and fire Insurance Association“ erklärte, auf die 524 Insassen entfielen 402 allgemein übliche Verträge im Werte von 66,5 Millionen Mark. Wie sich erst jetzt herausstellte, flog wenige Tage vor dem Absturz eine andere Maschine dieser Fluggesellschaft zwei Tage lang mit einer lediglich notdürftig mit Klebeband gesicherten Tür.

Schweres Erdbeben im Grenzraum China–UdSSR

Freigesetzte Energie entspricht rund 600 000 Tonnen Dynamit

DW. Peking/Moskau

Ein schweres Erdbeben hat in West-China, nahe der chinesisch-sowjetischen Grenze, zahlreiche Opfer gefordert und große Schäden angerichtet. Nach amtlichen chinesischen Angaben wurden bisher 65 Tote, mehr als 200 Verletzte und rund 6000 Obdachlose registriert.

Ein Sprecher des staatlichen seismologischen Instituts in der Stadt Kashgar sagte gestern, in der zu 90 Prozent zerstören Stadt Wuqia und und der fast vollständig in Trümmern liegenden Stadt Shufu seien seit dem verheerenden Erdstoß (7,4 auf der nach oben offenen Richterskala) mindestens 600 Nachbeben registriert worden. In Shufu starben 48 und in Wuqia 17 Menschen.

Nach Ansicht amerikanischer Geologen handelt es sich wahrscheinlich um das weltweit schwerste Beben seit den chilenischen Erdstössen vom 3. März dieses Jahres. Bei einem Beben der Stärke 7,8 waren in Chile 177 Menschen ums Leben gekommen. Beben ab 7,5 auf der Richterskala gelten als Schwerstbeben. Aber auch das chinesisch-sowjetische mit der Magnitude 7,4 löst eine Energiemenge aus, die rund 600 000 Tonnen Dynamit entspricht.

Wuqia liegt 80 Kilometer von der sowjetischen Grenze entfernt und 80 Kilometer nordwestlich von Kashgar. Nach Angaben der chinesischen Behörden wurden Einheiten der Armee und 30 Ärzte in das Katastrophengebiet geschickt. Wie der Sprecher weiter mitteilte, arbeiteten die Rettungsmannschaften auf der Suche nach Verschütteten die ganze Nacht hindurch.

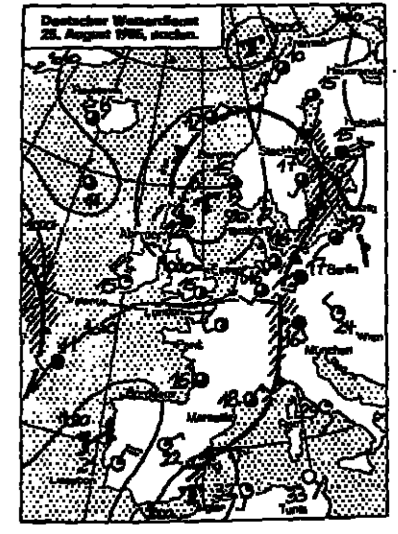
Auch die sowjetische Nachrichtenagentur TASS meldete Erdstösse aus mehreren Großstädten Zentralasiens, ohne jedoch Angaben über etwaige Verletzte und Schäden zu machen.

Wie TASS berichtete, registrierte die Erbebenwarte in Taschkent das Beben um 16.41 Uhr Moskauer Zeit (14.41 Uhr MESZ). Das Epizentrum habe sich entlang der Grenze zwischen der Kirgisischen Sowjetrepublik und China befunden. Das Beben sei am stärksten in Kirgisien zu spüren gewesen. Erstöße der Stärke drei bis fünf seien in den Hauptstädten der benachbarten Sowjetrepubliken Usbekistan, Tadschikistan und Kasachstan registriert worden.



WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: Kühle Meeresluft mit eingelagerten Schauerstaffeln bestimmt das Wetter im größten Teil Deutschlands. Der Südosten wird weiterhin von einem Tiefausläufer beeinflußt.



Vorhersage für Montag:

Südosten und Alpenraum: Bedeckt, ergiebiger Regen mit Gewittern. Temperaturen bei 16 Grad. Übriges Deutschland: Aufgelockerte bis stärkere Bewölkung mit zum Teil gewittrigen Schauern. Zum Abend im Westen abklingende Schauertätigkeit und im Südwesten noch sonnige Abschnitte. Temperaturen 17 bis 23 Grad.

Weitere Aussichten:

Heiter bis wolkig, im Nordwesten nachmittags wieder Bewölkungsaufzug und Regen.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	17°	Kairo	30°
Bonn	17°	Kopenh.	10°
Dresden	17°	Las Palmas	23°
Essen	16°	London	15°
Frankfurt	17°	Madrid	22°
Hamburg	16°	Mailand	26°
List/Sylt	15°	Mallorca	29°
München	16°	Moskau	18°
Stuttgart	16°	Nizza	25°
Algier	32°	Oslo	15°
Amsterdam	15°	Paris	14°
Athen	31°	Prag	18°
Barcelona	22°	Rom	28°
Brüssel	13°	Stockholm	17°
Budapest	28°	Tel Aviv	31°
Bukarest	25°	Tunis	33°
Helsinki	15°	Wien	24°
Istanbul	28°	Zürich	14°

Sonnenaufgang* am **Dienstag**: 6.26 Uhr, Untergang: 20.20 Uhr; **Mondaufgang:** 19.42 Uhr, Untergang: 2.09 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Das Spiel mit dem sprudelnden Hydranten gehörte einst zu den beliebtesten Sommervergnügen in New York. Heute ist das fast ein Frevel. FOTO: UPI

Eine Stadt lechzt nach dem großen Regen

Einmal beim Autowaschen erwischt werden, kostet 200 Dollar Strafe oder rund 560 Mark – tagsüber, nachts das Doppelte. Wassersünder werden mit Hubschraubern gejagt. Rasensprengen gilt als Frevel. Tausende von Wasserinspektoren sind derzeit nach solchen und ähnlichen „Todsünden“ in den Straßenschluchten und Hinterhöfen unterwegs. New York, durstigste Stadt der Welt, leidet wieder entsetzliche Qualen. Wie fast in jedem Jahr – nur 1985 ist es schlimmer, so unerträglich wie seit 20 Jahren nicht mehr. Ein niederschlagsarmer Winter wie der vergangene und ein trockener Sommer, und die Katastrophe ist da.

Die nördlich der Stadt gelegenen riesigen Stauseen, normalerweise zu Beginn des Sommers zu etwa 95 Prozent voll, waren im Juni dieses Jahres nur etwa zur Hälfte gefüllt. Bürgermeister Edward Koch verkündete den Wassernotstand und drohte Verschwendern mit harten Strafen. Genaugenommen darf Wasser nur noch zum Trinken und hastigen Waschen benutzt werden. Schon derjenige, der zu üppig duscht, kann bestraft werden. Der Swimming-pool hat sowieso leer zu bleiben. Um das zu überprüfen, werden die Hubschrauber gegen Wassersünder eingesetzt.

Sogar das Duschen wird einem vergällt. Hotels, Krankenhäuser und die Besitzer von Apartmenthäusern sind unter Strafandrohung verpflichtet, in sämtliche Duschen sogenannte „Durchfluß-Hemmer“ einzubauen, die den gewohnten kräftigen Brausenstrahl zur Frustration der sommerlich verschwitzten Bürger in ein lindes Tröpfeln umwandeln.

Die New Yorker sehnen sich nach Regen, damit endlich die verfluchten Sparbestimmungen aufgehoben werden. Aber das Wetter ist wie verhext. Die Stadt hatte in den letzten Monaten zwar ausgiebig Regen – aber um die zum Teil hunderte von Kilometern nördlich und nordwestlich gelegenen Stauseen machen die Wolken seit dem Frühjahr große Bogen.

In ihrer Not entschloß sich die Stadtverwaltung zu einem Verzweiflungsakt: Sie begann, Flußwasser aus dem Hudson in das Trinkwassersystem einzuspeisen. Es gab einen Aufschrei der Empörung. Das Wasser soll so vergiftet und verpestet sein, daß darin kaum noch Fische leben könnten – und dieses Gebräu wird den sieben Millionen jetzt als Trinkwasser zugemutet: 380 000 Liter pro Tag. Die Stadt beschwichtigte: Das Hudson-Wasser werde gefiltert, gechlort, geklärt, sei absolut unschädlich. Doch viele New Yorker, von Natur aus zu Paronoia neigend, prüfen morgens sorgfältig, ob nicht etwa Fische und Frösche in ihrem Kaffee schwimmen.

Niemand weiß, wie es weitergehen soll. Die Stadt hofft, irgendwie den Anschluß an den Winter zu finden. Was passiert, wenn der Schnee wiederum ausbleibt, vermag sich niemand vorzustellen. Was geschieht, wenn der Schnee wieder als Blizzard über der Stadt niedergeht, weiß dagegen jeder: Ein Chaos, eins von vielen.

ALFRED v. KRUSENSTIERN

Frauen in Rost-Bluse mit enger Schleife erfolgreicher

J. ALBRECHT, Braunschweig

Frauen, die der Geschäftswelt Karriere machen wollen, dürfen sich nicht zu weiblich anziehen. Bei Vorstellungsgesprächen gilt: Männlicher Kleidungsschnitt erhöht die Erfolgschancen. Dies ist das Ergebnis einer amerikanischen Untersuchung, bei der 77 Personalchefs um ihr Urteil gebeten wurden.

Die Textildesigner Sandra Forsythe, Mary Frances Drake und Charles Fox glauben, daß viele Positionen nur deshalb nicht von Frauen besetzt werden, weil feminin gekleideten Kandidatinnen unbewußt für weniger qualifiziert gehalten werden.

Um ihre These zu testen, entwarfen sie Kriterien für „männliche“ und „weibliche“ Kleidung. Als maskulin wurden die Betonung aufrechter Linien, strenger Silhouetten, kantiger Linien, großformatiger Details, schwerer Stoffe und dunkler Farben ermittelt. Feminin wirkten zierliche, helle und fließende Stoffe, die ein abgerundetes Profil ergaben.

Vier Bewerberinnen wurden entsprechend gekleidet: Jede trug abwechselnd ein hellbeiges Kleid aus weichem Gewebe mit einem schmalen, gekräuselten Kragen (am wenigsten maskulin), ein leuchtend aquamarinfarbenes Kostüm mit einer kurzen Jacke und einer weißen Bluse samt locker drapierter Schleife (etwas maskulin), ein beigefarbenes Schneiderkostüm mit einer Blazerjacke, rostfarbener Bluse und enger Schleife (mäßig maskulin) und schließlich ein dunkelblaues Kostüm im Marineschnitt mit weißer Bluse und großem Kragenaufschlag (sehr maskulin).

Die Damen simulierten ein Vorstellungsgespräch, das auf Videoband aufgezeichnet und Personalchefs vorgespielt wurde. Die Bewertungsskala reichte von eins („Würden wir wohl nicht einstellen“) bis vier („Würden wir sehr wahrscheinlich einstellen“).

Das Ergebnis war eindeutig: Die Bewerberin im mäßig männlichen, beigefarbenen Kostüm, landete mit Abstand vor ihren Mitbewerberinnen. Die schwächste Beurteilung erhielt die am weiblichsten gekleidete Kandidatin mit dem Kräuselkragen. Aber auch die am „männlichesten“ gekleidete Bewerberin schnitt nur mittelmäßig ab.

Möglicherweise gelten aber im besonders konservativen Bankmilieu andere Maßstäbe. Der „optimale Grad an Männlichkeit“ könnte für Frauen von Branche zu Branche wechseln. Während Männer im allgemeinen auf formelle Kleidungsregeln wie „geschlossene Krawatte“, „niemals Braun“ oder „weißes Hemd“ zurückgreifen können, müssen Frauen erst noch herausfinden, was eine Managerin trägt.

LEUTE HEUTE

Spiele, Spaß, Sponsoren

A. D. P. – Alain Dominique Perrin, so aufstrebend wie die Initialen seines Namens im Alphabet ist die Karriere dieses Schmuck-Managers, der es in diesem Jahr als Franzose geschafft hat, schon 250 mal in deutschen Zeitungen erwähnt zu werden. Perrin ist Chef des Hauses Cartier und Nachfolger der international anerkannten Renommier-Industriellen **Natalie Hoeq,** die mit Ende 20 den Gipfel ihren Macht erreicht hatte, ehe sie mit Anfang 30 dem smarten Bretonen weichen mußte. Das war 1981. Vier Jahre – eine Olympische Einheit – hatte sich A. D. P., der Erfinder des Accessoire-Erfolgsschlagers „Les Must“, selbst gesetzt, um an der Seite der ganz Großen dieser Welt registriert zu werden. Das pure Danebensitzen genügt nämlich nicht. Das hatte der 43jährige vergangenes Jahr erfahren. Damals durfte er – als Sponsor des Polo-Turniers in Windsor; 200 000 Mark sollen ihn allein die Tafelfreuden gekostet haben – an der Seite **Elizabeth II** Platz nehmen, was aber kaum registriert worden war.

Cartier

Alain D. Perrin

Ein Jahr später trug ihm dergleiche, um nicht zu sagen: derselbe Platz höchstes Medienlob ein. Vom „Geniestreich“ des (durchaus noch) jugendlich wirkenden Bretonen fabulierte „Die Zeit“. Für andere Medien standen die **Windsors** plötzlich im Dienste Cartiers. Der schnelle „Abstieg“ eines Hauses: Vom „König Kunden“ zum Angestellten. Wäre das wirklich so, dann stünden der deutsche Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** ebenso auf der „Payroll“ des Pariser Schmuckhändlers wie Strauß-Junior **Franz-Georg,** Plattenproduzent **Ralph Siegel** oder die Schauspieler **Stephanie Powers** („Hart, aber herzlich“) und **Alexander Kerst.** Sie alle beehrten den PR-Profi, der sich gern per Hubschrauber einfliegen läßt, tafelten in Thann bei München an **Käfer**-gedeckten Tischen und verfolgten Deutschlands einziges international ästimierte Polo-Turnier. Richtig ist eins für den Erfolg: Spiele, Spaß und Sponsoren müssen zusammenpassen wie Gönner und Gäste. Sonst lohnt es nicht. K.T.

Ein Brückenschlag zwischen Wunsch und Utopie?

In Rom liegen angeblich fertige Pläne für ein Wunderwerk der Technik vor: die Verbindung von Süditalien und Sizilien

KLAUS RÜHLE, Rom

Es hat lange gedauert, so lange, daß es schon als „Loch Ness von Italien“ galt. Aber nun scheint es soweit zu sein: Die feste Verbindung der Apenninhalbinsel mit Sizilien ist beschlossene Sache und nicht länger nur spekulativer Diskussionsgegenstand. Ein von Rom vor 14 (!) Jahren eingesetzter Studienausschuß, zu dem 300 Sachverständige in 27 Arbeitsgruppen gehörten, hat sich auf ein präzises Projekt geeinigt, das wahrhaft gigantische Ausmaße hat. Wie Roms seriöse Tageszeitung „La Repubblica“ berichtete, wird sich das italienische Parlament nach der Urlaubspause mit dem unter Hunderten von Vorschlägen ausgesuchten Plan auseinandersetzen.

Ein Projekt von ungeheuren Dimensionen: Eine frei schwebende 3330 Meter lange und 60 Meter breite Hängebrücke wird 81 Meter über dem Wasserspiegel die Meerenge von Messina überspannen. Getragen wird sie von zwei 380 Meter hohen Doppelpfeilern und 1,60 Meter starken stählernen Drahtseilen.

Die über drei Kilometer lange Brücke hoch über dem Meeresarm zwischen Kalabrien und Sizilien wird sowohl dem Auto- wie dem Eisenbahnverkehr dienen. Für den motorisierten Verkehr werden je drei Fahrbahnen auf beiden Seiten zur Verfügung stehen. Die gigantische Schwebebrücke ohne Mittelpfeiler wird nach Überzeugung des Sachverständigen-Ausschusses absolute Sicherheit gegenüber Naturereignissen bieten. Selbst Erdbeben – in dieser Zone leider keine Seltenheit – bis zu einer noch nie gemessenen Stärke von neun auf der Richterskala – sollen keine Gefahr für die tief unter dem Meeresgrund verankerten Tragpfeiler darstellen. „La Repubblica“ versichert sogar, daß selbst Atombomben dem Bauwerk nichts anhaben könnten: eine tröstliche Mitteilung für die Bewohner der Küste diesseits und jenseits der Meerenge ...

Die Kosten für die Meerengenbrücke sollen bei sieben Milliarden Mark liegen. Dem Parlament wird ein Gesetzesdekret in Höhe von 250 Millionen Mark zur Abdeckung der Anfangskosten vorgelegt. Wie der Rest finanziert wird, scheint allerdings noch in den Sternen zu stehen.

Über eine Verkoppelung des italienischen Festlandes mit Sizilien wird seit Jahrzehnten debattiert. Eine Unzahl von Vorschlägen ist im Verlauf der vergangenen 20 Jahre in der Öffentlichkeit bekannt geworden. Sie alle wurden vom Sachverständigen-Ausschuß geprüft.

Die Mehrzahl der Einsendungen konzentrierte sich auf Brücken mit oder ohne Zwischenpfeiler. Andere Projekte favorisierten einen Tunnelbau. Deren Befürworter machten geltend, daß in der Meerenge, wo man in der Antike die Meeresungeheuer Skylla und Charybdis vermutet hatte, Stürme bis zu 150 Kilometern pro Stunde keine Seltenheit sind, eine Brücke daher gefährdet sei. Die Vertreter des Brückenbaus hielten ihrerseits dagegen, wegen der Erdbebengefahr sei die Untertunnelung ein wahnwitziges Unternehmen. Auf alle Fälle müsse ein Tunnelbau mindestens 100 Meter unter dem Meeresgrund, das heißt 200 Meter unterhalb des Meeresspiegels, angelegt werden – ein unlösbares technisches Problem.

Zur Alternative „Brücke oder Tunnel“ gesellte sich noch ein dritter Vorschlag: der Bau eines hängenden Unterwassertunnels wenige Meter unter dem Meeresspiegel. Diese Konstruktion schien zwar erdbebenresistent zu sein, galt andererseits aber wegen der starken Strömung von annähernd 90 km/h und des Schiffsverkehrs als abwegige Idee. Die Periode utopischer Planereien scheint nun vorbei zu sein. Die römische Zeitung nennt das Jahr 1987 als Datum für den ersten Spatenstich und rechnet mit der Fertigstellung des „achten Weltwunders“ 1995.

Die Hängebrücke würden – so prophezeit das Blatt – jährlich 20 Millionen per Auto oder Zug benutzen, sieben Millionen mehr als heute. Zur Zeit muß die Meerenge mühsam mit Hilfe von Fähren zwischen Reggio Calabria und Messina beziehungsweise in umgekehrter Richtung passiert werden. Für die wirtschaftliche und touristische Erschließung der Insel wäre der Brückenschlag zweifellos ein interessantes Kapitel.

Hungernde warten auf „Live-Aid“

SAD, London

Der größte Teil der rund 160 Millionen Mark, die Rockstar Bob Geldof mit dem transatlantischen „Live Aid“-Konzert für die Hungerhilfe in Afrika am 13. Juli an Spenden aufbringen konnte, ruht noch in den Banken der Londoner City und trägt Zinsen. Noch sind von den Spendengeldern keine Lebensmittel für die Hungernden in Afrika finanziert worden, wie jetzt in London bekannt wurde. Erst acht Millionen Mark wurden für die Anschaffung von Lastwagen und die Aufstellung von Einsatzteams ausgegeben. Die Organisatoren des größten TV-Rockkonzerts waren noch nicht in der Lage, einen festen Fahrplan für das Anrollen der Hungerhilfe vorzulegen. Geldof räumte ein, daß es sehr schwierig sei, ein wirksames Programm auf die Beine zu stellen. Er sagte: „Es handelt sich um eine gewaltige Operation, und wir wollen dabei nichts falsch machen. Unser Ziel ist es, 60 Prozent des Geldes für langfristige Hilfsprojekte aufzuwenden. Ganze Regionen müssen neu erschlossen werden.“ Phil Rusted, der Finanzchef von Live Aid, ist soeben von einem Besuch Äthiopiens zurückgekehrt. Er sagte: „Wir wollten eigentlich früher beginnen, aber man kann einfach nicht dort unten herumflitzen, ohne daß man bis ins Detail vorbereitet ist.“

Organe zweier Spender

AP, San Francisco

Louis Bonesio ist vermutlich der bislang einzige Mensch, dem Organe von zwei verschiedenen Spendern eingepflanzt wurden. Der 51jährige, dem vor elf Jahren ein neues Herz transplantiert wurde und der vor drei Wochen eine neue Niere erhielt, ist nach Auskunft seiner Ärzte wohlauf. Dem Mann ging es seit der im Mai 1974 erfolgten Herzverpflanzung gut, bis eine Nierenerkrankung auftrat. Fünfzehn Monate lang mußte er mit dem Dialysegerät behandelt werden, ehe sich Ende Juli die Möglichkeit einer Nierenverpflanzung ergab. Der Organismus Bonesios habe „in dramatischer Weise“ auf die neue Niere und das transplantierte Herz angesprochen, sagte der Chirug Dr. Nicholas Feduska von der Staatsuniversität von Kalifornien, der die Nierenverpflanzung vornahm.

Rennboot explodiert

dpa, London

Vor der Küste der britischen Insel Isle of Wight ist ein neun Meter langes Rennboot explodiert und gesunken. Die dreiköpfige Mannschaft konnte gerettet werden. Das Boot mit dem Namen „Manhattan“ war an dem Rennen von Cowes auf der Isle of Wight nach Torquay, an der südenglischen Küste, beteiligt.

Kaltes Ende

AP, München

Eine Kaltfront hat dem Hochsommer in Deutschland zumindest vorläufig ein Ende gemacht. Nach Temperaturen bis 30 Grad war es gestern etwa zehn Grad kälter. Eine dichte Wolkendecke, die nur stellenweise auflockerte, überzog den Himmel. Strichweise regnete es. Fast schien es, als ob sich damit eine alte Bauernregel bestätige: Am Bartholomäus-Tag, dem 24. August, endet der Hochsommer. In den Alpen wird um diese Zeit das Vieh auf niedrigere Weiden getrieben, da es in der Höhe bereits zu ersten Schneefällen kommen könnte. Von der Zugspitze wurden zwei Grad über Null gemeldet. Der Gipfel lag in Wolken. Die Schneedecke ist auf 30 Zentimeter zusammengeschmolzen und weist Lücken auf. Auch in den kommenden Tagen erwarten die Meteorologen unbeständiges und kühles Wetter.

„Hyperschall-Flugzeug“

SAD, New York

Das amerikanische Verteidigungsministerium hat Wissenschaftler mit Vorarbeiten für die Entwicklung eines „Hyperschall-Flugzeuges“ beauftragt, das eine Geschwindigkeit von über 10 000 Kilometern erreichen kann. Ein solches Flugzeug hätte genug Beschleunigung, um die Atmosphäre zu verlassen und wäre so ein echtes Raumflugzeug. „Es könnte von einem gewöhnlichen Flugplatz aus starten, mit eigener Kraft eine Erdumlaufbahn erreichen und zu jedem Flugplatz der Welt zurückkehren“, erklärte NASA-Sprecher Raymond Colladay in einer Ausschußanhörung vor dem amerikanischen Repräsentantenhaus.

Spiel mit Feuerzeug

AP, Starnberg

Ein sechsjähriger Junge hat nach Angaben der Polizei auf einem Bauernhof in Krailing-Frohnloh im Landkreis Starnberg einen Brand verursacht, bei dem ein Sachschaden von einer halben Million Mark entstand. Der Bub sei auf dem Bauernhof zu Besuch gewesen und habe in der Scheune mit einem Feuerzeug gespielt.

ZU GUTER LETZT

„Hellseherin als Geschworene ausgeschlossen“. Das berichtet die Nachrichtenagentur Reuter aus Oslo.